

Hg. Florian Rötzer

MEDIEN IM KRIEG

KRISE ZWISCHEN LEITMEDIEN UND IHREN REZIPIENTEN

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

Reinhard Jellen

"Worunter wir gerade in den Chefetagen am meisten leiden, ist Charaktermangel"

Interview mit Tom Schimmeck über Macht und Ohnmacht der Medien

Marcus Klöckner

"Einen 'Schweigepakt' kann ich mir nur schwer vorstellen"

Fragen zu den Bilderberg-Konferenzen

Marcus Klöckner

"Notwendig wäre aus meiner Sicht hier ein sauberer investigativer Journalismus"

Fragen zu den Bilderberg-Konferenzen II

Marcus Klöckner

Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten"

Eine neue Studie analysiert die Berichterstattung von deutschen Spitzenjournalisten

Sascha Pommrenke

Ausgezeichneter Journalismus

Der Fall Mollath und die Krise des Pressewesens

Marcus Klöckner und Paul Schreyer

Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht

Redaktion trennt sich von Autor, der für Russland Heute geschrieben hat - und misst mit zweierlei Maß

Malte Daniljuk

Die wahrhaften Putin-Versteher

In den deutschsprachigen Medien entwickelte sich die Krim-Krise zur One-Man-Show eines bösen, bösen Präsidenten

Paul Schreyer

Auf Kriegsfuß mit den Lesern

Die Leitmedien verlieren in der Russland-Berichterstattung den Kontakt zur Bevölkerung - und wundern sich nun darüber. Was steckt hinter dem seltsamen Bruch mit dem eigenen Publikum?

Malte Daniljuk

Meinungskluft um die Ukraine

Der Umgang mit der Krise um die Ukraine entwickelt sich zur Götterdämmerung des deutschen Auslands-Journalismus. Die nicht abreißende Kritik von großen Teilen des Publikums fordert von Journalisten neue Bewältigungsstrategien

Marcus Klöckner

Blutbad am Maidan: Wer waren die Todesschützen?

Monitor-Reporter Stephan Stuchlik über seine Recherchen, wer am 20. Februar auf Demonstranten und Polizisten geschossen hat und warum die ukrainische Regierung und die Medien nicht an Aufklärung interessiert sind

Paul Schreyer

Auf Kriegsfuß mit den Lesern

Die Leitmedien verlieren in der Russland-Berichterstattung den Kontakt zur Bevölkerung - und wundern sich nun darüber. Was steckt hinter dem seltsamen Bruch mit dem eigenen Publikum?

Paul Schreyer

Neue Feindsender?

Zeit Online misst bei seinem Ethik-Kodex offenbar weiterhin mit zweierlei Maß. Und auch andere Medien haben derzeit Probleme mit der Transparenz. Was ist los mit der Presse?

Paul Schreyer

In einer anderen Welt

Die Tagesschau als Spiegel einer kollektiven Bewusstseinsverwirrung

Stefan Korinth

Die nützliche Erfindung der "Pro-Russen"

Seit Beginn des Ukraine-Konflikts zeigen die deutschen Medien mit dem Finger auf Moskau. Innerukrainische Erklärungen für den Konflikt spielen hingegen kaum eine Rolle. Als nützlichste Medien-Erfindung erweisen sich dabei die "Pro-Russen"

Marcus Klöckner

Leitartikler und Machteliten

Herausgeber der ZEIT beschwert sich beim ZDF - Satire-Sendung "Die Anstalt" erhält Unterlassungserklärungen

Paul Schreyer

"Mit dem gebotenen Hohn"

Zeit-Herausgeber Josef Joffe äußert sich zum Vorwurf der zu engen Vernetzung mit den Eliten, Medienwissenschaftler Uwe Krüger antwortet auf die Kritik Joffes

Malte Daniljuk

Nachrichten von der Front

Der Krieg macht die Berichterstattung aus Israel und Palästina schwieriger, aber die Heimatredaktionen fordern vor allem eins: Aktualität, möglichst blutig

Florian Rötzer

"Endlich einmal etwas Handfestes gegen die Schuldigen unternehmen"

Deutsche Medien fordern entschlossenes Vorgehen gegen den Feind Russland und konstruieren (wie in der FAZ) Verschwörungstheorien

Uwe Krüger

Journalisten als politische Lobbyisten?

Journalismusforscher Uwe Krüger zum Rechtsstreit zwischen der Zeit-Redaktion und der ZDF-Satiresendung "Die Anstalt"

Stefan Korinth

Maidan: Der verklärte Aufstand

Die Euromaidan-Bewegung gilt als zivilgesellschaftlicher, friedlicher Aufstand für eine Annäherung an die EU. Doch dies ist zum großen Teil Legende

Stefan Korinth

Kriegspropaganda: Eine Kiewer Ente im deutschen Blätterwald

Hiesige Leitmedien bringen eine offensichtliche Falschmeldung von Petro Poroschenko über einen zerstörten russischen Panzerkonvoi

Marcus Klöckner

"Die Berichterstattung unterscheidet sich kaum von den Statements der Politik"

Friedensforscher Lutz Schrader über den Journalismus in Zeiten geopolitischer Konflikte

Stefan Korinth

Déjà-Vu nach 13 Jahren

Ein Kommentar zu den Parallelen im öffentlichen Umgang mit 9/11 und dem Ukraine-Konflikt

Malte Daniljuk

Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik

"Fragmentarisch", "tendenziös", "mangelhaft" und "einseitig": Der Programmbeirat teilt über weite Strecken die Publikumskritik an der Berichterstattung

Manuel Schumann

"Rudeljournalismus" schadet unserer Demokratie

Ruprecht Polenz über die Macht der Medien, Politiker in sozialen Netzwerken und die Strategie der selektiven Mobilisierung

Marcus Klöckner

"Journalisten scheinen sich förmlich im Schützengraben einzubuddeln"

Interview mit den Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner

Malte Daniljuk

Kriegsberichte vs. kriegerische Berichte

ARD-Leak provoziert harte medienpolitische Kontroverse. Redakteure greifen Mitglieder des ARD-Rundfunkbeirats scharf an. Albrecht Müller fordert stärkere Rolle für das Publikum

Florian Rötzer

ARD verheddert sich in den Untiefen der Ukraine-Berichterstattung

Gerade erst hatte man einen Fehler in den Tagesthemen korrigiert, taucht auch schon der nächste auf - und wurden die Tagesthemen vom 20. Mai schnell in der Mediathek unzugänglich gemacht

Paul Schreyer

Zwischen Lesern und Lobbynetzwerken

Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft

Paul Schreyer

Leserkommentare abschalten?

Immer mehr führende Journalisten äußern sich zur Vertrauenskrise der Medien in Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Einige schlagen nun sogar vor, Leserkommentare ganz abzuschaffen

Florian Rötzer

Die ARD will wie die Süddeutsche zur "gelenkten Öffentlichkeit" übergehen

Den Medien werden Leserkommentare lästig, sie wollen aus Angst vor der Öffentlichkeit wieder zurück ins Vor-Internetzeitalter

Fußnoten

Impressum

Vorwort

Die Berichterstattung zur Krise in der Ukraine und die Berichterstattung zu Russland haben zu einem offenen Schlagabtausch zwischen den etablierten Medien und einem nicht unerheblichen Teil ihrer Rezipienten geführt.

In den Foren der großen Online-Medien hagelt es Tag für Tag Kritik an den gebotenen Deutungsnarrativen der Leitartikler und Meinungsmacher. Nachrichten sollen manipuliert worden sein, von Zensur ist die Rede, ja, ein Teil der Mediennutzer ist davon überzeugt, dass die "vierte Gewalt" bewusst einseitig berichtet. Der Leipziger Journalismusforscher Uwe Krüger geht in der Studie "Meinungsmacht" den Verflechtungen zwischen Journalisten, Politik und Wirtschaft nach und versucht Antworten auf die Frage zu finden, ob diese Verbindungen nicht auch zu einem Verlust von Distanz und Unabhängigkeit aufseiten der Medienvertreter führen. Die Macher der ZDF Satire-Sendung Die Anstalt haben das Thema der Studie aufgegriffen und damit Millionen Zuschauern vor Auge geführt, wie gut vernetzt deutsche Top-Journalisten auch im elitären Kosmos von Think Tanks sind. Kurz um: Eine Medienkritik ist entstanden, die eine ganz eigene Dynamik hat und von der noch nicht abzusehen ist, wie sie sich weiterentwickeln wird.

Diese Medienskepsis, wie sie sich vor allem im Internet äußert, kennzeichnet sich durch eine Mischung an berechtigten Vorwürfen, durchdachten Analysen, meinungsstarken Äußerungen, aber auch durch pauschale Verurteilungen von Journalisten und Medien.

Die Legitimationsstrategien, mit denen die Medien der Kritik entgegentreten, sind leicht auszumachen: Den Rezipienten, die Kritik üben, wird oft pauschal unterstellt, nicht in der Lage zu sein, die

komplexe Realität der gegenwärtigen politischen Krisenherde zu durchschauen. Vertreter der traditionellen Medien brandmarken die Kritiker als "Putinversteher" und stempeln sie allzu oft allgemein als Verschwörungstheoretiker ab. In aller Deutlichkeit geben meinungsführende Journalisten zu verstehen, dass sie das Monopol auf die legitime Deutung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit innehaben, wie es der französische Soziologe Pierre Bourdieu einmal sinngemäß in seinen Analysen des journalistischen Felds ausgedrückt hat.

Letztlich, und das ist für jeden, der die gegenwärtige Medienkritik verfolgt, sichtbar, geht es bei dem Konflikt zwischen den traditionellen Medien und ihren Rezipienten um eine grundsätzliche Frage: Wer sind die legitimen Deuter "der Wirklichkeit"? Wer hat das Recht, in der Gesellschaft, Informationen von gesellschaftlicher und politischer Tragweite herauszufiltern, aufzubereiten, zu analysieren, zu kommentieren und schließlich: zu bewerten? Sind es noch immer die Vertreter der großen Medien im Verbund mit den legitimen Sprechern aus dem universitären und politischen Feld, die darüber bestimmen, welcher Blick auf "die Verhältnisse" veranschlagt werden darf? Oder haben auch all jene Bürger, die das Internet als Instrument der Recherche und als Publikationsmedium mit seinen "alternativen Formaten" nutzen, ein Anrecht darauf, ihre Sicht, ihre Meinung und ihre Analysen zu verbreiten und sich so am meinungspolitischen Diskurs zu beteiligen? Der Konflikt zwischen den traditionellen Medien und ihren Rezipienten, das ist festzustellen, ist vor allem ein Kampf um die Deutungshoheit.

Dass die "Mainstreammedien", wie die großen Medien von ihren Kritikern oft bezeichnet werden, diesen Konflikt mit heraufbeschworen haben, lässt sich gut an den Beiträgen, die in diesem Buch zusammengestellt sind, ablesen. In den Interviews, Artikeln und Analysen von Telepolis-Autoren wird deutlich, dass es

Problemzonen aufseiten der Medien gibt, die schon lange ersichtlich sind. Die vorliegenden Beiträge sind Splitter einer expliziten oder impliziten Medienkritik. Telepolis hat sich zur Veröffentlichung dieses Buches entschlossen, weil die Redaktion davon überzeugt ist, dass die zusammengestellten Beiträge in ihrer Gesamtheit ein eigenes Bild abliefern, das aufzeigt, was die Gründe für die massive Kritik an den Medien sind.

Der gesamten Debatte um die Medien ist zu wünschen, dass sie weniger aufgeregt geführt wird. Kritische und zugleich nüchterne Analysen sind gefragt, die sich mit der aufgeworfenen Kritik auseinandersetzen. Die traditionellen Medien, aber auch das Internet, sind für eine demokratische Gesellschaft von zu großer Bedeutung, als das sie gegeneinander ausgespielt werden sollten. Die alternativen Publikationsformate im Internet verfügen nicht über die Strukturen und Ressourcen, über die große Medienhäuser verfügen. Diese sind aber für eine umfassende journalistische Berichterstattung dringend notwendig. Dafür bietet das Internet durch seine Offenheit eine enorm breit gefächerte Auswahl an Meinungen und Analysen zu den gesellschaftspolitischen Verwerfungen unserer Zeit, die in der Vielfalt nicht in den großen Medien gefunden werden. Die destruktive Spaltung zwischen den "Mainstreammedien" und einem Teil ihrer Rezipienten, die bei ihrer Kritik auch immer wieder auf die Vorzüge, die das Internet bietet, verweisen, muss dringend überwunden werden.

Das Schließen von Leserforen, so wie es gerade die Süddeutsche Zeitung getan hat, ist ein Weg in die falsche Richtung. Die Rezipienten – und das ist doch im Grunde genommen eine gute Nachricht – suchen den Dialog mit den traditionellen Medien. Die Vielzahl an Kommentaren, die unter den online veröffentlichten Artikel dieser Medien zu finden sind, zeigen unmissverständlich auf: Mediennutzer lesen Artikel, Kommentare und Analysen aufmerksam.

Sie beteiligen sich an einer Diskussion, sie üben Kritik, sie tadeln, aber sie loben auch, wo es aus ihrer Sicht angebracht ist. Der Graben, der derzeit Medien und ihre Nutzer trennt, kann nur überwunden werden, wenn man die Rezipienten nicht verstößt und ihre Kritik ernst nimmt.

Marcus Klöckner

Reinhard Jellen

"Worunter wir gerade in den Chefetagen am meisten leiden, ist Charaktermangel"

Interview mit Tom Schimmeck über Macht und Ohnmacht der Medien

Tom Schimmeck ist einer der letzten Mohikaner des investigativen Journalismus in Deutschland. Er hat 1979 die taz mitbegründet, war Spiegel-Redakteur und Reporter bei u.a. *Konkret*, *Tempo* und *Woche*. Er schreibt für die *Süddeutsche Zeitung*, *profil* und die *ZEIT* und produziert zahlreiche Hörfunkbeiträge. Während seiner Laufbahn wurde er mit zahlreichen angesehenen Journalistenpreisen bedacht. In seinen Buch "Am besten nichts Neues" wirft er einen konzentrierten Blick hinter die Kulissen der Meinungsindustrie und legt mit spitzer Feder eine ebenso furiose wie brillante Abrechnung mit dem Medienbusiness vor. Telepolis sprach mit dem Journalisten über die Wandlung des Journalismus zur Dienstleistungs-Schreibe und Meinungsmache.

▶ Herr Schimmeck, können Sie uns erklären, warum über Johannes B. Kerner so geschimpft wird, während zum Beispiel Geistesgrößen wie Giovanni die Lorenzo ungeschoren davonkommen, die doch journalistisch und intellektuell ähnlich subtil agieren?

> **Tom Schimmeck:** Da muss ich wirklich passen. Da ich mir die Kerners dieser Welt nicht antue, fehlt mir der Vergleich. Überhaupt, wer schimpft denn über Kerner?

▶ Die *Süddeutsche Zeitung* hat Herrn Kerner zumindest einmal als "Mensch gewordene Erdnuss" bezeichnet.

Tom Schimmeck: Schön! Trotzdem muss ich passen. Ich saß vor gut zehn Jahren einmal in einer Kerner-Show, weil ich an einer Reportage über das Medienphänomen Susan Stanke schrieb. Die schlug dortselbst auf. Ich habe mit echter Begeisterung diese Szenerie genossen, die erregten Talkshow-Gäste, die Animateure, die vorab schon mal die Stimmung warm laufen lassen. Ein echtes Schlüsselerlebnis. Aber das hat ja mit Journalismus gar nichts zu tun.

▶ Der Hintergrund der Frage ist der, dass sich die sogenannten Qualitätsmedien sehr dem Boulevard angenähert haben...

Tom Schimmeck: Das ist eine Tatsache. Und die wird an allen Ecken sichtbar. So ist *Bild* zum politischen Leitmedium geworden. Der Ton den *Bild* anschlägt, findet sich am nächsten Tag auch in Qualitätsmedien wieder. Viele Medienmacher verkünden inzwischen stolz, dass sie *Bild* jeden Tag als Pflichtblatt lesen - und zwar gerne. Dafür kann man aber schlecht *Bild* die Schuld geben. Das hat eher mit der Entleerung des Journalismus zu tun, dem Verlust von Begrifflichkeiten, Kategorien und Zusammenhängen, dem Trend zur schnellen News, zum Event. So greifen immer mehr Boulevard-Themen Platz. Auch werden immer mehr Themen nur noch als Personality-Geschichte aufgezogen, auch ein Boulevard-Phänomen. Fast alle Medien sind inzwischen Teil des Promi-Zirkus. Versuchen Sie einmal, eine Woche lang Boris Becker und Co. zu entgehen. Das schaffen Sie auch dann nicht, wenn Sie nur die *Süddeutsche* oder die *Frankfurter Rundschau*lesen. Diese zehntausend Instant-Prominenten, mit denen wir offenbar leben müssen, sind allüberall.

"Der Bespaßungs-Journalismus ist einfach billiger"

▶ Können Sie einen Zeitpunkt festmachen, wann sich die Boulevardisierung wirklich durchsetzte und mit was dies zusammenhängt?

Tom Schimmeck: Mal eine ganz steile These: Das hat in Deutschland mit dem Mauerfall zu tun. Dieser wunderbare historische Augenblick war halt auch eine verpasste Chance. Weil ab dem Moment jede Systemkritik ad acta gelegt schien, nicht mehr darüber diskutiert wurde, wie eine Gesellschaft aussehen sollte, in der möglichst alle Teilhabe an Wohlstand und Glück haben. Schon unter Kohl hatte sich Politik immer weiter entleert. Dann fiel sie dem Pragmatismus anheim. Die Schröder-Ära war da absolut stilprägend. Es gibt gar keinen Ausweg, war bald das Credo, wir folgen dem Diktat der Märkte, der Industrie, der Unternehmensberater, der Wirtschaftsprofessoren. Der politische Gestaltungswille verschwand hinter dieser vermeintlichen Alternativlosigkeit und mit ihm die Sprache für die gesellschaftliche Debatte. Seither gibt es nur noch Sachzwänge.

Diese Entleerung wiederum schafft unheimlich viel Raum, den die Blätter, die Medien überhaupt, mit anderen Themen füllen müssen. Zum Beispiel mit dem ganzen Balla-Balla-Kram, der uns täglich um die Rübe gehauen wird. Es gibt einen zweiten wichtigen Faktor, der ungefähr seit zehn Jahren eine wichtige Rolle spielt: Bespaßungs-Journalismus ist einfach billiger. Sie können mit diesen Prominenten-Schwadronen Medien quasi kostenneutral füllen. Es gibt ja ganze Verlagshäuser und Sender, die nichts anderes tun - und auch weniger über die Krise zu klagen scheinen. Der Bauer-Verlag zum Beispiel, in dem

seit seiner Gründung Mitte des 19. Jahrhunderts noch nie ein aufklärerischer Satz erschienen ist. Solche Medienfirmen leben mit immer neuen Postillen und Formaten von der Alt-Prominenz - Adel ecetera - und der Neu-Prominenz, diesen Glamour-, Talk- und Reality-TV-Gestalten, die sie einfach immer wieder recyceln. Das ist unheimlich kostengünstig und hat fast schon eine Art mediales Perpetuum mobile geschaffen.

"Druck von Werbepartnern"

▶ Bilden die Medien Ihrer Meinung nach noch die gesellschaftliche Realität ab oder beschränken Sie sich nur noch darauf, dem Wunschbild ihrer Werbepartner zu entsprechen?

Tom Schimmeck: Viele Journalisten und Medien geben sich nach wie vor riesige Mühe, Realität abzubilden. Wobei sie je nach Medienhaus heftige Abweichungen bei der Definition von Realität finden. Klar gibt es Druck von Werbepartnern, in einem werbefreundlichen Umfeld zu erscheinen, den gab es immer schon. Und deren Macht ist viel größer geworden - seit dem Platzen der New Economy-Blase 2002, in dessen Folge die Publishing-Industrie von starken Werbeinbrüchen erschüttert wurde. Man kann heute immer mehr Kooperationsgeschäfte beobachten: Es gibt Zeitschriften in Deutschland, besonders im Reise- und Autogewerbe, so scheint es mir, die vor lauter Deals gar nicht mehr zum Journalismus kommen. Es finden sich immer mehr kuriose Beilagen in den Zeitungen. Das Entscheidende ist aber wohl, dass die Medien nicht mehr die ökonomische Kraft und das Selbstbewusstsein besitzen, dem zu widerstehen.

"Wir haben zu viele BWLer und Marketing-Leute"

▶ Kann man hierzulande von einer Zensur durch den Markt sprechen, also dass durch die zunehmende Ökonomisierung des Journalismus die Parameter der Berichterstattung eingeschränkt werden?

Tom Schimmeck: Kleiner Vorschlag: Gehen Sie an den Kiosk Ihres Vertrauens, oder nehmen Sie die Fernbedienung in die Hand und gucken mal, was Ihnen so entgegenschwallt. Da gibt es keine Zensur in dem Sinne, dass Themen verboten würden, sondern in der Form, dass einfach nur angeboten wird, was sich verkauft oder vermeintlich verkauft. Selbstverständlich gibt es solche Mechanismen. Ich weiß nur nicht, ob man das Zensur nennen kann. Offensichtlich durchleben wir derzeit eine Wirtschaftskrise, von der die Leitmedien bis kurz vor Ihrem Ausbrechen nichts wissen wollten. Das lag, glaube ich, auch daran, dass zu wenig Wille, zu wenig Neugier und kaum noch Geld mehr dafür vorhanden ist, solche Fragen rechtzeitig zu stellen. Was sicher auch mit den hiesigen Besitzverhältnissen zu tun hat: Die Medien sind bei uns - bis auf die öffentlich-rechtlichen Kanäle - in Privatbesitz. Das ist unser System.

Früher war der Privatbesitzer, der Verleger, oft so ein paternalistischer Archetyp, der in der Gesellschaft mitspielen wollte. Der war in der Regel konservativ, hatte aber immerhin eine eigene politische Meinung. Und zudem kulturinteressiert und oft kosmopolitisch genug, um auch den gutschreibenden Zottelbären und die neugierige Nudel noch zu drucken. Links waren Verleger in Deutschland selten. Aber es gab einige, die ein bisschen aufgeklärter waren. Das garantierte ein gewisses Spektrum an Meinungen. Das schuf Raum für Charaktere. Ein Augstein,

ein Nannen, ein Bucerius, so zwiespältig sie auch waren, kamen als *political animals* daher.

Die sind weg. Sie finden heute kaum einen Verleger dieses Typs mehr. Worunter wir gerade in den Chefetagen, bei den sogenannten "Entscheidern", wohl am meisten leiden, ist Charaktermangel. Wir haben zu viele BWLer und Marketing-Leute, die sich auf reine Kosten-Nutzen-Rechnungen beschränken, allein darauf aus sind, möglichst viele Profitcenter zu schaffen und möglichst viel Anzeigenflächen zu verkaufen. Medien sind für diese Leute genau das gleiche wie Schrauben, Buttermilch oder Gummistiefel. Und das zeitigt enorme Auswirkung auf die Bandbreite von Medien. Es rechnet sich einfach nicht mehr, zu recherchieren oder eine andere Meinung zu haben. Das ist der stärkste Effekt, den wir momentan in den Medien erleben.

"Es hat sich eine Machtverschiebung ergeben"

▶ Können sich Wirtschaftsunternehmen die positive Berichterstattung in den deutschen Medien auch erkaufen? Winfried Wolf beobachtete zum Beispiel nach dem Achsbruch eines ICE-Zuges in Köln in verschiedenen Leitmedien wie Spiegel, Stern oder Süddeutsche dass die Bahn großflächige Werbeanzeigen platzierte und das Thema nach relativ kurzer Zeit, ohne nach weiteren Zusammenhängen zu fragen, durch war...

Tom Schimmeck: Ich kann nicht beurteilen, ob es solche Deals wirklich gibt. Ich mag nicht glauben, dass Chefredakteure sich auf so einen Schweinekram einlassen würden. Aber die Bahn ist, was das freche Orchestrieren positiver Stimmen angeht, ohnehin ein gutes Beispiel. Ihre unsäglichen Aktivitäten sind ja öffentlich ruchbar geworden

sind. Die Bahn hat systematisch die eigenen Leute wie auch Journalisten bespitzelt. Sie hat über PR-Firmen und sogenannte *think tanks* wie *berlinpolis* Meinungskampagnen und Umfragen initiiert, um ihre Strategien als die objektiv richtigen zu verkaufen und ihre Kritiker madig zu machen. Das ist dokumentiert. Und ein Skandal, der, wie ich finde, viel zu schwach gewürdigt wurde.

Insgesamt beobachten wir in den letzten fünfzehn Jahren einen gewaltigen Ausbau der PR, gerade in den Wirtschaftsunternehmen. Hier werden wirklich mit allen Tricks Stimmungen kreiert. Auch das ist sicher eine Folge der Ökonomisierung. Da verschieben sich die Ressourcen. Inzwischen ist in Deutschland und anderswo die Zahl der Leute, die für Geld Meinung machen, also die Zahl der PR-Berater, der Kommunikationsstrategen, der Werber und anderer professionellen Agendasetter mindestens genauso groß wie die der Berichterstattenden. Diese PR-Leute sind in der Regel wesentlich besser bezahlt, wesentlich fokussierter auf ihre Aufgabe. Ihr Hebel wird immer länger: Sie nehmen mit Anzeigen, Veranstaltungen, Umfragen, Fotos und all dem Material, mit welchem sie die Öffentlichkeit bewerfen, immer mehr Einfluss. Auch weil die unter Spardiktaten ächzenden Medien immer hungriger nach kostenlosem Inhalt sind. So gewinnen die PR-Leute einen ungeheuren strategischen Vorteil gegenüber den Journalisten. Da hat sich eine Machtverschiebung ergeben.

▶ Nun ist es aber so, dass die Wirtschaftsunternehmen nicht nur positiv auf die Berichterstattung Einfluss nehmen, sondern auch negativ: Kritisch berichtende Medien werden inzwischen häufig wegen "Verleumdung" und "Beleidigung" verklagt. Sie haben dies

selbst in Ihrem Buch am Beispiel des englischen *Guardian* ausführlich dargelegt...

Tom Schimmeck: Natürlich leben die Spürnasen, die echte Skandale ausbuddeln, immer mit der Gefahr, dass eine Gegendarstellung oder ein Widerruf eingefordert wird. Deswegen haben Journalisten nicht nur eine Berufshaftpflicht-, sondern auch eine Vermögensschadenversicherung. Der *Guardian* hatte konkret nachzuvollziehen versucht, mit welchen tollen Offshore-Tricks bestimmte Multis in Großbritannien Steuervermeidung betreiben. Die Zeitung leistete eine wunderbare Recherche, aber dabei beging sie einen kleineren Fehler. Der führte dazu, dass das Blatt über Jahre mit gigantischen Kosten konfrontiert war.

Am Ende kam die Zeitung sogar glimpflich davon. Aber allein die Experten, die nötig waren, um diese irrwitzig komplexen Modelle für die Justiz noch einmal auseinander zu schrauben, kosteten Hunderttausende. Guardian-Chef Alan Rusbridger hat vorgerechnet, dass schon die Beantwortung der Anwaltspost der klagenden Firma binnen sieben Wochen 500.000 Dollar verschlang. Am Ende drohte dem Blatt ein Verlust von über sieben Millionen. Stellen Sie sich vor, so etwas passiert der taz: Die kann dann gleich zusperren. Wir haben also das Dilemma, dass kaum noch einer die Lust, den Mut, das Know-how und die Ressourcen hat, in diesem internationalen Geflecht zu recherchieren. Und wenn es eine Zeitung doch mal tut, bekommt sie dermaßen eins auf die Mütze, dass es für alle Zeiten abschreckend wirkt. Jeder Chefredakteur, der diese Geschichte verfolgt hat, wird Stories über Multis und Steuermodelle fortan mit der Kneifzange anfassen.

"Man mag sich die Laune nicht noch weiter verderben"

▶ Ich muss gestehen, ich habe die Guardian-Geschichte erstmals in Ihrem Buch gelesen. Warum wurde dieser Fall in der Öffentlichkeit nicht weiter skandalisiert?

> **Tom Schimmeck:** Weil Medien relativ wenig über Medien und Macht reflektieren. Der Medienjournalismus in Deutschland ist gar nicht schlecht, aber gerade ökonomische Zusammenhänge gelten auch hier häufig als nicht so sexy. Auch ich hatte von dem spektakulären Guardian-Fall vor den Recherchen zu meinem Buch nichts gehört. Vielleicht beruht das Stillschweigen auch auf einen verständlichen Verdrängungsprozess - man mag sich die Laune nicht noch weiter verderben.

▶ In Deutschland hat sich ein eigener juristischer Geschäftszweig um das Abmahnen und das Erpressen von Unterlassungserklärungen bei Journalisten entwickelt - die zwar nur Vorstufen zur Klage bilden, aber in der Praxis sehr viel wichtiger sind. Können Sie uns mehr darüber erzählen? Haben Sie selbst sich beim Schreiben ihres Buches deswegen ab einen gewissen Punkt zurückhalten müssen?

> **Tom Schimmeck:** Ich weiß, dass es das gibt, aber ich selbst bin gottseidank noch nie Gegenstand solcher Klagen geworden. Das hat vermutlich mit meiner sanftmütigen Schreibweise zu tun. Bei meinem Buch habe ich mich überhaupt nicht zurückgehalten.

▶ Was hat sich seit den letzten 30 Jahren bei den Medien verändert? Welche Rolle spielen Imperien wie Permira, KKR oder die Mecom und die zunehmende Konzentration von Eigentum bei diesem Prozess?

Tom Schimmeck: Die Beantwortung des ersten Teils Ihrer Frage würde wohl den Rahmen dieses Interviews sprengen. Da kann ich nur sagen: Please, read my book. Konzentrieren wir uns auf den zweiten Teil: Mecom hat sich wohl erledigt in Deutschland. Zum Glück. Doch als Geisteshaltung ist Mecom nur eine Karikatur dessen, was in den meisten deutschen Verlagshäusern inzwischen sowieso schon Credo ist. Bei Permira und KKR sehen sie deutlich, wie ein ohnehin allein auf Profit ausgerichteter Privatsender zur Steigerung der Rendite noch weiter, brutalstmöglich sozusagen, auf Kostenreduzierung getrimmt wird. Nachrichtenjournalismus zum Beispiel spielt da bestenfalls noch eine tertiäre Rolle. Die Richtung heißt: Spaßfernsehen wie in Italien unter Berlusconi. So macht man heutzutage auch Politik. Viel stärker als alle politische Propaganda, als das Lancieren bestimmter politischer Ansichten und Figuren, wirkt inzwischen die Entleerung der Köpfe. Nun behaupte ich nicht, dass Heuschrecken wie Permira und KKR einfliegen, um die Köpfe leer zu fressen und so die Tore für eine bestimmte politische Agenda zu öffnen. Das ist eher ein Nebeneffekt der ausschließlichen Orientierung auf Rendite.

▶ Steckt hinter dieser zunehmenden Verdummung zum Beispiel im Fernsehen ein bewusstes Kalkül oder geschieht dies zwangsläufig über eine durch kommerzielle Zwänge geschuldete Annäherung an Markt und Zuschauer?

Tom Schimmeck: Ich bin überhaupt kein Freund von Verschwörungstheorien. Was trieb Axel Springer, als er *Bild* schuf? Der Mann war sehr geschäftstüchtig, wollte in erster Linie Geld verdienen. Und zugleich seine zutiefst konservativen Überzeugungen unters Volk bringen. Mit dem Wagnis eines neuen, kunterbunten Massenmediums

konnte er beide Ziele erreichen. Sicher: *Bild* ist höchst unappetitlich. Und doch ist das Blatt bis heute wichtig und stimmungsmächtig. Es hat seine Doppelfunktion behalten: Cash-Cow und politische Waffe. Wenn sie just etwa die wirklich widerliche Anti-Griechenland-Propaganda dieses Organs verfolgt haben, konnten sie sehen, welche Meinungskraft sich da noch immer entfaltet. Nein, ich glaube nicht, dass sich irgendwelche mächtigen Menschen an einen Tisch setzen und beschließen, wie man das Volk am besten verdummt. Ich glaube aber auch nicht, dass Verdummung immer nur ein Kollateralschaden des kommerziellen Kalküls ist. Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen.

▶ Wie schätzen Sie den Einfluss von Parteien, Wirtschaftsverbänden und "Medienpartnern" auf die Medien ein? Wie funktionieren hier die Mechanismen?

Tom Schimmeck: Das habe ich in meinem Buch ausführlich zu beschreiben versucht. Besonders unangenehm finde ich konzertierte Aktionen wie die INSM, die *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, die seit mittlerweile zehn Jahren mit Millionen aus der Metallwirtschaft bestimmte politische Ansichten und Deutungen pusht und, übrigens mit Jahrzehnten Verspätung, als eine Art ideologische Vorhut des Spät-Thatcherismus in Deutschland agiert. Es ist ja nicht illegal, wenn Mächtige mit viel Geld bestimmte Botschaften wie "weniger Kündigungsschutz, weniger Staat, weniger Steuern" ins Land hinausblasen lassen.

Problematisch ist eher, dass sich so viele Zeitungen und Medienhäuser als Partner einfanden, um dabei fröhlich mitzutun! Wenn sie die Webpage der INSM anklicken, können sie sich ansehen, welche sogenannten

Qualitätsmedien, von FAZ bis Focus, von Welt bis Zeit, da schon im Boot waren bzw. immer noch sind. Da staunt man nicht schlecht. Von publizistischer Unabhängigkeit kann hier wohl keine Rede mehr sein. Zum Jahrestag des Mauerfalls 2009 wurde zum Beispiel eine Sonderausgabe von Burdas Super-Illu offenbar von der *INSM* gesponsert. Und die Realität im deutschen Osten mal eben zu einer Art Wellness-Paradies umgedichtet. Das geht einfach nicht. Solcher Einfluss ist mir zu dreist.

▶ Wenn diese Initiative für Geld bei kommerziellen Blättern Meinungsfläche okkupiert, ist das heikel, aber aus einer gewissen Logik heraus verständlich. Haben Sie aber eine Erklärung dafür, warum die Herren der *INSM* im öffentlich-privaten Fernsehen sitzen?

Tom Schimmeck: Dass die gleichen neoliberalen Nasen, die ja, wenn man sich die Krisen der letzten Jahre ansieht, mit ihren Patentrezepten gerne auch mal kapital falsch liegen, bis heute in allen gängigen TV-Ritualrunden aufkreuzen dürfen, kann man eigentlich nur noch mit der geringen geistigen Durchdringungstiefe der Gestalter dieser Sendungen erklären.

▶ War in Bezug des Niedergangs des deutschen Pressewesens die Regentschaft von Rot-Grün unter dem Medienkanzler Gerhard Schröder ein Quantensprung?

Tom Schimmeck: Rot-Grün hat medial wirklich etwas verändert. 1998 hatte die restkritische Medienmasse den Kohl so satt, dass sie Schröder geradezu verzweifelt hochschrieb. Was ich vollkommen verständlich fand. Das Problem war, dass Rot-Grün, historisch betrachtet, wohl acht Jahre zu spät kam und nicht mehr die politische Gestaltungskraft aufbrachte, um mit der doch ergatterten Macht ein kohärentes politisches Projekt zu verknüpfen.

Gleichzeitig wurde in der deutschen Offentlichkeit die neoliberale Ideologie immer präsenter. Und bald begann Rot-Grün, Konzessionen an diese neue Geistesmode zu machen: Die Steuersenkung für Großunternehmen und die Deregulierung der Finanzmärkte hat beispielsweise Rot-Grün beschlossen.

Schröder hatte keinen wirklichen Plan, was er gesellschaftlich verändern wollte, und warf sich schließlich in den Mainstream. So wurde rot-grün zu einer sehr ernüchternden Episode. In den Medien gab es zu dieser Zeit zwei Strömungen: Jene Stimmen, die von rechts, aber auch im stark gewandelten *Spiegel*, im *Stern*, in der *Zeit*, der *Süddeutschen* und auf den meisten Kanälen nach noch viel radikaleren neoliberale Axthieben riefen. Und auf der anderen Seite das kritische Restpotential, bei der *taz* und in den letzen Nischen der etablierten Blätter und Sender, das sich von Rot-grün progressiven Wandel versprochen hatte und nun furchtbar enttäuscht war. Beide Seiten haben sich des rot-grünen Projekts entledigt. Die einen, die vorher für Schröder gekämpft hatten, umjubelten plötzlich Frau Merkel als neue Lichtgestalt. Die anderen verschwanden in ihrem Schmollwinkel.

▶ In Ihrem Buch schildern Sie die Pressekampagne gegen Andrea Ypsilanti als Beispiel einer politischen Einflussnahme, die durch die Medien stattfindet. Was hat Sie daran so gestört?

Tom Schimmeck: Es hat mich zunächst einmal fasziniert! Ich lebe nicht in Hessen, interessiere mich auch nicht so wahnsinnig für Kommunal- und Landespolitik. Aber im Fall Ypsilanti fiel bald auf, mit welch kollektivem Elan hier eine neue politische Figur in die Tonne getreten wird. Wir erleben ja oft, wie politische Figuren rauf- und wieder runtergeschrieben werden. Aber dass dermaßen aggressiv

und unisono zur Jagd auf eine Person geblasen wird, hat mich schon überrascht. Mein Buch ist ja ein Versuch, Verrohung und Verfall demokratischer Öffentlichkeit relativ breit und international zu beschreiben, möglichst viele Stränge zusammen zu führen. Da schien mir die hessische Hysterie ein interessantes Beispiel - sehr geeignet, um Prozesse der Gleichschaltung aufzuzeigen.

Also habe ich mich ein paar Wochen nur damit beschäftigt und hunderte Artikel gelesen. Zum Beispiel auch mit Andrea Ypsilanti und Hermann Scheer gesprochen - um zu erkunden, welche Wirkung diese Kampagne auf die Akteure selbst hatte. Ich habe übrigens auch versucht, mit zehn Journalisten, die mir besonders aktiv in dieser Kampagne schienen, zu reden. Acht haben überhaupt nicht geantwortet. Einer zog sich zurück, als ihm aufgrund meiner Fragen klar wurde, wie kritisch ich seine spezielle Rolle sah. Bei der einzig übrig gebliebenen Kollegin vom *Stern*, die schnell und freundlich reagierte, habe ich mich dann bedankt und es aufgesteckt. Ypsilanti war ein ungewöhnlich krasser Fall medialer Herdenbildung. Da bekamen wir vorgeführt, welche Wucht sich entfaltet, wenn alle halbwegs wichtigen Medien das Gleiche verkünden. Ich fand das wirklich erschreckend.

Gute Abweichler, schlechte Abweichler

▶ Was bei der Ypsilanti-Debatte auch aufgefallen ist: Während den sogenannten "Abweichlern" Lorbeerkränze als selbstlose Partisanenchefs geflochten wurden, hat seinerzeit die Parteilinke bei der Agenda 2010 das öffentliche Brandeisen zu spüren bekommen....

Tom Schimmeck: Deswegen war ich sensibilisiert im Fall Ypsilanti. Ich hatte bei der Arbeit an meinem Buch zuvor

den medialen Umgang mit den sogenannten "Abweichlern" der SPD im Zuge der Debatte um die Agenda 2010 analysiert. Damals wurden ja die hauptamtlichen Abwatscher bestimmter Medien losgeschickt, um diese paar SPD-Linken publizistisch einzukochen. Schon die Wortwahl war sehr erhellend - wie nassforsch da Abgeordnete zu verstockten Idioten und notorischen Querulanten herabgestuft wurden. Da wurde ein Exempel statuiert. Zumal dieses Grüppchen ja im Grunde kaum mehr als einen Zwergenaufstand probte. Doch immerhin hatten sich diese Leute geweigert, bei einer sogenannten Reform mitzumachen, die sie als politisch falsch erachteten. Was ja in einer Demokratie eigentlich dazugehört. Im Fall Ypsilanti fand nun das genaue Gegenteil statt: Hier wurden die abtrünnigen Sozialdemokraten zu Lichtgestalten emporgejubelt, zu Rettern des Abendlandes vor der rot-rot-grünen Gefahr. Das hatte streckenweise schon unfreiwillig komische Züge.

▶ Haben Sie eine Erklärung dafür, warum die gesamte Presse so negativ über Frau Ypsilanti berichtet hat? Der Tatbestand des Wortbruchs kann es kaum sein. Schließlich hat auch so mancher andere Sozialdemokrat zwischen 1998 und 2005 nicht nur jedes seiner Wahlversprechen gebrochen, sondern sogar das Gegenteil des Angekündigten getan. Nach den Maßstäben, welche die Presse bei Frau Ypsilanti angelegt hat, hätte sie diese Leute schlicht und einfach in der Luft zerreißen müssen...

Tom Schimmeck: Sicher. Und Ypsilanti hatte zwei zentrale Dinge versprochen: Schluss mit der Politik von Roland Koch und keine Koalition mit der Linken. Nach der strikten Weigerung der FDP, mit der SPD ein Bündnis einzugehen, konnte Ypsilanti gar nicht anders, als eines ihrer beiden Wahlversprechen zu brechen. Anfangs

allerdings hatte sich Andrea Ypsilanti wahnsinnig ungeschickt angestellt. Wobei hinzukam, dass der Intrigantenstadl in der Berliner SPD-Führung massiv gegen sie feuerte. Schon weil die Herren die Chance witterten, bei der guten Gelegenheit auch gleich Parteichef Kurt Beck loszuwerden. Was ja auch gelang. Aber Ypsilanti erkannte ihre unbeholfene Stolperei letztlich, organisierte in einem zweiten Anlauf eine breite Diskussion und Willensbildung innerhalb der SPD, auf Parteitagen und in unzähligen Gesprächen. In der Partei war sie damit erfolgreich.

Nur öffentlich nützte ihr das nichts, weil die Medien sie weiter auf den "Wortbruch" festnagelten. Da wurde ein durchschnittlich komplexer politischer Zusammenhang von allen beteiligten medialen Akteuren auf einen Strang reduziert. Das Resultat war Propaganda mit gravierenden politischen Folgen. Noch eine Pointe: Der Politik-Chef der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, Volker Zastrow, der die vier Ypsilanti-Abweichler zunächst zu Heroen gegen die heranrückenden Russen in den teutonischen Olymp hochgejubelt hatte, legte später, nach der Wiederwahl seines Favoriten Koch, einen Roman vor, in dem er sie fein säuberlich demontierte. Für diesen Roman, in dem Zastrow die eigene Rolle mit keinem Wort thematisiert, wurde er wiederum in der Süddeutschen Zeitung beinahe für den Nobelpreis vorgeschlagen.

"Seriöse eigene Berichterstattung können sich nur ganz wenige Medien überhaupt leisten"

▶ Sie schreiben in Ihrem Buch, dass man in den Medien sogar komplette Lügen behaupten kann, die selbst dann noch wirksam bleiben, wenn sie längst widerlegt sind. Wie beurteilen Sie

diesbezüglich die Berichterstattung zum Kosovokrieg in den deutschen Medien?

Tom Schimmeck: Über die Kosovo-Berichterstattung weiß ich zuwenig. Generell gilt wohl die alte Weisheit, dass im Krieg zuerst die Wahrheit stirbt. Kriegsthemen kann man journalistisch nur mit großem Aufwand realisieren: Sie müssen vor Ort sein, unter widrigsten Bedingungen, und sich lösen von Gastgebern und Begleitern sämtlicher Militärstäbe etc. Also, eine seriöse eigene Berichterstattung können sich nur ganz wenige Medien überhaupt leisten.

Das ist aber nicht mein zentraler Punkt. Ein Schlüsselerlebnis ganz am Anfang der Buchrecherche war für mich eine Reise nach Washington. Ich fuhr da hin, um zu sehen, wie moderne PR und Propaganda wirklich funktionieren. Dagegen ist hier noch alles eher Kindergarten. In Washington und New York residieren milliardenschwere Unternehmen, die Regime und Konzerne aller Art beraten und deren Interessen und Ansichten weltweit in die Medien pushen. Im kurzen Krieg um die kleine georgische Provinz Süd-Ossetien zum Beispiel waren auf allen Seiten mehr als ein halbes Dutzend PR-Agenturen am Start, zumeist US-amerikanische. In Washington besuchte ich meine Lieblingsstimme vom *National Public Radio*, Robert Siegel, ein Mann der seit Ewigkeiten dort sitzt und enorme Erfahrung hat. Ich fragte ihn, was heutzutage denn anders sei. Der sprach genau diesen Satz: "Früher war es üblich, dass die Leute aufhören, wenn sie beim Lügen erwischt wurden, heute machen sie einfach weiter."

▶ Der Vietnam-Krieg wurde seinerzeit auch über die Medien verloren. Meinen Sie, dass das heutzutage noch passieren könnte?

Tom Schimmeck: Ich denke schon. Beim Irak-Krieg allerdings haben die US-Medien anfangs ziemlich versagt. Aber das Ganze ist ja kein linearer Verfallsprozess, es gibt immer Wellenbewegungen. Und auch die Amplitude der Erregung scheint immer größer zu werden. Unlängst konnten wir das am Beispiel Barack Obama erleben, den Medien anfangs als Gottessohn und Heilsbringer priesen und später in Windeseile zum Kaspar herabstuften. Um ihn sodann erneut kräftig aufsteigen zu lassen, als er ein paar Erfolge verbuchte. Gerade in der amerikanischen Öffentlichkeit sind unglaublich starke Emotionen im Spiel. Propaganda hat immer mit Emotionen gearbeitet, heute macht sie das geschickter denn je. Aber Emotionen sind auch äußerst volatil. Ein Berlusconi zum Beispiel herrscht via Emotion. Eigentlich eine sehr gefährliche Entwicklung.

▶ Und wenn Sie sich die Berichterstattung in den deutschen Medien über Weltwirtschaftskrise am Beispiel Griechenlands ansehen: Können Sie hier eine Einflussnahme der Medien ausmachen?

Tom Schimmeck: Ich glaube, viel problematischer als die Einflussnahme von Seiten der Medien ist der Sachverhalt, dass in Deutschland nur noch ganz wenige Leute die Komplexität der Finanzkrise wirklich durchblicken. Ich würde mir wünschen, dass Medien viel mehr Elan aufbringen, die Zusammenhänge aufzuzeigen, sie zu erklären und dann eine Meinung dazu entwickeln. Unser Problem ist also weniger Einflussnahme als die Nicht-Einflußnahme, die Nicht-Kritik.

▶ Fehlt es hier den Journalisten und Redakteuren am Know-how?

Tom Schimmeck: Auch. Und manchmal am Willen. Außerdem haben sie meist kaum Zeit für Zusammenhänge. Bei dem Salär, das etwa freie Journalisten oft bei Wirtschaftstageszeitungen bekommen, kann man außerdem wohl sagen: Recherche wird bestraft. Das ist ein strukturelles Problem. Man muss für guten Journalismus, für fundierte Durchleuchtung, für einen Mitarbeiterstab, der über genug Zeit und Know how verfügt, Dinge zu beobachten, zu analysieren und zu interpretieren, einfach gutes Geld auf den Tisch legen. Das aber kapieren die Rechenschieber in den Verlagen leider oft nicht!

▶ Wenn Sie an die Presselandschaft in 20 Jahren denken: Geht es noch dümmer als heutzutage?

Tom Schimmeck: Die Presselandschaft in 20 Jahren? Keine Ahnung! Vielleicht wird in 20 Jahren das letzte Printprodukt in einem Schrein verwahrt und an einem Feiertag von ein paar Jüngern des gedruckten Wortes umtanzt! Vielleicht aber sind wir in 20 Jahren auch schlauer denn je. Ich sehe die Entwicklung nicht so pessimistisch: Ich lebe auf dem Dorf, aber ich kann dank moderner Technologie jeden Morgen die *New York Times* oder den *Sydney Morning Herald* lesen, wenn mir danach ist. Ich kann mir zwei Millionen wissenschaftliche Arbeiten per Knopfdruck ansehen und mit den Autoren über Email in Verbindung treten.

Um einmal zurück zu gucken: Wir haben in den letzten 20 Jahren enorm an Potential gewonnen. Zumindest theoretisch sind wir der Aufklärung jetzt näher denn je. Das Problem ist nur, dass dieses tolle Internet die Ökonomie der bisherigen Medien - die der guten leider mehr als die der schlechten - derzeit über den Haufen schmeißt. Da

müssen wir neue Wege finden, um Aufklärung zu organisieren, ein neues Fundament schaffen für Medien, die gute Ressourcen und den freien Willen haben, gesellschaftliche Prozesse zu begleiten und einen Standpunkt einzunehmen. Wenn das gelingt - und es muss gelingen, weil sonst Demokratie nicht funktioniert -, haben Medien eine große Zukunft. Und auch Journalisten. Denn mit der sagenhaften Fülle verfügbarer Information wird das Sichten, Sortieren und Bewerten wichtiger denn je.

Erschienen am 01.07.2010

Marcus Klöckner

"Einen 'Schweigepakt' kann ich mir nur schwer vorstellen"

Fragen zu den Bilderberg-Konferenzen I

Wie bewerten Vertreter aus dem journalistischen Feld die unter großer Geheimnistuerei veranstalteten Bilderberg-Konferenzen, zu denen sich irgendwie (aus)erwählte internationale Spitzenkräfte aus Politik, Wirtschaft, Medien und Finanzwelt versammeln und entsprechende Verschwörungstheorien hervorrufen?

Am 11. und 12. Juni 2011 findet die diesjährige und 59. Konferenz der konspirativen Elite, von manchen auch "geheime Weltregierung" genannt, in St. Moritz in dem weiträumig abgesperrten Luxushotel Suvretta House statt. Immerhin wurde bereits die Liste der Geladenen frühzeitig veröffentlicht, auf der man neben David Rockefeller, Henry Kissinger oder Josef auch Matthis Nass von Die Zeit oder Oscar Bronner, den Herausgeber der österreichischen Tageszeitung Der Standard, Thomas Enders von Airbus oder Peter Löscher von Siemens AG, aber auch etwa Peer Steinbrück findet (mehr dazu auch hier).

Telepolis fragte bei Journalistenschulen und dem Vorsitzenden des Deutschen Journalisten Verbandes nach. Außerdem kommt der Journalist und wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Praktische Journalismusforschung (IPJ) in Leipzig, Uwe Krüger, zu Wort. Die Kurzinterviews erfolgten per Email, die Interviewten wurden um kurze, meinungsstarke Antworten gebeten. Der größte Teil der Journalistenschulen war nicht bereit die Fragen zu beantworten - aus Zeitgründen, wegen mangelhafter Kenntnis zum Thema Bilderberg

oder wie der Leiter einer der großen Journalistenschule sagte: weil das Thema "verschwörungstheoretisch" und die Fragen "banal" seien.

Eine nicht unübliche Verabredung zur Vertraulichkeit

Leonhard Ottinger, Geschäftsführer der RTL-Journalistenschule:

▶ Zu den Bilderberg-Konferenzen kommen Funktionsträger aus der Wirtschaft (zu Zweidrittel!), aus der Politik, aber auch aus dem Adel, den Medien und der Wissenschaft. Wie bewerten Sie es, wenn eine Weltelite sich unter den Bedingungen, wie es die "Bilderberger" tun, trifft, also unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und ihre Mitglieder sich zu einer Art Schweigepakt verpflichten?

> **Leonhard Ottinger:** Politiker, Führungskräfte und Journalisten treffen sich in unterschiedlichsten Konstellationen immer wieder zu Hintergrundgesprächen, vertraulichen Runden etc. Wenn die Beteiligten sich darauf verständigen, dass Gesprächsinhalte nicht sofort an die Öffentlichkeit getragen werden sollen, ist dies eine nicht unübliche Verabredung.

▶ Wie bewerten Sie die Tatsache, dass an den Bilderberg-Konferenzen auch reputierte Journalisten teilnehmen, aber nicht darüber berichten.

> **Leonhard Ottinger:** Da ich die beteiligten Journalisten oder deren Meinung zu den Bilderberger-Konferenzen nicht kenne, möchte ich nicht über Beweggründe spekulieren.

▶ Als Geschäftsführer einer Journalistenschule, die junge Journalisten auf ihren Beruf vorbereitet, an Sie die Frage: Sollten die

Konferenzen Gegenstand einer breiteren Berichterstattung sein?

> **Leonhard Ottinger:** Diese Frage stellt sich jeden Tag bei der Fülle von Themen, Ereignissen und Informationen: Wie breit soll eine Berichterstattung sein? Sie muss je nach Themenlage und Art des Mediums ständig neu bewertet werden. Insofern kann man die Frage nicht allgemein beantworten. Eine politische Zeitschrift findet vielleicht eher den Platz als eine viertelstündige tagesaktuelle Nachrichtensendung.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

> **Leonhard Ottinger:** Besonders das Internet bietet die Möglichkeiten, Debatten zu führen, die aus Platz- oder Zeitmangel in anderen Medien nicht stattfinden kann. Insofern ist das Internet eine geeignete Plattform, auf der sich Kritiker der Bilderberger-Konferenz äußern und austauschen können.

Keine Medien-Verschwörung, eher eine Mischung aus Nichtwissen und Ignoranz

> **Oscar Tiefenthal**, Leiter der Evangelischen Journalistenschule:

▶ Zu den Bilderberg-Konferenzen kommen Funktionsträger aus der Wirtschaft (zu Zweidrittel!), aus der Politik, aber auch aus dem Adel, den Medien und der Wissenschaft. Wie bewerten Sie es, wenn eine Weltelite sich unter den Bedingungen, wie es die "Bilderberger" tun,

trifft, also unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und ihre Mitglieder sich zu einer Art Schweigepakt verpflichten?

Oscar Tiefenthal: Die Versammlungsfreiheit gilt auch für Eliten. Ich habe damit kein Problem, auch wenn eine Schweigepflicht heutzutage schon etwas anachronistisch wirkt. Grundsätzlich redet es sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit sicherlich freier, als unter Beobachtung der Weltpresse.

▶ Wie bewerten Sie die Tatsache, dass an den Bilderberg-Konferenzen auch reputierte Journalisten teilnehmen, aber nicht darüber berichten.

Oscar Tiefenthal: Wer würde so eine Einladung schon abschlagen? Hintergrundinformationen und Kontakte sind für Journalisten Schwarzbrot. So lange die Kollegen sich nicht instrumentalisieren oder korrumpieren lassen ist das in Ordnung.

▶ Als Leiter einer Journalistenschule, die junge Journalisten auf ihren Beruf vorbereitet an Sie die Frage: Sollten die Konferenzen Gegenstand einer breiteren Berichterstattung sein?

Oscar Tiefenthal: Natürlich sollte über eine solche Konferenz berichtet werden und ich bin über die bisher eher spärliche Berichterstattung etwas verwundert. Gerade eine geschlossene Gesellschaft mit Schweigepakt ist doch geradezu eine Einladung zu gründlicher Recherche.

▶ Wie erklären Sie sich, dass die Konferenzen bisher in den großen Medien kaum erwähnt wurden?

Oscar Tiefenthal: Sicher keine Medien-Verschwörung, eher eine Mischung aus Nichtwissen und Ignoranz. Dabei scheint es sich bei der Bilderberg-Konferenz nicht einfach um eine bestimmte Interessengruppe zu handeln, offenbar ist das gesamte politische Spektrum vertreten. Das finde ich spannend.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

Oscar Tiefenthal: Das ist nicht nur verständlich, sondern absolut notwendig, wenn die klassischen Medien bei diesem Thema versagen.

Ob eine Veranstaltung genug für die Berichterstattung hergibt, entscheiden die Redaktionen

Michael Konken, Bundesvositzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV):

▶ Als Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands haben Sie bestimmt auch eine Position zur Frage, wie nahe sich Journalisten mit "den Herrschenden" einlassen dürfen. Es ist bekannt, dass an den Bilderberg-Konferenzen auch bekannte Journalisten teilnehmen. Diese Journalisten, genauso wie die anderen Teilnehmer, verpflichten sich zu einer Art Schweigepakt, sie berichten nichts über die Konferenzen. Wie bewerten Sie das Verhalten?

Michael Konken: Journalisten haben die Aufgabe, zu berichten und zu informieren. Einen "Schweigepakt", wie Sie es nennen, kann ich mir nur schwer vorstellen.

▶ Wie erklären Sie sich, dass die Konferenzen bisher in den großen Medien kaum erwähnt wurden?

Michael Konken: Ob eine Veranstaltung genug für die Berichterstattung hergibt, entscheiden die Redaktionen. Ich kann nicht beurteilen, ob wichtige Informationen nicht veröffentlicht wurden.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

Michael Konken: Natürlich habe ich Verständnis dafür, denn mit dem Internet, den Foren und Blogs stehen vielfältige Kommunikationsmittel für jedermann zur Verfügung. Entscheidend ist aber letztlich der Wahrheitsgehalt von Informationen.

▶ Sollten ihrer Meinung nach die Konferenzen Gegenstand einer breiteren Berichterstattung sein?

Michael Konken: Der Deutsche Journalisten-Verband sieht seine Aufgabe nicht darin, den Journalisten bestimmte Themen vorzuschreiben. Wie bereits gesagt: Die Entscheidung zur Berichterstattung liegt bei den Redaktionen.

Von Treffen wie der Bilderberg-Konferenz geht Soft Power aus

Uwe Krüger, Journalist und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Praktische Journalismusforschung, (IPJ) in

Leipzig. Krüger promoviert über die Netzwerke deutscher Journalisten in Politik und Wirtschaft.

▶ Was sind die Bilderberg-Konferenzen?

Uwe Krüger: Bilderberg ist ein Ort, wo westliche Eliten aus Politik, Wirtschaft und anderen Sektoren vertraulich über aktuelle Themen diskutieren. Dort werden zwar keine formell bindenden Beschlüsse gefasst, aber es wird mit Meinungen experimentiert, Streit ausgetragen und an einem - wenn auch nur temporären - Konsens gearbeitet.

▶ Wie bewerten Sie die Tatsache, dass Journalisten von Leitmedien mit in die Konferenzen eingebunden sind?

Uwe Krüger: Dies verletzt journalistische Grundregeln von Unabhängigkeit und kritischer Distanz zu den Mächtigen. Aus Sicht von Journalisten ist es sicher reizvoll, einen solch einmaligen Einblick in die Diskussion auf höchster Ebene zu bekommen. Der Erkenntnisgewinn wird aber dadurch konterkariert, dass er mit einem Schweigegelübde bezahlt wird und mit Loyalitäten und Abhängigkeiten im Elitenmilieu.

▶ Welche deutschen Journalisten haben an den Konferenzen teilgenommen?

Uwe Krüger: Matthias Naß von der Wochenzeitung Die Zeit nimmt nicht nur regelmäßig teil, sondern ist auch Mitglied im Inner Circle von Bilderberg und bestimmt Themen und Teilnehmer der Konferenz mit. In den letzten zehn Jahren waren außerdem Josef Joffe (Die Zeit) sowie die Medienmanager bzw. -eigentümer Mathias Döpfner (Axel Springer AG) und Hubert Burda (Burda-Verlag) dabei.

▶ Wie erklären Sie sich, dass die Konferenzen über lange Zeit von den großen Medien nicht thematisiert wurden? Ist das journalistisch vertretbar?

Uwe Krüger: Erklärt werden kann das mit einem Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Erstens: Die meisten normalen Journalisten dürften bis vor kurzem noch nie etwas von Bilderberg gehört haben. Zweitens: Die Alpha-Journalisten mit guten Kontakten in höchste Kreise mögen davon gewusst haben, empfinden aber wahrscheinlich vertrauliche Elitentreffen nicht als skandalös, sondern als normal, und wollen außerdem ihre Kontakte nicht aufs Spiel setzen. Drittens: Journalisten der Verlage Springer, Burda und Holtzbrinck scheiden als Enthüller aus, weil Mathias Döpfner, Hubert Burda und Matthias Naß (Die Zeit erscheint im Holtzbrinck-Verlag) Bilderberger sind und niemand gegen den eigenen Brötchengeber recherchiert. Viertens: Für eine gute Geschichte braucht man gute Quellen. Im Fall Bilderberg gibt es keine guten Quellen: Alle Teilnehmer haben versprochen zu schweigen, alle Nicht-Teilnehmer wissen nichts Konkretes.

Normativ betrachtet sollte aber Bilderberg mehr in den Fokus der Öffentlichkeit kommen. Denn von hier geht "soft power" aus, und hier werden globale Eliten sozialisiert und miteinander vernetzt.

Erschienen am 12.06.2011

Marcus Klöckner

"Notwendig wäre aus meiner Sicht hier ein sauberer investigativer Journalismus"

Fragen zu den Bilderberg-Konferenzen II

Auch an Vertreter aus dem wissenschaftlichen Feld wurden Fragen zum Thema Bilderberg-Konferenz gestellt. Das Auffinden von Wissenschaftlern, die bereit waren, sich zu dem Thema zu äußern, gestaltete sich als schwierig. Selbst gestandene Professoren der Politikwissenschaft wollten aufgrund fehlender Kenntnis zu dem "Phänomen Bilderberg" nichts sagen, für einen war der "Verein" zu "dubios" und "diffus", andere waren zeitlich eingespannt. Die Gesellschaftswissenschaftler Dieter Plehwe, Michael Schetsche und Uwe Bittlingmayer stellten sich jedoch den Fragen, die sie per Email beantworteten.

Für wen sprecht Ihr überhaupt? Und welche Folgen hat das für unsere Gesellschaft?

Michael Schetsche, Institut für Grenzgebiete der Psychologie und Psychohygiene (IGPP) in Freiburg.

▶ Zu den Bilderberg-Konferenzen kommen Funktionsträger aus der Wirtschaft (zu Zweidrittel!), aus der Politik, aber auch aus dem Adel, den Medien und der Wissenschaft. Wie bewerten Sie es, wenn eine Weltelite sich unter den Bedingungen, wie es die "Bilderberger" tun, trifft, also unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und ihre Mitglieder sich zu einer Art Schweigepakt verpflichten?

Michael Schetsche: Nach meiner Auffassung sind solche Treffen gleichermaßen hilfreich wie riskant. Hilfreich sind sie, weil hier politische Austausch- und Abstimmungsprozesse quer zu den sonst üblichen Diskussionszirkeln stattfinden. Riskant, weil diese Treffen, nicht zuletzt aufgrund der systematischen Geheimhaltungspraktiken, den Verdacht nahelegen, hier würden Macht- und Entscheidungsstrukturen etabliert, die außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle stehen. Und nach allem, was ich über diese Konferenzen weiß, scheint mir dieser Verdacht auch nicht gänzlich von der Hand zu weisen.

▶ Wie erklären Sie sich, dass es bis Ende der 90er Jahre so gut wie keine Berichterstattung in der deutschen. Presse zu der Gruppe gegeben hat. Noch bis 2008 wurde hauptsächlich von alternativen News-Seiten über die Konferenzen berichtet. Erst in den letzten drei Jahren zeigen sich langsam auch größere Medien interessiert.

Michael Schetsche: Dies hängt zum einen mit den strikten Geheimhaltungsregeln zusammen - an die sich in den letzten Jahrzehnten offenbar fast alle der Teilnehmer und Teilnehmerinnen gehalten haben. Es handelt sich um ein sehr gut funktionierendes Kartell des Schweigens. Zum anderen hängt dies damit zusammen, dass Vertreter wesentlicher Machtpositionen in der internationalen Medienlandschaft fast von Beginn an Teil dieses Kartells waren. Wer als Medienunternehmer schon zu einer der Konferenzen eingeladen war, nötigte die von ihm abhängigen Medien zum Verzicht auf eine Berichterstattung - wer noch nicht eingeladen war, tat Gleiches in der Hoffnung, irgendwann selbst zum erlauchten Kreis zu gehören. Ob es darüber hinaus politischen oder ökonomischen Druck von Seiten der

"Bilderberger" auf einzelne Medien gegeben hat, weiß ich nicht.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

Michael Schetsche: Die Neuen Medien folgen ohnehin ihrer eigenen Logik. Da es dort kaum eine Kontrolle von Informationen durch Redaktionen oder andere Instanzen gibt, kann praktisch jeder Inhalt in Netz verteilt werden und seine Interessenten erreichen. Die Berichterstattung über die Bilderberg-Konferenzen ist hier, wie alle anderen Informationen auch, in erster Linie der Ökonomie der Aufmerksamkeit unterworfen. Und die Aufmerksamkeit für diese spezielle "Veranstaltung" ist im Netz vergleichsweise groß, weil es ein erhebliches Interesse vieler Nutzergruppen an allem gibt, was auch nur nach "Verschwörung" oder "unterdrückter Information" riecht. Je weniger in den traditionellen Medien über die Konferenzen berichtet wird, so bedeutsamer wird die alternative Berichterstattung in den Netzwerkmedien.

▶ Sollten Ihrer Meinung nach Leitmedien und Wissenschaft sich stärker mit den Konferenzen auseinandersetzen?

Michael Schetsche: Ich denke, dass in der demokratischen Gesellschaft Leitmedien, aber auch die Wissenschaften immer dann besonders gefragt sind und auch eine besondere Verantwortung tragen, wenn bestimmte Themen im Modus der Geheimhaltung verhandelt werden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Bilderberg-Konferenzen mögen gute Gründe haben, sich dem "Kartell des Schweigens" zu unterwerfen - für

Journalisten und auch für Wissenschaftler gelten aber andere Regeln. Vertraulichkeit ist in der demokratischen Gesellschaft notwendig und gelegentlich auch politisch legitim - ebenso notwendig und legitim ist es aber auch, von Seiten einer kritischen Öffentlichkeit nachzufragen: Was verhandelt ihr dort? Für wen sprecht Ihr überhaupt? Und welche Folgen hat das für unsere Gesellschaft? In welchem Maße sich Journalisten, aber auch Wissenschaftler in den letzten Jahrzehnten den Schweigeritualen jener Eliten unterworfen haben, halte ich persönlich für höchst bedenklich.

Es ist durch das Internet heutzutage nicht mehr ganz so leicht, im Verborgenen zu agieren.

Uwe Bittlingmayer, Soziologe, Dozent am Institut für Soziologie der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

▶ Zu den Bilderberg-Konferenzen kommen Funktionsträger aus der Wirtschaft (zu Zweidrittel!), aus der Politik, aber auch aus dem Adel, den Medien und der Wissenschaft. Wie bewerten Sie es, wenn eine Weltelite sich unter den Bedingungen, wie es die "Bilderberger" tun, trifft, also unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und ihre Mitglieder sich zu einer Art Schweigepakt verpflichten?

Uwe Bittlingmayer: Das mutet natürlich seltsam an in einer Gesellschaft, die sich zumindest formal als demokratische präsentiert, auch wenn sie sich in ihrer Praxis stetig von einer gelebten Demokratie entfernt hat. Aber die Bewertung einer solchen Konferenz oder ähnlicher Organisationen ist insgesamt nicht leicht, weil sie zwei Gefahren beinhaltet.

Einerseits kann man sehr schnell in so genannten Verschwörungstheorien landen, die die Komplexität unserer aktuellen gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen unterschätzen und auf die Aktivitäten solcher Vereinigungen reduzieren. Andererseits besteht die Gefahr, solche "internationalen Lenkungsausschüsse" vollkommen zu unterschätzen und deren Bemühungen um eine gemeinsame internationale strategische Ausrichtung unter Ausschluss sämtlicher demokratischer Prinzipien, die im Falle der Bilderberg-Konferenzen ja wie so vieles der aktuellen Politik noch ein Relikt des Kalten Krieges sind, nicht ernst genug zu nehmen.

Insofern enthält ein zu schnell geäußerter Verdacht von verschwörungstheoretischen Modellen auch ein eminent konservatives Moment. Darauf hat der Münsteraner Soziologe Hans-Jürgen Krysmanski sehr richtig hingewiesen. Eine soziologische Analyse müsste versuchen, einen Weg durch diese beiden Gefahren zu bahnen und das geht sicher nur über einen empirischen Zugang.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

Uwe Bittlingmayer: Selbstverständlich - da kommen alle Stärken des Mediums Internet zum Tragen. Es ist durch das Internet heutzutage nicht mehr ganz so leicht, im Verborgenen zu agieren. Und die Formierung einer Gegenöffentlichkeit ist in Zeiten, in denen die Medienproduzenten selbst unter enormen ökonomischen Druck stehen und für die Aufrechterhaltung unschöner

gesellschaftlicher Zustände mit verantwortlich sind, absolut notwendig.

Gerade die Medien spielen bei der aktuell dominanten Perspektive auf unsere Gesellschaften als vermeintlich schicksalhafte, politisch nicht wirklich steuerbare und von unsichtbaren Mächten und zufälligen Ereignissen durchzogene Welten eine zentrale Rolle - auch wenn das natürlich in dieser Allgemeinheit zu pauschal ist. Dadurch, dass durch eine solche internetbasierte Gegenöffentlichkeit Vereinigungen und Institutionen wie die Bilderberg-Konferenzen, die ja selbst nur eine Vereinigung unter anderen ist, ich verweise nur auf die Mont Pelerín Society, beobachtet und benannt werden, werden politische Grundsatzentscheidungen und übergreifende politische Strategien überhaupt wieder zurechenbar und mit konkreten Menschen und ihren Sichtweisen verbunden. Man gewinnt dann immerhin wieder das Gefühl, dass Geschichte von Menschen gemacht wird und enthält jenseits idealistischer Spekulationen über mystische Marktgesetze konkrete Akteure, die konkrete Ansatzpunkte für eine demokratische Kritik liefern könnten. Andererseits sollten die Potenziale einer lediglich internetgestützten Gegenöffentlichkeit aber auch nicht überschätzt werden.

▶ Sollten Ihrer Meinung nach Leitmedien und Wissenschaft sich stärker mit den Konferenzen auseinandersetzen?

Uwe Bittlingmayer: Ich denke, dass sie das tun sollten, aber nicht nur in Form von skandalisierenden Berichterstattungen in den Leitmedien, die schnell wieder vergessen sind, und essayistischen Bearbeitungen über die möglichen Machenschaften von solchen Vereinigungen in der Wissenschaft, die zu spekulativ bleiben. Notwendig

wäre aus meiner Sicht hier ein sauberer investigativer Journalismus, für den in der Regel im Tagesgeschäft keine Zeit bleibt. Und notwendig wäre eine vorurteilsfreie theoretische und empirische sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Institutionen.

Analysiert und empirisch rekonstruiert werden müssten beispielsweise Entscheidungswege, die ausgehend von Konsensen auf solchen Konferenzen in unmittelbare politische Entscheidungen hinein führen - das wird sicher nicht so plump sein wie im Falle Röslers, wo die Pharmaindustrie die Gesetzesentwürfe selbst diktiert hat. Aus einer gesellschaftstheoretischen Perspektive müsste aber gleichzeitig analysiert werden, inwieweit solche informellen Institutionen, Organisationen und Zusammenschlüsse mehr oder weniger normaler funktionaler Bestandteil kapitalistischer Vergesellschaftung und der in ihnen eingeschriebenen Herrschaftsverhältnisse sind. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive müsste analysiert werden, auf welcher Legitimationsgrundlage solche Vereinigungen und Konferenzen aufruhen und wie das normativ zu beurteilen ist, usw. Aber ich fürchte, dafür ist im Tagesgeschäft der Wissenschaft nach den Bologna-Reformen genau so wenig Zeit und außerdem sind solche Analysen vermutlich auch nicht "drittmittelfähig".

Demokratie braucht keine undurchsichtige Fernsteuerung

Dieter Plehwe, Politikwissenschaftler, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

▶ Zu den Bilderberg-Konferenzen kommen Funktionsträger aus der Wirtschaft (zu Zweidrittel!), aus der Politik, aber auch aus dem Adel, den Medien und der Wissenschaft. Wie bewerten Sie es, wenn eine Weltelite sich unter den Bedingungen, wie es die "Bilderberger" tun, trifft, also unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit und ihre Mitglieder sich zu einer Art Schweigepakt verpflichten?

Dieter Plehwe: Wer sich versteckt, hat etwas zu verbergen. Es mutet sehr anachronistisch an, wenn internationale Eliten eine solche Art von Geheim-Diplomatie betreiben, die übrigens vor allem rechtsradikale Verschwörungstheorien beflügelt. Überbewertet sollte Bilderberg nicht werden, weil andere transnationale Elitentreffen wie die Trilaterale Kommission und das Davoser Weltwirtschaftsforum sicherlich nicht weniger wichtig sind, nur weil sie nicht so geheim tagen.

▶ Wie erklären Sie sich, dass es bis Ende der 90er Jahre so gut wie keine Berichterstattung in der dt. Presse zu der Gruppe gegeben hat. Noch bis 2008 wurde hauptsächlich von alternativen Newsseiten über die Konferenzen berichtet. Erst in den letzten drei Jahren zeigen sich langsam auch größere Medien interessiert.

Dieter Plehwe: Die kritische Öffentlichkeit ist zum Glück zunehmend sensibel für elitäre und anti-demokratische Elitenpolitik. Vielleicht kann die Bilderberg-Kritik mit der Guttenberg-Dissertation verglichen werden. Früher wurden die Praktiken der Privilegierten leichter hingenommen. Heute gibt es Instrumente und Mechanismen, mit denen die Privilegien in Frage gestellt werden können.

▶ Haben Sie Verständnis dafür, dass sich durch das Internet und mit dem Internet, eine Gegenöffentlichkeit formiert hat, die auf die

Konferenzen aufmerksam macht, darüber diskutiert, publiziert und die Treffen auf ihre Art mit einem kritischen Auge beobachtet?

Dieter Plehwe: Sehr viel mehr noch als Verständnis habe ich große Sympathie für diejenigen, welche die bislang weitgehend ungestörten Kreise globaler Eliten stören. Demokratie braucht keine undurchsichtige Fernsteuerung.

▶ Sollten Ihrer Meinung nach Leitmedien und Wissenschaft sich stärker mit den Konferenzen auseinandersetzen?

Dieter Plehwe: Medien und Wissenschaft sind unabdingbar, um die Ansprüche von Bürgerinnen und Bürgern auf Zugänge zu den Prozessen der Globalisierung der Politik zu unterstützen. Lokale Zusammenhänge sind für viele leicht durchschaubar, nationale sind bereits kompliziert und europäische und globale sind für die meisten Teile der Bevölkerung sehr weit weg und undurchsichtig. Die Zukunft der Demokratie hängt sehr stark davon ab, ob das Ungleichgewicht bzw. das Übergewicht sehr kleiner Elitenzirkel verringert werden kann.

Erschienen am 12.06.2011

Marcus Klöckner

Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten"

Eine neue Studie analysiert die Berichterstattung von deutschen Spitzenjournalisten

Wie eng verbunden sind deutsche Spitzenjournalisten mit anderen Eliten unserer Gesellschaft? Und spiegelt sich die Verbundenheit zwischen Top-Journalisten und anderen Eliten auch in der Berichterstattung wider?

Uwe Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, gibt Antworten auf die Fragen. In einer beeindruckenden Studie hat Krüger die Netzwerkverbindungen deutscher Spitzenjournalisten analysiert. Seine Studie, die gewaltig am pluralistisch-demokratietheoretischen Medienverständnis rüttelt, ist unter dem Titel "Meinungsmacht" als Buch erschienen. Ein Buch, das zu einem Standardwerk in der Journalistenausbildung und in den Redaktionen werden sollte.

Im Telepolis-Interview verrät Krüger, welche Journalisten eine besondere Nähe zur Elite aus Politik und Wirtschaft haben, und berichtet, welche klassischen Techniken der Propaganda er in deutschen Leitmedien gefunden hat.

▶ Herr Krüger, Sie haben für Ihre Studie eine aufwändige Netzwerkanalyse betrieben, um herauszufinden, wie eng der Kontakt zwischen deutschen Top-Journalisten und anderen Eliten ist. Sind die

deutschen Spitzenjournalisten eng mit Eliten aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen verzahnt?

Uwe Krüger: Ja. Die Daten deuten darauf hin, dass sich Journalisten vielerorts in vertraulichen Runden mit den Mächtigen treffen. Und das steht in einem klaren Gegensatz zu der demokratietheoretisch begründeten Erwartung, Journalisten sollten Distanz zu den Mächtigen halten, um sie kritisieren und kontrollieren zu können.

▶ Was genau haben Sie herausgefunden? Welche Journalisten verfügen über besonders gute Kontakte ins Elitenmilieu?

Uwe Krüger: Ich habe eine Art Landkarte von Organisationen und Veranstaltungen erstellt, in denen sowohl Eliten aus Politik und Wirtschaft als auch führende deutsche Journalisten involviert sind: darunter etwa das Weltwirtschaftsforum in Davos, die Münchner Sicherheitskonferenz, die Trilaterale Kommission und die Bilderberg-Meetings, aber auch die sogenannten Hintergrundkreise in Berlin, Kulturstiftungen oder Akademien. Insgesamt habe ich 82 solche Eliten-haltigen Organisationen erfasst, und es waren 64 Journalisten dort unterwegs - außerhalb ihrer direkten beruflichen Pflichten wie Recherchen oder Interviews. Am auffälligsten war der Befund, dass vier leitende Journalisten der "Süddeutschen Zeitung", der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", der "Welt" und der "Zeit" stark in US- und Nato-affinen Strukturen eingebunden waren.

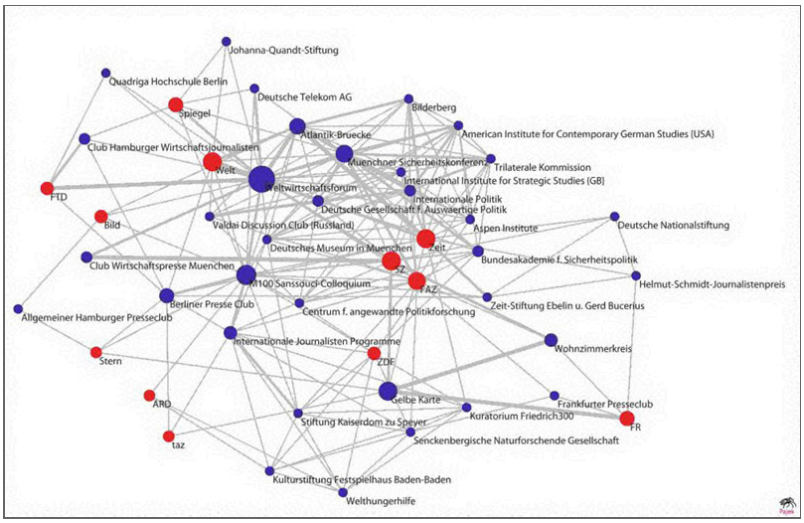


Bild: U. Krüger

▶ Sie haben gegenüber den vier in Ihrer Studie genannten Journalisten mit offenen Karten gespielt. In Ihrem Buch schreiben Sie, dass Sie Ihre Arbeit diesen Journalisten vorgelegt haben mit der Bitte, ihre Sicht zu schildern, die Sie dann im Anhang der Arbeit veröffentlicht hätten. Doch darauf ist niemand eingegangen?

Uwe Krüger: Es hat niemand seine Sicht niedergeschrieben. Klaus-Dieter Frankenberger von der "FAZ" und Josef Joffe von der "Zeit" begründeten das mit Zeitmangel, Stefan Kornelius von der "Süddeutschen Zeitung" damit, dass meine Arbeit "nur so strotzt vor sachlichen Fehlern". Und Michael Stürmer von der "Welt" legte mir am Telefon seine Kritikpunkte dar. Etwas für den Anhang schreiben oder mir ein Interview geben - ich hätte ihm die Arbeit gern abgenommen -, wollte er nicht. Er fand die Idee nicht gut, dass ein Journalist einen anderen Journalisten interviewt.

▶ Wie sind Sie auf diese Journalisten gekommen? Wie sind Sie in Ihrer Studie vorgegangen?

Uwe Krüger: Ich habe im Internet und durch Anfragen an Organisationen Personendaten gesammelt und diese netzwerkanalytisch verarbeitet. Das ergibt dann Grafiken mit größeren und kleineren Punkten und Verbindungslinien dazwischen, und man sieht, wer wie zentral in einer sozialen Umgebung liegt und wer in wie vielen Zusammenhängen auf welche Leute trifft. Bei den vier Journalisten war zu sehen, dass sie in einer Reihe von Organisationen involviert waren, in denen auch bestimmte Eliten aus Politik und Wirtschaft öfter vorkamen. Zum Beispiel sieht man, dass der Außenpolitik-Chef der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius, ständig Wolfgang Ischinger über den Weg lief, dem Cheflobbyisten des Versicherungskonzerns Allianz, der auch die Münchner Sicherheitskonferenz veranstaltet.

Kognitive Vereinnahmung

▶ Wenn Journalisten auf diese Weise in Elitenzirkel und Think Tanks eingebunden sind, besteht dann nicht die Gefahr, dass Sichtweisen in ihre Berichterstattung einfließen, die in diesen Elitemilieus vertreten werden?

Uwe Krüger: Ja, mit dieser These von der "kognitiven Vereinnahmung" von Journalisten durch Eliten habe ich die Arbeit auch begonnen. Und als ich die Artikel der vier untersuchte, stellte ich tatsächlich fest: Die Journalisten lagen ganz auf Linie mit den Eliten und benutzten sogar klassische Propagandatechniken.

▶ Haben Sie Beispiele?

Uwe Krüger: Alle vier Journalisten haben an der Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen, und alle

vier haben die Gegner der Konferenz, die Demonstranten und die Organisatoren der Münchner Friedenskonferenz, in ihren Artikeln entweder verschwiegen, marginalisiert oder delegitimiert. Und alle vier argumentierten bei den Themen Sicherheit, Verteidigung und Auslandseinsätze der Bundeswehr ähnlich.

▶ Wie denn?

Uwe Krüger: Sie erwähnten häufig eine Reihe von Bedrohungen, denen Deutschland vermeintlich ausgesetzt ist, mahnten die Bundesregierung zu verstärktem militärischen Engagement und empfahlen zur Durchsetzung dieser Politik mehr Führung und mehr Überzeugungsarbeit an der skeptischen Bevölkerung.

▶ In Ihrer Studie sprechen Sie auch den "erweiterten Sicherheitsbegriff" an. Zunächst mal: Was ist das?

Uwe Krüger: Der klassische Sicherheitsbegriff aus der Zeit des Kalten Krieges meint: Wir verteidigen unser Territorium, wenn es angegriffen wird. Seit Anfang der 1990er Jahre verwenden euro-atlantische Eliten aber einen "erweiterten Sicherheitsbegriff", der alle möglichen Gefahren einschließt: Terrorismus, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Piraterie, Drogen, organisierte Kriminalität, Flüchtlingsströme und Klimawandel. Wir verteidigen nicht mehr nur unser Territorium, sondern auch unseren Wohlstand, die Versorgung mit Rohstoffen und Energie und unsere kommunikationstechnische Infrastruktur. In die Öffentlichkeit gebracht hat das erstmals der nun verstorbene Peter Struck mit seinem Satz : "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Diese Lesart von Sicherheit teilen die deutschen Politiker und

auch die Wirtschaftschefs, die Bevölkerung hat damit aber mehrheitlich ein Problem.

Sicherheitsabstand zwischen Journalisten und Eliten

▶ Und so wie der Sicherheitsbegriff von den Eliten interpretiert wird, wird er auch von den erwähnten Journalisten verwendet?

Uwe Krüger: Ja, ohne jede kritische Reflexion. Das geht bis zur Panikmache. Beim Lesen mancher Kommentare hat man den Eindruck, wir würden ständig in höchster Gefahr schweben und ohne die Nato wären wir verloren. Bedrohungen werden plastisch ausgemalt, ihre sozialen und politischen Ursachen aber nicht analysiert. Ein solcher Journalismus macht den Bürger nicht handlungsfähig, sondern hält ihn in Unmündigkeit - da kann man sein Heil nur noch zusammengekauert unter dem Schirm einer entgrenzten Sicherheitspolitik suchen.

▶ Und Sie denken, solche Artikel sind auf Beeinflussung durch sicherheitspolitische Eliten zurückzuführen? Weil man sich so oft trifft und miteinander plaudert?

Uwe Krüger: Da bin ich mir nicht mehr so sicher. Ich will den Journalisten nicht unterstellen, sie würden solche Sachen schreiben, weil sie in diesen Netzwerken sind und fremde Hände ihre Feder geführt hätten. Denkbar ist auch der umgekehrte Weg: Weil die Journalisten schon vorher eine ähnliche Meinung wie die Eliten hatten, sind sie in dieses Milieu überhaupt erst aufgenommen worden.

Ich vermute folgendes: Journalisten mit Eliten-kompatiblen Werten und Meinungen haben höhere Chancen, Zugang zu den höchsten Kreisen zu bekommen, und die Einbindung in das Elitenmilieu verstärkt dann über die Zeit

hinweg die Konformität. Das heißt auch: Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten.

▶ In der aktuellen Ausgabe des Medienmagazins Message findet sich ein Interview mit dem Leiter des ARD-Hauptstadtstudios, Ulrich Deppendorf. Auf die Frage, ob vertrauliche Gespräche zwischen Journalisten und Politikern zu viel Vertrauen führen, antwortet Deppendorf:

"Wir haben ja häufiger vertrauliche Gespräche in Berlin, mit der Kanzlerin gibt es zweimal oder dreimal im Jahr einen Hintergrundgesprächskreis, da sind alle Büroleiter drin. Uns gibt das eine Vorstellung, wie tickt sie, wo will sie hin - und manchmal kann man das dann andeuten in bestimmten Artikeln und Stellungnahmen. Davon lebt der Journalismus. Ich finde das weniger dramatisch, man muss nur immer klar sagen: Die Kanzlerin vertritt die eine Seite und wir stehen auf der anderen."

Wie lesen Sie so eine Aussage?

Uwe Krüger: Ich finde, Herr Deppendorf untertreibt die Dramatik. Ich will nicht sagen, er soll sich aus dem Büroleiterkreis der Kanzlerin fernhalten - wenn seine Konkurrenten und Kollegen von diesen Hintergrundinformationen profitieren und er nicht, wäre er vermutlich bald raus aus dem Geschäft. Aber sein Blick auf die Welt bleibt davon vermutlich nicht unbeeinflusst, und es wäre dann wichtig, sich als Ausgleich auch mit Nicht-Eliten zu unterhalten, um nicht alles durch die Brille von Frau Merkel und vom "Raumschiff Berlin" aus zu sehen.

▶ In Ihrer Arbeit sprechen Sie sich für einen "Sicherheitsabstand zwischen Journalisten und Eliten" aus. Wie sollte dieser aussehen?

Uwe Krüger: Ich will nicht jeglichen Kontakt zwischen Journalisten und Eliten unterbinden, eine gewisse Nähe ist zur Informationsbeschaffung nötig. Aber ich finde, dass Journalisten keine Aufgaben in Organisationen übernehmen sollten, wenn es dort thematische oder personelle Berührungspunkte mit ihrem Berichterstattungsfeld gibt.

Es gab in meiner Untersuchung einen Außenpolitik-Ressortleiter, der im Präsidium der Deutschen Atlantischen Gesellschaft saß, einem Lobbyverein für die Nato. Und es gab Außenpolitik-Ressortleiter und einen ZDF-Hauptstadtstudioleiter, die im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik saßen und dort die Bundesregierung in Sicherheitsfragen berieten. Wenn das nicht mehr ginge, wenn solche Ehrenämter für Journalisten zum Tabu erklärt würden, dann wäre schon viel gewonnen.

Erschienen am 11.02.2013

Sascha Pommrenke

Ausgezeichneter Journalismus

Der Fall Mollath und die Krise des Pressewesens

Otto Lapp vom Nordbayerischen Kurier "hat wesentlich zur Aufklärung des Falles Mollath beigetragen". So begründete jüngst eine handverlesene Jury des medium magazins im Rahmen der Preisverleihung "Journalist des Jahres 2013" Lapps 3. Platz in der Kategorie Reporter Regional. Die Auszeichnung des Chefreporters aus Bayreuth könnte kaum widersprüchlicher zur Zielsetzung der Preisverleihung sein. Mit der Wahl hat die Fachzeitschrift für Journalisten eine Berichterstattung ausgezeichnet, die eher für die Krise des Journalismus steht denn für Qualität: Public Relation statt Information, Boulevardisierung statt Kritik, Meinungsmache statt Kontrolle der Macht. Wie konnte es zur Auszeichnung kommen? Und: Was sagt das über den Qualitätsjournalismus aus?

Besonders frappant ist die Begründung der rund 80-köpfigen Jury. So habe Lapp "wesentlich zur Aufklärung des Falles Mollath beigetragen. Dabei reproduzierte er nicht das Klischee des unschuldig Verurteilten, sondern breitete die komplexe Geschichte eines Querulanten aus, der so massiv mit dem System kollidierte, dass dieses seine Schwächen offenbarte."

Die Jury und damit das medium magazin schaffen es, in einer gerade ein mal 38 Wörter umfassenden Begründung, ein mutmaßliches Justizopfer zu pathologisieren, zu stigmatisieren und herabzuwürdigen. Sind Querulanten per se schuldig? Oder ist es bei Querköpfen weniger wichtig, ob sie tatsächlich schuldig sind, schließlich haben sie sich des Verbrechens des "Störens" schuldig

gemacht? Und obwohl die rechtliche Klärung des Falles noch nicht abgeschlossen ist, schafft es die Jury dennoch ein Urteil zu fällen. Lapp habe nicht das Klischee des unschuldig Verurteilten reproduziert. Nur was ist, wenn Mollath im juristischen Sinne unschuldig ist? Welches Klischee hat er dann produziert?

Auch dass es sich bei Gustl Mollath um einen Querulanten handeln soll, ist eine bemerkenswerte Meinung einer Jury, die Qualitätsjournalismus auszeichnen möchte.

Andrea Dinger und Uwe Koch halten in ihrer Studie zu "Querulanz in Gericht und Verwaltung" fest:

> » *Mit der Bezeichnung als Querulant wird das Problem personifiziert, individualisiert und allein auf Seiten des Rechtsuchenden gesehen.* «

Und das, obwohl in den wenigsten Fällen geklärt werden kann, "ob die beobachteten Verhaltensauffälligkeiten nicht gerade Folge der häufigen juristischen Auseinandersetzungen sind." Genau diese Klärung wäre Aufgabe von Qualitätsjournalismus gewesen, den die Jury als solchen auszeichnen möchte. Zumal Dinger und Koch festhalten:

> » *Die Verwendung des Begriffs hat sicherlich im Alltag von Juristen und Psychiatern eine gewisse Entlastungsfunktion, sie dürfte aber auch häufig verhindern, daß der betroffene Rechtsuchende mit seinen Anliegen die ihm zustehende Aufmerksamkeit und Berücksichtigung erfährt, vielmehr wird er in eine Rolle gedrängt, aus der er sich kaum noch selbst befreien kann.* «

Während Gustl Mollath seit Jahren um Gerechtigkeit kämpft, wurde ihm dieses Verhalten seitens Justiz und Psychiatrie als Querulanz ausgelegt und er mit den bekannten Folgen psychiatrisiert. Dabei klingen die Beschreibungen Dingers und Kochs wie eine Schilderung des Falles Mollath. Was könnte hier Aufgabe eines auszuzeichnenden Qualitätsjournalismus sein?

Einige Journalisten sehen ihre Aufgabe darin, dem Anliegen des Rechtsuchenden die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen. Nur so kann ein mögliches Unrecht überhaupt überprüft werden. Ohne die entsprechende mediale Aufmerksamkeit bleibt es bei der Zuschreibung Querulant mit all seinen juristischen und psychiatrischen Folgen. Lapp hingegen, der im Fall Mollath immer wieder für den Nordbayerischen Kurier berichtet hat, übernimmt lediglich das offizielle Narrativ.

Im April 2013 schreibt Lapp den pejorativen Bericht "Mensch Mollath" (Paywall).

> » *Was ist, wenn Gustl Mollath doch nicht nur dieser Sturkopf ist, sondern wirklich gemeingefährlich? Können sich so viele Ärzte, Pfleger und Gutachter über sieben Jahre immer wieder irren?* «
> **Otto Lapp**

Können sich viele Menschen über Jahre irren? Wozu noch Journalismus, wenn man doch Plausibilitätserklärungen bei der Hand hat. Es klingt sofort schlüssig: Es muss wahr sein. Hier wird nicht informiert, hier soll umgewertet werden. In dem Artikel heißt es weiter:

> » *Was ist, wenn das Urteil fehlerhaft zustande gekommen ist, vielleicht sogar falsch ist. Aber die*

> *Diagnose stimmt. Dann käme ein gefährlicher Mensch aus der Unterbringung ...? «*
> **Otto Lapp**

Ausgezeichneter Journalismus im Jahr 2013 kümmert sich nicht um ein Fehlurteil. Grundsätze der Rechtstaatlichkeit spielen keine Rolle, wenn es sich um "gefährliche Menschen" handelt. Was scheint einen Reporter schon ein Einzelschicksal zu kümmern, wo man doch alle Menschen boulevardesk in Angst und Schrecken versetzen kann. Hier wird offen mit den Befürchtungen der Bevölkerung gespielt.

Was allerdings noch weitaus mehr zu erschrecken vermag, als die Manipulation der Lesermeinung, ist das Welt- und Menschenbild, welches sich hinter solchen Fragen verbirgt. Letztlich ist es demnach nämlich egal, ob sich jemand etwas zu Schulden hat kommen lassen, es muss sich nur jemand finden, der die entsprechende Diagnose stellt. Dann kann tatsächlich jeder weggesperrt werden. Natürlich nur aus Gründen der Sicherheit. Schließlich können sich viele Menschen nicht irren. [1] Ist das tatsächlich eine ausgezeichnete Leistung?

Wie kommt es überhaupt zu den Begründungen, zur Nominierung und zur Platzierung Otto Lapps? Und was sagt das über den Qualitätsjournalismus aus, der hier ja ausgezeichnet werden soll?

Der Journalistenpreis des medium magazins

Das medium magazin, gegründet unter anderem von Stefan Kornelius, dem der Journalismusforscher Uwe Krüger eine besondere Nähe zu gesellschaftlichen Eliten attestiert (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten"), verlieh den Preis zum 10. Mal für Journalisten, die "Meilensteine" gesetzt haben. Es ist einer von hunderten Preisen, mit denen sich die

Medienbranche und deren wichtigste Finanziers gegenseitig ihrer Bedeutung und Qualität versichern.

Preise für "guten Journalismus" gibt es wie Sand am Meer. Da ist es auch nicht überraschend, dass die Ehrungen teils nicht unterschiedlicher sein könnten. Olaf Przybilla und Uwe Ritzer von der Süddeutschen Zeitung erhielten 2013 den Wächterpreis der Tagespresse für ihre Artikelserie zum so genannten Fall Mollath. Auch das medium magazin zeichnet die beiden Journalisten für ihre Recherchen zum Fall Mollath als Sieger in der Kategorie Reporter national aus. Die beiden Report Mainz-Autoren Monika Anthes und Eric Beres sind gerade für einen "Spezial-Preis für die nachhaltige Recherche zum Fall Mollath" vom Grimme-Institut nominiert worden. Und gleichzeitig erhält Otto Lapp die Auszeichnung des medium magazins als Drittplatzierter in der Kategorie Reporter Lokal.

> *» Ausgezeichnet werden solche Journalisten und Journalistinnen, die auf besonders nachdrückliche Weise Themen und Trends aufgegriffen sowie gesetzt haben und die mit Recherche, Tiefgang, Ausdruckskraft, Humor oder redaktionell-strategischer Leistung geglänzt haben. «*
> **medium magazin**

Die Jury des medium magazins zur Wahl des "Journalisten des Jahres" setzt sich aus Leitern "wichtiger journalistischer Ausbildungsstätten" (wie z.B. Henri-Nannen-Schule, Axel Springer Akademie), "professionellen Medienbeobachtern aus der Tagespresse, elektronischen Medien und Branchendiensten (wie z.B. Spiegel, Focus, Süddeutsche Zeitung, DeutschlandRadio, taz, meedia), Journalistinnen und Journalisten, die in ihrer langjährigen beruflichen Laufbahn ausgewiesen für ein hohes journalistisches Qualitätsniveau stehen" zusammen. Darüber hinaus werden die

ersten "Preisträger und Preisträgerinnen des vorangegangen Jahres jeder Kategorie" Mitglied der Jury. 2013 wurden auch erstmals "die Nachwuchstalente 'Top 30 bis 30' des Jahres 2013" in die Jury aufgenommen.

Das klingt zwar nach einer ausgewogenen Jury, wie diese ausgewählt wird, also nach welchen Kriterien die Jurymitglieder eingeladen werden, ist hingegen nicht nachvollziehbar. Schaut man sich die Liste der Jurymitglieder an, fällt auf, dass diese weit weniger diversifiziert ist, als die reine Aufzählung der Kategorien, aus denen sich die Jury zusammensetzt, den Anschein vermittelt.

Im Zentrum steht Sebastian Turner als Gründer des medium magazins. Nebenbei ist er auch noch Aufsichtsrat der Mediengruppe Dieter von Holtzbrinck DvH Medien GmbH (Zeit, Handelsblatt, Tagesspiegel). Damit nicht genug, hat er am Tagesspiegel auch gleich noch zum 1. Januar 2014 20 Prozent Anteile erworben, wodurch er Mitherausgeber wird. Der andere Herausgeber ist bekanntlich Giovanni di Lorenzo, der wiederum Chefredakteur der Zeit ist. Holzbrinck, Tagesspiegel, Zeit, Handelsblatt, medium magazin. Allein daraus setzt sich etwa ein Drittel der Jury zusammen. Es kann dann auch nicht wirklich verwundern, dass überproportional viele Jurymitglieder Ehemalige der Henri-Nannen-Schule sind, die unter anderem vom Zeitverlag getragen wird.

Das heißt nicht, dass es hier Absprachen gibt. Aber von besonderer Vielfältigkeit der Jury kann auch keine Rede sein. Vielmehr wurde von dem ehemaligen Propagandisten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Sebastian Turner ein nicht unerheblicher Teil der Jury zusammengestellt, dessen habituelle Nähe zum Merkelvertrauten (äußerst lesenswerter Beitrag der Kontext: Wochenzeitung) gesichert scheint. Dies muss dann auch nicht für die gesamte Jury gelten, es reicht ein Kern Gleichgesinnter. Ein Netzwerk von

Medienschaffenden, die sich über ihre Ausbildungsstätte, ihre gemeinsamen Erfahrungen, ihren gemeinsamen Chefredakteur oder Herausgeber miteinander identifizieren.

Selbstverständlich ist das statthaft und es ist auch nicht im Geringsten gesagt, dass es so zwangsläufig zu einer Beeinflussung der Jury kommt. Vielmehr werden die Entscheidungen sicherlich völlig frei getroffen. Alles andere würde die Integrität des Magazins und des Wahlverfahrens auch irreparabel beschädigen. Die Chefredakteurin Annette Milz versichert denn auch, dass kein "Übergewicht einer bestimmten 'Fraktion' entsteht. Im Gegenteil! Wir erleben sogar immer wieder, dass Juroren, die im ersten Wahlgang 'eigene' Leute ins Rennen schicken (was absolut legitim ist), im 2. Wahlgang sogar für jemand anders stimmen, den sie gar nicht auf der eigenen 'Liste' hatten."

Manipulation oder Beeinflussung sind bei dem besonderen Wahlverfahen des medium magazins auch weder sinnvoll noch notwendig.

> *» Von Ende Oktober bis Mitte November sind alle Jurymitglieder aufgefordert, ihre jeweiligen Favoriten mit Begründungen einzureichen. Parallel dazu wird der entsprechende Fragebogen auch auf www.mediummagazin.de veröffentlicht: Dort kann jede/r Interessierte ebenfalls Vorschläge zur Wahl der "Journalisten des Jahres" in allen Kategorien einreichen. «*
> **medium magazin**

Es sind also im Wesentlichen die Jurymitglieder, die die "Schlaglichter" des Qualitätsjournalismus empfehlen. Da mag es nicht mehr verwundern, wie Otto Lapp auf die Nominierungsliste

gekommen ist. Ist doch Joachim Braun, der Chefredakteur des Nordbayerischen Kurier, durch seine Auszeichnung im Jahr 2012 selbst Mitglied der Jury. Laut Milz wurde Otto Lapp jedoch von mehreren Jurymitgliedern nominiert. Auch das ist wenig überraschend, bedenkt man, wie sich etwa ein Drittel der Jury zusammensetzt.

Gerade Zeit und Tagesspiegel hatten sich hervorgetan mit einer undifferenzierten Berichterstattung im Fall Mollath. Für die Zeit hat es dabei zumindest zu einer Missbilligung des Presserates gereicht. Da auch Mitarbeiter von Spiegel und Spon in der Jury vertreten sind, ist eine Mehrfachnominierung sogar zu erwarten gewesen. Schließlich hat auch der Spiegel teilweise eine beachtliche Berichterstattung gepflegt. Und nicht zu vergessen Helmut Markwort, der Herausgeber des Focus, der sich in besonderer Weise verdient gemacht hat, bei der Aufklärung des Falles Mollath: "Jetzt reden wir übers Wetter."

Bei dieser Jury ist die Nominierung Lapps konsequent. Allerdings erklärt das nicht seine Platzierung. Dazu bedarf es eines genaueren Blicks auf das Wahlverfahren.

Fragwürdiges Wahlverfahren

> *» Die Vorschläge mit Begründungen fließen in eine alphabetische Nominierungsliste pro Kategorie ein. Alle "medium magazin"-Juroren erhalten diese umfangreiche Nominierungsliste (Stichtag: 15.11.). Im Sinne der Transparenz für alle Jurymitglieder kann die Wahl kann (sic!) ausschließlich aus dieser allen zugänglichen Liste mit den anonymisierten Begründungen der Jurymitgliedern (sic!) und Quellen-Verweise auf potentiell preiswürdige Einzel-Beiträge getroffen werden. Sie sowie eigene Recherchen der*

> *Juroren zur Meinungsbildung bilden die Grundlage für die Entscheidung der Jury, die jeweils drei Kandidaten in jeder Kategorie auf die Plätze 1 bis 3 wählen. «*
> **medium magazin**

Die Juroren nominieren also nicht nur die Auszuzeichnenden, sondern sie schreiben auch gleich noch die Begründung dafür selbst und versehen diese am Besten ferner mit Quellenverweisen auf Einzelbeiträge. Das erscheint auf den ersten Blick vielleicht plausibel, auf den zweiten Blick hingegen ist dieses Verfahren durchaus anfällig. Bei den Hauptpreisen und Hauptkategorien mag dieses Vorgehen kein Problem sein. So sind Holger Stark und Marcel Rosenbach vom Spiegel die Journalisten des Jahres 2013 geworden. Ihre Rechercheleistungen sollen den "Scoop zum Konfliktstoff des Jahres" geliefert haben: die NSA-Affäre. Bei diesen und vielen anderen ausgezeichneten Journalisten bedarf es keines besonderen Begründungstextes. Die Artikel bzw. Arbeiten der jeweils Nominierten haben die Jurymitglieder im Laufe des Jahres gelesen und können so die besondere Leistung entsprechend würdigen. Nur, wie sieht das in einer weniger bekannten Kategorie aus?

Wie viele Jurymitglieder haben sich die Mühe gemacht, auch die Beiträge eines geringfügiger prominenten Kandidaten, der für ein Medium mit vornehmlich lokaler Reichweite schreibt, zu lesen? Zumal sich ein Großteil der Artikel auch noch hinter einer Paywall verbirgt. Es liegt die Vermutung nahe, dass in solchen - zugegebener Maßen seltenen - Fällen lediglich, die Referenzartikel gelesen werden.

Durch dieses Verfahren kann der Begründungstext eine entscheidende Rolle spielen. Wie im obigen Zitat erwähnt, obliegt es den Jurymitgliedern selbständig zu recherchieren. Nur ist der Stichtag für die Nominierungen der 15. November und Ende

Dezember ist die Wahl bereits abgeschlossen. Ausgezeichnet wurden 2013 rund 100 Journalisten. Wie vielen potentiellen Preisträgern wird hinterher recherchiert? Wie viele Artikel werden gelesen? Wie viel Zeit nehmen sich die Juroren über Weihnachten?

Auf Nachfrage bei einigen Jurorinnen und Juroren ergibt sich ein uneinheitliches und wenig aussagekräftiges Bild. Ganz nach der Logik des sozialadäquaten Antwortverhaltens wird darauf verwiesen, allen Nominierten nachrecherchiert zu haben. Zumindest einen Nachmittag lang. Lediglich Honorarprofessor Axel Buchholz konstatiert:

> *» ich habe das so gemacht: 1. Wenn mir in einer Kategorie die Kompetenz fehlte, habe ich kein Votum abgegeben. 2. Wenn ich nicht ganz sicher war, habe ich Kollegen/innen um Rat gebeten, die ich einschlägig für besonders kompetent hielt. «*
> **Axel Buchholz**

Ohne die Antwort über zu bewerten, kann sie dennoch als Anzeiger für das besondere Problem der Kategorie Reporter Lokal bzw. Regional dienen. Da für diesen Bereich möglicherweise weniger Expertise vorhanden ist, wird auch nicht auf die profunde Entscheidung einer 80-köpfigen Jury zurückgegriffen, sondern die Wahl unterliegt zahlreichen Verzerrungen.

Es scheint zumindest eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit zu bestehen, dass ein gut formulierter Begründungstext zusammen mit ein, zwei ausgewählten Artikeln den Ausschlag für die Platzierung geben kann. Die Chefredakteurin des medium magazin bemerkt allerdings:

> *» Wir - d.h. das redaktionelle Team, das die Wahl seit Jahren organisiert - sind seit Jahren bemüht, mit akribischer Sorgfalt die Jury-Angaben zu den Preisträgern zu verifizieren bevor sie in die 2. Nominierungsphase gehen und letztendlich in die Preisbegründungen einfließen. «*

Es ist davon auszugehen, dass dies mit größter Aufmerksamkeit tatsächlich geschieht. Aber auch hier gilt: Wie viel Zeit und Energie wird in die Verifizierung einer gut geschriebenen Begründung gesteckt? Vor allem, wenn der Nominierte von mehreren, vielleicht sogar besonders prominenten Juroren vorgeschlagen wurde.

Der Begründungstext der Jury für die Wahl bzw. Platzierung der Ausgezeichneten ist eine Zusammenführung der Nominierungsbegründungen, so Milz.

> *» …hat wesentlich zur Aufklärung des Falles Mollath beigetragen. Dabei reproduzierte er nicht das Klischee des unschuldig Verurteilten, sondern breitete die komplexe Geschichte eines Querulanten aus, der so massiv mit dem System kollidierte, dass dieses seine Schwächen offenbarte. «*
> **Anette Milz**

Dass Otto Lapp wesentlich zur Aufklärung des Falles Mollath beigetragen hat, ist schlichtweg falsch und eine maßlose Übertreibung. Falsch ist es, weil der Fall Mollath noch gar nicht aufgeklärt ist. Falsch ist es, weil gänzlich andere Journalisten wesentlich dazu beigetragen haben, den Fall Mollath überhaupt erst zu einem solchen zu machen. Die ebenfalls vom medium magazin ausgezeichneten Journalisten Przybilla und Ritzer von der

Süddeutschen Zeitung, die bereits erwähnten Beres und Anthes von Report Mainz oder Michael Kasperowitsch von den Nürnberger Nachrichten haben sich hier verdient gemacht. Lapp springt erst auf die Berichterstattung auf, als diese längst in anderen Medien breit diskutiert wird. Was ist dann die Leistung Otto Lapps gewesen? Wofür wurde er genau ausgezeichnet?

Seriöser Journalismus?

Otto Lapp hat einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet. Er hat "der Gegenseite", wie es sein Chef Joachim Braun formuliert, Gehör verschafft. Das wäre ein Beitrag gewesen, der ganz sicher auszuzeichnen wäre. Schließlich kommt die Gegenseite viel zu wenig zu Wort, was allerdings wohl auch dem Umstand geschuldet ist, dass einige Protagonisten "der Gegenseite" nur mit ausgewählten Journalisten reden wollten. So seien allen voran die Journalisten der Süddeutschen Zeitung verhaftet in der "Opfer-Logik". "Seriös geht anders", weiß der Chefredakteur des Nordbayerischen Kuriers über seine Konkurrenz zu urteilen.

Das wäre dann ein möglicher Grund, warum Otto Lapp nominiert und ausgezeichnet wurde. Es könnte die scheinbar seriöse und vorbildliche Art sein, mit der Lapp recherchiert hat und mit der er der Gegenseite eine Stimme verliehen hat, die bei den "Mainstream-Medien", so Braun, "wenn überhaupt, nur in wenigen Zeilen zu Wort [kommt] oder mit dem Hinweis, dass keine Auskunft zu bekommen sei."

Seriöser Journalismus im Sinne des Nordbayerischen Kuriers klingt gänzlich anders:

---

12. April 2013

"Der Leiter der Forensik in Bayreuth ist sehr vorsichtig bei Äußerungen. […] Er könnte schon etwas sagen - wenn er dürfte. Schweigepflicht."

"Der Betreuer sagt nichts, Schweigepflicht."

26. April 2013

"Die damals zuständige Rechtsanwaltskanzlei in Waldshut-Tiengen beruft sich auf ihre Schweigepflicht und sagt nichts."

"Von ihr gibt es keinen Kommentar dazu."

"Weitergehende Auskünfte verbiete ihm die Schweigepflicht."

Und selbst beim Interview mit der "Gegenseite": "Jetzt spricht sein Gutachter" (Paywall), wird nichts über den Fall gesagt, denn zu jeder inhaltlichen Frage kommentiert Leipziger: "Das kann ich wegen der Schweigepflicht nicht beantworten."

Das klingt nicht viel seriöser. Auch Lapp bekommt also letztlich keine Auskunft zum Fall. Wenn, ja wenn da nicht die anonymen Hinweisgeber wären:

---

12. April 2013

...sagt ein mit dem Fall befasster Jurist. Das sagen einige, die an seinem Fall beteiligt sind.

…sagt ein Gutachter.

Ein beteiligter Psychologe deutet das so…

25. April 2013

…sagt ein Sprecher des Oberlandesgerichtes.

26. April 2013 …sagt ein HVB-Banker

…so ein Beteiligter

10. Juni 2013

Das bestätigen dem Kurier auch Zeugen, die nicht aus der Familie stammen.

Ein Zeuge gegenüber dem Kurier…

…sagte gestern ein Sprecher des Oberlandesgerichtes Nürnberg.

11. Juni 2013

Ein Kunde, ein Handwerker aus Heroldsberg, erinnert sich … 9. Juli 2013

Eine Freundin weigerte sich…

Auch das ist nicht seriös, denn niemand kann nachvollziehen, woher die Informationen stammen. Dass manchmal Informationen nur von anonymen Hinweisgebern zu erhalten sind, ist selbstverständlich. Da es bei Otto Lapp hingegen Methode hat, verkommen die Informationen auf das Niveau von unbestätigten Gerüchten.

Aber auch das ficht weder den Nordbayerischen Kurier noch die Jury des medium magazins. Schließlich habe sich Lapp einerseits verdient gemacht, den Fall wesentlich aufzuklären und andererseits habe er die komplexe Geschichte eine Querulanten jenseits von Klischees aufbereitet.

Dabei zeichnet sich Lapps Darstellung nicht gerade durch Komplexität aus, geschweige denn durch eine differenzierte Darstellung. In nahezu allen relevanten Artikeln von Lapp, egal wie nichtig der Anlass der Berichterstattung auch ist, erwähnt er die angebliche Allgemeingefährlichkeit Mollaths.

- 9 Mal am 12. April 2013
- 1 Mal am 13. April 2013
- 7 Mal am 18. April 2013 in zwei Artikeln
- 1 Mal am 25. April 2013
- 1 Mal am 26. April 2013
- 1 Mal am 10. Juni 2013
- 1 Mal am 11. Juni 2013
- 1 Mal am 15. Juni 2013
- 1 Mal am 19. Juni 2013
- 1 Mal am 8. Juli 2013
- 2 Mal am 9. Juli 2013
- 1 Mal am 11. Juli 2013
- 8 Mal am 19. Juli 2013 (im Interview mit Leipziger, wobei das Interview keinen anderen Hintergrund hat, als Mollath mit dem Attribut gefährlich zu versehen.)
- 1 Mal am 07. August 2013

Schließlich urteilt das Bundesverfassungsgericht am 26. August 2013, das sich aus dem Sachverständigengutachten Friedemann Pfäfflins "gerade keine sehr hohe Wahrscheinlichkeit künftiger rechtswidriger Taten ergibt". Darüber hinaus haben die mit der Unterbringung

befassten Gerichte nicht einmal eine ausreichende "Konkretisierung der vom Beschwerdeführer ausgehenden Gefahr künftiger rechtswidriger Taten" angeführt. Kurzum: Es gibt seit spätestens 2011 keine begründete Annahme der Allgemeingefährlichkeit Mollaths. Wenig überraschend ist hingegen, dass der Nordbayerische Kurier diese in ansonsten allen Medien breit veröffentlichte wirkungsmächtige Nachricht lediglich als dpa Meldung verbreitet.

Da gibt sich Otto Lapp alle Mühe 2013 ein knappes halbes Jahr lang in fast jedem seiner Artikel über Mollath dessen Allgemeingefährlichkeit zu betonen und dann stellt sich genau das heraus, was kritischere Journalisten bereits seit Ende 2011 hervorheben: es gibt erhebliche Zweifel an Mollaths behaupteter Gefährlichkeit.

Doch auch das kann einen "Reporter des Jahres" nicht erschüttern. Schließlich zahlen sich "Beharrlichkeit und das konsequente Hinter-die-Kulissen-Blicken" aus. Mollaths behauptete Gefährlichkeit ist denn auch nur ein Strang der Lappschen Argumentation. Hinzu kommen Mollaths Glaubwürdigkeit und, als alles nicht zu fruchten scheint, wird das potentielle Opfer schlichtweg für seine Lage selber verantwortlich gemacht. Dies ist eine spezifische Form des bullying: victim blaming.

Der Qualitätsjournalismus zeichnet sich also nicht dadurch aus, dass investigativ oder zumindest kritisch mögliche Täter beleuchtet werden, sondern das Opfer wird zum Täter gemacht. Selber schuld. Irgendetwas muss doch dran sein an den Behauptungen Mollath sei ein gefährlicher Irrer.

Lapp schafft es, die Krise von Politik, Justiz und Psychiatrie ohne weiteres auch auf die Medien zu erweitern. Mit ihm wird ein Journalist ausgezeichnet, dem es gelingt, selbst bei kurzen Artikeln noch negative Konnotierungen und abfällige Attribuierungen

unterzubringen. Am 11. Juni 2013 erscheint der Artikel "Mollath auf dem Weg nach München", in dem Lapp die Fahrt (!) Gustl Mollaths zum Untersuchungsausschuss für berichtenswert erklärt. "Wortlos steigt Gustl Mollath (56), wie immer bei öffentlichen Auftritten in der gleichen ärmlichen Kleidung, in den grauen VW-Bus der Polizei, der ihn nach München zum Untersuchungsausschuss bringt."

Was erklärt dieser Qualitätsjournalismus? Es sagt nicht das Geringste über den Protagonisten des Artikels aus: Gustl Mollath. Aber es sagt sehr viel über Otto Lapp aus. Und in der Konsequenz auch sehr viel über den deutschen Journalismus, wenn diese Art ausgezeichnet wird.

Was hätte Mollath denn tragen sollen, damit Otto Lapp die Kleidung nicht als ärmlich identifiziert? Und ist es außergewöhnlich, dass jemand der seit sieben Jahren inhaftiert ist, keine große Auswahl an Lapp-genehmer Kleidung aufzuweisen hat? Natürlich geht es darum gar nicht. Lapp will schlichtweg Inszenierung unterstellen (Paywall). Alles sei ein Arrangement. Nichts ist wahr. Aber es verbleibt auf dem Niveau der Unterstellung bzw. der Behauptung. Wieviel Kleidung steht Mollath zur Verfügung? Hätte er andere anziehen können? Hängen in seinem Spind in der Psychiatrie Armani-Anzüge? Das hätte ein Qualitätsjournalist recherchiert. Und hätte er herausgefunden, dass Mollath absichtlich, die "ärmlichste" Kleidung trägt, hätte er darüber berichten können. Aber wie hätte Lapp dies herausfinden sollen?

"Fotograf und Reporter des Nordbayerischen Kurier würdigt er mit keinem Blick." So wird es natürlich schwer, von Mollath Informationen zu erhalten. Und weil Lapp abgeschnitten ist von Primärinformationen seitens Mollath, verfällt er ins abschätzige Spekulieren. Das ist natürlich weitaus mehr Boulevard als Qualitätsjournalismus. "Mollath, der sonst keine Gelegenheit

auslässt, über seinen Fall zu sprechen." Lapp schafft es tatsächlich jemandem, der um sein Recht kämpft, genau dieses vorzuwerfen.

"Allgemeingefährlich, unglaubwürdig und selber schuld"

Was unterscheidet Lapps Argumentation und Berichterstattug vom offilziellen Narrativ? Die drei Stränge "allgemeingefährlich, unglaubwürdig und selber schuld" sind die gleichen Stränge, die die ehemalige Justizministerin Merk permanent vertreten hat. Es sind die vereinfachenden Argumentationsmuster der Forensiker und Gutachter, die in den Fall Mollath involviert sind und es ist die Argumentation von Mollaths Exfrau. Die gleiche Argumentation haben in Teilen Leitmedien wie Spiegel, Zeit und Tagesspiegel aufgegriffen. Nur, was ist daran Journalismus? Es ist die Verbreitung der offiziellen Meinung. So verkommt Journalismus zu Public Relation für Institutionen und Behörden. Propaganda für den Machterhalt bzw. für die behauptete Wahrheit.

Was der Soziologe Pierre Bourdieu bereits 1997 über den Journalismus gesagt hat, lässt sich auch auf die vorliegenden Zusammenhänge übertragen.

> » *Da das Wissen dieser Journalisten über die politische Welt im wesentlichen auf persönlichen Kontakten und vertraulichen Mitteilungen beruht (oder sogar auf Klatsch und Gerüchten) und weniger auf der Objektivität einer Beobachtung oder fundierter Recherche, neigen sie dazu, alles auf eine Ebene zu ziehen, auf der sie die Experten sind. Und so interessieren sie sich mehr für das Spiel und die Spieler als für den Spieleinsatz…* «
> **Pierre Bourdieu** [2]

Es ist keine bezahlte PR, die hier eine Rolle spielt. Es ist die Nähe der Journalisten zu gesellschaftlichen Eliten, die aus Propaganda Nachrichten macht. Die Identifizierung mit Machtstärkeren bei gleichzeitigem Misstrauen gegenüber und mehr oder weniger bewusster Abwertung von Machtschwächeren, führt zu einem Mechanismus, der mit Hofberichterstattung gut umschrieben werden kann. Durch die schiere Unkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge, fällt es vielen Journalisten nicht einmal auf, dass sie über politische Prozesse gleichsam berichten, wie über Geschichten aus der Nachbarschaft. Alles wird in den Kategorien persönlicher Bekanntschaft und Betroffenheit wahrgenommen. Die vertrauliche Information und der exklusive Kontakt werden zur Währung im Kampf um Auflage und Klicks.

> *» Hass auf Gustl Mollath? "Ganz gewiss nicht", sagt Petra M. Sie ist eine schlanke Frau, macht Sport, fährt Motorrad. Und sie hat Angst. Deswegen möchte sie auch kein Foto von sich in der Zeitung haben. «*
> **Nordbayerischer Kurier**

Abgesehen von der sehr eigenen Logik - Hass auf Mollath? Nein, sie macht ja Sport?! - soll ein potenzieller Justiz-, Psychiatrie- und Medienskandal auf eine Ebene heruntergezogen werden, die sich ganz dem Human Touch verschrieben hat. Statt Aufklärung gibt es Boulevard: "Sie ist eine schlanke Frau, macht Sport, fährt Motorrad." Geht es hier noch um den Fall Gustl Mollath mit all seiner möglichen Tragweite? Ist die Ebene der "Spieler" (schlanke Frau) dem Spieleinsatz (Grundrechte) angemessen?

Und während man sich beim Nordbayerischen Kurier gegen den "Mainstream" zu wenden glaubt, bemerkt man nicht einmal, dass es eine zentrale Funktion der Propaganda ist, "schnell die Außenseiterposition zu überwinden, sich als eigentliches Zentrum,

als Stimme der Vernunft zu definieren und so eine neue Normalität zu fabrizieren". [3]

Am 18. April 2013 im Beitrag "Anhörung beendet, Patient fast zufrieden" zeigt Lapp, was es bedeutet, die komplexe Geschichte eines Querulanten auszubreiten. Der Anhörungstermin vor dem Landgericht Bayreuth zur Beurteilung Mollaths aktueller allgemeiner Gefährlichkeit gerät, laut Lapp, zu einem "Einzug".

> » *Es war ein langer Tag für Gustl Mollath (56). Einer, wie er ihn mag. Mollath im Blick der Öffentlichkeit. Sechs Kamerateams, Fotografen, Reporter.* «
> **Otto Lapp**

Der despektierliche Ton, der hier mitschwingt, muss wohl Teil der komplexen Geschichte sein, die man nicht auf Anhieb verstehen kann. Ansonsten würde es doch mehr als naheliegend sein, dass jemand, dem man sieben Jahre lang nicht zugehört und deswegen weggesperrt hat, selbstverständlich und nachvollziehbar zufrieden ist, dass ihm endlich Aufmerksamkeit zuteil wird. Es ist offensichtlich nicht die Tatsache, die Otto Lapp mitteilen will, sondern es soll vor allem die negative Bewertung vermittelt werden.

Diese Abwertung ist keine Fehlinterpretation, sondern sie ist eingebettet in den Tenor dieses, wie vieler anderer Artikel des Nordbayerischen Kuriers zum Fall Mollath. Im selben Beitrag unter der Zwischenüberschrift "Kaum Interessen" lässt Lapp wieder einmal "die Gegenseite" unhinterfragt zu Wort kommen. So gestalte Mollath seinen Alltag in der Pychiatrie "ritualisiert".

> » *Daneben beschäftige er sich "nahezu ausschließlich" mit dem Thema seiner Unterbringung. Andere Interessen? Außer "Nahrungsaufnahme,*

> *Fernsehen, Schlafen, Korrespondenz mit Medienvertretern, Anwälten, Unterstützerkreisen und Akten lesen" - gäbe es keine, sagen die Ärzte. Unverändert sei auch, dass Mollath an keiner Therapie teilnehme; ganz aufgegeben habe er auch gelegentlichen Sport. «*
> **Otto Lapp**

Außer? Mollath korrespondiert also mit Medien, Anwälten und Unterstützern und darüber hinaus liest er seine zahlreichen Akten. Was soll er denn laut "Ärzten" und Lapp noch tun? Dies ist also das Bild des Querulanten, welches Otto Lapp ausbreitet: Ein Mann, dessen einziges Interesse seine Freiheit ist.

Es ist ein Qualitätsmerkmal des modernen Journalismus, dass nicht mehr versucht wird, dem irrigen Ideal des Objektivismus hinterher zu rennen. Objektivität existiert nicht und kann auch gar nicht existieren. Menschen nehmen die Welt aufgrund ihrer Einstellungen und Werte wahr. Diese richten die Wahrnehmung. Insofern ist es nicht möglich Geschehenszusammenhänge objektiv zu beschreiben. Vielmehr ist es sogar notwendig das Beschriebene auch zu bewerten.

Otto Lapp enthüllt am 15. Juni 2013 im Artikel "Ein Ortsbesuch im Bezirkskrankenhaus Bayreuth" (Paywall), was der Journalismus dadurch gewinnen kann.

> » *Gustl Mollath erhebt schwere Vorwürfe gegen das Bezirksklinikum Bayreuth: Schlafentzug, Kaltduschen, Schikanen, Anfeindungen. Das bringt nicht nur die Klinik in Verruf, sondern auch die ganze Psychiatrie. Zu Unrecht. «*
> **Otto Lapp**

Zu Unrecht. Hier wird gar nicht erst beschrieben und dann bewertet. Hier steht das Ergebnis gleich am Anfang. Lapp besucht eine Klinik und kann völlig unbedarft schlussfolgern, dass die Vorwürfe an "der" Psychiatrie haltlos sind. Sehr weitsichtig. Dabei ist diese viel zu weitreichende Bewertung nicht einmal das Problem - wird doch pars-pro-toto auch noch als gutes Stilmittel im Journalismus angesehen. Viel fragwürdiger ist Aufgabe und Selbstwahrnehmung Lapps.

Es ist richtig und wichtig, den Anschuldigungen Mollaths nachzugehen. Es ist eben auch guter Journalismus, die andere Seite in einem Konflikt anzuhören. Insofern ist es geradezu vorbildlich, dass Lapp sich vor Ort erkundet. Nur was bringt es, wenn der gesamte Bericht dann rein affirmativ ausfällt. Keine Nachfrage, kein kritisches Wort. Ganz im Gegenteil. In der völligen Verkennung der Ernsthaftigkeit der Vorwürfe und der Aufgabe des kritischen Journalismus versteigt sich Lapp zu unfassbaren Bildern: "Ein Zimmer mit einem Schrank, einem Bett, einem Tisch, einem Regal, einer Nasszelle. Sie sehen alle gleich aus, ein bisschen wie in einem einfachen Hotel." Es gibt Foltervorwürfe und Lapp kontert ganz im Sinne der Klinik mit dem Bild des gutversorgten Urlaubers.

> *"Sie können alles sehen." Er zeigt die Musik-, Sport- oder Arbeitstherapie, den Raum mit dem Brennofen für Töpfersachen, die kleine Turnhalle, selbst den kleinsten Abstellraum. Nächstes Jahr wird der Anbau fertig, in dem alles größer sein wird. "Keine Schläuche für Kaltduschen", sagt ein anderer. Und das klingt bitter. Das Sozialministerium reagiert auf die Foltervorwürfe - gar nicht. Dafür sei der Bezirk zuständig. Geht es den Vorwürfen nach? Ein Sprecher verweist darauf, dass die Einrichtungen durch unabhängige Besuchskommissionen besucht würden. Und von der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und dem*

Europäischen Ausschuss zur Verhütung von Folter (CPT). «

Otto Lapp

Und wenn Lapp alles gesehen hat, warum gibt es kein Wort zu Fixierungen? Kein Wort zu Isolationszimmern? Kein Wort zu medikamentös ruhig gestellten "Patienten". Kein Wort zu Selbstmorden in der Klinik.

Wozu dann der Ortsbesuch, wenn doch gar kein Vorwurf überprüft wird? So hätte Lapp auch schlichtweg die Pressemitteilung der Klinik verarbeiten können. Public Relation statt Journalismus. Auch die Aussagen des ominösen Sprechers des Sozialministeriums werden nicht überprüft, sondern als wahre Aussage qua Autorität akzeptiert und verbreitet. Wie "unabhängig" ist eine Besuchskommission, deren "Kommissionsmitglieder und die erforderliche Anzahl von Stellvertretern [.] vom Staatsministerium des Innern, das richterliche Mitglied im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz auf die Dauer von vier Jahren bestellt" werden? Was nützt eine Besuchskommission deren Erkenntnisse und Ergebnisse ausschließlich dem Staatsministerium des Innern berichtet werden. "Im übrigen unterliegen die Mitglieder der Besuchskommission hinsichtlich der erlangten Kenntnisse der Schweigepflicht."

Und haben die "Nationale Stelle zur Verhütung von Folter" oder das "Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT)" das Klinikum jemals besucht? Christina Hof, Koordinatorin der Nationalen Stelle, schreibt auf Anfrage: "Die Nationale Stelle hat das Bezirksklinikum Bayreuth bislang noch nicht besucht und es ist auch derzeit kein Besuch geplant." Und laut den Webseiten des CPT wurde Bayreuth ebenfalls nie besucht.

Die Aussagen "der anderen Seite" einzuholen, ist ein Verdienst Otto Lapps. Diese jedoch lediglich affirmativ zu verbreiten, ist wohl kaum der Qualitätsjournalismus der ausgezeichnet werden sollte.

Die Grenzen zwischen Public Relation und Journalismus

Auch im Artikel "Klinik Bayreuth geht gegen ARD vor" vom 3. Juli 2013 lässt sich der Chefreporter des Nordbayerischen Kuriers als Lautsprecher des in die Kritik geratenen Bayreuther Bezirkskrankenhauses benutzen. Das wird auch gar nicht verschwiegen, vielmehr wird dies sogar unkritisch hervorgehoben. Man sieht sich dadurch ganz offenbar sogar als die einzige wahrheitsgetreu berichtende Instanz: "Der Schlag gegen den Sender ist Teil einer Strategie, mittels derer die Klinik sich nach dem Sperrfeuer an Vorwürfen wieder 'aufrichten' will, sagt Leipziger." Da fährt also der schwer in die Kritik geratene Leiter der Psychiatrie Dr. Leipziger eine PR-Strategie und Otto Lapp lässt sich die zu vermittelnde Botschaft in die Tasten diktieren. Aber wozu bedarf es dazu noch eines Jorunalisten? Alles was im Artikel steht, steht ausführlicher in der Pressemitteilung des Bezirksklinimkums, die einen Tag früher veröffentlicht wurde. Es scheint Lapp nie in den Sinn zu kommen, dass Leipziger, gegen den Rechtsanwalt Strate Strafanzeige wegen des Verdachts der schweren Freiheitsberaubung gestellt hat, zu Schutzbehauptungen greifen könnte. Zu den Vorwürfen, dass Insassen der Psychiatrie Schikanen der Angestellten ausgesetzt seien, schafft es Lapp sogar den Zynismus der Klinik unkommentiert zu übernehmen: Mollath "könne sich im Rahmen des Maßregelvollzugs 'selbst verwirklichen'".

Ist das der Qualitätsjournalismus, der es schafft, Preise zu erhalten? Ein Zwangspsychiatrisierter könne sich im Rahmen des Maßregelvollzugs "selbst verwirklichen"? Man bedenke, zu diesem Zeitpunkt steht schon lange zur Diskussion, dass es sich um ein

Fehlurteil handeln könnte. Daraus ließe sich durchaus schlussfolgern, dass hier möglicherweise jemand zu Unrecht seit sieben Jahren der Freiheit beraubt wird. Ist es also vorbildliche journalistische Tugend, darauf zu verweisen, dass man zwar möglicherweise Opfer eines Justizskandals ist, sich aber doch immerhin selbst verwirklichen könne? Abgesehen davon, dass ein ausgezeichneter Journalist nachgefragt hätte, was das denn im Konkreten bedeutet, sich in der Forensischen Psychiatrie "selbst zu verwirklichen", bleibt die Frage: Wo ist die journalistische Leistung von Otto Lapp? Unhinterfragt und unkommentiert die Meinung einer Institution zu verbreiten, ist Public Relation. Und genau das ist einer der Gründe für die Krise des Journalismus. Die Verflechtung von PR und Journalismus. Das medium magazin kürt also einen Reporter des Jahres, der mit seiner Arbeit für die Probleme des Journalismus und ganz sicher nicht für die Lösung steht.

Aufgabe des Journalismus ist nicht als affirmativer Lautsprecher der Herrschaftsmeinung zu fungieren. Ganz im Gegenteil. Der Publizist und Juror Bernd Gäbler bringt es im Porträt der "Journalisten des Jahres" im aktuellen medium magazin auf den Punkt.

> *» Es geht um den elementaren Sinn aller Publizistik: Öffentlichkeit herzustellen gegen nackte Macht. «*
> **Bernd Gäbler**

Schade nur, dass das medium magazin mit Otto Lapp einen Reporter des Jahres auszeichnet, der vor allem eines getan hat, die nackte Macht zu stützen und zu schützen. Immer dann, wenn es möglich war, der Gegenseite Gehör zu verschaffen, war Otto Lapp zur Stelle. Die Gegenseite ist es allerdings, die es zu hinterfragen gilt. Es bedarf keiner Journalisten, um die Pressemitteilungen der Psychiatrien, der Gerichte oder Ministerien zu veröffentlichen. Interviews, die mit der Gegenseite geführt werden, aber nicht eine einzige kritische Frage

enthalten, klären nicht auf, sondern sind Desinformation. Es verschwimmt die Grenze zwischen Public Relation und Journalismus. Gerade dies sind die Kritikpunkte am gegenwärtigen Journalismus. Propaganda von Unternehmen und Behörden verpackt als Journalismus untergraben dessen Integrität und damit Glaubwürdigkeit. Vielleicht ist es immer noch nicht bei allen Medienschaffenden angekommen, aber es ist die Glaubwürdigkeit der Nachrichten, Meldungen und Kommentare, die die monetäre Verwertung im Pressewesen ausmachen. Alles andere ist Boulevard: Personalisierung und Aggression.

Das medium magazin zeichnet mit Otto Lapp einen Vertreter der Krise des Journalismus aus und nicht ein leuchtendes Gegenbeispiel. Warum das so ist, mag am Wahlverfahren des Magazins liegen. Vielleicht liegt es aber auch an der Zusammensetzung der Jury. Und nicht zuletzt könnte man darüber diskutieren, ob nicht einige der Jurymitglieder selbst Teil der Krise des Journalismus sind und deswegen Otto Lapp nicht als Problem, sondern als Vorbild wahrnehmen.

Journalismus ist jedenfalls weit mehr als bloße Berichterstattung. Journalismus kann Kontrolle der Mächtigen sein. Journalismus kann aber auch zur Kontrolle der Mehrheitsmeinung verkommen. Journalismus ist eine Waffe im Kampf verschiedener gesellschaftlicher Formationen. Und aktuell ist zu beobachten, wie sich Journalisten immer wieder der Macht andienen. Einige Medienschaffende versuchen etwas vom Charisma (auch scheinbar) mächtiger Menschen abzugreifen und sich den primären Eliten anzubiedern. Das muss nicht einmal bewusst geschehen. Häufig ist es schlichtweg die gesellschaftliche Schicht, mit der sich Journalisten identifizieren. Deutschland galt im letzten Jahrhundert als Nation der autoritären Charaktere. Die Liebe zur Elite, die Anbetung von Stärke und Macht, die Unterwerfung unter eine herrschende Klasse mit

gleichzeitiger Neigung alles "Schwache" abzuwerten, wird im Bild des Radfahrers eingefangen: nach oben buckeln, nach unten treten. Vielleicht hat sich weniger geändert als es behauptet wird.

> *» In einer Zeit, in der die Gesellschaft zum Gegenstand eines betriebswirtschaftlichen Geländespiels geworden ist, in dem die Demonstration von Stärke und Macht einen zentralen Wert darstellt, wird der andere Pol dieses Kontinuums, der Umgang mit Ohnmächtigen und Schwachen, zum Gradmesser der Zustände in einem Land. «*
>
> **Wilhelm Heitmeyer** [4]

Hinweis: Auch wenn Otto Lapp in diesem Artikel kritisiert wird, ist es nicht die Person Otto Lapp, die Ziel meiner Kritik ist, sondern es ist der affirmative Journalismus, der sich in Lapps Berichterstattung zum Fall Mollath in eklatanter Weise zur Schau stellt. Ganz im Gegenteil habe ich auch gute Artikel von Lapp zu anderen Themen auf den Seiten des Nordbayerischen Kurier gelesen. Warum Lapp im Fall Mollath solch eine Position eingenommen hat, mag viele Gründe haben. Nicht alles mag seiner freien Entscheidung zugänglich gewesen sein.

Erschienen am 12.02.2014

Marcus Klöckner und Paul Schreyer

Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht

Redaktion trennt sich von Autor, der für Russland Heute geschrieben hat - und misst mit zweierlei Maß

Zeit Online misst offensichtlich mit zweierlei Maß. Der Chefredakteur des Onlinemediums hat am 8. März kurzen Prozess gemacht und die Zusammenarbeit mit einem freien Autor beendet. Grund: Der ehemalige Russland-Korrespondent Moritz Gathmann, der für die Redaktion über die Ereignisse in der Ukraine berichtete, hatte auch für die vom Kreml finanzierte Publikation Russland Heute geschrieben. Zeit Online sah darin einen Interessenkonflikt und im Besonderen einen Verstoß gegen den hausinternen "Code of Ethics". Das Problem ist, dass der Ethik-Kodex bei Zeit Online offenbar nur selektiv Anwendung findet. Beiträge von Autoren, die für die Printausgabe der Zeit arbeiten, aber bei Zeit Online erscheinen, fallen nicht unter den "Code of Ethics", sagt der stellvertretende Chefredakteur des Onlinemediums Markus Horeld. Der Deutsche Journalisten Verband (DJV) kritisierte gegenüber Telepolis das Vorgehen des Chefredakteurs, der die Trennung von Gathmann per Twitter verkündet hatte.

"Es widerspricht unseren Grundsätzen, dass Autoren, die in dem Journalismus nahe stehenden, interessengesteuerten Bereichen arbeiten, für uns über dieselben Themenbereiche schreiben", meinte jüngst Zeit Online Chefredakteur Jochen Wegner in einem Interview in Sachen Gathmann.

Doch bei genauerer Hinsicht wird deutlich: Dem journalistisch-ethischen Anspruch wird Zeit Online nicht in jedem Fall gerecht. So werden dort etwa auch Beiträge von reputierten Autoren aus der Printausgabe der Zeit veröffentlicht, bei denen ebenfalls Interessenkonflikte auszumachen sind - allerdings offenbar ohne Bedenken.

Die Begründung der Redaktionsleitung erstaunt: Autoren, die für die gedruckte Ausgabe der Zeit schreiben und nicht direkt für Zeit Online tätig sind, unterliegen demnach nicht dem Ethik-Kodex des Onlinemediums. In anderen Worten: Mit einem Artikel, der mit dem Code of Ethics von Zeit Online kollidiert, hat die Redaktion dann keine Probleme, wenn er auch in der gedruckten Ausgabe erscheint - selbst wenn der Artikel auch auf Zeit Online publiziert wird. Das verdeutlichte der stellvertretende Chefredakteur von Zeit Online in einem Telefonat mit Telepolis.

Mit den Artikeln aus der gedruckten Ausgabe habe man, so die lapidare Antwort, auch im Prinzip nichts zu tun, da diese einfach in einem "technischen Prozess" einliefen. Darauf aufmerksam gemacht, dass die Verantwortlichen bei Zeit Online die Augen vor dem Problem verschließen, sagte Horeld, er könne in der veranschlagten Praxis keinen Konflikt erkennen. In einer Email schreibt er: "Ich kann keinen 'double standard' erkennen. Wir reden über das Print-Archiv, das wir (also ZEIT ONLINE) nicht anfassen, denn es gehört Print."

"Neue Macht - neue Verantwortung"

Um das Problem an einem konkreten Fall zu verdeutlichen: Als Anfang des Jahres weite Teile der politischen Elite des Landes von Frank-Walter Steinmeier (SPD) über Ursula von der Leyen (CDU) bis zu Joachim Gauck eine stärkere deutsche Verantwortung in der Welt anmahnten, stand dahinter ein Strategiepapier zweier Denkfabriken,

das im Vorjahr von einer 50-köpfigen transatlantischen Studiengruppe erstellt worden war (Wir sind die Guten). Titel des Papiers: "Neue Macht - neue Verantwortung". Zu den Teilnehmern der Gruppe gehörten neben Regierungs- und Konzernvertretern (Daimler, Bertelsmann, BDI) auch der Zeit-Journalist Jochen Bittner.

Derselbe Jochen Bittner verfasste dann Anfang Februar einen Artikel für die gedruckte Ausgabe der Zeit, der den angestrebten Wechsel in der deutschen Außenpolitik wohlwollend beschrieb. Um es noch einmal zu wiederholen: Ein Autor der Zeit hat an der Erstellung eines zentralen Papiers zweier Denkfabriken mitgearbeitet, schreibt für die Printausgabe der Zeit einen Artikel über genau dieses Thema, ohne dass seine eigene Beteiligung an der Arbeit der Lobbygruppen Erwähnung findet. Im Text wird lediglich die Verbindung zum Initiator des gesamten Projektes eingeräumt, Thomas Kleine-Brockhoff, damaliger Direktor des "German Marshall Fund of the United States", früherer Zeit-Redakteur und jetziger Chef des Planungsstabes von Bundespräsident Gauck.

Offensichtlich ist die Redaktion im Nachgang auf "das Problem" aufmerksam gemacht worden, so dass die Zeit später eine "Klarstellung" veröffentlichte, auf die Horeld Telepolis nun hinwies. Dort heißt es:

> » *In dem Artikel Kurs auf die Welt (ZEIT Nr. 7/14) über die außenpolitische Neuorientierung Deutschlands erwähnten unsere Autoren unter anderem ein Studienprojekt der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund über die Bausteine einer deutschen Sicherheitsstrategie. Einer der Autoren des Artikels, Jochen Bittner, war Teilnehmer dieses Projekts. Die Gruppe setzte sich aus gut fünfzig Teilnehmern zusammen und erarbeitete im Laufe des*

vergangenen Jahres das Papier "Neue Macht, neue Verantwortung". «

Derselbe Artikel ist dann auch bei Zeit Online erschienen - dort allerdings ohne "Klarstellung", denn: Bittner ist nun mal kein direkter Autor von Zeit Online, also unterliegt er nicht deren Ethik-Kodex. Dass die Leser von Zeit Online hier nicht über die Hintergründe des Artikels informiert werden, spielt offenbar keine Rolle.

Ethik-Kodex mal zwei

Doch es kommt noch besser: In einer Email teilte Horeld Telepolis mit, dass es "seit sehr kurzer Zeit" nun eine neue Regelung bei Zeit Online gibt. Demnach sollen mittlerweile zumindest "Korrekturen und Offenlegungen (der Printausgabe) sofort auch im Online-Archiv beim entsprechenden Beitrag publiziert werden. Der betreffende Text lag allerdings zeitlich vor dieser neuen Regelung." Horeld informierte auch darüber, dass die gedruckte Zeit einen eigenen Ethik-Kodex habe.

Doch was genau besagt der "Code of Ethics" von Zeit Online? Unter anderem heißt es darin: "Wir legen offen, wenn ein Autor zu den in seinen Artikeln beschriebenen Personen oder Institutionen persönliche Beziehungen unterhält. Dies betrifft Mitgliedschaften bei Parteien und Verbänden, gegebenenfalls auch bei Kirchen, ebenso wie in Jurys oder ähnlichen Gremien."

"Wenn das der Maßstab ist", sagt Uwe Krüger vom Leipziger Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, der im vergangenen Jahr eine Studie über die Berichterstattung deutscher Elite-Journalisten vorlegte (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten"), "dann muss aus meiner Sicht die Teilnahme an diesem Projekt, in dem ein

Konsens über die künftige Ausrichtung der deutschen Außenpolitik ausgehandelt wurde, ebenfalls offengelegt werden."

Das sei notwendig, da der Leser so "die wohlwollende Haltung des Artikels gegenüber den Aktivitäten der Bundesregierung, der Stiftung Wissenschaft und Politik, des German Marshall Fund und gegenüber diesem Paradigmenwechsel in der deutschen Außenpolitik besser einordnen" könne.

Krüger kritisiert scharf die Verhältnisse bei Zeit und Zeit Online in Fragen der Einhaltung von Ehtik-Kodizes:

> *» Ich sehe hier eine Doppelmoral im Hamburger Verlagshaus: Einerseits wird ein freier Journalist wegen mutmaßlicher Befangenheit innerhalb von 2 Stunden gefeuert, andererseits sind festangestellte und leitende Redakteure der ZEIT in vertrauliche Politikplanungsprozesse eingebunden und schreiben dann über diese Politik, ohne dass das transparent gemacht wird.*
>
> *Wir sehen hier ein Katz-und-Maus-Spiel mit den Lesern. Immer wieder werden neue hausinterne Ethik-Kodizes aus dem Hut gezaubert, von denen kein Außenstehender zuvor etwas gewusst hat. Die werden nun immer dann zitiert, wenn es gilt, aktuellen Kritikpunkten etwas entgegenzusetzen. Andere Medienhäuser wie Axel Springer und die WAZ haben ihre hausinternen Ethik-Kodizes publiziert, als sie verabschiedet wurden. Zum Teil natürlich wegen des Werbeeffekts, der damit verbunden ist, aber andererseits haben sie damit eine Kultur der*

> *Transparenz gelebt, die der Zeit- und der Zeit-Online-Mannschaft hier völlig abgeht.* «
> **Uwe Krüger**

Auch die "Klarstellung", die in der gedruckten Zeit (Nr. 8/2014) zu dem Artikel von Bittner veröffentlicht wurde, kritisiert Krüger:

> » *Schon der Titel 'Klarstellung' und auch der Text sind verräterisch. Es ist keine Rede von einer Entschuldigung, dass man die Verflechtung des Redakteurs mit dem von ihm beschriebenen Geschehen verschwiegen hatte. Wenn die Zeit-Printredaktion einen eigenen Ethik-Kodex hat, dann möchte ich ihn gern lesen. Ich möchte wissen, ob eine ähnliche Regelung wie bei Zeit Online auch enthalten ist und, falls ja, wissen, warum man sich nicht daran hält. Selbst wenn es diesen Kodex gibt, scheint es in der Redaktion an dem Bewusstsein zu mangeln, dass man als Journalist kritische Distanz zum Geschehen zu bewahren hat.* «
> **Uwe Krüger**

Doch, wie bereits erwähnt: Zeit Online sieht das anders.

"Märchen vom Coup d'État"

Als Kontrast nun ein Beispiel dafür, wie es aussieht, wenn die Chefredaktion ihren Ethik-Kodex konsequent anwendet:

> » *Offenlegung: Der Autor arbeitet für die vom russischen Staat mitfinanzierte Zeitungsbeilage*

Russland heute. Dies entspricht nicht unseren Grundsätzen. Wir entschuldigen uns dafür. «

Diese Zeilen stehen nun auf Geheiß des Chefredakteurs von Zeit Online unter Gathmanns Artikel. Ein kurzer Rückblick auf diesen Fall.

Moritz Gathmann, Jahrgang 1980, fiel in der Vergangenheit kaum durch besonders Putin-freundliche Zeilen auf. Der freie Journalist mit Schwerpunkt Osteuropa, tätig für große Häuser wie Frankfurter Allgemeine und Spiegel, hielt die Leser von Zeit Online im Februar als "unser Mann in der Ukraine" über die turbulenten Ereignisse dort auf dem neuesten Stand, weitgehend sachlich und ohne größere persönliche Wertungen. Zugleich schrieb Gathmann auch für Russland Heute, ein vom Kreml finanziertes Blatt, das über Russland informiert und regelmäßig international renommierten Zeitungen wie der Süddeutschen oder der Washington Post beiliegt - gegen Geld an jene Verlage, ganz so wie eine kommerzielle Zeitungsbeilage. Gathmanns Beiträge für Russland Heute waren dabei jedoch mitnichten Kreml-treue Propaganda. Durchaus kritisch widmete er sich dort auch der russischen Regierung.

Doch David Schraven, Jahrgang 1970, Leiter des Ressorts Recherche der Funke-Mediengruppe, dem drittgrößten Verlagshaus Deutschlands, war der junge Kollege dennoch negativ aufgefallen. Gegenüber dem Medienmagazin Newsroom bekannte er:

» *Dann habe ich gelesen, wie Moritz Gathmann auf Facebook dieses russische Propagandamärchen von dem Coup d'État auf dem Maidan verbreitet hat. Und dann habe ich gesagt, okay. Der Interessenkonflikt muss öffentlich gemacht werden. Die Transparenz muss sein, damit auch Leser die Berichte von Moritz*

Gathmann einordnen können, die nicht wissen, dass er für Putins Propagandaapparat arbeitet. «
David Schraven

Schnellgericht per Twitter

Und so kam es schließlich zur Twitter-Kommunikation zwischen Schraven und Wegner vom 8. März. Schraven schrieb dort um kurz nach 8 Uhr morgens an Jochen Wegner, den Chefredakteur von Zeit Online: "diverse Sichtweisen in der Zeit sind gut. Aber es wär besser zu sagen, dass Moritz Gathmann für Russlands Propagandadienst schafft." Wegner, zu der Zeit gerade dienstlich in den USA, antwortete eine Stunde später: "Ja, wir diskutieren dies gerade (auch aus anderen Gründen). Ich melde mich in spätestens 2h."

Der vielbeschäftigte Zeitungsmanager hatte die Sache also zur Priorität erklärt. Und so konnte Wegner auch schon um kurz nach 10 Uhr vermelden: "Danke. Wir haben dies unter den Beiträgen kenntlich gemacht und die Zusammenarbeit beendet." Schraven antwortete mit einem wohlwollenden: "Danke" und twitterte anschließend stolz: "Die Zeit macht unter Beiträgen von Moritz Gathmann deutlich, dass er für Putins Propaganda schafft und hat die Zusammenarbeit beendet. Gut!"

"Problem erkannt - Feind gebannt", könnte man den Subtext dieses Austauschs zusammenfassen. Wachsame Kollegen helfen sich aus, warnen sich vor "gefährlichen" Meinungsabweichlern in den eigenen Reihen. Doch einmal abgesehen davon, dass die Verbindung von Gathmann zu Russland Heute tatsächlich nicht unproblematisch war: Was ist davon zu halten, dass ein Chefredakteur schwierige Personalentscheidungen auf dem Marktplatz der Twitter-Öffentlichkeit kund tut? Warum lässt man sich überhaupt auf eine so öffentliche Kommunikation bei einer Personalfrage ein?

Ob der Chefredakteur von Zeit Online wohl darüber nachgedacht hat, warum Schraven ihn gerade per Twitter auf die Problematik mit dem freien Autor aufmerksam gemacht hat? Schraven, das sollte nicht außer Acht gelassen werden, standen schließlich auch andere Kommunikationskanäle offen, um seinen Kollegen zu erreichen.

Telepolis bemühte sich um ein Telefonat mit Chefredakteur Wegner, um ihm Gelegenheit zu geben, zu dieser und anderen Fragen direkt Auskunft zu geben. Dazu kam es leider nicht. Per Email teilte Wegner mit, dass er aus terminlichen Gründen Dienstag und Mittwoch keine Zeit habe. Er bot ein Gespräch mit seinem Stellvertreter und die Korrespondenz über Email an.

Dass Schraven gerade die Kommunikation über Twitter gewählt hat, dürfte kein Zufall sein. Er wollte vermutlich eben gerade öffentlich (mit all den negativen Begleiterscheinungen für den Journalisten-Kollegen Gathmann) kommunizieren - weil das selbstverständlich den Druck erhöhte.

Der stellvertretende Chefredakteur von Zeit Online, Markus Horeld, rechtfertigte am Telefon gegenüber Telepolis die Kommunikation über Twitter. Man antworte immer auf dem Kanal, auf dem die Kommunikation beginne, in diesem Falle eben über Twitter. Horeld weiter: "Wenn ein Leser uns per Twitter auf einen Fehler im Artikel aufmerksam macht, antworten wir auch per Twitter zurück."

Auf die Frage, ob er tatsächlich keinen Unterschied zwischen der Kommunikation einer Fehlermeldung und der Bekanntgabe der Trennung von einem Mitarbeiter sieht, wiegelte der stellvertretende Chefredakteur ab: Wenn man nicht sofort über Twitter reagiert hätte, wäre das auch beanstandet worden.

Kritik an diesem Vorgehen übt nun auch der Deutsche Journalisten Verband (DJV): "Ob ein Interessenkonflikt zwischen Zeit Online und

dem freien Autor vorliegt, wissen wir nicht, aber wenn dieser vorliegt, dann hätte die Trennung auf einem anderen Weg erfolgen müssen", sagt Hendrik Zörner, Pressesprecher des DJV.

Bei dem Journalistenverband habe der Vorfall "Befremden" ausgelöst. Dass über die Trennung eines freien Mitarbeiters bei so einem Fall in der breiten Öffentlichkeit kommuniziert werde, sei nicht in Ordnung. Zörner sagte, man müsse sich vor Augen halten, was das Vorgehen von Chefredakteur Wegner bedeute: Die Gefahr bestehe, dass der freie Autor nun "verbrannt" sei und Schwierigkeiten haben werde, an Aufträge zu kommen.

"Wofür genau entschuldigt sich Zeit Online?"

Der Journalist und Medienkritiker Stefan Niggemeier hatte sich auf seinem Blog ebenfalls kritisch zum Vorgehen von Wegner geäußert und hakte nach:

"Testfrage: Wofür genau entschuldigt sich Zeit Online?"

Chefredakteur Wegner, der mitlas, kommentierte unter Niggemeiers Blog-Beitrag vorsichtig:

> *» Ich bedauere sehr, dass wir den Interessenkonflikt nicht früher erkannt haben, sondern von außen darauf hingewiesen werden mussten. (…) Wir lernen daraus für die Zukunft, dass wir unsere neu gewonnenen Autorinnen und Autoren vor Beginn der Zusammenarbeit deutlich auf unsere Standards hinweisen müssen. (…) Ich persönlich glaube, dass es genau solche Prinzipien sind, die journalistische Medien ausmachen. «*
>
> **Jochen Wegner**

Und David Schraven, der den Stein ins Rollen gebracht hatte, sekundierte andernorts:

> » *Es geht nicht um freie Journalisten oder freie Arbeit an sich. Es geht darum, dass man nicht in Zeiten eines Konfliktes für den Propagandaapparat eines aggressiven Staates und als unabhängiger Journalist arbeiten kann, ohne auf den Umstand hinzuweisen, dass man für ein Propagandaorgan schafft.* «
> **David Schraven**

Doch abgesehen von der Frage, warum solches wohl nur "in Zeiten eines Konfliktes" gelte und nicht zu jeder Zeit, schließt sich natürlich ein viel gravierenderes Definitionsproblem an. Denn nach welchen sachlichen und objektiven Kriterien wird eigentlich entschieden, ob es sich beim jeweiligen Arbeitgeber um "den Propagandaapparat eines aggressiven Staates" handelt?

Propaganda machen immer die Anderen

Hier landet bekanntlich mancher mit fataler Lichtgeschwindigkeit beim Zirkelschluss: "Der Feind ist schlecht, weil er der Feind ist." Propaganda machen immer nur die Anderen, die Unfreien, die Autokraten. Der ganzen Argumentation liegt, so darf man es sehen, eine Entdifferenzierung der Realität zugrunde. Einer komplexen Welt, in der viele Seiten geostrategische Schachzüge vollziehen, Tiefenpolitik veranschlagen und Nebelkerzen aus allen möglichen Richtungen geworfen werden, kommt man natürlich bequemer bei, indem man Komplexität reduziert.

Die Pointe dazu ist Schravens Hintergrund als Vorstandsmitglied im renommierten Journalistenverband "Netzwerk Recherche", auf deren Webseite es heißt, man setze sich "für eine Verbesserung der

Recherchekultur in Deutschland ein" Denn: "Recherche ist *das* Qualitätsscharnier für einen soliden Hintergrundjournalismus. Ohne kritische Analyse und unbequeme Wahrheiten erstickt die Demokratie im Allgemeinen und Ungefähren."

Noch verblüffender ist Schravens persönliches Motto: "Journalismus ist, wenn man etwas druckt, was ein anderer lieber nicht gedruckt sehen will." Und auch Chefredakteur Wegner, der Schravens Twittermahnung Gewehr bei Fuß Folge leistete, hat klare Grundsätze, wenn auch anderer Art. "Journalisten müssen Unternehmer werden", lautet zum Beispiel einer, formuliert im Jahr 2010, nach 12 Jahren beim Focus, im Rahmen seiner "23 Thesen zur Zukunft der Medien".

Wenig überraschend, dass Wegner bei der Beobachtung von Kollegen wie Glenn Greenwald Verständnisprobleme bekommt. Dieser sei aber eigentlich auch gar kein Journalist, ließ Wegner seine Leser im Januar dieses Jahres wissen, sondern lediglich ein "Aktivist".

Doch das Problem bei Zeit und Zeit Online geht über die beiden bis jetzt angesprochenen Fälle hinaus, wie Uwe Krüger ausführt. So fallen immer wieder Zeit-Autoren auf, die sich in Elitenkreisen bewegen und dann zu Themen publizieren, die mit den Inhalten, wie sie in den entsprechenden Think Tanks, Stiftungen und Organisationen auf der Agenda stehen, korrelieren - Artikel, die dann auch auf Zeit Online erscheinen.

Bilderberg und Atlantik-Brücke

Matthias Naß, Co-Autor des besagten Artikels zur neuen deutschen Außenpolitik von Jochen Bittner, war beispielsweise einflussreiches Mitglied einer aus demokratietheoretischer Sicht höchst fragwürdigen Organisation: der Bilderberg-Gruppe, die vermeintlich politisch

neutral und rein privat zu einem jährlichen "Erfahrungsaustausch" zusammenkommt.

Naß, internationaler Korrespondent der Zeit und bis 2010 ihr Vize-Chefredakteur, "nahm von 1997 bis 2012 an den Bilderberg-Konferenzen teil", erläutert Uwe Krüger. "Außerdem war er Mitglied des Inner Circle von Bilderberg, dem so genannten Lenkungsausschuss. Dort hat er - zusammen mit Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann als zweitem Deutschen in diesem Kreis - regelmäßig mitentschieden, welche Teilnehmer eingeladen und welche Themen diskutiert werden", erklärt Krüger weiter.

Hintergrund: Die Bilderberg-Konferenz ("Einen 'Schweigepakt' kann ich mir nur schwer vorstellen") existiert seit 1954. Zu der diskreten Konferenz kommen einmal im Jahr gut 140 führende Persönlichkeiten aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen zusammen, aus Politik, Wirtschaft, Militär, Forschung und Geheimdiensten.

Gegenüber Telepolis führt Uwe Krüger noch weitere Zeit-Autoren mit persönlichen Verbindungen in Elite-Kreise und den sich daraus ergebenden Implikationen an.

> *» Marc Brost etwa, Leiter des Hauptstadtbüros der Zeit, ist der Atlantik-Brücke verbunden. Er war 2004 Young Leader und war auch als Alumni unterwegs auf Veranstaltungen des Vereins. Wenn transatlantisch orientierte Eliten aus diesen Zusammenhängen auch in seinen Artikeln auftauchten, hätte das Zeit Online laut Kodex seit dem Sommer 2012 transparent machen müssen. «*
> **Uwe Krüger**

Schließlich Josef Joffe, Mit-Herausgeber der Zeit, der sich häufig zu Themen mit US-Bezug äußert:

> » *Er kann auf eine beeindruckende Liste an Vereinsmitgliedschaften und Beirats- und Kuratoriumsmandaten schauen, mit denen er sich in der Nähe von Entscheidern aus den USA befindet. Zu nennen wären hier etwa das Aspen Institute Deutschland, das American Institute for Contemporary German Studies oder die American Academy in Berlin.* «
> **Uwe Krüger**

Einen Eindruck über die Artikel der Zeit-Autoren Naß, Brost und Joffe erhält der Leser, wenn er der Verlinkung folgt.

Doch, auch das soll angesprochen werden, bei aller hier geäußerten Kritik: Der Chefredakteur von Zeit Online vertritt, wie an anderer Stelle deutlich wird, eine Sicht, die so in jedem Seminar vor angehenden Journalisten diskutiert werden sollte. In einem Artikel auf Zeit Online schrieb er:

> » *Es ist für mich deshalb schwer vorstellbar, dass Journalisten Akteure eines Themas sind, dem sie sich professionell widmen. Sie können am Abend nicht Wahlkampf für eine Partei machen, deren Innenleben sie tagsüber im Fernsehen kommentieren. Sie können nicht aktives Mitglied eines Verbandes sein, über dessen Aktionsgebiet sie berichten - und sei es noch so verdienstvoll. Sie können keine Aktien empfehlen, die sie selbst besitzen. Sie können nicht Freunde oder*

Geldgeber zum Gegenstand ihrer Berichterstattung machen. «

Jochen Wegner

In der Tat. Doch hat der Chefredakteur nun auch die Nerven, bei seinen gut vernetzten Kollegen mit gleichem Maß zu messen? Es ist wohl kaum anzunehmen, dass zukünftig, analog zum Fall Gathmann, unter den Berichten von Bittner, Naß oder Joffe, auch wenn sie keine direkten Autoren für Zeit Online sind und ihre Beiträge "nur" dort veröffentlicht werden, vermerkt wird:

» *Offenlegung: Der Autor unterhält enge Verbindungen zu einer vom amerikanischen Staat mitfinanzierten Organisation bzw. einem transatlantischen Think Tank. Dies entspricht nicht unseren Grundsätzen. Wir entschuldigen uns dafür.* «

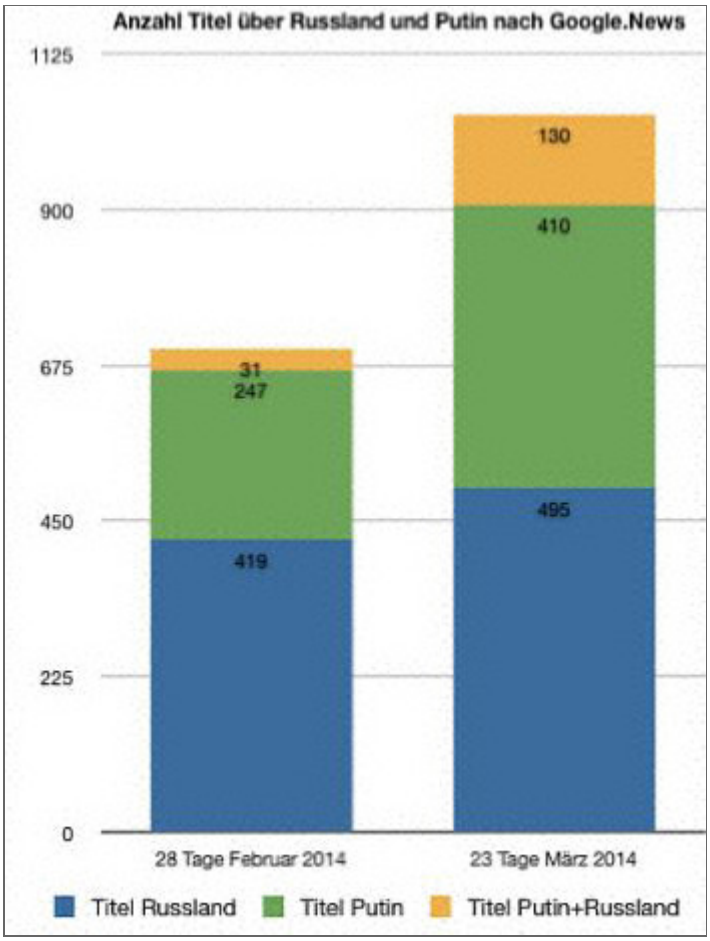
Erschienen am 20.03.2014

Malte Daniljuk

Die wahrhaften Putin-Versteher

In den deutschsprachigen Medien entwickelte sich die Krim-Krise zur One-Man-Show eines bösen, bösen Präsidenten

Mit der Eskalation des Ukraine-Konflikts setzen deutsche Journalisten zunehmend auf das stilistische Mittel der Personalisierung. Die Person des russischen Präsidenten Wladimir Putin erscheint in der Presse stellvertretend für die gesamte russische Gesellschaft. Dabei zeichnen Journalisten seine Person ganz überwiegend negativ und orientieren vielfach auf politikferne Eigenschaftsmerkmale. Die selben Redakteure, welche die Person des russischen Präsidenten in den Mittelpunkt stellen und sich ausführlich mit seiner Psyche beschäftigen, gehen inzwischen dazu über, Kritiker einer konfrontativen Russland-Politik, welche sich vergleichsweise stärker auf Sachargumente stützen, ausgerechnet als "Putin-Versteher" zu brandmarken.



Den zahlenmäßigen Anstieg der Putin-Berichterstattung zeigt eine Auswertung der von Google-News erfassten Schlagzeilen in den vergangenen beiden Monaten. Zwar erfreute sich Russland im März auch insgesamt einer höheren Aufmerksamkeit. Allerdings stiegen die Russland-Titel gegenüber dem Vormonat nur um knapp 18 Prozent. Die auf den russischen Präsidenten bezogenen personalisierten Headlines nahmen hingegen sehr viel stärker zu, nämlich um fast 66 (nur Putin) bzw. 320 Prozent (Putin und Russland im Titel).

Während Titel mit persönlichem Putin-Bezug im Februar um ein Drittel unter den reinen Russland-Schlagzeilen lagen, erreichten sie allein in den ersten 23 Tagen des Monats März einen Vorsprung von

10 Prozent. In der Krim-Krise orientierten die zuständigen Redakteure mehrheitlich auf den russischen Präsidenten persönlich.

Dabei fehlte den journalistischen Ausführungen oftmals die sachliche Grundlage. Besonders deutlich wird dies, wenn die Artikel Wladimir Putins mentale Verfasstheit behandeln. Bereits unter normalen Menschen gilt es als äußerst schwierig, die "wirklichen" Absichten und Emotionen seines Gegenübers aufzuspüren - ein Umstand, der umso mehr auf professionelle Kommunikatoren zutrifft. Daher lassen sich Spekulationen über das Wünschen und Wollen von Politikern außerhalb der Kommentare selten finden. Bei der Krisenberichterstattung scheinen Journalisten diese Leerstelle im Bild einer Person jedoch mit Vorliebe zu nutzen, um dem mutmaßlichen Gegner nachweisfrei Böses unterstellen zu können.

Viele Journalisten erwecken den Eindruck zu wissen, was Putin fühlt und was seine verdeckten Ziele sind. "Privat ist Putin ein einsamer Mensch", verbreitet nicht nur der Focus. Im selben Stil erfährt das Publikum, dass er "natürlich" gerne im Westen geliebt werden würde. "Putin will die ganze Ukraine", glauben viele Kommentatoren zu wissen, oder dass er "insgeheim Pläne schmiedet".

Die Unterhaltungspresse erlebt dabei ein völlig neues Niveau des fehlenden Sachbezugs. BILD ("So tickt Russlands Präsident wirklich") berichtet etwa interessante biographische Details: "Als die Freiheit kam, wollte Putin sterben!" Den Widerspruch zwischen dem innenpolitischen Erfolg Putins und seinem schlechten Image in westlichen Medien löst das Blatt mit einem ebenso starken wie originellen Motiv: Wladimir Putin wolle ein Russland schaffen, vor dem "der Rest der Welt zu Kreuze kriecht".

In der Vergangenheit wurde diese Art der personalisierten Berichterstattung hauptsächlich den Boulevard-Medien zugeschrieben. Mit dem durch die Krim-Krise ausgelösten mentalen

Ausnahmezustand verstärkt sich die Fixierung auf eine Person jedoch medienübergreifend. Nicht mehr nur BILD verkauft derart metaphysische Einsichten. Selbst in den Leitmedien für außenpolitische Bewertungen - Die Zeit und Neue Züricher Zeitung - erscheinen umfangreiche Hintergrundbeiträge, welche der Psyche des russischen Präsidenten nachspüren.

Komplizierte Welt ganz einfach

Diese personalisierte Darstellung von komplexen politischen Prozessen wird in den Medien- und Kommunikationswissenschaften bereits seit Mitte der 1980er Jahre beobachtet. Zunächst wurde das Phänomen ganz technisch auf den Siegeszug des Fernsehens zurückgeführt, das Personen als audio-visuelle Repräsentanten von Institutionen verlange. Sehr schnell standen jedoch auch mögliche negative Folgen für die demokratische Öffentlichkeit in der Debatte.

Die Befürchtung lautete, dass das Publikum und damit die demokratisch maßgebliche Wahlbevölkerung informationell entmündigt werden, indem komplexe Vorgänge auf eine Repräsentationsbeziehung mit einer Person reduziert werden. Mit Blick auf die USA, wo diese Tendenz zur personalisierten Darstellung von Politik bereits früher einsetzte, konstatierte der Soziologe Richard Sennett schon 1983 eine "Tyrannei der Intimität" und kritisierte die "psychologisierte Darstellung von Herrschaftsstrukturen".

Die Berliner Professorin Juliana Raupp sieht hinter diesem Phänomen auch eine institutionelle Rationalität. Das Publikum werde von politischer Komplexität entlastet und die Politik von komplexen Ansprüchen des Publikums, so die Medienwissenschaftlerin in einem Übersichtsbeitrag im Jahr 2006.

Dort wies Raupp auf einen weiteren Aspekt hin, dem in der aktuellen Auseinandersetzung möglicherweise zentrale Bedeutung zukommt. Einfacher als eine Gesamtgesellschaft können Personen als Vorbilder oder als Feindbilder definiert werden. Ihre mediale Inszenierung löse beim Publikum adaptive oder adversative Lernprozesse aus. Diese Images würden so zu sozialen Bezugspunkten und sorgten für kommunikative Anschlussfähigkeit innerhalb spezifischer Milieus. Erzeugt werde die Differenz von Ingroup und Outgroup, ein Freund-Feind-Schema.

Die Ausstattung des Feindes

Betrachtet man die Attribute, mit denen große Teile der deutschen Presse gegenwärtig den russischen Präsidenten belegen, fällt die Entscheidung zwischen In- oder Outgroup tatsächlich sehr leicht. Wladimir Putin wird fast durchgehend mit negativen Ausschmückungen bedacht. Er wird als der "Allmächtige" bezeichnet, abgehärtet, ein Macho und zudem "beratungsresistent gegenüber westlichen Einwänden". Teilweise werden - analog zur russischen Fabel - Tiervergleiche bemüht: Der Tiger ist ein einsamer Jäger.

Eine besondere Bedeutung für den Aufbau eines personalisierten Mythos spielt offenbar seine Herkunft. Viele Redakteure scheinen fasziniert von der Tatsache, dass ein "Vorstadtjunge", der Sohn eines "Fabrikarbeiters und überzeugten Kommunisten", der "Enkel eines Kochs von Stalin", der möglicherweise sogar adoptiert oder im Heim aufgewachsen ist, in Russland Präsident werden kann. Dementsprechend scheint Wladimir Putin in zahlreichen Beiträgen keineswegs präsidial sprechen zu können, sondern er "poltert", "lästert" und "lässt verlauten". Er antwortet nicht, sondern "serviert eine Antwort".

Diese pejorative Form der Beschreibung beschränkt sich nicht nur auf Sprechakte. Wenn er überhaupt regiert, dann vielfach mit dem Zusatz "wie ein Zar". Zumeist "verordnet" und "protzt" er oder "setzt auf die niederen Instinkte". Das Ergebnis seines Handelns sind "teuflische Spezialoperationen" und "Putins Provokationen". Um seine mangelnde Vertrauenswürdigkeit zu illustrieren, werden zur Not auch schwer überprüfbare Quellen herangezogen: "Putin selbst, so jedenfalls glaubt der britische Geheimdienst MI6, soll Milliardär sein."

Bei dem hohen Anteil, den Wladimir Putin an der Russland-Berichterstattung einnimmt, ließe sich natürlich fragen, was alle anderen Akteure der 145 Millionen Menschen starken russischen Gesellschaft treiben. Bestandteil der extrem personalisierten Russland-Berichterstattung ist, dass Journalisten ihre Putin-Fixierung legitimieren, indem sie weitere Vertreter der russischen Politik systematisch ausblenden oder abwerten. Folgt das Publikum der Beschreibung vieler Journalisten, dann existieren andere wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Interessen nur in direkter Relation zum Präsidenten selbst. Sie erscheinen in der Presse als "Putins Freunde", seine "Heimatfront", die "devote Umgebung", "Höflinge und Claqueure" und "Putins geheimnisvolle Macht-Clique".

Kritik an den Putin-Verstehern

Im März lässt sich in der personalisierten Konflikt-Berichterstattung ein neuer Trend erkennen, der die Hypothese von der beabsichtigten Zuordnung zur In- oder Outgroup, zum medialen Freund-Feind-Schema, ausdrücklich bestätigt. Ausgerechnet die Dissidenten der deutschen Außenpolitik werden zunehmend als "Putin-Versteher" diffamiert und das, obwohl kaum einer der so Betitelten auf Putin bezogene Argumente anführte. Im Gegenteil argumentieren die Vertreter einer auf Deeskalation gerichteten Verständigungspolitik im

Vergleich zum politischen Mainstream überdurchschnittlich sachbezogen.

Einen der ersten Steine warf am 24. Februar Robert Leicht, politischer Korrespondent von Die Zeit. Er empfahl dem "Ex-Kanzler und Putin-Versteher Gerhard Schröder, sich mit seinen Ratschlägen etwas mehr zurückzuhalten". Keinen Monat später, am 16. März, musste Robert Leicht seinen eigenen Kommentar bereits mit folgendem Disclaimer einleiten: "Man kommt schnell in den unansehnlichen Ruf des Russlandverstehers, wenn man sich dem kollektiven Zwang zur Verurteilung Putins nicht ohne die geringste Widerrede fügt." In der Zwischenzeit hatten fast alle überregionalen Medien die Rede von den Putin-Verstehern - teilweise auch als Moskau- oder Russland-Versteher - übernommen.

Zuerst traf die journalistische Zuweisung zur Outgroup neben Gerhard Schröder natürlich die Partei Die Linke. Ihr widmete Fabian Reinbold - Journalistenschule in München, danach Reporter in den USA - am 17. März einen kompletten Moskau-Versteher-Artikel auf Spiegel-Online. Knapp zwei Wochen zuvor hatte sich derselbe Autor dort als intimer Putin-Kenner gezeigt (Putin und wie er die Welt sieht), der hauptsächlich auf persönliche Attribute abstellt und kaum ein Sachargument aufnimmt.

Die Springer-Zeitung Die Welt erweiterte kurze Zeit später die Feind-Liste um dissidente Christdemokraten (Armin Laschet, Peter Gauweiler) und weitere Sozialdemokraten (Gernot Erler, Günter Verheugen). Die einzige Partei, in deren Anhang Journalisten bisher keine Putin-Freunde outeten, sind die Grünen und das, obwohl etwa Antje Vollmer und Hubert Kleinert die "hysterische" Konfrontationspolitik ihrer Parteiführung in aller Deutlichkeit kritisierten.

Die Putin-Versteher, stellt die FAZ völlig zutreffend fest, gehen der "Gleichsetzung von Führung und Volk auf den Leim". Damit wollte Autor Friedrich Schmidt allerdings nicht seine Kollegen kritisieren, welche seit Wochen den Eindruck erwecken, als hänge Russlands Wohl und Wehe von einer einzelnen Person ab. Er meinte die "ungewöhnliche Allianz" aus deutschen Wirtschaftsvertretern, Politikern aus Union, FDP und SPD mit der Linkspartei, die Sanktionen gegen Russland ablehnen.

Beim Publikum hat diese kleine Allianz unterdessen, unbeeindruckt vom massiven und konsonanten Medienfeuer, die souveräne Mehrheit: Nur 26 Prozent der Deutschen halten Wirtschaftssanktionen für sinnvoll und ganze drei Prozent meinen, man sollte die Ukraine auch militärisch gegen Russland unterstützen, so die Forschungsgruppe Wahlen Mitte März.

Erschienen am 27.03.2014

Paul Schreyer

Auf Kriegsfuß mit den Lesern

Die Leitmedien verlieren in der Russland-Berichterstattung den Kontakt zur Bevölkerung - und wundern sich nun darüber. Was steckt hinter dem seltsamen Bruch mit dem eigenen Publikum?

Zwei Machtblöcke prallen in der Ukraine derzeit aufeinander. Zugleich tobt in den deutschen Medien ein Kampf um die Deutung des Konflikts. Der Graben scheint dabei weniger zwischen einzelnen Zeitungen oder Sendern zu verlaufen, als vielmehr zwischen den Journalisten der Leitmedien insgesamt und ihren Lesern bzw. Zuschauern.

Bernd Ulrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*, diagnostizierte diese Situation in der vergangenen Woche in einem längeren Kommentar:

> » *Woran liegt es, dass so viele Bürger die Krimkrise ganz anders beurteilen als Politik und Medien? (…) Wenn die Umfragen nicht täuschen, dann stehen zurzeit zwei Drittel der Bürger, Wähler, Leser gegen vier Fünftel der politischen Klasse, also gegen die Regierung, gegen die überwältigende Mehrheit des Parlaments und gegen die meisten Zeitungen und Sender. Aber was heißt stehen? Viele laufen geradezu Sturm, bei den Leserbriefen scheint der Anteil der Kritiker noch deutlich höher zu sein als seinerzeit anlässlich von Sarrazins Buch.* «

Der Vizechef der *Zeit* ist dabei nicht allein mit seiner Irritation angesichts des offenbar als überraschend wahrgenommenen Gegenwinds von Seiten der eigenen Leser. Auch die *FAZ* konstatierte kürzlich:

> » *In den Kommentarspalten der Nachrichtenportale schlagen die Leser eine Schlacht um die Deutung der Krim-Krise (…) Auf den großen deutschen Nachrichtenseiten schreiben Leser - größtenteils unter Pseudonym - täglich Tausende Kommentare. Zumeist sind sie sehr kritisch. Aber noch nie war es so wild wie derzeit, berichten Mitarbeiter, die das sichten, was über die Kommentarfunktionen und auch über Facebook hereinschwappt. Sichten müssen.* «

"Woher kommt die Empörung?"

Keine Frage, die gegensätzlichen Lesermeinungen werden im Mainstream als Bedrohung wahrgenommen. Es geht um Deutungshoheit, aber auch um Identität: Für wen arbeitet man als Journalist? Wessen Zeitungen sind das, die da offenbar so sehr an ihren Lesern vorbeischreiben? Die betroffenen Kollegen versuchen sich an Erklärungen, die ein erstaunliches Maß an Hilflosigkeit offenbaren. So schreibt die FAZ:

> » *Manch einer vermutet, dass zumindest ein Teil der Empörungswelle im deutschsprachigen Internet von Moskau organisiert sein könnte. Nachweisen lässt sich das nicht. Die IP-Adressen, von denen die Kommentare abgesandt wurden, stammen zum größten Teil aus Deutschland. (…) Woher kommt die Empörung? Vielleicht drückt sich in den Kommentaren*

> *tatsächlich ein Unmut gegenüber der Politik der Bundesregierung aus. «*

Andere werden deutlicher. Christian Neef etwa, langjähriger Russland-Experte des *Spiegel*, forderte in der vergangenen Woche in der Printausgabe des Magazins unter der Überschrift "Schluss mit der Romantik", dass die vermeintlichen Russland-Versteher in Deutschland endlich ihren verklärten Blick auf das Land korrigieren müssten:

> » *Aber Russland ist nicht Europa. Es wird auch nie Europa sein. Es hat nach dem Krieg und den seelischen Zerstörungen der Stalin-Zeit keine Phase der Aufklärung durchgemacht. (…) Putin setzt auf Macht und begründet sie mit einer konservativen, antiwestlichen Ideologie. Er spricht davon, dass 'viele der euroatlantischen Länder moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten verleugnen: nationale, kulturelle, religiöse und selbst sexuelle'. Man müsse 'eine Bewegung zurück und nach unten, in die chaotische Dunkelheit und zu primitiven Zuständen' verhindern. Russland müsse dabei vorangehen. «*

Neef sieht in Russland starke reaktionäre Tendenzen, die von einigen im Westen (gemeint sind wohl auch die zahlreichen kritischen Leserkommentare) ausgeblendet würden.

Doch was wäre, wenn sowohl Neef als auch Putin Recht hätten? Wenn also Russland tatsächlich eine Phase der Aufklärung fehlt, zugleich aber der Westen aktuell eine Art "Aufklärung rückwärts" vollzieht? Stichworte wie Guantánamo, Abu Ghraib oder auch den mutwilligen Bruch von Völkerrecht bei den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen, sowie schließlich die

tausendfach tötenden Drohnen in Pakistan kann man ja tatsächlich kaum anders umschreiben, denn als "Rückfall in chaotische Dunkelheit und primitive Zustände".

Die vor diesem Hintergrund behauptete moralische Überlegenheit des Westens stößt vielen Lesern mehr und mehr übel auf - was eigentlich niemanden verwundern dürfte. Weshalb also reagieren die etablierten Kommentatoren nun so überrascht? Und was ist eigentlich deren Weltsicht? Die Schärfe des derzeitigen Konfliktes führt jedenfalls dazu, dass eben dieses persönliche Koordinatensystem nun immer deutlicher artikuliert wird. So schreibt Bernd Ulrich in der *Zeit*:

> » *Seit 9/11 hat der Westen Kriege geführt, die unter höchstem moralischen Aufwand begründet wurden und die am Ende doch vergeblich waren (Afghanistan) oder sich als reiner Betrug herausstellten (Irak). (…) Mit seinem Drohnenkrieg bewegt sich auch Barack Obama wieder in einer völkerrechtlichen Grauzone. (…) Die militärischen Interventionen des Westens in dieser Zeit sind für mich keineswegs Ausdruck einer imperialen Grundstimmung, die sich von Afghanistan bis Libyen jeweils andere Schauplätze gesucht hat. Ich deute sie ganz verschieden, mal als ideologisch motivierten Irrtum (Irak), mal als Tragödie (Afghanistan), mal als legitim (Libyen).* «

Der Westen als Retter

Mit anderen Worten: Kritik im Kern ist fehl am Platze. Hinter einem "Irrtum" oder einer "Tragödie" stecken keine bösen Absichten, sondern im Gegenteil hehre Ziele, die allenfalls einmal verfehlt werden können. Ähnlichen Sinnes betont Christian Neef im *Spiegel*,

man solle nicht vergessen, dass sich der Westen in den 90er Jahren für Russland "starkmachte", damit IWF und Weltbank milliardenschwere Kredite ausreichten und das Land so vor einer Katastrophe bewahrten. Doch leider sei Gewalt weiterhin "ein probates Mittel russischer Politik geblieben" und "eine Politik des politischen Kompromisses, wie sie der Westen pflegt", würde als Schwäche ausgelegt.

Somit werden einige Elemente eines Weltbildes kenntlich: der Westen als Retter, immer wieder auf der Suche nach Kompromissen, der IWF als Hilfsfonds, bereit, anderen unter die Arme zu greifen, der Irak-Krieg ein bedauerlicher Irrtum. Oder mit anderen Worten: Wir sind die Guten, zumeist von edlen oder doch zumindest vernünftigen Motiven geleitet - mit Sicherheit jedoch keine Abgesandten eines Imperiums.

Damit einem diese ebenso sympathische wie vielleicht letztlich doch grundlose Annahme nicht wie Schnee in der Sonne schmilzt, bedarf es gedanklicher Schutzblenden, um so höher und dichter, je stärker das Licht der realen und ungefilterten Informationen darauf scheint. Es gilt, manches konsequent auszublenden. Und offenbar ist das derzeit mehr, als die übergroße Zahl der Leser noch zu tolerieren bereit ist.

Ein weiterer Kern des beschriebenen Weltbildes, so wie es nun in der Ukraine-Krise zutage tritt, scheint die Annahme zu sein, im Westen herrsche Demokratie. Seinen ungläubigen Lesern erklärt Bernd Ulrich dazu in der *Zeit*, die "zeitweiligen Klüfte zwischen Regierungshandeln und Mehrheitsmeinung gehören natürlich zur Demokratie". Der Kabarettist Volker Pispers hat diesen seltsamen Widerspruch vor einiger Zeit einmal so auf den Punkt gebracht: "Wir haben eine Demokratie. Und Sie kriegen in einer Demokratie keine

Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bevölkerung profitieren würde."

Abseits von Satire, aber inhaltlich sinnverwandt, zitierte der renommierte amerikanische Althistoriker Moses I. Finley (1912-1986) in einem seiner letzten Bücher Aristoteles [5] :

> » *Tyrannis ist die Herrschaft eines Mannes zu seinem eigenen Nutzen, Oligarchie die Herrschaft zum Nutzen der Reichen, Demokratie die zum Nutzen der Armen.* «

"Peinliche" Fragen

Was vorrangig als Kommentar zur Gerechtigkeit in der Gesellschaft erscheint, lässt sich auch auf deren Außenpolitik ausweiten - die schließlich ebenso interessengeleitet ist. Natürlich geht es derzeit im Kern auch um die (exklusive) Bindung an die USA, die infrage zu stellen manchem "peinlich" oder "lächerlich" erscheint. Jasper von Altenbockum etwa, Innenpolitik-Chef der *FAZ*, kommentierte in der vergangenen Woche in Bezug auf das Gezerre um Snowden im NSA-Untersuchungsausschuss:

> » *Die Lächerlichkeit der Berliner Hysterie liegt auch daran, dass sich eine ganze Schar deutscher Politiker von den Mächten, die sie täglich ausspioniert, ausgerechnet die vorknöpft, von denen sie beschützt werden und deren Interessen sie deshalb teilen sollten.* «

Die These, dass deutsche Politiker von den USA beschützt werden, ist vielleicht tatsächlich eine Debatte wert. Auch wenn sie in dieser Klarheit zunächst an das berühmte "Stockholm-Syndrom" erinnert - die Solidarisierung von Opfern einer Geiselnahme mit ihren

Entführern. Christian Neef merkt im *Spiegel* zum Thema an, dass von den hierzulande stationierten US-Militärs "gerade mal 43.000 geblieben" seien, mithin keine ernste Bedrohung für irgendwen - ganz so, als sei die Anwesenheit einer ausländischen Militärmacht, in welcher Stärke auch immer, das Selbstverständlichste der Welt.

Bernd Ulrich konstatiert am Ende seines Kommentars immerhin wenigstens einen Punkt, über den Konsens herrscht: "So treffen in diesen Wochen Weltsichten aufeinander, die allem Anschein nach längere Zeit nicht miteinander ausgetauscht wurden." Und vielleicht ergibt sich am Ende ja doch noch eine produktive Debatte daraus. Denn alles Psychologisieren um die "Russland-Versteher" und deren historische "Schuldkomplexe" kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, dass Putin zumindest derzeit für viele praktisch und ganz konkret eine politisch glaubwürdigere Figur abgibt als mancher westliche Regierungschef. Um das wahrzunehmen, muss man sich keine russischen Verhältnisse wünschen. Man muss noch nicht einmal mit allen Entscheidungen des russischen Präsidenten einverstanden sein. Bei der Frage der Glaubwürdigkeit geht es weniger um Anhängerschaft, als um die innere Schlüssigkeit politischen Handelns, um die Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung, sowie die Autonomie von fremden Mächten.

Der Konflikt mit der Ukraine ist das Brennglas, in dem der Westen und insbesondere deutsche Politik ihre eigene Schwäche in diesen drei Punkten erkennen kann. Die Tausenden harschen Leserkommentare, die den Medien nun hierzulande um die Ohren fliegen, sind ein Weckruf an manchen, das eigene Weltbild erneut mit der Realität abzugleichen. Als Journalist auf Kriegsfuß mit den eigenen Lesern zu stehen, mag Stoff für eine absurde Komödie sein, dauerhaft durchhalten lässt es sich nicht.

Malte Daniljuk

Meinungskluft um die Ukraine

Der Umgang mit der Krise um die Ukraine entwickelt sich zur Götterdämmerung des deutschen Auslands-Journalismus. Die nicht abreißende Kritik von großen Teilen des Publikums fordert von Journalisten neue Bewältigungsstrategien

Niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik wurden die etablierten Medien zum Gegenstand derart breiter Kritik wie im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise. Seit mehreren Wochen sehen sich Medienmacher in den Kommentarfunktionen ihrer eigenen Online-Angebote, auf Blogs und in Internet-Foren massiven öffentlichen Anfeindungen ausgesetzt. Einig scheinen sich große Teile des Publikums in ihrer Einschätzung, dass die meisten Medien nicht ausgeglichen über die Ukraine informieren, sondern parteiisch im Sinne von EU- und NATO-Interessen agieren. Egal ob auf den Online-Präsenzen der Tagesschau, des Spiegel oder auf Zeit.de: Die Zahl der Kommentare unter Artikeln zum Ukraine-Konflikt beläuft sich schnell auf die Hunderte. Beiträge, welche die journalistische Linie der Autoren unterstützen, genießen dort inzwischen Seltenheitswert.

Anders als in den ersten Wochen der Ukraine-Krise scheint der Unmut von Leserinnen und Lesern inzwischen auch in einigen Chefredaktionen ernst genommen zu werden. Im medienpolitischen Magazin Zapp spricht Friedbert Meurer von einer neuen Quantität und einer anderen Intensität der Kommentare: "Ich würde daraus schließen, dass in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung eine andere Meinung gegenüber der Politik und gegenüber Russland vorherrscht,

als das insgesamt und von den meisten Medien transportiert wird", so der Ressortleiter beim Deutschlandfunk.

Strategien zur Dissonanzbewältigung

Mit dieser Haltung steht Friedbert Meurer bisher jedoch weitgehend allein. In vielen Redaktionen lässt sich stattdessen das Bemühen erkennen, die massive medienpolitische Kritik als nicht repräsentativ abzuhandeln. In öffentlich feststellbaren Reaktionen dominieren bisher klar die Strategien Ignorieren, Leugnen, Abwerten.

Als vor dem Osterwochenende ein Aufruf aus unklarer Provenienz kursierte, die Onlinepräsenzen der größten Medien mit kritischen Kommentaren zu bombardieren, sahen etwa Die Zeit und der Tagesspiegel eine gute Gelegenheit, die vermeintlichen Urheber für ihren Unbill dingfest zu machen: Antiamerikaner und Verschwörungstheoretiker.

Gabriele Krone-Schmalz erklärt sich diese Schubladisierung der Publikumskritik mit den Worten: "Das kommt mir vor, als ob da jemandem die Argumente ausgehen." Die ehemalige Russland-Korrespondentin spricht in einem ausführlichen Interview die Defizite der Medienhäuser deutlichst an und weist anhand zahlreicher Beispiele darauf hin, dass der größte Teil der Zuschauerkritik durchaus berechtigt ist.

Dass sich diese Kritik mit dem Schreckwort "Verschwörungstheorie" beenden lässt, scheint man auch beim Medienportal Meedia zu glauben. Nachdem in einem Blog der Freitag-Community aufgedeckt wurde, dass das ZDF Teile seiner Ukraine-Berichte von der PR-Organisation Ukrainian Crisis Media Center bezieht, erinnerte Meedia nicht etwa, was mediengeschichtlich naheliegt, an die Brutkastenlüge, mit der die PR-Agentur Hill & Knowlton den ersten US-Angriff auf den Irak vorbereitet hatte. Stattdessen fand der Autor

in seinem kleinen Beitrag fünf Gelegenheiten, das berüchtigte Buzzword unterzubringen.

Der Social-Media-Auftritt des NDR hingegen kann als klassisches Beispiel für selektive Interpretation gelten. Vor dem zum vergangenen Wochenende angekündigten Mini-Shitstorm erklärten die Verantwortlichen präventiv, sie würden die "Pauschalkritik, dass deutsche Medien beispielsweise russlandfeindlich berichten", nicht teilen und verwiesen ausgerechnet auf verschiedene Zapp-Sendungen. Die verlinkten Beiträge aus dem eigenen Haus hatten allerdings genau diese Kritik - recht pauschal gesprochen - als zutreffend bestätigt.

Dass solcherlei Abwehrreaktionen geeignet sind, die Flut der Kritik einzudämmen, kann hingegen getrost bezweifelt werden. Im Gegenteil: In den vergangenen Wochen haben mehrere derartige Versuche klassische Streisand-Effekte hervorgerufen. So produzierte etwa Radio Bremen im Rahmen der Wochenwebschau eine Sendung, die ihre jugendlichen Zuschauer über russische Propaganda und "Verschwörungstheorien in sozialen Netzwerken" aufklären sollte. Kurz nach der Ausstrahlung beschloss YouTube auf Bitten der ARD, die Kommentarfunktion abzuschalten. Bei dem Video habe es "sehr viele Kommentare" gegeben, die nicht der Netiquette entsprochen hätten.

Erst die Abschaltung der Kommentarfunktion bzw. die Zensur der Nutzer machten den Beitrag im Folgenden zum Internet-Hit. Eine ähnliche Erfahrung dürfte die FAZ gemacht haben, als sie mit Blick auf die Foristen des eigenen Blattes fragte: "Ist das russische Propaganda?" Unter den fast 700 Lesermeinungen zum Beitrag findet sich zwar wenig Schmeichelhaftes, aber der Autor kann sich bis auf weiteres rühmen, den meistkommentierten Beitrag seines Mediums verfasst zu haben (Auf Kriegsfuß mit den Lesern).

Wer über Krieg redet, nimmt an ihm teil

An den aktuellen Debatten über die außenpolitische Berichterstattung beeindruckt vor allem die mangelnde Lernfähigkeit von Medieninstitutionen und Journalisten. Seit der äußerst erfolgreichen Kuwait-Propaganda von Hill & Knowlton oder dem gescheiterten Somalia-Einsatz des US-Militärs im Jahr 1992, als die Öffentlichkeit unter dem Stichwort CNN-Effekt erstmals kritisch diskutierte, welchen Einfluss die Medien auf Kriege haben können, ist bald ein Vierteljahrhundert vergangen.

Vor mehr als zehn Jahren gab der ebenfalls mithilfe einer Propaganda-Operation angezettelte Irak-Krieg den Anlass für zahlreiche wissenschaftliche Analysen wie auch für reichlich journalistische Selbstkritik. Gleichwohl spielt sich - und täglich grüßt das Murmeltier - bei jeder internationalen Krise das hinlänglich bekannte Szenario von neuem ab.

Dabei wäre zu erwarten, dass Journalisten über ein außergewöhnliches Maß an Selbstreflektion verfügen und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für Lernprozesse gegeben ist. Immerhin handelt es sich um eine mit Bewertungen und Analysen beschäftigte Berufsgruppe, die über privilegierten Zugang zu den Interna des Mediensystems verfügt.

Das Niveau des Medienjournalismus, also der Berichterstattung von Journalisten über Medien, spricht leider eine völlig andere Sprache. Statt Medienkompetenz wird hauseigene PR geboten. Darüber liegt zudem das feinmaschige Netz der Innungs-Solidarität, oder wie Gabriele Krone-Schmalz es formuliert: "Es grenzt ja an Selbstmord, wenn man Kollegen kritisiert." Sie scheint gegenwärtig auch die einzige zu sein, der die Verantwortung von Journalismus für die Meinungsbildung in der gesamten Tragweite bewusst ist

> *» Hundert Jahre, nachdem der erste Weltkrieg ausgebrochen ist, steht man an einer Stufe, wo man ernsthaft Angst haben muss, dass durch eine unprofessionelle Entscheidung, vorbereitet durch unprofessionell arbeitende Medien, etwas passieren kann, das wir alle nicht überleben. «*

In der hier dargebotenen Dramatik dürfte es einigen ihrer ehemaligen Kollegen leicht fallen, diese Warnung als übertrieben abzutun. Für die Medienwissenschaft und große Teile des Publikums ist jedoch klar, dass die Art der Berichterstattung Kriege legitimieren oder delegitimieren kann und sie dadurch den Verlauf des Konfliktes selbst beeinflusst. Sie kann für "den nötigen Rückhalt in der Bevölkerung und für politische Unterstützung sorgen oder eben dafür, dass beides entzogen wird", so die Medienwissenschaftler Christiane Eilders und Lutz Hagen. Wer über einen Krieg redet, wird dadurch automatisch zum aktiven Teilnehmer am Konflikt.

Meinungskluft statt Wissenskluft

Wie stark Nichtwissen mit der Bereitschaft zu militärischen Lösungen korrespondiert, beschrieben kürzlich drei US-Wissenschaftler im Blog der Washington-Post. Sie hatten Ende März das Publikum befragt, welche Art von Reaktion es sich von der Politik in der Ukraine-Krise erwartet. "Aber mit einem Zusatz: Zusätzlich zu den Standard-Messungen baten wir unsere Interviewpartner, die Ukraine auf einer Karte zu lokalisieren." Das Ergebnis bestätigte zunächst, dass das amerikanische Publikum in internationalen Angelegenheiten mangelhaft informiert ist. Nur einer von sechs Befragten (16 Prozent) war in der Lage, das Land irgendwo innerhalb seiner tatsächlichen Grenzen zu verorten. Dabei lagen Angehörige von Soldaten genau

auf dem schlechten landesweiten Durchschnitt (Nur jeder 6. US-Bürger weiß, wo die Ukraine genau liegt).

Das zweite und viel wichtigere Resultat lautet: Je weiter der vermutete Standort der Ukraine von der richtigen Position abwich, desto ausgeprägter war der Wunsch, dass die USA militärisch intervenieren. Die Interpretation der drei Wissenschaftler lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. "Informationen, oder das Fehlen derselben, können die Amerikaner in ihrer Haltung gegenüber der Art von Politik, die ihre Regierung verfolgen möchte, und hinsichtlich der Fähigkeit der Eliten, die Agenda zu prägen, beeinflussen."

In Deutschland scheint die Problemlage aktuell jedoch eine andere zu sein. Während die USA bei außenpolitischer Berichterstattung mit einem stark ausgeprägten Knowledge-Gap zu kämpfen haben, also der Tatsache, dass der Zugang zu Wissen stark von der Einkommensgruppe abhängt, zeigt sich das deutsche Publikum quer durch alle sozialen Gruppen vielseitiger informiert als die Journalisten, die professionell über den Konflikt berichten sollen. Anders als in den USA liegt in Deutschland eine tatsächliche Meinungskluft vor, bei der die Mehrheit der Bevölkerung ihre politische Position nicht in den Medien repräsentiert sieht.

Und die Reihen fest geschlossen...

Die Tatsache, dass Journalisten in Sachen Krisenkommunikation so wenig lernfähig sind, weist darauf hin, dass diesem Problem systematische bzw. institutionelle Ursachen zugrunde liegen. Unter dem Stichwort *Rally round the flag* wird der Hang von Journalisten, im Falle internationaler Konfrontationen die Distanz zur eigenen Regierung aufzugeben, bereits seit den 1970er Jahren beobachtet. Als eine Ursache beschreibt die Wissenschaft mit gewählten Worten

einen Vorgang, den Journalisten umstandslos als "Verschwörungstheorie" zurückweisen, sobald ihn das Publikum äußert: Kriegsbezogene Ereignisse werden in den Medien von politischen Akteuren mit "möglichen Instrumentalisierungsabsichten" regierungsfreundlich aufbereitet, so Martin Löffelholz, Herausgeber des Handbuchs über Kriegs- und Krisenberichterstattung.

In Deutschland wurde der Rally-Effekt während des Kosovokrieges 1999 untersucht. Nachdem Joschka Fischer und Rudolf Scharping den Journalisten erfolgreich einen angeblichen Hufeisenplan serviert hatten, stieg die Popularität der wichtigsten Regierungspolitiker mit Kriegsbeginn sprunghaft an. In den USA lässt sich die *Rally round the flag* mit jedem Krieg seit Vietnam feststellen.

Auch die Debatte um das so genannte Indexing sollte im Zusammenhang mit internationalen Konflikten jedem Zuschauer und natürlich allen Journalisten präsent sein. Der Yale-Absolvent Lance Bennett hatte 1974 die These aufgestellt, dass kritische Berichterstattung über Konflikte nur dann stattfindet, wenn kritische Argumente von Teilen der politischen Elite vorgegeben werden. Wenn sich die Eliten eines Landes jedoch einig sind, führt das zu einem kriegerischen Konsens in den Medien. Im aktuellen Fall ist es medienpolitisch besonders spannend, das Auftreten von Teilen der deutschen Wirtschaft zu verfolgen.

Nachdem einige ihrer Protagonisten sich öffentlich mit dem Hinweis vorwagten, dass den Interessen der 6000 deutschen Firmen in Russland mit einer weiteren Konfrontation möglicherweise deutlich stärker geschadet wird als etwa den amerikanischen oder sogar den russischen, mussten sie sich von Journalisten grob zurechtweisen lassen.

Als historisch wird zukünftig sicher das Interview von ZDF-Regierungssprecher Claus Kleber mit Siemens-Chef Joe Kaeser

gelten. Seitdem werden die wirtschaftlichen Eliten nicht müde, das "Primat der Politik" zu betonen, wenn sie um ihre Meinung zum Konflikt gebeten werden - ein Primat, das der überwiegende Teil der Journalisten quasi von Hause aus zu akzeptieren bereit ist.

Erschienen am 25.04.2014

Marcus Klöckner

Blutbad am Maidan: Wer waren die Todesschützen?

Monitor-Reporter Stephan Stuchlik über seine Recherchen, wer am 20. Februar auf Demonstranten und Polizisten geschossen hat und warum die ukrainische Regierung und die Medien nicht an Aufklärung interessiert sind

Wer waren die Todesschützen vom Maidan? Dieser Frage ist Reporter Stephan Stuchlik zusammen mit Olga Sviridenko und Philipp Jahn für das ARD/WDR Politikmagazin Monitor nachgegangen. Am Donnerstag strahlte die ARD das Ergebnis seiner Recherchen in einem vielbeachteten Beitrag aus (Wer waren die Scharfschützen des Maidan?).

Zweifel an dem Blutbad vom 20. Februar dieses Jahres gab es früh. Während in den westlichen Medien schnell davon ausgegangen wurde, eine regierungstreue Spezialeinheit sei für das Massaker verantwortlich, tauchten im Internet Videos auf, die den Verdacht nahelegten, dass gezielte Schüsse aus dem Lager der Oppositionellen abgefeuert wurden.

Stephan Stuchlik wollte wissen, was an den Gerüchten dran ist und ist in die Ukraine gereist. Er hat vor Ort recherchiert und schnell festgestellt: Es erscheint "unwahrscheinlich, dass die tödlichen Schüsse auf Demonstranten ausschließlich von Seiten des alten Regimes ausgingen". Im Interview mit Telepolis erzählt Stuchlik von seinen Recherchen, geht auf den Begriff "Verschwörungstheorien"

ein und erklärt, was ihn dazu gebracht hat, sich der Sache als Journalist anzunehmen.

"Die Beschäftigung der westlichen Medien mit der Frage ist geradezu fahrlässig gering"

▶ Herr Stuchlik, Sie waren vor kurzem in der Ukraine und haben in Sachen Scharfschützen auf dem Maidan recherchiert. Warum ist das für Sie als Reporter ein Thema?

> **Stephan Stuchlik:** Die Frage, wer für die Todesschüsse auf dem Maidan verantwortlich ist, ist natürlich eine wichtige Frage für die Ukraine, in deren Hauptstadt zig Menschen erschossen wurden, aber sie ist vor allem zentral für die europäische Politik: Mit ihr steht und fällt ein großer Teil der Glaubwürdigkeit der neuen ukrainischen Führung, mit der die Europäer zusammenarbeiten wollen. Nicht umsonst hat man im Abkommen vom 21. Februar, das auch Außenminister Steinmeier mit ausgehandelt hat, eine "ergebnisoffene Untersuchung" der tragischen Ereignisse sogar per Abkommen vereinbart.
>
> Gemessen an der enormen Bedeutung der Schuldfrage - sehen Sie sich dazu einfach einmal den ideologischen Kampf an, der dazu im Internet tobt -, ist die Beschäftigung der westlichen Medien mit der Frage geradezu fahrlässig gering. Das war für uns von der Redaktion Monitor Anlass genug zu sagen, wir fliegen in die Ukraine und recherchieren vor Ort.

▶ Wie erklären Sie sich, dass sich das journalistische Rechercheinteresse zu dem Geschehen offensichtlich so gering hält? Immerhin sind bereits über sieben Wochen vergangen. Zuletzt wurde weitestgehend unkritisch die Meldung des ukrainischen

Innenministeriums übernommen, wonach man die Scharfschützen gefasst hat.

> **Stephan Stuchlik:** Die Ukraine war auch vor den Ereignissen der letzten Monate schwierig mit Maßstäben westlicher Staaten zu messen, in der jetzigen Situation ist es dazu noch ein instabiler Staat geworden, in dem es kaum mehr normale Abläufe, auch in Regierung und Verwaltung, gibt. Zudem trifft man in Kiew auf kaum einen Gesprächspartner, der nicht von den Ereignissen in der einen oder anderen Weise mitgenommen oder gar traumatisiert wäre. Also: Der Schuldfrage trotzdem nachzugehen, ist sehr mühsam und zeitaufwendig. Die meisten Medien haben jetzt ihr Interesse zu den aktuellen Ereignissen im Osten der Ukraine und der Frage "Konflikt mit Russland?" verschoben, das ist verständlich, aber natürlich, aufs Ganze gesehen, etwas kurzsichtig.

▶ Wir gehen mal davon aus, dass Sie selbst die Nachrichten in Sachen Krim-Krise gespannt verfolgen, also selbst Medien rezipieren. Was ist ihr Eindruck: Kann es sein, dass es, was die derzeitige Berichterstattung in Sachen Ukraine, Krim, Russland angeht, einen oder mehrere blinde Flecke in den Medien gibt?

> **Stephan Stuchlik:** Ich habe selbst von Anfang März weg mehrere Wochen von der Krim berichtet, da musste man jeden Tag alarmierende Meldungen der einen oder der anderen Seite mühsam nachrecherchieren und klären - oft mit sehr überraschenden Ergebnissen. Auch in Simferopol gäbe es einige grundsätzliche Fragen zu klären, die eine ganz andere Herangehensweise als die der aktuellen Berichterstattung erfordern. Diese Fragen - ich nenne stellvertretend nur die nach der Teilnahme russischer Truppen an der Okkupation der Krim - nehmen zu Recht in

Diskussionen im Internet einen enorm großen Raum ein, wenngleich von jeder der Seiten (pro-russisch vs. pro-ukrainisch) absonderliche Theorien und angebliches Beweismaterial verwendet wird. Und: Sowohl die ukrainischen als auch die russischen Medien verbreiten ideologisch gefärbte Berichte dieser Ereignisse. Warum wird darüber beinahe mit allen Mitteln gestritten und diskutiert?

▶ Ja, warum?

Stephan Stuchlik: Weil neben der aktuellen Entwicklung die Fragen an der ursächlichen Beteiligung an beiden Wendepunkten der aktuellen Krise (die Schießereien auf dem Maidan, die Besetzung der Krim) natürlich die wesentlichen sind, um zu verstehen, wer ist schuld? Wer hat agiert? Wer hat reagiert? Bei dem Maidan-Massaker halte ich es für ein großes Versagen der aktuellen Staatsanwaltschaft, nicht ergebnisoffen zu ermitteln. Wäre es so, würden viele der Verschwörungstheorien von selbst verschwinden. Aber man sollte sich auch in den Redaktionen die Frage stellen, wie viel uns eine wirkliche Recherche in diesen Fragen noch wert ist in einem Umfeld, in dem in so einer Krise vor allem auf schnelle journalistische Reaktionen Wert gelegt wird.

Vieles, was optisch so eindeutig daherkommt, hat eine andere Erklärung als die augenscheinliche.

▶ Nochmal zu den Scharfschützen: Schon früh gab es diverse Videos, Aussagen von Augenzeugen und Hinweise, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur von vorne, von den Regierungsgebäuden geschossen wurde, sondern auch von hinten, also aus einer Gegend, in der die Oppositionellen versammelt waren.

Nun kann man argumentieren, dass ein oder mehrere Videos auf YouTube noch kein Beweis für irgendetwas sind und man als seriös arbeitender Journalist nicht einfach irgendwelche Videos, die sich im Internet finden, glauben schenken sollte. Andererseits: Ist das nicht eine der Herausforderungen, die heutzutage an Journalisten gestellt werden: Sich auch möglicherweise zweifelhaften Informationen, die sich im Netz finden, anzunehmen und die Bereitschaft mitzubringen, ein zweites Mal hinzuschauen und selbst nach zu recherchieren? Immerhin haben Sie so nun "Ihre" Geschichte erhalten, die viel Beachtung gefunden hat.

Stephan Stuchlik: Nachdem sich herumgesprochen hatte, dass wir in Kiew so eine Recherche begonnen hatten, wurden meine Co-Autoren Olga Sviridenko, Philipp Jahn und ich mit angeblichem Beweismaterial (Audio/Video /Dokumenten) aus dem Internet geradezu überschüttet, nach der Sendung wurden wir beschimpft, warum wir das eine oder das andere nicht berücksichtigt hätten. Meine klare Meinung: Bei einer so schwierigen Situation wie etwa dem "blutigen Donnerstag" auf dem Maidan beweist etwa ein Video allein sehr wenig, bei einigen Bildaufzeichnungen sind wir sogar zur Überzeugung gelangt, dass sie mit falschen Datums- oder Ortsangaben ins Netz gestellt wurden.

Es klingt wie eine Binsenweisheit, aber man muss vor Ort überprüfen, wie sehr so eine Aufnahme mit den Gegebenheiten dort korreliert. Ich wundere mich in diesem Zusammenhang, ehrlich gesagt, schon, wie unkritisch gerade in der aktuellen Berichterstattung Bildmaterial eingesetzt wird - zum Teil über Bildagenturen verbreitet -, dessen Herkunft und Authentizität schwer oder gar nicht zu überprüfen ist. Als wir etwa erfahren haben, dass es eine Audio-Aufzeichnung des Funkverkehrs von

Janukowitschs Scharfschützen geben soll, war es uns wichtig, den Funkamateur ausfindig zu machen und zu treffen, der das Gespräch aufgezeichnet haben soll, um zu sehen: Hat er technisch eine einleuchtende Erklärung, wie er es gemacht hat? Kann er uns technisch vormachen, wie es funktioniert? Hat er andere Interessen? Ist er parteiisch? Dann haben wir uns den Jargon angehört, in der die Leute im Funkverkehr miteinander sprechen und dann entschieden: Das Dokument ist mit großer Wahrscheinlichkeit glaubhaft.

Versuchen Sie aber mal, so eine mühsame Prüfung mit den über hundert Videodokumenten zu machen (einzelne davon sind zum Teil über eine Stunde lang), die allein über den 20. Februar im Internet zugänglich sind oder uns angeboten wurden. Da ist es wichtig, auch noch einmal mit den Beteiligten zu sprechen, die da angeblich zu sehen sind, und man wird schnell feststellen: Vieles, was optisch so eindeutig daherkommt, hat eine andere Erklärung als die augenscheinliche. Wer sieht, wie ein und dasselbe Bildmaterial mit verschiedenen Kommentierungen etwa im ukrainischen oder russischen Fernsehen einen vollständig unterschiedlichen Eindruck erweckt, der kann sich vorstellen, wie wichtig das Gespräch vor Ort ist.

▶ Ihnen ist bestimmt auch aufgefallen, dass es eine Spaltung zwischen der Berichterstattung bzw. der Meinung vieler großer Medien und der Meinung und Ansichten der Leser gibt. Rasch tauchen Begriffe wie false flag, Strategie der Spannung usw. auf. Die Leser bzw. die Mediennutzer, so hat es zumindest den Anschein, scheinen viel eher die "geostrategische Komponente" mitzudenken, wenn Sie ein so gravierendes politisches Geschehen, wie es derzeit in Sachen Krimkrise zu beobachten ist, als es so manche Redaktion tut. Sind die Mediennutzer nun alle Verschwörungstheoretiker?

Stephan Stuchlik: Wie in jeder Krise der Neuzeit tobt in den Medien besonders der betroffenen Länder eine regelrechte Schlacht um die Hoheit über Bild und Ton, man versucht zu beweisen, dass man selbst im Recht und der andere im Unrecht ist. Das ist nun keine neue Erkenntnis.

Für mich neu und zum Teil schmerzhaft war, wie heftig manche Kollegen im Westen auf unsere Recherchen reagiert haben, Kollegen, die sich anscheinend als Sympathisanten der einen oder der anderen Seite fühlen. So sehr ich von der pro-russischen Seite für meine Berichterstattung von der Krim angefeindet wurde, so sehr stehe ich jetzt unter der Kritik der Gegenseite. Daher ist es mir wichtig, hier noch einmal festzustellen: Ich mache meinen Job. Wenn ich im konkreten Fall den Verdacht habe, dass ein Generalstaatsanwalt der neuen ukrainischen Regierung in so einer immens wichtigen Frage offenen Spuren augenscheinlich nicht nachgehen will, hake ich nach.

Wer glaubt, kritische Berichterstattung gegenüber der neuen Führung in Kiew schade den an sich guten Absichten der Revolutionäre, verkennt die politische Lage im Land, in dem sich schon sehr schnell die neue politische Klasse, die wir kritisieren, von den ursprünglichen Revolutionären abgesetzt hat. Und: Er verkennt das Wesen unseres Jobs. Wir sollten uns vom aktuellen Meinungskampf nicht in der Art anstecken lassen, dass wir die ergebnisoffene Recherche vernachlässigen. Wenn jemand Fehler macht und wir glauben, die Beweise dafür zu haben, sollte man das gerade in so einer wichtigen Frage wie der der Schuldfrage in Kiew auch äußern und diese Beweise veröffentlichen.

Mittlerweile kann man besonders im Internet so ziemlich jede Version der Ereignisse ungestraft als Verschwörungstheorie bezeichnen

▶ Mal allgemein formuliert: Wer vermutet, dass eine offizielle Lesart nicht der Wahrheit entspricht, oder wer meint, dass hinter einer Tat, einem Verbrechen, jemand anderes steckt, als es, sagen wir: regierungsamtlich verlautet wird, setzt sich schnell dem Ruf aus, einer Verschwörungstheorie verfallen zu sein. Ist man Ihnen im Hinblick auf ihre Recherchen mit dem Vorwurf begegnet, ein Verschwörungstheoretiker zu sein?

Stephan Stuchlik: Sehen Sie, Verschwörungstheorien sind so definiert, dass sie einer eigentlich vernünftig nachvollziehbaren Argumentation ein relativ, sagen wir, phantasievolles, möglichst umfassendes Gegenbild entgegensetzen, meistens mit einem sehr einfachen Erklärungsmuster für sehr komplizierte Phänomene. In unserem Fall war es umgekehrt: Wir hatten ein sehr einfaches Erklärungsmuster von Seiten der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft präsentiert bekommen und haben, davon ausgehend, versucht zu zeigen, wie kompliziert die Realität gewesen ist und wie sehr sie sich gerade einem einfachen Deutungsmuster (wie etwa dem der Staatsanwaltschaft) entzieht. Mir ist viel vorgeworfen worden in Zusammenhang mit diesem Fall, aber als Verschwörungstheoretiker hat mich noch keiner bezeichnet.

▶ Wie sehen Sie das: Ist es nicht so, dass der Begriff Verschwörungstheorie längst zu einem Kampfbegriff geworden ist. Er ist so negativ konnotiert, dass alleine schon die Verwendung des Begriffs zu einer Art Stigma führt. Ist es nicht Zeit, dass wir als

Journalisten mit dem Begriff reflektierter umgehen und unsere Arbeit nicht davon leiten lassen, was als Verschwörungstheorie gilt und was nicht?

Stephan Stuchlik: Sie haben Recht, mittlerweile kann man besonders im Internet so ziemlich jede Version der Ereignisse ungestraft als Verschwörungstheorie bezeichnen. Der Begriff ist ein inflationärer Kampfbegriff. Für die journalistische Arbeit ist doch nur relevant: Ist eine Frage, mit der ich mich beschäftige, wichtig? Gibt es berechtigte Zweifel an der momentan gültigen Version dazu? Ist man in der Lage, diese Version zu überprüfen? Hat man eine Redaktion im Rücken, die willens ist, so eine ergebnisoffene Recherche zu unterstützen und mitzutragen? Ob irgendjemand eine Version der Ereignisse im Internet als Verschwörungstheorie bezeichnet, sollte nicht Maßstab unserer Arbeit sein.

▶ Nun mal weiter zu Ihren Recherchen: Wie lange haben Sie für ihre Geschichte recherchiert?

Stephan Stuchlik: Insgesamt war unser Team in unterschiedlichen Zusammensetzungen drei Wochen in Kiew.

▶ Was haben genau Sie herausgefunden?

Stephan Stuchlik: Die Staatsanwaltschaft sagt: Wir wissen, wer schuldig war, es waren die Janukowitsch-Leute, wir kennen die Berkut-Soldaten, die für das Massaker verantwortlich waren. Wir glauben genügend Beweise und Augenzeugenberichte zu haben, die zeigen: So einfach kann es nicht gewesen sein.

Zum einen wurde den Demonstranten an diesem Tag augenscheinlich in den Rücken geschossen, das ist deswegen wichtig, weil sich im Rücken der Demonstranten mit dem Hotel Ukraina am 20. Februar eigentlich eines ihrer Hauptquartiere befand. Dann ist im Funkverkehr der Janukowitsch-Scharfschützen zu hören, wie die sich wundern, dass da Leute umgebracht werden - und zwar von professionellen Schützen, die sie nicht kennen. Wer hat da noch mitgeschossen? Warum sagt uns ein Arzt, er habe aus Verwundeten und Toten beider Seiten dieselbe Art Kugeln herausoperiert? Wieso wurde mit großer Wahrscheinlichkeit aus der einen Richtung auf beide Parteien, also auf die Opposition und auf die Miliz geschossen?

Ich kann nicht, wie mir von vielen unterstellt wird, sagen, diese oder jene Leute waren verantwortlich, vor allem: das waren etwa radikale Kräfte der Opposition selbst, die Chaos säen wollten, die die Schuld Janukowitsch in die Schuhe schieben wollten oder ähnliches. Aber es gibt Spuren, die genau in dieser Richtung Fragen aufwerfen. Bei der Wichtigkeit dieser Fragen: Warum lassen die offiziellen Ermittler diese Merkwürdigkeiten gänzlich unbeantwortet? Warum wird bestimmten Spuren - das sagen uns auch hochrangige interne Ermittler - augenscheinlich nicht nachgegangen? Ist es wirklich so, wie sich einer der Anwälte der Nebenklage uns gegenüber geäußert hat, dass die Staatsanwaltschaft parteiisch ist? Versucht Oleg Magnitskij von der rechtsnationalen Svoboda-Partei am Ende irgendjemand zu decken? Wenn nein, sollte er schleunigst Beweise für seine Version des Tathergangs auf den Tisch legen und uns eine befriedigende Antwort auf die eben genannten offenen Fragen präsentieren.

▶ Aus Ihrem Beitrag für Monitor wird ersichtlich, dass es einen großen Unmut über die Ermittlungsarbeit gibt. Anwälte der Opfer und Hinterbliebenen gehen mit den Ermittlungen scharf ins Gericht. Sie haben es ja schon ansatzweise dargelegt: Einen echten Aufklärungswillen vonseiten der neuen Regierung scheint es nicht zu geben.

Stephan Stuchlik: Wir haben mit sehr viel Menschen gesprochen, darunter auch mit vielen, deren Aussagen und Beweisstücke unserer Meinung nach für die Klärung der vielen offenen Fragen wichtig wären. Es waren Leute darunter, die sich selbst schriftlich an die Generalstaatsanwaltschaft gerichtet und gesagt haben: "Achtung, ich glaube, ich habe da ein wichtiges Dokument, ich kann zur Klärung der Situation um soundsoviel Uhr wesentliches beitragen." Niemand hat auch nur eine Rückmeldung bekommen.

Ich kann nicht beurteilen, ob der Staatsanwaltschaft in diesen Fällen die Erkenntnisse auf andere Art und Weise zugänglich waren, als Signal aber ist so ein Verhalten natürlich fatal. Es ist für mich ein Zeichen dafür, wie sehr sich die neue Regierung in einem Politbetrieb einzurichten versucht, der sich mehr und mehr von den Menschen löst, die sie mit ihrem persönlichen Engagement an die Regierung gebracht haben. Wenn bei so einem schwierigen Tathergang nach wenigen Wochen bereits Schuldige präsentiert werden, zu einem Zeitpunkt, an dem in unseren Augen wichtige Zeugen noch gar nicht gehört wurden, dann bringt das natürlich auch die Basis der neuen Regierung in der Bevölkerung ins Wanken, das können Sie sich vorstellen.

Ich habe eine Szene miterlebt, wo ein Rada-Abgeordneter vor der Tür des Parlaments von wütenden Passanten angegangen wurde, etwa mit der Botschaft: "Wir haben hier unseren Kopf hingehalten und ihr wollt mal wieder alles unter der Decke halten." Ich kann diesen Unmut nach meinen zwei Wochen in Kiew durchaus verstehen.

▶ In Ihrem Beitrag ist zu sehen, dass der Tatort längst noch nicht sauber abgesucht wurde, noch immer Patronenhülsen gefunden werden.

Stephan Stuchlik: Jeder wird verstehen, dass man nach einem chaotischen Bürgerkrieg, wie er Ende Februar in Kiew getobt hat, keine Tatortsicherung nach gewohnten westlichen Standards durchführen kann. Wir haben aber glaubhafte Zeugenaussagen dafür, dass man erst vier Tage nach dem Massaker überhaupt angefangen hat, das Gelände abzusperren. Bis dahin hatten bereits Teilnehmer an den Kämpfen oder Schaulustige große Teile der Patronen oder Kugeln als Souvenirs mit nach Hause genommen. Teile des Platzes, übrigens auch Teile der Dächer, von denen geschossen wurde, wurden vor dem späten Eintreffen der Ermittler gesäubert. Es sind also wichtige Beweise vollständig verschwunden.

Auf der anderen Seite werden Sie sehen, dass man mit ein bisschen Hartnäckigkeit noch jetzt, sechs oder sieben Wochen nach den Ereignissen, wichtige Spuren vor Ort finden kann, die die Tatortsicherung augenscheinlich übersehen hat. Da frage ich mich zum einen, wie hoch die Qualität dieser Arbeit zu bewerten ist und wieso auf der anderen Seite der Generalstaatsanwalt schon jetzt so sicher sagen kann, wer die Schuldigen waren.

Ich kann nicht ausschließen, dass neben Janukowitsch-Schützen möglicherweise die viel zitierte "dritte Seite" an den Schießereien beteiligt war

▶ "Das waren Söldner", sagt ein Zeuge in Ihrem Bericht, und ein hochrangiges Mitglied der Ermittlungsgruppe sagt: "Das, was mir an Ergebnissen meiner Untersuchung vorliegt, stimmt nicht mit dem überein, was die Staatsanwaltschaft erklärt." Wenn es tatsächlich weitere Scharfschützen gab, die nicht von der Regierung waren, wer waren sie dann? Haben Sie eine Vermutung?

Stephan Stuchlik: Wir glauben, dass viele der Toten vom 20. Februar von oben gezielt getötet wurden, oder, um es anders zu sagen: von professionellen Scharfschützen. Das ist übrigens eine der Erkenntnisse, die in Ermittlerkreisen kursiert und dort als unstrittig gilt. Das ist natürlich im Gegensatz zur Theorie der Staatsanwaltschaft: Der Großteil der Berkut-Truppe befand sich nach allgemeiner Meinung unten auf der Straße.

Dass die Janukowitsch-Seite professionelle Sniper hatte und Menschen gezielt getötet hat, steht fest. Wenn die Schützen im Rücken der Opposition auch Janukowitsch-Scharfschützen waren: Warum kannten sie ihre Kollegen im Funkverkehr nicht? Wie sind sie durch die Reihen der Opposition ins Hotel Ukraina gelangt? Und: Warum stehen sie nicht unter Anklage? Wenn die Schützen aus den Reihen der radikalen Opposition kamen: Woher kam ihre professionelle Ausbildung? Wurden Profis eingekauft? Warum haben sie auf ihre eigenen Leute geschossen? Aus Versehen? Um Chaos zu säen? Ich habe noch viel zu viele offene Fragen, um in diesem Punkt auch nur eine Vermutung zu äußern.

▶ Zum Schluss Ihres Beitrags heißt es: "Möglicherweise gibt es auch noch andere Kräfte, die an den Schießereien beteiligt waren." Was meinen Sie damit?

Stephan Stuchlik: Ich kann beim jetzigen Stand unserer Recherchen nicht ausschließen, dass neben Janukowitsch-Schützen möglicherweise die viel zitierte "dritte Seite" an den Schießereien beteiligt war. Gucken Sie auf die einschlägigen Internetforen, wer da alles angeführt wird: die Russen, die Georgier, die Briten, die USA. Zu allen diesen Tatversionen gibt es Erklärungsmodelle. Man kann so eine Beteiligung nicht ins Reich der Fabeln verweisen, dafür waren die Ereignisse in Kiew weltpolitisch zu bedeutsam. Um ganz ehrlich zu sein: Es ist vor allem die Tatsache, dass die Generalstaatsanwaltschaft im Interview mit uns so eine Möglichkeit kategorisch ausschließt, die mich darüber nachdenken lässt.

▶ Bleiben Sie an dem Thema dran?

Stephan Stuchlik: Bei der Wichtigkeit des Themas, bei der vielen mühsamen Arbeit, die wir investiert haben, erübrigt sich diese Frage beinahe. Natürlich machen wir weiter, denn die endgültige Antwort auf die Frage: "Wer hat da eigentlich geschossen?" haben wir im Gegensatz zur Generalstaatsanwaltschaft noch nicht gefunden.

Erschienen am 12.04.2014

Paul Schreyer

Auf Kriegsfuß mit den Lesern

Die Leitmedien verlieren in der Russland-Berichterstattung den Kontakt zur Bevölkerung - und wundern sich nun darüber. Was steckt hinter dem seltsamen Bruch mit dem eigenen Publikum?

Zwei Machtblöcke prallen in der Ukraine derzeit aufeinander. Zugleich tobt in den deutschen Medien ein Kampf um die Deutung des Konflikts. Der Graben scheint dabei weniger zwischen einzelnen Zeitungen oder Sendern zu verlaufen, als vielmehr zwischen den Journalisten der Leitmedien insgesamt und ihren Lesern bzw. Zuschauern.

Bernd Ulrich, Stellvertretender Chefredakteur der *Zeit*, diagnostizierte diese Situation in der vergangenen Woche in einem längeren Kommentar:

> » *Woran liegt es, dass so viele Bürger die Krimkrise ganz anders beurteilen als Politik und Medien? (…) Wenn die Umfragen nicht täuschen, dann stehen zurzeit zwei Drittel der Bürger, Wähler, Leser gegen vier Fünftel der politischen Klasse, also gegen die Regierung, gegen die überwältigende Mehrheit des Parlaments und gegen die meisten Zeitungen und Sender. Aber was heißt stehen? Viele laufen geradezu Sturm, bei den Leserbriefen scheint der Anteil der Kritiker noch deutlich höher zu sein als seinerzeit anlässlich von Sarrazins Buch.* «

Der Vizechef der *Zeit* ist dabei nicht allein mit seiner Irritation angesichts des offenbar als überraschend wahrgenommenen Gegenwinds von Seiten der eigenen Leser. Auch die *FAZ* konstatierte kürzlich:

> » *In den Kommentarspalten der Nachrichtenportale schlagen die Leser eine Schlacht um die Deutung der Krim-Krise (…) Auf den großen deutschen Nachrichtenseiten schreiben Leser - größtenteils unter Pseudonym - täglich Tausende Kommentare. Zumeist sind sie sehr kritisch. Aber noch nie war es so wild wie derzeit, berichten Mitarbeiter, die das sichten, was über die Kommentarfunktionen und auch über Facebook hereinschwappt. Sichten müssen.* «

"Woher kommt die Empörung?"

Keine Frage, die gegensätzlichen Lesermeinungen werden im Mainstream als Bedrohung wahrgenommen. Es geht um Deutungshoheit, aber auch um Identität: Für wen arbeitet man als Journalist? Wessen Zeitungen sind das, die da offenbar so sehr an ihren Lesern vorbeischreiben? Die betroffenen Kollegen versuchen sich an Erklärungen, die ein erstaunliches Maß an Hilflosigkeit offenbaren. So schreibt die FAZ:

> » *Manch einer vermutet, dass zumindest ein Teil der Empörungswelle im deutschsprachigen Internet von Moskau organisiert sein könnte. Nachweisen lässt sich das nicht. Die IP-Adressen, von denen die Kommentare abgesandt wurden, stammen zum größten Teil aus Deutschland. (…) Woher kommt die Empörung? Vielleicht drückt sich in den Kommentaren*

> *tatsächlich ein Unmut gegenüber der Politik der Bundesregierung aus. «*

Andere werden deutlicher. Christian Neef etwa, langjähriger Russland-Experte des *Spiegel*, forderte in der vergangenen Woche in der Printausgabe des Magazins unter der Überschrift "Schluss mit der Romantik", dass die vermeintlichen Russland-Versteher in Deutschland endlich ihren verklärten Blick auf das Land korrigieren müssten:

> » *Aber Russland ist nicht Europa. Es wird auch nie Europa sein. Es hat nach dem Krieg und den seelischen Zerstörungen der Stalin-Zeit keine Phase der Aufklärung durchgemacht. (…) Putin setzt auf Macht und begründet sie mit einer konservativen, antiwestlichen Ideologie. Er spricht davon, dass 'viele der euroatlantischen Länder moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten verleugnen: nationale, kulturelle, religiöse und selbst sexuelle'. Man müsse 'eine Bewegung zurück und nach unten, in die chaotische Dunkelheit und zu primitiven Zuständen' verhindern. Russland müsse dabei vorangehen. «*

Neef sieht in Russland starke reaktionäre Tendenzen, die von einigen im Westen (gemeint sind wohl auch die zahlreichen kritischen Leserkommentare) ausgeblendet würden.

Doch was wäre, wenn sowohl Neef als auch Putin Recht hätten? Wenn also Russland tatsächlich eine Phase der Aufklärung fehlt, zugleich aber der Westen aktuell eine Art "Aufklärung rückwärts" vollzieht? Stichworte wie Guantánamo, Abu Ghraib oder auch den mutwilligen Bruch von Völkerrecht bei den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen, sowie schließlich die

tausendfach tötenden Drohnen in Pakistan kann man ja tatsächlich kaum anders umschreiben, denn als "Rückfall in chaotische Dunkelheit und primitive Zustände".

Die vor diesem Hintergrund behauptete moralische Überlegenheit des Westens stößt vielen Lesern mehr und mehr übel auf - was eigentlich niemanden verwundern dürfte. Weshalb also reagieren die etablierten Kommentatoren nun so überrascht? Und was ist eigentlich deren Weltsicht? Die Schärfe des derzeitigen Konfliktes führt jedenfalls dazu, dass eben dieses persönliche Koordinatensystem nun immer deutlicher artikuliert wird. So schreibt Bernd Ulrich in der *Zeit*:

> » *Seit 9/11 hat der Westen Kriege geführt, die unter höchstem moralischen Aufwand begründet wurden und die am Ende doch vergeblich waren (Afghanistan) oder sich als reiner Betrug herausstellten (Irak). (…) Mit seinem Drohnenkrieg bewegt sich auch Barack Obama wieder in einer völkerrechtlichen Grauzone. (…) Die militärischen Interventionen des Westens in dieser Zeit sind für mich keineswegs Ausdruck einer imperialen Grundstimmung, die sich von Afghanistan bis Libyen jeweils andere Schauplätze gesucht hat. Ich deute sie ganz verschieden, mal als ideologisch motivierten Irrtum (Irak), mal als Tragödie (Afghanistan), mal als legitim (Libyen).* «

Der Westen als Retter

Mit anderen Worten: Kritik im Kern ist fehl am Platze. Hinter einem "Irrtum" oder einer "Tragödie" stecken keine bösen Absichten, sondern im Gegenteil hehre Ziele, die allenfalls einmal verfehlt werden können. Ähnlichen Sinnes betont Christian Neef im *Spiegel*,

man solle nicht vergessen, dass sich der Westen in den 90er Jahren für Russland "starkmachte", damit IWF und Weltbank milliardenschwere Kredite ausreichten und das Land so vor einer Katastrophe bewahrten. Doch leider sei Gewalt weiterhin "ein probates Mittel russischer Politik geblieben" und "eine Politik des politischen Kompromisses, wie sie der Westen pflegt", würde als Schwäche ausgelegt.

Somit werden einige Elemente eines Weltbildes kenntlich: der Westen als Retter, immer wieder auf der Suche nach Kompromissen, der IWF als Hilfsfonds, bereit, anderen unter die Arme zu greifen, der Irak-Krieg ein bedauerlicher Irrtum. Oder mit anderen Worten: Wir sind die Guten, zumeist von edlen oder doch zumindest vernünftigen Motiven geleitet - mit Sicherheit jedoch keine Abgesandten eines Imperiums.

Damit einem diese ebenso sympathische wie vielleicht letztlich doch grundlose Annahme nicht wie Schnee in der Sonne schmilzt, bedarf es gedanklicher Schutzblenden, um so höher und dichter, je stärker das Licht der realen und ungefilterten Informationen darauf scheint. Es gilt, manches konsequent auszublenden. Und offenbar ist das derzeit mehr, als die übergroße Zahl der Leser noch zu tolerieren bereit ist.

Ein weiterer Kern des beschriebenen Weltbildes, so wie es nun in der Ukraine-Krise zutage tritt, scheint die Annahme zu sein, im Westen herrsche Demokratie. Seinen ungläubigen Lesern erklärt Bernd Ulrich dazu in der *Zeit*, die "zeitweiligen Klüfte zwischen Regierungshandeln und Mehrheitsmeinung gehören natürlich zur Demokratie". Der Kabarettist Volker Pispers hat diesen seltsamen Widerspruch vor einiger Zeit einmal so auf den Punkt gebracht: "Wir haben eine Demokratie. Und Sie kriegen in einer Demokratie keine

Mehrheit für eine Politik, von der 90 Prozent der Bevölkerung profitieren würde."

Abseits von Satire, aber inhaltlich sinnverwandt, zitierte der renommierte amerikanische Althistoriker Moses I. Finley (1912-1986) in einem seiner letzten Bücher Aristoteles [6] :

> » *Tyrannis ist die Herrschaft eines Mannes zu seinem eigenen Nutzen, Oligarchie die Herrschaft zum Nutzen der Reichen, Demokratie die zum Nutzen der Armen.* «

"Peinliche" Fragen

Was vorrangig als Kommentar zur Gerechtigkeit in der Gesellschaft erscheint, lässt sich auch auf deren Außenpolitik ausweiten - die schließlich ebenso interessengeleitet ist. Natürlich geht es derzeit im Kern auch um die (exklusive) Bindung an die USA, die infrage zu stellen manchem "peinlich" oder "lächerlich" erscheint. Jasper von Altenbockum etwa, Innenpolitik-Chef der *FAZ*, kommentierte in der vergangenen Woche in Bezug auf das Gezerre um Snowden im NSA-Untersuchungsausschuss:

> » *Die Lächerlichkeit der Berliner Hysterie liegt auch daran, dass sich eine ganze Schar deutscher Politiker von den Mächten, die sie täglich ausspioniert, ausgerechnet die vorknöpft, von denen sie beschützt werden und deren Interessen sie deshalb teilen sollten.* «

Die These, dass deutsche Politiker von den USA beschützt werden, ist vielleicht tatsächlich eine Debatte wert. Auch wenn sie in dieser Klarheit zunächst an das berühmte "Stockholm-Syndrom" erinnert - die Solidarisierung von Opfern einer Geiselnahme mit ihren

Entführern. Christian Neef merkt im *Spiegel* zum Thema an, dass von den hierzulande stationierten US-Militärs "gerade mal 43.000 geblieben" seien, mithin keine ernste Bedrohung für irgendwen - ganz so, als sei die Anwesenheit einer ausländischen Militärmacht, in welcher Stärke auch immer, das Selbstverständlichste der Welt.

Bernd Ulrich konstatiert am Ende seines Kommentars immerhin wenigstens einen Punkt, über den Konsens herrscht: "So treffen in diesen Wochen Weltsichten aufeinander, die allem Anschein nach längere Zeit nicht miteinander ausgetauscht wurden." Und vielleicht ergibt sich am Ende ja doch noch eine produktive Debatte daraus. Denn alles Psychologisieren um die "Russland-Versteher" und deren historische "Schuldkomplexe" kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, dass Putin zumindest derzeit für viele praktisch und ganz konkret eine politisch glaubwürdigere Figur abgibt als mancher westliche Regierungschef. Um das wahrzunehmen, muss man sich keine russischen Verhältnisse wünschen. Man muss noch nicht einmal mit allen Entscheidungen des russischen Präsidenten einverstanden sein. Bei der Frage der Glaubwürdigkeit geht es weniger um Anhängerschaft, als um die innere Schlüssigkeit politischen Handelns, um die Akzeptanz bei der eigenen Bevölkerung, sowie die Autonomie von fremden Mächten.

Der Konflikt mit der Ukraine ist das Brennglas, in dem der Westen und insbesondere deutsche Politik ihre eigene Schwäche in diesen drei Punkten erkennen kann. Die Tausenden harschen Leserkommentare, die den Medien nun hierzulande um die Ohren fliegen, sind ein Weckruf an manchen, das eigene Weltbild erneut mit der Realität abzugleichen. Als Journalist auf Kriegsfuß mit den eigenen Lesern zu stehen, mag Stoff für eine absurde Komödie sein, dauerhaft durchhalten lässt es sich nicht.

Paul Schreyer

Neue Feindsender?

Zeit Online misst bei seinem Ethik-Kodex offenbar weiterhin mit zweierlei Maß. Und auch andere Medien haben derzeit Probleme mit der Transparenz. Was ist los mit der Presse?

Die Irritationen um Zeit Online (Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht) reißen nicht ab. Nun wurde ein weiterer Fall bekannt, der deutlich macht: Autoren, die auch für russische Medien arbeiten, sind unerwünscht, Amerika-Nähe aber ist kein Problem. Es scheint, als falle es mancher Redaktion dieser Tage schwer, noch zwischen vernünftig und unangemessen, zwischen ethisch und hysterisch zu unterscheiden. Während der Ansturm der kritischen Leserkommentare zur Russland-Berichterstattung der Leitmedien nicht abreißt, sorgt man sich dort verstärkt um politische Einflussnahme - allem Anschein nach jedoch recht einseitig.

Die freie Journalistin Alisa Bauchina, 26, hatte in der Vergangenheit bereits bei Zeit Online publiziert. Als sie der Redaktion nun kürzlich einen neuen Text anbot, lehnte man dankend ab. Der Artikel, in dem es um die politisch brisante Situation in Moldawien geht, dem Geburtsland der Autorin, das sie zur Recherche nun noch einmal bereist hatte, sei zwar "ziemlich spannend", so Michael Schlieben, kommissarischer Ressortleiter Politik, Meinung und Gesellschaft von Zeit Online gegenüber der Journalistin. Allerdings habe man entdeckt, dass sie in der Vergangenheit für den russischen Auslandssender "Stimme Russlands" gearbeitet habe. Daher müsse man leider absagen. Der eigene Ethik-Kodex verbiete in solchen Fällen eine Zusammenarbeit. Generell, so Schlieben gegenüber der

freien Autorin, müsse man "künftig ziemlich vorsichtig sein", was Interessenkonflikte angehe.

Auf Anfrage von Telepolis stellte sich die Chefredaktion von Zeit Online nun hinter die Entscheidung ihres Mitarbeiters. Markus Horeld, stellvertretender Chefredakteur des Online-Magazins, verwies dazu auf folgenden Abschnitt im hauseigenen "Code of Ethics".

> » *Freie Mitarbeiter müssen Tätigkeiten in dem Journalismus nahen Bereichen - Marketing, PR - offen legen. Eine Tätigkeit in einem dieser Bereiche schließt in der Regel die redaktionelle Bearbeitung inhaltlich verwandter Themen bei ZEIT ONLINE für den Zeitraum eines Jahres nach Abschluss der jeweiligen Tätigkeit in Marketing und PR aus, wenn nicht in beiderseitigem Einvernehmen eine Regelung getroffen werden konnte, die eine Einflussnahme auf die Berichterstattung ausschließt.* «

Auf den Einwand, dass es hier nicht um Marketing, sondern um regulären Journalismus für einen ausländischen Sender ginge, erwiderte Horeld:

> » *Die "Stimme Russlands" wird von der russischen Regierung finanziert und betreibt natürlich keinen "regulären Journalismus".* «

Was hat das mit dem Ethik-Kodex zu tun?

Doch gehört die publizistische Arbeit für ein Medium, selbst wenn dieses politisch beeinflusst wird, wirklich in die gleiche Kategorie wie Marketing und PR - also bezahlte Werbung? Zwar ist die Stimme

Russlands, gerade dieser Tage, sicherlich nicht in jedem Fall ein Musterbeispiel für ausgewogenen Journalismus. Doch könnte man diesen Vorwurf in verschiedener Ausprägung auch anderen Medien machen, nicht nur russischen. Was also hat eine solche Entscheidung wirklich mit dem "Ethik-Kodex" zu tun?

Diese Frage stellt sich auch vor dem Hintergrund, dass hochrangige deutsche Politiker wie etwa Wolfgang Bosbach (CDU), Gernot Erler (SPD) oder Jürgen Trittin (Grüne) in den letzten Wochen unabhängig voneinander den Weg ins Berliner Studio der "Stimme Russlands" fanden, um sich dort ausführlich interviewen zu lassen. Offenbar hatte keiner von ihnen den Eindruck, dort einem Propaganda-Sender auf den Leim zu gehen, den man besser boykottieren sollte.

Die nun betroffene Journalistin, die seit sechs Jahren in Deutschland lebt und hier studiert hat, reagierte jedenfalls erstaunt auf die Absage von Zeit Online. Gegenüber Telepolis wies sie darauf hin, dass ihre 5-monatige freie Tätigkeit für die "Stimme Russlands" bereits Anfang Februar diesen Jahres geendet habe, also mehr als zwei Monate vor der nun erfolgten Ablehnung ihres Textes. Ihren letzten Artikel hatte Zeit Online im Dezember 2013 veröffentlicht, als sie noch für den russischen Sender gearbeitet hatte - damals ohne Probleme.

Die Frage drängt sich auf: Hat der politische Konflikt mit Russland dazu geführt, dass hierzulande der Begriff des "Feindsenders" wieder neu eingeführt wird? Definieren die Medien erneut Gegner, die man ausgrenzen und vor denen man das heimische Publikum schützen zu müssen glaubt?

Transparenter Journalismus geht anders

Auffällig ist zumindest, dass der sogenannte "Ethik-Kodex" im Falle von Zeit Online offenbar nur dann ins Feld geführt wird, wenn es um potenziellen russischen Einfluss geht. Ähnliches konnte bereits

kürzlich beim Rauswurf des Russland-Korrespondenten Moritz Gathmann beobachtet werden. Fragen zum traditionell großen amerikanischen Einfluss auf die Zeit-Redaktion weicht man dort hingegen konsequent aus.

So berichtete Telepolis (Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht) bereits im März über den Zeit-Journalisten Jochen Bittner, der über ein Strategiepapier zur deutschen Außenpolitik berichtete, das er selbst mitverfasst hatte, ohne dass dieser Sachverhalt unter dem Text bei Zeit Online kenntlich gemacht wurde. Bis heute ist dort kein Hinweis, keine entsprechende Klarstellung oder ähnliches zu lesen. Warum nicht, mochte die Chefredaktion auch aktuell nicht beantworten.

Und zur Frage, ob man beabsichtige, den eigenen Ethik-Kodex nun dergestalt umzusetzen, dass auch die entsprechenden transatlantischen Verbindungen von prominenten Zeit-Journalisten wie Josef Joffe oder Matthias Naß künftig unter deren Artikeln offengelegt werden - und wenn nein, weshalb nicht -, verweigerte die Chefredaktion von Zeit Online jede Auskunft. Transparenter Journalismus geht sicher anders.

Zeit Online wollte auch nicht die Frage beantworten, weshalb der hauseigene Ethik-Kodex eigentlich bis heute nicht offiziell bekannt gemacht wurde. Bislang ist das Regelwerk lediglich über den privaten Blog des Journalisten Stefan Niggemeier zugänglich - ein seltsames Gebaren für ein "Qualitätsmedium".

Probleme mit der Forenmoderation

Derweil lässt der Widerstand der Leser und Zuschauer gegen die gängige Russland-Berichterstattung der Leitmedien kaum nach. Tausende von kritischen Kommentaren häufen sich auf den Webseiten von Tagesschau, Spiegel, FAZ & Co. Der Gegenwind

irritiert die Branche zwar, führt aber bislang offenbar nicht zu ernsthaftem Umdenken. Stattdessen diskutiert man ausführlich psychologische Erklärmodelle, um die vermeintlichen Motiven des kritischen Publikums zu begreifen.

Favorisiert werden hierbei Antiamerikanismus, historische Schuldgefühle gegenüber Russland, eine irrationale Nostalgie Ostdeutscher, oder schlicht pubertäre Rebellion gegenüber der Schutzmacht USA. Der naheliegende Gedanke, dass sich der Protest des Publikums aus offenkundig einseitiger Berichterstattung speisen könnte, kommt anscheinend den wenigsten.

In jedem Fall werden die öffentlichen Diskussionsforen der großen Medien nun zu einer ernsten Bedrohung für deren Deutungshoheit. Kein Wunder, wenn sich Verantwortliche in den Redaktionen nun die Frage stellen sollten, inwieweit man da "moderierend" eingreifen kann. Soll man von seinen technischen Möglichkeiten gar weitergehenden Gebrauch machen und die "aus dem Ruder laufenden" Debatten zensieren?

Viele Leser haben den Eindruck, dass genau das längst geschieht. Bei Spiegel Online etwa kam es offenbar zu einigen Unregelmäßigkeiten. Lesern zufolge wurden Kommentare dort in größerem Ausmaß gelöscht. Problem: Die Spiegel-Online-Redaktion "moderiert", ohne Spuren zu hinterlassen. Ohne einen Screenshot des Kommentars, der später gelöscht wurde, lässt sich eine Zensur dort im Nachhinein kaum nachweisen.

Bei Zeit Online protokollieren die redaktionellen Moderatoren hingegen zumindest im Forum, was gelöscht wurde und warum. Auch wenn die Begründungen dort in Teilen hilflos verschwurbelt klingen, Zitat:

> *» Bitte hinterfragen Sie zukünftig die Bedeutung bestimmter historisch begründeter, emotional aufgeladener Begrifflichkeiten, bevor Sie diese in den aktuellen Kontext einbetten. Danke, die Redaktion. «*

Solchen "Rat" möchte mancher vielleicht eher den Redaktionen selbst geben, die sich aber weiterhin in der Politikanalyse ganz selbstverständlich auf höherer Ebene wähnen. Dass die eigenen Leser den Redakteuren im inhaltlichen Verständnis voraus sein könnten, scheint vielen Verantwortlichen nur schwer vorstellbar.

Für Irritationen sorgte aktuell auch der Ausfall der Kommentarbewertungsfunktion bei FAZ.NET, dem Online-Portal der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Für mehrere Tage wurden dort jüngst die Leserbewertungen der Kommentare nicht mehr angezeigt, gerade als die Debatte im Netz sich intensivierte. Eine Orientierung der Leser über die Meinung des übrigen Publikums war somit erschwert. Auf Nachfrage von Telepolis teilte die FAZ-Redaktion jedoch mit, es handle sich lediglich um ein technisches Problem. Mittlerweile funktioniert die Anzeige der Kommentarbewertungen wieder.

Ausstieg bei Bilderberg

Mitte April gab es bei Zeit Online sogar einen kurzzeitigen Ausfall der kompletten Kommentarfunktion. Nach Auskunft der Redaktion handelte es sich allerdings auch dort um einen technischen Fehler. Was unter normalen Umständen kaum jemanden aufregen würde, führt in der jetzigen, hitzig geführten Russland-Debatte zu sofortigem Misstrauen unter den Lesern - Symptom auch für den Vertrauensverlust, den viele etablierte Medien mittlerweile erlitten haben.

Dieser hat sicher auch mit intransparenten Partnerschaften mancher Redaktionen zu tun. Die Zeit etwa steigt nun nach eigener Aussage bei den umstrittenen Bilderberg-Treffen aus, wo man jahrelang eine einflussreiche Rolle spielte. Auf Anfrage von Telepolis teilte eine Zeit-Sprecherin dazu jetzt mit:

> *» Als Matthias Naß 2012 sein Mandat bei der Bilderberg-Konferenz niedergelegt hat, hätte es auf Giovanni di Lorenzo übergehen können. Er hat dies aber nicht annehmen wollen. «*

Warum di Lorenzo, medienpräsenter Chefredakteur der Printausgabe der Zeit, diesen renommierten Posten nicht übernehmen wollte, bleibt bis auf weiteres sein Geheimnis. Auf eine entsprechende Nachfrage hin hieß es nur, man wolle der Stellungnahme nichts hinzufügen. Es scheint fast, als sei der Ethik-Kodex des Hauses informell um eine branchenuntypische Regel ergänzt worden: "Schweigen ist Gold."

Erschienen am 25.04.2014

Paul Schreyer

In einer anderen Welt

Die Tagesschau als Spiegel einer kollektiven Bewusstseinsverwirrung

Die immer schärfer zutage tretenden Widersprüche der aktuellen Politik machen es den Präsentatoren der Abendnachrichten von Woche zu Woche schwerer, noch ein schlüssiges und identitätsstiftendes Bild zu vermitteln. Umwertungen und Begriffsverwirrungen häufen sich, wie beispielhaft eine Analyse der Tagesschau vom 2. Mai zeigt.

Die 20-Uhr-Ausgabe der ARD-Nachrichten beginnt mit einem Bericht zur militärischen Offensive Kiews gegen die Stadt Slawjansk:

> » *In Slawjansk haben Regierungstruppen heute Morgen den Ring um die Rebellenhochburg enger gezogen. (…) Das russische Fernsehen zeigte, wie Zivilisten in Slawjansk beim Bau von Barrikaden helfen, auf Seiten der Separatisten.* «

Gezeigt wird eine Frau, offenbar Bürgerin der Stadt, die einem Reporter sagt: "Wir sind völlig entsetzt, dass die Armee unseres Landes gegen das eigene Volk vorgeht." Darauf folgt ein Ausschnitt aus einer Ansprache von Übergangspräsident Alexander Turtschinow, in der dieser mitteilt: "Die Terroristen verschanzen sich in bewohnten Gebieten."

Somit liegen zwei sich komplett widersprechende Deutungen vor. Auf der einen Seite ein brutaler Armeeeinsatz gegen die eigene

Bevölkerung, auf der anderen ein für die Sicherheit notwendiger Antiterrorkampf. Die Bilder der zahlreichen Zivilisten, die den Kiewer Militärs auf den Straßen entgegenstehen, konterkarieren dabei die zweite Deutung. Zugeschaltet wird die Korrespondentin Golineh Atai aus Donezk. Sie berichtet:

> » *Fest steht, dass die Einwohner, mit denen wir gesprochen haben, sehr zweigeteilt sind über diese Operation, die Kiew lanciert hat. Die einen sagen, das sei überfällig. Die anderen - und das sind die, die vor allen Dingen unter dem Einfluss der russischen Medien stehen - sagen, dass sie nicht verstehen würden, warum Kiew das eigene Militär gegen die eigene Bevölkerung einsetzt.* «

Von letzterer Deutung distanziert man sich also durch den Einschub, sie entstamme russischer Propaganda. Die unmittelbar zuvor ausgestrahlten Bilder von Zivilisten, die Seite an Seite mit den Aufständischen Barrikaden bauen, fließen in die Bewertung der Korrespondentin nicht ein - oder gelten ihr ebenfalls als Propaganda. Golineh Atai schließt ihren Bericht mit den Worten: "Zur Stunde wissen wir nicht, ob diese Antiterror-Operation weitergeht oder ob es hier eine Feuerpause gibt."

Es fällt auf, dass die Journalistin den Begriff "Antiterror-Operation" dabei ohne weitere Distanzierung oder Einschränkung verwendet und somit in diesem Punkt die Position Kiews übernimmt, was den Zuschauer irritiert zurücklässt - so er sich denn fragt, ob es nicht offensichtlich sei, dass es sich beim Begriff der Terrorbekämpfung in diesem Zusammenhang um einen Euphemismus handelt.

Die Tagesschau kommt bereits nahtlos zum nächsten Punkt, bei dem nun nicht die Wortwahl eines Journalisten irritiert, sondern die der

Politiker selbst:

> » *Der Ukraine-Konflikt bestimmt auch den USA-Besuch von Bundeskanzlerin Merkel. Gemeinsam mit Präsident Obama drängte sie Russland, endlich zur Entspannung der Lage beizutragen. Sollte dies nicht geschehen, dann habe der Westen keine andere Wahl, als weitere Sanktionen zu verhängen. Deutschland sei fest entschlossen, diesen Weg gemeinsam mit den USA zu gehen, so Merkel.* «

Der Zuschauer bleibt ratlos zurück - sofern er versucht, eine Kausalität zu den Ereignissen in Slawjansk herzustellen. Kiewer Truppen greifen die Stadt an - und Russland soll "endlich zur Entspannung der Lage" beitragen? Der Appell scheint eine andere Welt zu betreffen.

Auf dem Bildschirm erscheint als nächstes die Korrespondentin Tina Hassel in Washington, die noch einmal Merkels Sicht referiert:

> » *Gegenüber dieser Aggression Putins möchte, muss der Westen gemeinsam geschlossen auftreten. Alles andere würde nur Russland in die Hände spielen.* «

Da es sich bei "dieser Aggression" wohl nicht um den Angriff auf Slawjansk handeln kann, meint Merkel offenbar eine russische Aggression im Allgemeinen. Unklar bleibt, welche politische Handlung von Russland dabei konkret erwartet wird. Die Rhetorik scheint wiederum losgelöst, wie abgekoppelt von greifbaren Realitäten. Die Korrespondentin aus Washington schließt mit den Worten:

» *Dass beim strittigen Thema NSA hier kein Entgegenkommen Obamas zu erwarten war und auch auf lange Zeit nicht zu erwarten ist, das war bekannt (…) aber die Erwartungen hatte Berlin ja im Vorfeld gedämpft und wer keine überzogenen Erwartungen hat, kann auch nicht enttäuscht werden.* «

Die Tagesschau schneidet dazu nun nach Berlin. Es fällt auf, wie an diesem Abend ein Thema direkt zum nächsten führt, als Teil eines großen zusammenhängenden Knäuels, bei dem nur nicht klar ist, ob die Nachrichten es eher dechiffrieren oder neu verschlüsseln:

» *Beinahe zeitgleich zum Treffen im Washington bekam heute der Untersuchungsausschuss Post von der Bundesregierung. Eine Vernehmung Snowdens durch den Ausschuss in Deutschland wird darin rundweg abgelehnt, denn das hätte negative Auswirkungen auf das deutsch-amerikanische Verhältnis, gerade bei der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden.* «

Es ist also offenkundig: Snowden gefährdet die deutsch-amerikanische Freundschaft, Putin greift in der Ostukraine an und Zivilisten sind Terroristen …

Jan Hofer: "Wir kommen zum Wetter."

Erschienen am 03.05.2014

Stefan Korinth

Die nützliche Erfindung der "Pro-Russen"

Seit Beginn des Ukraine-Konflikts zeigen die deutschen Medien mit dem Finger auf Moskau. Innerukrainische Erklärungen für den Konflikt spielen hingegen kaum eine Rolle. Als nützlichste Medien-Erfindung erweisen sich dabei die "Pro-Russen"

Die Konfliktparteien in der Ukraine als "pro-russisch" und "pro-westlich" zu bezeichnen, hatte sich seit Beginn der Auseinandersetzung medial eingebürgert. Jedoch beschreiben solche Begriffe die beiden Lager mit all ihren Ausprägungen und inneren Widersprüche nur ungenügend und zum Teil auch falsch. So war Janukowitschs Politik lange positiv auf die EU ausgerichtet und Brüssel galt er als legitimer Verhandlungspartner. Wohingegen die Partei Swoboda und andere rechtsradikale Gruppen lieber eine national-souveräne als eine europäisch-integrierte Ukraine wollen. Schon im Dezember 2013 konnten diese Dinge jedem Journalisten mit ein wenig Recherche klar sein.

Statt "pro-russisch" und "pro-westlich" haben sich in der Ukraine denn auch ganz andere Bezeichnungen für die Konfliktparteien etabliert: Euro-Maidan und Anti-Maidan. Diese Begriffe nutzen hiesigen Medien jedoch kaum, hätten sie doch zur Folge, sich genauer mit den Gruppen beschäftigen zu müssen.

Als Viktor Janukowitsch aus der Ukraine flüchtete, begann ein neues Kapitel in dem Konflikt. Für jeden ersichtlich hatten die Euro-Maidan- und die Anti-Maidan-Bewegung nun die Rollen getauscht.[7] Die einen sitzen seitdem an den Schalthebeln der Macht, die anderen

haben sich in ihren Regionen bewaffnet, öffentliche Gebäude besetzt und Barrikaden gebaut - geradezu ein Spiegelbild der Situation von Dezember bis Februar. [8] Auch die internationalen Unterstützer beider Seiten drehten ihre Argumentation jeweils um 180 Grad.

Ukrainer werden zu Pro-Russen

Doch seit diesem Moment gilt das Ganze nicht mehr als Auseinandersetzung zweier inländischer Konfliktparteien, die jeweils mächtige ausländische Regierungen hinter sich wissen. Medien konstruieren stattdessen, dass Russland gegen die Ukraine kämpft. [9] Egal ob bewaffnet oder friedlich - aus ukrainischen Regierungsgegnern werden so pauschal "Pro-Russen".



Bildsprache: Foto-Montagen in TV-Sendungen konstruieren gern Duelle zwischen Russen und Ukrainern. Der als seriös geltende Dokumentationskanal Phoenix stellt dabei in tendenziöser Weise vermummte bewaffnete Russen und lächelnde junge Ukrainer gegenüber. Bilder: Screenshots der Sendungen Maybrit Illner (8. Mai) und "Phoenix vor Ort" (14. Mai)

Doch die Identität dieser "pro-russischen Kräfte" bleibt auch medial im Ungefähren. Vielleicht sind sie aus dem großen Nachbarland eingesickert, um für ein imperiales Großreich zu kämpfen? Vielleicht sind sie ethnische Russen, die in der Ukraine leben und der russischen TV-Propaganda alles glauben? Nur eins dürfen sie nicht sein: Bewohner der Ukraine mit dem berechtigten Anspruch, Akteure innerukrainischer Debatten zu sein.

Für Spiegel-Autorin Christiane Hoffmann sind die Bewaffneten dort "Gesindel" [10] , für Welt-Kommentator Florian Eder "als einheimische Demonstranten verkleidete Unruhestifter" [11] und für ZDF-Korrespondentin Katrin Eigendorf einfach "Terroristen" [12] . Die Bewaffneten in der Westukraine bezeichnete kein Journalist so. Ganz klar: Professionelle Neutralität geht anders.

Hiesige Medien berichten aber auch über friedliche Regierungsgegner im Osten und Süden der Ukraine so, als wenn diese dort Fremdkörper oder Ausländer wären. Aus zahllosen Berichten trieft es: verblendete Sowjetnostalgiker, leichtgläubige Propaganda-Opfer, Putin hörig, grundlos hysterisch. Die Ängste, Anliegen und politischen Vorstellungen dieser Ukrainer sind damit nicht mehr legitim. "Moskau-nah", "pro-russisch", "kreml-treu" - wer gegen die neue Regierung ist, muss in vielen deutschen Journalistenaugen für Putin und den Zerfall der Ukraine sein. [13]

Tendenziöses Argumentieren leicht gemacht

In deutschen Medien heißt es nicht Euro-Maidan gegen Anti-Maidan, sondern Ukraine gegen Russland. Das geht zwar an der Realität vorbei, denn der Konflikt ist zuallererst ein innerukrainischer, doch hat ein Duell Kiew gegen Moskau für parteiische deutsche Journalisten viele Vorteile:

- Mit den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Spannungen innerhalb der Ukraine brauchen sie sich nun erst recht nicht auseinanderzusetzen. Handlungen der neuen Regierung wie etwa die Entlassung tausender Staatsangestellter, die Wiedereinführung der gerade abgeschafften Wehrpflicht oder die Erhöhung der Energiepreise für Privathaushalte müssen nicht näher besprochen werden.

- Die Ukraine können sie als eigentlich geeintes Land darstellen, das letztlich nur von außen destabilisiert wird. Das wertet gleichzeitig die Maidan-Bewegung als "vom ganzen Volk getragen" auf und nimmt die privaten bewaffneten Regierungsunterstützer aus dem Blick.
- Den "Westen" (EU, USA) können deutsche Journalisten als Partei mit Ambitionen und als in der Ukraine tätigen Akteur völlig heraushalten. Noch besser: Die verbündeten Regierungen des transatlantischen Raums werden als "die internationale Gemeinschaft" [14] - mithin als überparteiischer, besorgter Beobachter mit legitimen Eingriffsrechten präsentiert.
- Medial kann nun Wladimir Putin für alle Aktionen der Pro-Russen direkt verantwortlich gemacht und alle Widersprüche zwischen beiden als Verlogenheit Putins charakterisiert werden.
- Und schließlich können Journalisten ihren moralischen Kompass durch die Erfindung der Pro-Russen ganz neu einstellen. Die Übergangsregierung hat nun selbstverständlich das Recht, sich mit militärischer Gewalt zu verteidigen, sie wird ja - anders als Janukowitsch - von außen attackiert. Sie setzt ihre Armee und die sogenannte Nationalgarde eben nicht gegen Ukrainer ein, sondern gegen (Pro-)Russen, die das Land spalten wollen. Diese zu töten gilt dann als akzeptabel.

Behauptungen statt Beweise

Selbst die Vorsilbe "pro" erscheint so manchem Medienschaffenden überflüssig.[15] Deutlich macht dies vor allem die wie ein Faktum behandelte Annahme, dass russisches Militär vor Ort agiert. Anders als auf der Krim, wo etwa Lastwagen der russischen Armee gefilmt wurden, gab es in den restlichen Teilen der Ukraine keinen stichhaltigen Beweis für Streitkräfte aus dem Nachbarland. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Belege hierfür schon lange den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hätten, wenn es sie gäbe.

Was es gibt, sind Indizien bei der Bewaffnung einiger Kämpfer[16], fragwürdige Hinweise auf einen bärtigen Mann[17] und auf einen uniformierten Schauspieler.[18] Selbst der in mehreren transatlantischen Clubs tätige FAZ-Kommentator Klaus-Dieter Frankenberger spricht in diesem Zusammenhang lediglich von "Gerüchten" und "Vermutungen" gegen Russland.[19] Tatsächlich wissen die deutschen Medien nichts darüber, ob russische Militärangehörige getarnt als "Separatisten" in der Ukraine aktiv sind.

Argumentations-Basis: Unterstellungen

Trotzdem ist diese Behauptung unverrückbare Grundlage so ziemlich jeder journalistischen Argumentation gegen Russland. So werden etwa mediale Forderungen nach mehr Sanktionen einzig und allein mit der "Destabilisierung"[20] der Region durch Russland begründet.[21] Ohne Beweise ist die mediale Rechtfertigung für immer neue Sanktionen zutiefst unaufrichtig und unprofessionell. Es entsteht der Eindruck, deutsche Medien besorgen aus nationalen Reflexen heraus das Geschäft von Regierungen und Lobbygruppen, die sie doch eigentlich als selbst ernannte "Vierte Gewalt" kontrollieren wollen.

Auf die naheliegende Idee, dass sich die Bewaffneten aus desertierten ukrainischen Soldaten, einheimischen Tituschki-Banden

und früheren Berkut-Polizisten [22] rekrutieren, will kein deutscher Journalist kommen. [23] Viele dieser Kämpfer haben sowohl die nötige Ausbildung als auch Zugang zu Waffen. Schließlich wurden zahlreiche Depots in Polizeistationen und Kasernen sowie Waffengeschäfte geplündert. [24] Was aber noch wichtiger ist, diese Leute haben auch die notwendige Wut und Motivation gegen anrückende westukrainische Truppen Schusswaffen einzusetzen. Immerhin löste die neue Regierung die Sonderpolizei Berkut noch Ende Februar auf. [25]

Dass es sich bei den ostukrainischen Regierungsgegnern (offizielle Sprachregelung "pro-russische Separatisten") aber auch um unbewaffnete Zivilisten handelt, zeigen mehrere Videos. [26] Dort ist zu sehen, wie Einwohner mit Zivilcourage versuchen, anrückende Panzer zu stoppen, indem sie sich ihnen in den Weg stellen. In deutschen Medien herrscht ein seltsames Schweigen hierzu. Und wenn, dann wird eher abfällig über die Zivilisten berichtet. [27] Wie würden solche Szenen kommentiert, kämen sie aus dem Iran, aus China oder Venezuela?

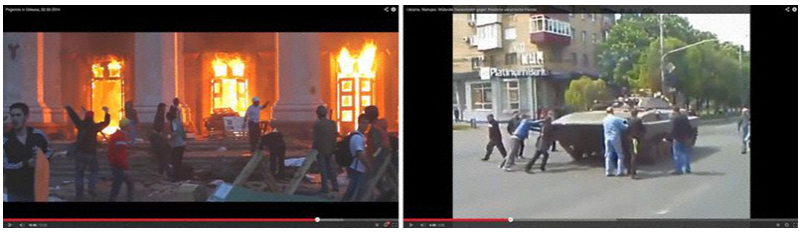
Prinzipien je nach Gusto

Zur Erinnerung: Wenn zu Zeiten des Euro-Maidan auch nur ein gepanzertes Polizeifahrzeug in Kiew zu sehen war, sprach so mancher deutsche Journalist von rollenden Panzern Janukowitschs gegen die eigene Bevölkerung. Ein zweites Tian'anmen oder die Wiederholung der Prager Ereignisse von 1968 deuteten sich an. [28]

Nun schickt die neue Regierung tatsächlich ihre Armee gegen Einwohner des Landes. Und die Medien? Sie übernehmen fast eins zu eins Wortwahl und Standpunkt der Kiewer Staatsführung. [29] Grundsätzliche Kritik gibt es nicht. [30]

Ganz im Gegenteil: Die gerade erst mit dem Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis ausgezeichnete ARD-Korrespondentin Golineh Atai meinte etwa in einer Live-Schalte aus Donezk: "Diese Militäroffensive kommt leider viel zu spät." [31] Wie lassen sich derartige Meinungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eigentlich rechtfertigen? Die Aussage der Vorzeige-Reporterin macht die höchst wechselhafte Haltung deutscher Top-Journalisten zu militärischer Gewalt erneut deutlich. [32] Wer sich an die einhellige Verurteilung der Polizeigewalt gegen die Maidan-Bewegung erinnert, wird den Eindruck der extremen moralischen Biegsamkeit so mancher Journalisten nicht los.

Ähnliches gilt für den Tod zahlreicher Regierungsgegner in Odessa. Grundsätzlich ist es absolut zu begrüßen, dass sich Medien vorsichtig über Täter und Tathergänge äußern, solange noch wenig bekannt ist. Jedoch macht die gefühlte Nachrichtensperre über den Brand mehr als nachdenklich. Vergleichsweise wenige Artikel setzen sich mit den Geschehnissen auseinander. Wenn, dann wird verklausuliert und rumgeeiert. [33] Kaum ein Journalist verurteilt die auf zahlreichen Videos [34] vom Tatort zu sehenden Hooligans und Nationalisten. [35]



Odessa und Mariupol: In beiden südukrainischen Städten töteten nationalistische Hooligans bzw. Soldaten zahlreiche Regierungsgegner. Für deutsche Medien waren die Opfer konsequent pro-russische Kräfte. Bilder: Aus YouTube-Videos vom 4. Mai (links) und 9. Mai (rechts).

Schwere handwerkliche Fehler

Moralische Doppelstandards sind das eine - berufsethische Verfehlungen das andere. Quasi wöchentlich treten neue grobe handwerkliche Fehlleistungen deutscher Medien im Ukraine-Konflikt zu Tage. Aktuellste Beispiele für das kollektive Recherche-Versagen sind die Waffen der "Separatisten", das Wiener Dokument, völkerrechtliche Streitpunkte und auch das Ignorieren des westlichen Wirtschaftskrieges gegen Russland.

Wo sind die Waffenexperten, die aufklären könnten, ob die Ausrüstung der Aufständischen tatsächlich nur aus russischen Militärbeständen stammen kann? Wo sind die Völkerrechtler, die das Für und Wider der gegenteiligen Positionen zum Krim-Anschluss darstellen? [36] Wo ist die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Wiener Dokument und der Abgleich dessen mit dem Vorgehen der Bundeswehr-Soldaten in der Ost-Ukraine? Warum lassen Redaktionen den westlichen Wirtschaftskrieg [37] gegen Russland quasi außen vor? Welche rechtlichen Grundlagen gibt es eigentlich für Sanktionen und Boykotte? Zahlreiche Themengebiete für kritischen Journalismus.

Statt all dieser Fragen besprechen die "Qualitätsmedien" hierzulande Umarmungsfotos von Geburtstagsfeiern, erstellen Putin-Psychogramme und liefern bunte Grafiken zu den Waffenarsenalen der Nato und Russlands. An den Haaren herbeigezogene Szenarien wie ein russischer Angriff auf das nordatlantische Bündnis finden genauso Raum wie Rüstungsaufrufe von Rüstungslobbyisten.

Festzuhalten bleibt: Viele hiesige Journalisten meiden innerukrainische Erklärungen für einen innerukrainischen Konflikt so gut es geht. Gleichzeitig präsentieren sie mit Russland/Putin einen Schuldigen, auf den sie alles abwälzen. Positionen und

Sprachregelung westlicher Akteure werden vorschnell übernommen und deren Argumente nur selten auf Stimmigkeit geprüft. Kritisches Nachhaken fällt aus.

Die Permanenz und das breite Auftreten all dieser Missstände seit November 2013 sprechen klar für Vorsatz bei Chefredakteuren, Ressortleitern und Herausgebern deutscher Medien. Genauso klar ist die Konsequenz daraus: Desinformation darf nicht zur Zukunft medialer Konflikt-Berichterstattung werden.

Erschienen am 16.05.2014

Marcus Klöckner

Leitartikler und Machteliten

Herausgeber der ZEIT beschwert sich beim ZDF - Satire-Sendung "Die Anstalt" erhält Unterlassungserklärungen

Leitende Redakteure der Wochenzeitung Die Zeit haben über Jahre deutsche Politiker zu verschwiegenen Bilderberg-Konferenzen eingeladen, darunter auch Helmut Kohl. Auch Spitzenjournalisten von anderen großen Medien sind in diversen Elitenetzwerken aktiv. Seitdem die Satire-Sendung "Die Anstalt" vor einem Millionenpublikum auf die Netzwerke deutscher "Alpha-Journalisten" aufmerksam gemacht hat, brodelt es hinter den Kulissen.

Josef Joffe, Herausgeber der Zeit, beschwerte sich beim Chefredakteur des ZDF, Peter Frey über angeblich falsche Darstellungen in der Satire-Sendung. Die "Anstalt"-Redaktion durfte sich mit Unterlassungserklärungen auseinandersetzen, die ihr der Herausgeber und ein Redakteur der liberalen Zeitung haben zukommen lassen. Und Stefan Kornelius, Leitartikler der Süddeutschen Zeitung, wies gegenüber dem NDR-Medienmagazin Zapp Kritik an seiner Nähe zur Elite zurück.

Doch was hat es mit den Verbindungen zwischen Journalisten zu Think Tanks und Elite-Zirkeln auf sich? Wirken sich die Verbindungen in den Einflusssphären der diskreten Elite-Macht auch auf die Berichterstattung aus? Oder aber: Ist die Kritik möglicherweise gar nicht gerechtfertigt? Ein Debattenbeitrag.

Dürfen Journalisten in Elite-Zirkeln zusammen mit den Mächtigen sitzen?

Seitdem die Satire-Sendung "Die Anstalt" zur besten Sendezeit im ZDF die vielfältigen Interaktionsmuster von Journalisten in Think Tanks und politischen Netzwerken für ein Millionenpublikum transparent gemacht haben, rumort es hinter den Kulissen des ein oder anderen Medienbetriebs. Die Frage zwischen Nähe und Distanz von Journalisten und den big shots aus Politik und Wirtschaft hat eine neue Dynamik bekommen. Die Diskussion ist keine einfache.

Haben sich deutsche Spitzenjournalisten durch ihre engen Verbindungen in elitäre Netzwerke von den Reichen und Mächtigen vereinnahmen lassen? Für den Journalismus wäre das eine besorgniserregende Erkenntnis. Oder aber entbehren die Vorwürfe, die jüngst geäußert wurden, jeder ernstzunehmenden Grundlage? Dann wäre das auch bitter. Nämlich für die Kollegen, denen zu Unrecht Vorwürfe gemacht werden.

Durch "Die Anstalt" hat nun ein Millionenpublikum von den Verflechtungen deutscher Top-Journalisten in machtelitäre Strukturen erfahren. Und das kommt für die Medien zu einer Unzeit. Gab es jemals einen größeren Konflikt zwischen den Deutungsnarrativen der Leitmedien und den ihrer Leser als gegenwärtig? Die unterschiedlichen Interpretationen der Ukraine-Krise zeigen einen wohl sehr grundsätzlichen Konflikt, der schon seit vielen Jahren schwelt, nur nochmal hoch aufgelöst.

Man muss nicht lange in den Foren der großen Medien lesen, um bei zentralen gesellschaftlichen und politischen Themen den Unmut von Mediennutzern über einen ihrer Meinung nach viel zu unkritischen, weichgespülten und einseitigen Journalismus zu finden. Von einer Hofberichterstattung und, ja, manchmal wird es richtig deftig: von "Medienhuren" ist da die Rede.

Das Verhältnis zwischen Leitmedien und ihren Nutzern ist also nicht das Beste - um es vorsichtig zu formulieren. Und gerade in dieser

Situation ist eine Diskussion entstanden, die geradezu in den Kern dessen stößt, was die Leitmedien oder besser: ihre Qualität, ausmachen. Es geht um nichts Geringeres als um die Glaubwürdigkeit der großen Publikationsorgane.

Müssten Journalisten eigentlich nicht einen professionellen Abstand zu denjenigen wahren, über die sie schreiben und auf die sie mit einem kritischen Auge blicken sollten? Natürlich. Und wäre das der Gradmesser, dann würden die Journalisten, die sich immer wieder durch die erlauchten Hallen der informellen Elite-Macht bewegen, alles andere als gut wegkommen. Doch so einfach ist es nicht. Es gibt auch noch eine andere Seite.

"Hintergrundinformationen und Kontakte sind für Journalisten Schwarzbrot. So lange die Kollegen sich nicht instrumentalisieren oder korrumpieren lassen ist das in Ordnung", sagte einmal der Leiter der Evangelischen Journalistenschule zu Telepolis.

Und damit hat er Recht. Journalisten sind natürlich auf gute Kontakte angewiesen. Gute Kontakte können zu guten Informationen führen. Gute Informationen können zu einer guten Geschichte führen. Und davon lebt letztlich auch der Journalismus. Kann man einem Journalisten also pauschal vorwerfen, dass er sich dort bewegt, wo für ihn, für sein Ressort, für sein Fachgebiet oder Thema wichtige Kontakte entstehen können? Anders gefragt: Kann man also einem Journalisten pauschal vorwerfen, dass er auch in einem Think Tank vorbeischaut?

Nein, gewiss nicht. Ist die Diskussion also zu Ende? Nein, denn so einfach, wie gerade eben dargestellt, sind die Verhältnisse leider nicht.

Heimliche Komplizenschaft zwischen Machteliten und Alpha-Journalisten?

Die akademische Grundlage für die aktuelle Diskussion um die Frage, inwieweit die Vernetzung deutscher Spitzenjournalisten sich negativ auf eine ausgewogene Berichterstattung auswirkt, bietet der Journalismusforscher Uwe Krüger mit seiner Studie "Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten". Eine Studie, die letztlich auch Grundlage für den Beitrag in "Die Anstalt" war und die genügend Zündstoff bietet. Krüger wollte wissen, wie eng der Kontakt zwischen deutschen Spitzenjournalisten und anderen Eliten ist. Eine aufwändige Netzwerkanalyse brachte ans Licht: Führende Leitartikler und Top-Journalisten sind eng in Elite-Netzwerke eingebunden und ihre Sicht auf "die Verhältnisse", wie sie in ihren Artikeln zum Vorschein kommt, deckt sich erstaunlich oft mit der Sicht des "Eliten-Milieus" in dem sie unterwegs sind (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten").

Ist das der Beweis für eine heimliche Komplizenschaft zwischen Machteliten und Alpha-Journalisten? Hofberichterstattung im 21. Jahrhundert? Nein. Aber durch seine Forschung hat Krüger etwas herausgefunden, was ernst zu nehmen ist.

Erstens: Mancher Journalist hat nicht nur Kontakte zu elitären Kreisen, nein, er ist sehr, sehr eng mit den informellen Zirkeln der Macht vernetzt. Zweitens: Die von ihm analysierte Berichterstattung kennzeichnet sich gerade nicht durch eine kritische Haltung zu diesen Zirkeln, sondern sie spiegelt eine starke inhaltliche Nähe zu den in diesen Netzwerken vorhandenen Meinungen und Sichtweisen wider.

Das bedeutet zunächst einmal, dass zur Kenntnis genommen werden muss, wie eng diese Verzahnung zwischen führenden Journalisten und Organisationen und Gruppen mit politischer Ausrichtung ist. Daraus ergibt sich die Grundlage für die

gegenwärtige Diskussion. Die Frage, nach der Nähe zwischen Journalisten und dem machtelitären Milieu muss neu gestellt und muss im Hinblick auf die neuen Erkenntnisse, wie sie die Studie zu Tage fördert, neu beantwortet werden.

Der Leiter der RTL-Journalistenschule, Leonhard Ottinger, sagte einmal gegenüber Telepolis im Hinblick auf die Frage, wie er es bewertet, wenn die Weltelite sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit Journalisten zu einer dreitägigen Geheimkonferenz trifft ("Einen 'Schweigepakt' kann ich mir nur schwer vorstellen"):

> » *Politiker, Führungskräfte und Journalisten treffen sich in unterschiedlichsten Konstellationen immer wieder zu Hintergrundgesprächen, vertraulichen Runden etc. Wenn die Beteiligten sich darauf verständigen, dass Gesprächsinhalte nicht sofort an die Öffentlichkeit getragen werden sollen, ist dies eine nicht unübliche Verabredung.* «

Und Theo Sommer, ehemaliger Chefredakteur der Zeit und selbst über mehrere Jahre aktiv eingebunden in einem verschwiegenen Zirkel der Machtelite, mochte auch keine Kritik gelten lassen. Er sagte in einem Interview mit Uwe Krüger:

> » *Ich habe nie empfunden, dass ich da Verrat an meiner Profession übe. Ich darf zwar nicht berichten über die Tagung, habe aber als Journalist durchaus meinen Nutzen davon. In diesen zwei, drei Tagen habe ich doch so viel gehört, was ich als Leitartikler in den nächsten sechs Monaten irgendwo unterbringen kann.* «

Beide Aussagen muss man zur Kenntnis nehmen und sie sind für die Debatte wertvoll. Zeigen sie doch, dass es - und die Aussagen von Ottinger und Sommer sind hier nur als Beispiele zu sehen - zumindest von einigen Akteuren in den Medien als ganz normal und überhaupt nicht anrüchig empfunden wird, wenn Journalisten sich zu vertraulichen Runden mit den Mächtigen dieser Welt begeben und über das dort Gesagte die Öffentlichkeit nicht umfassend informieren.

Pauschal kann man dieses Verhalten auch nicht verurteilen, aber: Es sollte Konsens unter Journalisten bestehen, dass sich hier auf einem schmalen Pfad bewegt wird.

Zwei Beispiele, die den Unterschied demonstrieren

Wenn man als Journalist schon einen exklusiven Zugang zu den machtelitärsten Zirkeln, die es auf dieser Welt gibt, erhalten, hat, bedeutet das nicht zugleich, dass man denjenigen, die einem diesen Zugang ermöglicht haben, viel zu nahe gekommen ist? Ist man als Journalist dann nicht längst schon "korrumpiert"? Hat man dann nicht längst eine Art Beißhemmung, eine, die man womöglich noch nicht mal mehr selbst bemerkt? Um sich einer Antwort anzunähern, sollen zwei Beispiele angeführt werden.

Vom 27. September bis zum 1. Oktober 1995 fand in San Francisco ein exklusives Treffen der Weltelite statt. Nur drei Journalisten durften an dem Treffen, zu dem 500 zentrale Persönlichkeiten dieser Welt gekommen waren, teilnehmen. Einer davon: Der deutsche Journalist Hans-Peter Martin, der auch für den Spiegel und die Zeit gearbeitet hat.

Ihm gelang es also, Zutritt zu einer handverlesenen Runde zu bekommen. Er "gehörte" quasi plötzlich selbst zu einem sehr erlauchten Kreis. Doch, was machte er?

Er berichtete darüber, was er auf der Konferenz beobachten konnte und was dort so vor sich ging. Zum Beispiel, so schreibt Martin, wurde bei diesem Treffen der Mächtigen eine neue Gesellschaftsordnung skizziert: "Reiche Länder, ohne nennenswerten Mittelstand - und niemand widerspricht", heißt es in dem Buch "Die Globalisierungsfalle", dass 1996 erschien und ein Bestseller wurde.

19 Jahre sind seit dieser Konferenz nun vergangen. Bei Spiegel Online ist gerade unter der Überschrift "Portugals soziale Krise: Millionenfaches Elend" zu lesen:

> » *Portugal verlässt den Euro-Rettungsschirm, doch die Bürger zahlen dafür einen hohen Preis. Harte Sparprogramme haben die Mittelschicht zerstört, soziale Netze zerfetzt. 2,5 Millionen Menschen leben am Rande der Armut.* «

Zweites Beispiel. Nicht erst seit Spiegel Online 2012 konstatierte, der Grünen-Politiker Jürgen Trittin habe ein "Bilderberg-Problem", ist einer der wohl gewichtigsten Zirkel der westlichen Machteliten auch den Medien ein Begriff. Seit einigen Jahren tauchen hier und da immer mal wieder Berichte über die Bilderberg-Gruppe auf, doch über viele Jahre gab es so gut wie keine Berichterstattung in den Medien.

Der Zirkel der Bilderberger setzt sich zusammen aus wichtigen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Militär, Geheimdiensten, Medien, Wissenschaft und dem Adel. Wenn sich "die Bilderberger" einmal im Jahr zu einer dreitägigen Konferenz unter Ausschluss der Öffentlichkeit treffen, wenn man so will: zu einer Geheimkonferenz, dann sind auch Verleger und einige wenige Journalisten anwesend.

In Deutschland hatte die Wochenzeitung Die Zeit einen festen Platz im Kreise der gut 140 Bilderberger.

Über viele Jahre nahmen leitende Journalisten der ZEIT an der Konferenz teil, doch sie haben nie darüber berichtet. Ja, sie nahmen nicht nur an den Konferenzen teil, sie waren sogar fest in die Gruppe, im Lenkungsausschuss, integriert und haben deutsche Spitzenpolitiker, die an der Konferenz teilnehmen sollten, eingeladen, darunter auch Helmut Kohl. Das offenbarte der ehemalige Chefredakteur der Zeit, Theo Sommer, in einem Interview:

> » *Theo Sommer: Ich erinnere mich, dass ich in den 1980er Jahren, noch ehe er Kanzler wurde, Helmut Kohl eingeladen habe. Man hat immer versucht, die kommenden Leute mit heranzuziehen. Horst Teltschik hatten wir da, und Genscher sowieso. Wir hatten auch Edmund Stoiber mal dort und Kurt Biedenkopf.* «

Und auch der Grünen-Politiker Jürgen Trittin bestätigte diese Praxis gegenüber Telepolis ("Ist es nicht eine echte Sauerei, dass in einer Demokratie Interessen verfolgt werden?"):

> » *Eingeladen wurde ich durch den Internationalen Korrespondenten der Wochenzeitung "Die Zeit", Matthias Nass.* «

Die Beispiele verdeutlichen: In dem einen Fall gelingt es einem Journalist Zugang zu einer exklusiven Zusammenkunft der Mächtigen zu bekommen. Er ist nur einer von insgesamt drei Journalisten, die bei dieser Tagung teilnehmen durften. Durfte man ihm also alleine anhand der Tatsache, dass er an der Konferenz teilgenommen hat, unterstellen, er sei einen Nichtangriffspakt mit den

Mächtigen eingegangen? Nein, denn Martin hat das gemacht, was Journalisten tun sollten: Öffentlichkeit herzustellen, wo es nötig ist.

Im zweiten Beispiel wurde aber genau das unterlassen. Es mag sein, dass die Journalisten, die das Schweigegebot der Bilderberg-Konferenzen akzeptierten, Zugang zu wertvollen Informationen erhalten haben, die sie später dann auch in ihren Artikeln verwenden konnten. Doch: Transparenz, was Quellen angeht, gibt es in diesem Fall keine. Der Leser kann die so angebotenen Informationen nicht in ihren jeweiligen Entstehungskontext einordnen, er kennt keine Hintergründe. Und: Welche Rolle spielt der Journalist, der sich auf diese Konferenzen einlässt, seine Leser nicht über die Zusammenkünfte aufklärt und stattdessen hier und da Informationen in seine Artikel eintröpfeln lässt, die möglicherweise sogar "machtelitär kontaminiert" sein können?

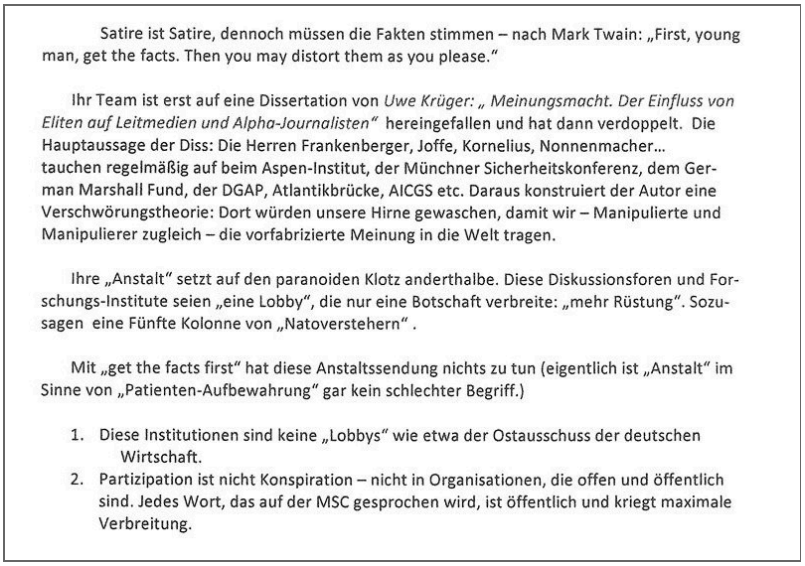
Wenn ein Journalist einen Politiker zu einer verschwiegenen Konferenz einlädt und so direkt oder indirekt mit darüber entscheidet, wer ein "kommender" wichtiger Politiker sein wird, ist er dann nicht selbst Akteur? Das ist eine Rolle, die ihm nicht zusteht. Es sind Fragen, die sich selbstverständlich stellen.

Immerhin: Bei der diesjährigen Bilderberg-Konferenz in Dänemark wird kein Journalist der Zeit dabei sein - zumindest, wenn es stimmt, was derzeit an die Öffentlichkeit dringt. (Neue Feindsender?). Demnach wäre das Mandat bei Bilderberg nun an den Chefredakteur der Zeit, Giovanni di Lorenzo, übergegangen, doch dieser habe das Mandat abgelehnt. Warum Giovanni di Lorenzo die Tradition der Zeit bricht und nicht an der Konferenz teilnehmen wird, ist unklar. Die Zeit gibt sich bedeckt und lässt, wie Telepolis berichtete, durch einen Sprecher mitteilen, man wolle nichts weiter dazu sagen.

"Satire ist Satire, dennoch müssen die Fakten stimmen"

Die Zeit erfährt gerade leidvoll was es heißt, wenn ein Redakteur an einem Strategiepapier in Sachen Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik für einen Think Tank mitgewirkt hat, dann über dieses Papier in einem Artikel schreibt, aber nicht angibt, dass er selbst an der Erstellung des Papiers beteiligt war (Telepolis berichtete: Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht - Mittlerweile findet sich eine entsprechende Offenlegung unter dem Artikel). Von den über 500 Kommentaren unter dem aktuellen Artikel des Autors finden sich viele Leserstimmen, die die Nähe zu den Denkfabriken, in denen der Autor sich bewegt, kritisieren.

Nun hat sich Josef Joffe, Herausgeber der Zeit, beim Chefredakteur des ZDF in einem Brief beschwert. Es geht um angeblich falsche Behauptungen, die in der "Anstalt" gemacht wurden. Joffe, aber auch ZEIT-Journalist Jochen Bitter, der ebenfalls Gegenstand des satirischen Beitrages war, haben überdies der "Anstalt"-Redaktion noch jeweils eine Unterlassungserklärung zukommen lassen.



Satire ist Satire, dennoch müssen die Fakten stimmen – nach Mark Twain: „First, young man, get the facts. Then you may distort them as you please."

Ihr Team ist erst auf eine Dissertation von *Uwe Krüger: „ Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten"* hereingefallen und hat dann verdoppelt. Die Hauptaussage der Diss: Die Herren Frankenberger, Joffe, Kornelius, Nonnenmacher… tauchen regelmäßig auf beim Aspen-Institut, der Münchner Sicherheitskonferenz, dem German Marshall Fund, der DGAP, Atlantikbrücke, AICGS etc. Daraus konstruiert der Autor eine Verschwörungstheorie: Dort würden unsere Hirne gewaschen, damit wir – Manipulierte und Manipulierer zugleich – die vorfabrizierte Meinung in die Welt tragen.

Ihre „Anstalt" setzt auf den paranoiden Klotz anderthalbe. Diese Diskussionsforen und Forschungs-Institute seien „eine Lobby", die nur eine Botschaft verbreite: „mehr Rüstung". Sozusagen eine Fünfte Kolonne von „Natoverstehern" .

Mit „get the facts first" hat diese Anstaltssendung nichts zu tun (eigentlich ist „Anstalt" im Sinne von „Patienten-Aufbewahrung" gar kein schlechter Begriff.)

1. Diese Institutionen sind keine „Lobbys" wie etwa der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft.
2. Partizipation ist nicht Konspiration – nicht in Organisationen, die offen und öffentlich sind. Jedes Wort, das auf der MSC gesprochen wird, ist öffentlich und kriegt maximale Verbreitung.

Aus dem Brief von Josef Joffe an ZDF-Chefredakteur Peter Frey. Joffe verschickt den Brief auch an Leser, die Kritik äußerten.

Dass die Vertreter einer liberalen Zeitung gleich mit schweren Geschützen gegen zwei politische Kabarettisten auffahren, die bei ihrer satirischen und beispielhaften Darstellung nicht den Maßstab verwendet haben, der an einen "Monitor"-Beitrag angelegt wird, lässt tief blicken.

Doch auch die Waffen der Juristen helfen nicht: Eine sachliche Auseinandersetzung, die auf Argument und Gegenargument basiert, ist dringend notwendig.

Es bringt nichts, wenn Stefan Kornelius, Chefleitartikelschreiber bei der Süddeutschen Zeitung und selbst gut vernetzt, die Kritiken pauschal zurückweist. Kornelius hatte sich mit dem NDR-Medienmagazin ZAPP in Verbindung gesetzt, um in einem Gespräch seine Sicht der Dinge darzulegen:

> » *Und jetzt hat zum Beispiel Krüger in der Studie behauptet, durch diese Nähe entstünde auch eine inhaltliche Affinität, wir würden das übernehmen. Das halte ich für wahnsinnig gewagt, das ist eine extrem schwierige kommunikationswissenschaftliche These. Er beansprucht quasi, in unsere Hirne reinzukriechen und zu sagen: Nur weil wir da Mitglied sind, beten wir das wieder, was die sagen. (…) Ich finde diese Form diskreditierend und deswegen wehre ich mich jetzt dagegen, weil ich erstens diese Institutionen nicht in diesem wirklich wüsten Licht sehe.* «

Würde Krüger so verkürzt argumentieren, dann könnte man die Reaktion von Kornelius verstehen. Doch: Der Journalismusforscher argumentiert differenzierter, setzt sich in seiner Arbeit mit der Theorie der Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann auseinander und verwendet für seine Argumentation das "Konzept des sozialen

Kapitals" des französischen Soziologen Pierre Bourdieu. In einem Interview mit Telepolis sagte Krüger:

> » *Ich will den Journalisten nicht unterstellen, sie würden solche Sachen schreiben, weil sie in diesen Netzwerken sind und fremde Hände ihre Feder geführt hätten. Denkbar ist auch der umgekehrte Weg: Weil die Journalisten schon vorher eine ähnliche Meinung wie die Eliten hatten, sind sie in dieses Milieu überhaupt erst aufgenommen worden.* «

Kornelius ignoriert allerdings diese nicht unwichtige These. Er sagt weiter:

> » *Das ist ja eigentlich auch so die Botschaft hinter der "Anstalt", dass da alle Zeitungen, alles, von der ZEIT bis zur FAZ, und die taz kriegt's ja übrigens auch ab in der Studie von Krüger, also alle etablierten Medien kriegen eins aufs Dach. Und da muss man sich ja eigentlich fragen: Ups, was haben wir eigentlich noch für eine Legitimation? Ich glaub schon, dass wir sie haben, weil wir den Job länger machen, weil wir das auch besser eingeübt haben und uns auch stärker journalistisch bemühen. Und das will ich mir nicht kaputtmachen lassen, indem man die Foren, in denen ich journalistisch arbeite, als Quelle arbeite, kaputtmachen lasse.* «

Kann es nur darum gehen, dass man sich etwas "nicht kaputtmachen" lassen möchte? Ist Uwe Krüger der Raufbold im Sandkasten, der anderen Kindern das Spielzeug zertritt? Natürlich nicht. Es ist nicht konstruktiv, den Kern der Kritik, die im

Zusammenhang mit Journalisten und ihren Eliten-Netzwerken geäußert wird, inhaltlich soweit zu reduzieren, dass am Ende ein völlig verzerrtes Bild bleibt.

Mit etwas mehr Ruhe und Sachlichkeit in der Diskussion könnte man nicht nur über die Frage deutscher Spitzenjournalisten und ihrer Nähe zu Eliten-Kreisen diskutieren, man könnte vielmehr auch eine für unsere Gesellschaft und vor allem: für unsere Demokratie nicht unerhebliche Frage stellen: Welche Einfluss haben die vielen Think Tanks, Stiftungen und machtelitären politischen Elite-Zirkel, in denen auch die Meinungsmacher der Leitmedien unterwegs sind, auf die Politik und unsere Gesellschaftsordnung?

Die Machtstrukturforschung

Wenn, wie in dem ersten Beispiel oben angeführt, 1995 auf einer Konferenz der Mächtigen ein Redner eine neue Gesellschaftsordnung skizziert, in der der Mittelstand in den reichen Ländern weggebrochen ist und man nun, 19 Jahre später, die Schlagzeile vom "Millionenfachen Elend in Portugal liest", könnte man doch mal fragen, ob es da eine Verbindung gibt. Oder: Ist so eine Frage bereits Verschwörungstheorie? Nein, natürlich nicht. Sie führt vielmehr zu einem Zweig der Soziologie: Der "power structure research" bzw. der Machtstrukturforschung.

Die Machtstrukturforschung hat längst aufgezeigt, dass es einen vorgelagerten politischen Formationsprozess einer Machtelite gibt. Die Machtstrukturforschung hat uns gezeigt, wie umfassend die Strukturen und verborgenen Interaktionsmuster der Machteliten in dieser Welt sind und wie der Einfluss aus diesen Strukturen auf die Gesellschaft und die Politik aussieht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen: Es gibt "Vordenker der Weltpolitik."

Ist es nicht auch Aufgabe eines kritischen Journalismus, die für viele Menschen völlig verborgenen und intransparenten Organisationen und Zirkel der Mächtigen zu durchleuchten und aufzuzeigen, welche Rolle sie spielen? Natürlich. Der Journalist Wilhelm Bittdorf etwa hat einmal im Spiegel die Rolle des mächtigen Council on Foreign Relations in den USA thematisiert. Er zitiert den Machtstrukturforscher G. Williams Domhoff aus seinen Studien:

> » *Der Council ist das entscheidende Verbindungsglied zwischen den großen Konzernen und der Regierung... Die Wichtigkeit dieser Vereinigung für das Verständnis der Grundmotive und Grundlinien amerikanischer Weltpolitik kann kaum hoch genug veranschlagt werden ... Dennoch haben die allermeisten Bürger dieses Landes, das sich für das bestinformierte Gemeinwesen aller Zeiten hält, keine Ahnung von der Existenz eines solchen Gremiums ...* «

Leider scheint der Journalismus in dieser Beziehung weit zurückgefallen zu sein. Der Artikel stammt aus dem Jahr 1975.

Sollte der Wert der Informationen, die "Bilderberg-Journalisten" auf den Konferenzen erhalten, tatsächlich größer sein als der Wert, den eine Berichterstattung hat, die ihre Leser darüber informiert, dass es diese Konferenzen gibt und was dort gesagt wird?

Der Beitrag aus der "Anstalt", in dem die Hintergründe deutscher Spitzenjournalisten angesprochen wurde, hat die Zuschauer elektrisiert. Sie spüren, dass es hier einen blinden Fleck in ihrem Wissen und in der Berichterstattung der Medien gibt.

Wer zur Bilderberg-Konferenz, zum Treffen der Machtelite am Bohemian Grove samt seines bizarren Rituals oder zur Atlantik-

Brücke keinen kritischen Bericht in den Leitmedien findet, dem bleibt nichts anderes übrig, als eben das Internet zu bemühen.

Dem Journalismus der Leitmedien wird immer wieder ein gewaltiger "Bias" vorgeworfen, wenn es um die Deutungsnarrative zu aktuellen gewichtigen gesellschaftspolitischen Themen (siehe Ukraine-Krise) geht.

Vielleicht hängt diese angeprangerte Eindimensionalität in der Berichterstattung gerade auch mit der offensichtlich starken Verwurzelung von so manchem Spitzenjournalist im Eliten-Milieu zusammen. Ihr Habitus, ihre Denke, ihre Selektionskriterien, ja ihre Wahrnehmungs- und Interpretationsschemata entsprechen, das darf man annehmen, in etwa denjenigen, deren Politik und Handeln sie eigentlich kritischer beobachten sollten. Je näher der Kontakt gepflegt, je länger die Verbindungen dauern, umso mehr verschmelzen die beiden Gruppen miteinander, die doch eigentlich viel weiter auseinander stehen sollten. Und daraus resultiert dann ein "Meinungspluralismus" in den obersten Sphären des Journalismus, der leider nicht so pluralistisch ist, wie behauptet.

Die Mediennutzer haben das gemerkt - und lassen es die Medien auch wissen. Es ist an der Zeit, dass die Distanz zwischen Journalisten und Machteliten größer wird.

Erschienen am 23.05.2014

Paul Schreyer

"Mit dem gebotenen Hohn"

Zeit-Herausgeber Josef Joffe äußert sich zum Vorwurf der zu engen Vernetzung mit den Eliten, Medienwissenschaftler Uwe Krüger antwortet auf die Kritik Joffes

Dass führende Journalisten deutscher Leitmedien mit Lobbyverbänden verbandelt seien und eine entsprechend ähnliche Meinung, insbesondere bei außenpolitischen Fragen, vertreten, hatte man vor gar nicht langer Zeit noch als realitätsfremde Verschwörungstheorie betrachtet. Wissenschaftler, die dazu forschten, wurden weitgehend ignoriert. Die ZDF-Satiresendung "Die Anstalt" hat mit einem Beitrag zum Thema nun Bewegung in die Debatte gebracht - und führende Leitartikler (Leitartikler und Machteliten) erstmals zu Stellungnahmen und Rechtfertigungen genötigt.

Zeit-Herausgeber Josef Joffe, bekannt für dezidiert pro-amerikanische Positionen und gut vernetzt in Elitenkreisen, wollte den investigativen Kabarettbeitrag so jedenfalls nicht auf sich sitzen lassen. Zum einen sandte er ein Unterlassungsbegehren ans ZDF (das laut Aussage einer Sprecherin des Senders gegenüber Telepolis vom ZDF allerdings zurückgewiesen wurde), zum anderen formulierte er Anfang des Monats auch einen Beschwerdebrief, gerichtet direkt an den ZDF-Chefredakteur Peter Frey, und ließ diesen im P.S. wissen:

> » *Nachdem bei der Zeit viele Protest- und Kündigungsbriefe eingegangen sind, erlaube ich mir,*

diesen Einsendern eine Kopie dieses Schreibens zu schicken. «

Joffe war offenkundig verärgert und wollte seinen Unmut zumindest halböffentlich kundtun. So fand sein Brief über mehrere Ecken nun auch den Weg in die Telepolis-Redaktion. Was der Herausgeber der renommierten Wochenzeitung dort an Argumenten anführt, lässt sich frei übertragen so zusammenfassen:

- Bei den Think Tanks, mit denen man mehr oder minder eng verbunden sei, handle es sich nicht um "Lobbys",
- alles sei transparent, nichts werde verheimlicht,
- es gebe keine einheitliche Meinung in diesen Institutionen, sondern kontroverse Debatten,
- dass viele transatlantische Verbände "mehr Rüstung" forderten, sei so richtig wie selbstverständlich.

Ein letztes Argument versieht Joffe mit der Überschrift "Eitelkeitsverweis" und schreibt:

» *Ich glaube für alle "Ko-Konspiratoren" zu sprechen, wenn ich mit dem gebotenen Hohn zurückweise, wir dächten und schrieben alle irgendwie gleich. «*

Im Übrigen solle sich das ZDF um Faktentreue bemühen. Der Beitrag der "Anstalt" sei "kein guter Journalismus" und die ihm zugrundeliegende Dissertation des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger (Journalismusforschung: "Ganz auf Linie mit den Eliten") "keine gute Wissenschaft".

Telepolis befragte Uwe Krüger nun zu diesen Aussagen.

▶ Herr Joffe sagt, Sie hätten mit Ihrer Doktorarbeit zu Elitenetzwerken in den Medien eine "Verschwörungstheorie konstruiert". Wie kommentieren Sie diese Einschätzung?

Uwe Krüger: Weder behaupte ich eine Verschwörung noch behaupte ich, dass in diesen Organisationen Gehirne gewaschen werden. Ich stelle die These auf, dass in diesen Organisationen bzw. auf diesen Veranstaltungen ein außen- und sicherheitspolitischer Eliten-Diskurs läuft, an dem die Journalisten teilnehmen und in dessen Rahmen sie sich dann auch in ihren Artikeln bewegen. Diese Vermutung basiert auf Inhaltsanalysen von Artikeln zu den Themen erweiterter Sicherheitsbegriff, Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr und Münchner Sicherheitskonferenz. Im Übrigen vermute ich, dass nur solche Journalisten Mitglied einer Organisation werden, die schon vorher in grundlegenden Fragen mit ihr übereingestimmt haben.

▶ Joffe meint, die außenpolitischen Institutionen, in denen er und andere Journalisten eingebunden sind, wären keine Lobbys. Stimmt das so aus Ihrer Sicht?

Uwe Krüger: Die meisten dieser Institutionen dienen der Festigung und Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft. Insofern geht es schon um Interessengruppen, die in bestimmten politischen Fragen eine gemeinsame Meinung vertreten und dieser Geltung zu verschaffen suchen.

▶ Der Herausgeber der Zeit verweist darauf, dass nichts im Geheimen geschehe und nennt die Münchner Sicherheitskonferenz als Beispiel transparenter und öffentlicher Debatten. Ihre Erwiderung dazu?

Uwe Krüger: Die Münchner Sicherheitskonferenz ist mit ihrem Livestream im Internet tatsächlich eine recht transparente Veranstaltung, sieht man einmal vom Hinterzimmer-Bereich und den Abendveranstaltungen ab. Das gilt aber längst nicht für alle fraglichen Organisationen - Stichwort Bilderberg oder Trilaterale Kommission.

▶ Joffe weist den Vorwurf der Uniformität der Meinungen in den mit Think Tanks vernetzten Leitmedien zurück. Ihre Arbeit kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis. Was stimmt?

Uwe Krüger: Man kann ja hitzig über Details diskutieren, während man sich in den großen Fragen einig ist. Meine Inhaltsanalyse ergab ein konsonantes Meinungsbild verschiedener Zeitungen in solchen "großen Fragen": dass Sicherheit breit zu definieren ist, deutsche Interessen weltweit zu verteidigen sind, Deutschland sich stärker militärisch engagieren sollte und die Partnerschaft mit den USA pflegen sollte und dass die Bundesregierung die deutsche Bevölkerung von alledem stärker überzeugen sollte.

▶ Stefan Kornelius, Außenpolitikchef der Süddeutschen Zeitung, hat sich gegenüber dem NDR-Medienmagazin ZAPP ebenfalls von Ihrer Arbeit distanziert. Er hält Ihre Schlussfolgerungen für "wahnsinnig gewagt". Überrascht es Sie, dass eine Satiresendung wie die "Anstalt" einige der führenden Journalisten Deutschlands nun zu Stellungnahmen nötigt, die diese Personen in der Vergangenheit Ihnen gegenüber auf Anfrage noch verweigerten?

Uwe Krüger: Ich nehme an, dass der Druck nach einer Fernsehsendung mit Millionenpublikum recht hoch geworden ist. Sichtbar sind jedenfalls Shitstorms unter

Online-Artikeln, und offenbar gab es auch Abbestellungen von Abos.

▶ Was fordern Sie von Journalisten wie Joffe und Kornelius, oder allgemeiner gesagt, von den politischen Redaktionen der Leitmedien?

Uwe Krüger: Ich fordere mehr Distanz zu Eliten und Machthabern: sich nicht einbinden zu lassen, an Veranstaltungen zwar teilzunehmen, aber nicht Mitglied, Beirat oder Kurator zu werden, und sich ernsthaft mit anderen Perspektiven und Diskursen auseinanderzusetzen. Wer etwa jedes Jahr an der Münchner Sicherheitskonferenz teilnimmt, sollte auch die Gegenveranstaltung, die Münchner Friedenskonferenz, besuchen, um neben dem offiziellen Sicherheitsdiskurs einen alternativen Friedens- und Gerechtigkeitsdiskurs kennenzulernen.

Erschienen am 24.05.2014

Malte Daniljuk

Nachrichten von der Front

Der Krieg macht die Berichterstattung aus Israel und Palästina schwieriger, aber die Heimatredaktionen fordern vor allem eins: Aktualität, möglichst blutig

Berichte von Journalisten aus dem Ausland können nur einen winzigen Ausschnitt der breiten und vielfältigen Realität zeigen. Das Bemühen um das "objektive Bild" stellt sich umso schwieriger dar, wenn Krieg herrscht. Betrifft der Konflikt zudem eine Region, die beim Publikum und in den Heimatredaktionen ganz besonders ideologisch beladen ist, haben Auslandskorrespondenten einen schwierigen Job.

Vor wenigen Tagen hatte der Korrespondent des großen Nachrichtensenders NBC in Gaza, Ayman Mohyeldin, dort seinen letzten Arbeitstag. Vor seinem Hotel am Gaza-Strand spielte er mit einigen Kindern Fußball. Es war der neunte Tag der israelischen Offensive. Als der Journalist bereits auf dem Weg ins Deira-Hotel war, wo auch viele seiner Kollegen und NGO-Mitarbeiter untergebracht sind, tauchte ein Schiff der israelischen Marine auf und eröffnete das Feuer auf die Kinder. "Als die erste Granate am Ufer einschlug, begannen sie wegzurennen. Aber eine weitere traf sie", berichtet einer der Augenzeugen. "Es sah aus, als ob die Einschläge sie jagen." Vier Jungen zwischen neun und elf Jahren, alle aus einer Familie, starben, drei weitere wurden verletzt.

Ayman Mohyeldin berichtete über den Fall für NBC. Er ist ein erfahrener Reporter, seit vielen Jahren in der Region. NBC, eines der ältesten Nachrichtennetzwerke der USA, hatte viel Aufwand betrieben, um ihn als Berichterstatter bei Al Jazeera abzuwerben.

Nach diesem Vorfall zog der Sender Ayman Mohyeldin aus Gaza ab. Laut Glenn Greenwald, der den Fall schilderte, führte der Sender Sicherheitsbedenken an. Allerdings wurde Mohyeldin sofort durch ein anderes Team ersetzt.

Auch Jörg Knocha, vier Jahre Programmmanager der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah, verlässt mitten in der erneuten Konfrontation das Land. "Die Unverhältnismäßigkeit in diesem Konflikt lässt jeden Versuch der Neutralität, manchmal auch der eigenen Objektivität, zur Herkulesaufgabe werden." Man stumpfe ab, beschreibt er die Situation, überflutet von Bildern toter Kinder, die in den Zeitungen erscheinen, schockiert von den Berichten über ungestrafte Angriffe auf palästinensische Zivilisten oder allgemein von den unmenschlichen Lebensbedingungen in Gaza. Er geht davon aus, dass Ayman Mohyeldin durch NBC abgezogen wurde, weil man an seiner Fähigkeit zweifle, "noch objektiv berichten zu können".

Nur bedingt informierend

Ein Forschungsprojekt an der Freien Universität Berlin untersuchte im vergangenen Jahr die Rolle der Medien im Israel-Konflikt. "Es gelingt der deutschen Berichterstattung nur bedingt, adäquates Wissen über die Menschen in Israel und Palästina zu generieren und die Zusammenhänge des Konflikts verstehbar zu machen", beschreibt Professorin Carola Richter die Ergebnisse, die in der aktuellen Ausgabe des Global Media Journal veröffentlicht wurden. Und das, obwohl es in keinem Land der Welt - in Relation zur Bevölkerungszahl - mehr deutsche Auslandskorrespondenten als in Israel und Palästina gebe. Allerdings besteht das grundlegende Problem für Carola Richter nicht in Tendenziösität. Vielmehr sei die Berichterstattung nur "bedingt informierend". In deutschen Medien

würden die der Konfliktparteien zwar plural bewertet, das Problem liege in der "Unterkomplexität" der Berichterstattung.

So bliebe etwa die "alltägliche, strukturelle Gewalt", welche die Gewaltausbrüche bedingt, zunehmend unberücksichtigt. Beispiele dafür sind etwa die Segregation der Palästinenser mittels Mauern oder die illegalen Siedlungen. Diese getrennten Realitäten von Israelis und Palästinensern wirken sich auch auf Journalisten aus. Ob man als Korrespondent in Tel Aviv, in Ramallah oder Gaza lebt, bestimmt unweigerlich den Zugang zu "Problemen, Lebensweisen und Themen". Das, so Professorin Richter, hat auch Auswirkungen auf die Berichterstattung.

Diese eingeschränkte Sichtweise bestimmt noch viel stärker die Arbeit der israelischen und palästinensischen Journalisten. Beispielsweise verfügt nur ein einziges israelisches Medium, die linksliberale Tageszeitung Haaretz, über eine Korrespondentin in den besetzten Gebieten. Palästinensische und israelische Medien behandeln, wie israelische Medienwissenschaftler herausfanden, die eigene Betroffenheit von Gewalt in einem Opfer-Schema. Die Gewalt, die an der anderen Seite verübt wird, versuchen sie hingegen zu rechtfertigen. Diese öffentliche Opfer-Rechtfertigungs-Argumentation, die sich auch in der alltäglichen Berichterstattung, also jenseits der schlimmsten Phasen der Eskalation feststellen lässt, trägt wesentlich dazu bei, die Positionen zu verhärten, glaubt Carola Richter.

Deutsche Journalisten in Israel

Die deutschen Auslandskorrespondenten, die im Rahmen des Projektes der FU-Berlin befragt wurden, sehen sich zum allergrößten Teil als Menschen, die dem Publikum zu Hause die politische und kulturelle Situation erklären. Das spricht dafür, dass die Journalisten

genau den Anspruch haben, den die in Deutschland veröffentlichten Berichte nicht erfüllen. So wollen sie etwa Verständnis für die Positionen der gegnerischen Parteien wecken, wie Eugenia Levine und Marie Louise Posdzich bei ihren Gesprächen herausfanden.

Für einen kleineren Teil der Korrespondenten spielt dabei die deutsche Geschichte eine besondere Rolle. Sie nahmen darauf Bezug, dass sie dazu beitragen könnten, den "Graben", den die Shoa zwischen Deutschen und Israelis hinterlassen habe, zu überbrücken. Teilweise stammen sie in Deutschland aus jüdischen Familien und sehen in ihrer Arbeit vor Ort das "Schließen eines Kreises". Besonders auffällig ist, dass alle befragten Korrespondenten in Israel leben und gute Hebräisch-Kenntnisse deutlich häufiger festzustellen sind als Kenntnisse der arabischen Sprache.

Die Auslandsjournalisten bewerten im Gespräch das Verhältnis zu den Heimatredaktionen zwar positiv. Allerdings stellen Kosten- und Aktualitätsdruck ein großes Problem dar. Die meisten Anfragen aus den Redaktionen fordern Beiträge zu aktuellen Ereignissen, vor allem zu Gewalttaten. "Und seit vier Jahren, abgesehen von diesen ein oder zwei Terroranschlägen, von diesem Gaza-Krieg, gibt es praktisch keinen Terror, keine Kriege mehr. Ich kann wieder mal andere Themen machen, aber das Geld kommt durch Nachrichten und zwar durch möglichst viel Blut", beschreibt einer der Korrespondenten das Problem.

Jenseits dieser redaktionellen Gewalt-Obsession gehen nach Angaben der Journalisten aber vor allem Themen, die besonders originell seien - der "schwule surfende Rabbi". Die Themenvielfalt ließe sich deshalb eher in Berichten über Israel herstellen. In den palästinensischen Gebieten "endet jede Geschichte mit der Besatzung, weil das alle Lebensebenen so durchdringt". Auch ein anderer befragter Journalist hat den Eindruck, dass es bei den

Anfragen aus den Redaktionen "immer mehr um Israel geht", zitieren die Wissenschaftler, "natürlich historisch bedingt, aber auch, weil sie uns kulturell näher stehen".

Wie auch Jörg Knocha sehen die Auslandskorrespondenten in Israel einen Abstumpfungsprozess, der sich auf ihre Arbeit auswirkt. Mit der Zeit sei die Arbeit stärker von "Zynismus und Fatalismus durchdrungen", es stelle sich ein gewisser "Alterszynismus" ein, erklärt einer der dienstältesten Korrespondenten. Ein Journalist führt dies auch auf eine Veränderung bei den Israelis zurück. Er habe viel mit Leuten zu tun, die "der Meinung sind, es ist doch eigentlich alles gut, wie es ist". Zwar habe man als Ausländer das Gefühl, der Konflikt müsse endlich gelöst werden: "Aber viele denken das nicht. Das ist der Punkt, wo man auch privat gegen Wände läuft."

Erschienen am 21.07.2014

Florian Rötzer

"Endlich einmal etwas Handfestes gegen die Schuldigen unternehmen"

Deutsche Medien fordern entschlossenes Vorgehen gegen den Feind Russland und konstruieren (wie in der FAZ) Verschwörungstheorien

Die europäischen Außenminister haben ein wenig dem Druck seitens der USA und von Großbritannien, den Niederlanden und einigen osteuropäischen Regierungen nachgegeben und erneut mit schärferen Sanktionen gedroht. Erst einmal "beschleunigt" man aber nur die Vorbereitung gezielter Strafmaßnahmen gegen Personen und Unternehmen und kündigt weitere Sanktionen an, die schnell verhängt werden können, falls Russland nicht voll kooperiert.

Auch deutsche Medien sind enttäuscht und verlangen mehr Gemeinsamkeit und Entschlossenheit gegen den wieder entdeckten Feind Russland, verkörpert in Putin. Zwar sind die Umstände des vermuteten Abschusses von MH17 noch nicht geklärt, auch über die Verantwortlichen gibt es noch keine hinreichend überzeugenden Beweise. Das stört aufrechte deutsche Journalisten aber nicht weiter. Vorgestern schon hatte der bekannte Transatlantiker Stefan Kornelius in der Süddeutschen "Russlands Schuld" testiert und den Westen zum Handeln aufgefordert, gestern Abend durfte Hubert Wetzel nach der Entscheidung der EU-Außenminister diesen noch einmal die Leviten lesen:

> *» In der Ukraine, so haben die Juristen des Internationalen Roten Kreuzes nun festgestellt,*

herrscht Krieg. Vergangene Woche sind in diesem Krieg mehr als 200 europäische Bürger umgekommen - aus dem Himmel geschossen von einer Flugabwehrrakete. Grund genug, so könnte man meinen, für die europäischen Außenminister, sich nicht wieder einmal nur gegenseitig in ihrer Erschütterung, Empörung und Entrüstung zu bestätigen, sondern endlich einmal etwas Handfestes gegen die Schuldigen zu unternehmen. «

Auch in der Zeit drängt man. Zwar schreibt Carsten Luther: "Der Abschuss von MH17 über der Ostukraine ist noch nicht endgültig aufgeklärt. Trotzdem darf der Westen nicht wieder den Fehler machen, zu lange auf Russland zu warten." Und folgt daraus: "Keine Sanktion ist zu hart." Dabei weiß der Zeit-Journalist genau, was passiert ist:

» *Mögen auch viele Details noch nicht geklärt sein, zeichnet sich immer deutlicher ab: Eine Rakete eines Flugabwehrsystems vom Typ Buk hat die Maschine getroffen, abgefeuert aus einem Gebiet, das komplett unter der Kontrolle der Separatisten ist; die ukrainische Armee hatte keine solchen Einheiten in der Nähe; erdrückende Indizien deuten darauf hin, dass die Separatisten dafür verantwortlich sind. «*

Da werden anderen schnell wieder Verschwörungstheorien vorgeworfen, die es auch reichlich gibt. Man ist immer wieder erinnert an die Zeit vor dem Irak-Krieg, wo auch in deutschen Medien ähnliche Erkenntnisse über die Gefährlichkeit von Saddam Hussein und seine imaginären Massenvernichtungswaffen vorherrschten. Anstatt etwas vorsichtiger zu sein, schlägt man auch jetzt wieder am liebsten im Verein und im Brustton der Überzeugung einander

überbietend drauf und strickt selbst an Verschwörungstheorien über den russischen Schurken, der ähnlich mit schmutzigen Mitteln seine Interessen durchsetzt wie bei Bedarf die USA, die aber den Scharfmachern ebenso sakrosankt zu sein scheinen wie die aus der Maidan-Bewegung hervorgegangene politische Elite und Regierung in Kiew.

Aber ein Artikel in der FAZ macht deutlich, wie bemüht mitunter Journalisten sind, die an der Front der interessierten Wahrheit stehen, Erkenntnisse zu erzeugen, die fürs erste als Verschwörungstheorien gelten dürfen. Konrad Schuller hält sich offenbar für die FAZ in Donezk auf. Er hat, wie er schreibt, zwei separatistische Kämpfer ausgemacht, die eine Geschichte bestätigen, die der Corriere della Sera berichtet hat.

Der Reporter der italienischen Zeitung berichtet von einem Gespräch mit einem separatistischen Milizangehörigen, der sagte, er sei von seinem Kommandeur kurz nach der Explosion zum Absturzort des Flugzeugs geschickt worden. Offensichtlich handelte es sich nicht um einen russischen Söldner, sondern um einen jungen ukrainischen Mann aus der naheliegenden Stadt Torez. Zehn Minuten zuvor hatten sie mit Waffen und Munition auf Befehl einen Lastwagen bestiegen. Die Vorgesetzten sollen dann gesagt haben, die Separatisten hätten ein Flugzeug der "Faschisten" abgeschossen. Man sei an den Absturzort gekommen, um Piloten oder Besatzung festzunehmen oder zu kämpfen, aber nur tote Zivilisten gesehen. Man habe "weiße Objekte" gesehen, die Fallschirme sein können. Sie sollten dann die Leichen bergen und die Unglücksstelle sichern. Der Kämpfer habe sich auch überzeugt gegeben, dass nicht die Separatisten das Flugzeug abgeschossen haben.

Aus der Geschichte lässt sich "guten Willens" herauslesen, dass die lokalen Kommandeure gewusst haben müssen, dass bald ein

Flugzeug abgeschossen wird, aber dass es ein ukrainisches Militärflugzeug sein wird. Man könnte sich auch fragen, woher die lokalen Kommandeure im Voraus hätten wissen sollen, dass ein ukrainisches Flugzeug in die Reichweite einer Flugabwehr kommt. Oder sollte gezielt die Passagiermaschine vom Himmel geholt werden, während man den einfachen Kämpfern vorflunkerte, sie würden auf eine abgestürzte Militärmaschine stoßen? Falls die vom russischen Verteidigungsministerium stammenden Informationen stimmen sollten, ist MH17 über der Ukraine vom vorgesehenen Kurs abgewichen. Sollten die Separatisten dafür verantwortlich sein? Oder hätten sie dies wissen können?

Egal, der deutsche Journalist aus dem Artikel des Corriere die Schlussfolgerung gezogen:

> » *So eine Anordnung unmittelbar nach der Explosion würde zeigen, dass die Separatisten über den Abschuss umgehend Bescheid wussten, was wiederum darauf hinweisen könnte, dass sie selbst das tödliche Geschoss abgefeuert haben.* «

Das ist natürlich sehr viel Konjunktiv, auch zu viel für den Journalisten. Er hat anhand eines Fotos den Interviewten gefunden, der aber ihm nichts mehr erzählen wollte, wohl aber zwei seiner Kollegen, die ihm auch ihre Kampfnamen mitteilten, wie er stolz schreibt. Sie bestätigten die Schilderung, dass sie zur Absturzstelle geschickt worden seien, einer lieferte auch eine nachvollziehbare Begründung:

> » *Lassen Sie mich erklären. Jedes Flugzeug, das hier auftaucht, ist ein feindliches Flugzeug. Weil wir selbst*

keine Flugzeuge haben. Und die Flugzeuge, die hier fliegen, sind feindliche Flugzeuge. «

Er sagte zudem, dass sich zunächst auch die "Bevölkerung der Umgebung" über den Abschuss gefreut habe, was auch zeigt, dass die "Terroristen" einen Rückhalt in der Bevölkerung haben, was aber den FAZ-Journalisten nicht weiter interessiert. Die Menschen seien davon ausgegangen, dass ein Kampfflugzeug der ukrainischen Regierung abgeschossen wurde. Solche Kampfflugzeuge hätten kürzlich einen nahe gelegenen Ort "bombardiert". Warum der FAZ-Journalist "bombardiert" in Anführungszeichen setzt, erfahren die Leser nicht. Glaubt er dies nicht, dass ukrainische Kampfflugzeuge Ziele bombardieren? Oder würde er lieber ein anderes Wort vorziehen? Wir erfahren von ihm auch nichts über die beiden Kämpfer und ihre Motive, schließlich ist der Journalist investigativ auf der Jagd, seine Meinung zu bestätigen und der Welt Neues zu verkünden. Und das lautet, die gesetzten Anführungszeichen korrekt falsch reproduziert, so:

» *Den Kämpfern wurde während des Gesprächs mit der F.A.Z. anscheinend deutlich, dass sie im Begriff waren, ihrer eigenen Sache zu schaden. Einer sagte jedenfalls einschränkend, statt von einer Suche nach Piloten zu sprechen, "wäre es richtiger zu sagen: wir wurden hingeschickt, um die Sache zu klären, und notfalls jemanden festzunehmen." Er fügte hinzu: "Sonst wäre es eindeutig so, als wären wir schuld".* «

Diese Darstellung widerspricht nicht der Äußerung des ersten Kämpfers, dass man schlicht davon ausgeht, dass Flugzeuge in dem Gebiet solche des Feindes sind. Für den FAZ-Journalisten - "Dahinter steckt immer ein kluger Kopf"? - bestätigt dies aber die Behauptung des ukrainischen Geheimdienstes, der ein Gespräch

zwischen Separatisten abgehört habe will. Ob man dem ukrainischen Geheimdienst unbedingtes Vertrauen entgegenbringen kann, darüber macht sich der Journalist keine Gedanken. Es ist ja der richtige Geheimdienst auf der richtigen Seite. Aber auch was er bestenfalls herausbringt, ist nicht sonderlich viel:

> *» In einem dieser Gespräche taucht genau der Aspekt auf, über den die Rebellenkämpfer mit der F.A.Z. und dem "Corriere della Sera" gesprochen haben: die Tatsache, dass die Aufständischen unmittelbar nach dem Abschuss überzeugt waren, ein ukrainisches Kampfflugzeug sei von der eigenen Flugabwehr getroffen worden, weswegen sie nun in erster Linie an der Festnahme der Piloten interessiert waren. «*

Allerdings wird aus dem abgehörten Gespräch nicht klar, wann es geführt wurde, auch nicht, ob die Separatisten es abgeschossen haben. Aber nun ist der FAZ-Journalist so tief in die Analyse eingestiegen, dass immer weiter der Faden gestrickt werden muss, ohne nach rechts und links zu schauen:

> *» Der ukrainische Geheimdienst SBU hat zuletzt zahlreiche Telefonmitschnitte und Videoaufnahmen veröffentlicht, die bestätigen sollen, dass das malaysische Passagierflugzeug von den Separatisten des Donbass mit Hilfe einer aus Russland gelieferten Flugabwehrrakete des Typs Buk M abgeschossen worden sei. Eine dieser Videoaufnahme zeigt angeblich, wie die Rebellen das Raketensystem nach dem Abschuss nach Russland zurückbringen. «*

Weil er es selbst natürlich nicht nachprüfen kann, wird dann von "angeblich" und "sollen" gesprochen. Und dann heißt es auch noch: "Die Authentizität solcher Aufnahmen konnte bisher nicht überprüft werden." Ja, das ist der Stand der Dinge, der auch mit Behauptungen der anderen Seite bezweifelt wird. Mit einer gewagten Wende, die jedem Verschwörungstheoretiker zur Ehre gereichen würde, kommt der Journalist des deutschen Qualitätsmediums dann zu seinem Fazit, das seine Arbeit gebührend herausheben soll:

> » *Die Aussagen der Kämpfer am Dienstag bestätigen nun immerhin einige Details. Dazu gehört das Interesse der Rebellenführer an den "Piloten", von denen man glaubte, sie hätten sich am Fallschirm gerettet. Dass die Rebellen ungewöhnlich schnell an der Unglücksstelle eintrafen, also möglicherweise von Anfang an über den Abschuss Kenntnis hatten, geht auch aus Aussagen von Anwohnern des Absturzortes hervor. Eine Familie, deren Name der F.A.Z. bekannt ist, gab an, die Kämpfer seien schon 10 bis 15 Minuten nach dem Unglück da gewesen.* «

Die Explosion und der Absturz dürften in einem weiten Umkreis gehört worden sein. Dass lokale "Kämpfer" dann schnell vor Ort waren, weist eigentlich in keiner Weise darauf hin, dass sie schon vorher Bescheid gewusst haben. Aber so werden Stories fabriziert, die natürlich keine Verschwörungstheorien sein wollen. Die haben selbstverständlich in Qualitätsmedien auch keinen Platz, die behaupten, dass hinter ihrer Zeitung ein kluger Kopf steckt und damit auch suggerieren, dass die Autoren noch klüger als die Leser sind. Kleine Erinnerung an Februar 2003, kurz vor dem Beginn des Irakkriegs: Die Pocken am Frühstückstisch. Nicht gesagt ist damit, dass Verschwörungstheorien wie im Fall von MH17 auch zutreffen können, aber vor Beweisen sollte für nicht staatlich eingespannte

Medien kritische Distanz zu allen Seiten gelten. Das ist aber offensichtlich gegenwärtig im Erregungszustand und der von US-Außenminister ausgerufenen und von der FAZ wiederholten "Stunde der Wahrheit" einfach zu viel verlangt.

Erschienen am 23.07.2014

Uwe Krüger

Journalisten als politische Lobbyisten?

Journalismusforscher Uwe Krüger zum Rechtsstreit zwischen der Zeit-Redaktion und der ZDF-Satiresendung "Die Anstalt"

Zwei ZDF-Kabarettisten ziehen eine Reihe von Außenpolitik-Journalisten durch den Kakao, zeigen Verbindungen zu transatlantischen Lobby-Organisationen auf und enden mit dem Satz: "Aber dann sind ja alle diese Zeitungen nur so etwas wie die Lokalausgaben der Nato-Pressestelle!" - "Das haben jetzt Sie gesagt. Aber Sie haben es schön gesagt."

Starker Tobak - zu starker für manchen der Angegriffenen. Während Stefan Kornelius von der Süddeutschen Zeitung, Günter Nonnenmacher und Klaus-Dieter Frankenberger von der FAZ und Kai Diekmann von der Bild-Zeitung stillhielten, rückten Josef Joffe und Jochen Bittner von der eigentlich liberalen Wochenzeitung Die Zeit mit juristischem Geschütz an und ließen die Kabarett-Nummer per Gerichtsbeschluss aus der ZDF-Mediathek entfernen (Journalisten-Kritik muss aus dem Netz). Da das ZDF Widerspruch eingelegt hat, wird vor dem Landgericht Hamburg am 19. September dazu öffentlich verhandelt. Welche Argumente führen die Zeit-Journalisten ins Feld? Und was ist dazu zu sagen aus der Perspektive des Verfassers jener Journalismus-Studie (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten"), die die Kabarettisten zu der Nummer inspiriert hatte?

Jochen Bittner: Ein "offenes Ideenpapier"?

Zunächst zu den Einwänden von Zeit-Redakteur Jochen Bittner. "Die Anstalt" hatte dessen Teilnahme an einem Projekt des German Marshall Fund of the United States (GMF) und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) aufgespießt (auf Grundlage des Telepolis-Artikels Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht) und dies in Zusammenhang mit der Rede von Joachim Gauck auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz gebracht. Denn beide, das Projekt und die Rede, behandelten ein ähnliches Thema: Deutschlands Verantwortung in der Welt und die Notwendigkeit, schneller und entschiedener in Krisen einzugreifen, notfalls auch mit Militär.

Dem Branchendienst meedia.de sagte Bittner nun: "Weder bin ich Mitglied der Atlantikbrücke, des GMF oder einer ähnlichen Institution noch bin ich nebenbei als Redenschreiber für den Bundespräsidenten tätig." Richtig sei, dass er 2013 an einer Diskussionsrunde teilgenommen habe, die von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und dem GMF organisiert wurde. Das Ziel der Gruppe aus rund 50 Teilnehmern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien, sei es gewesen, ein "offenes Ideenpapier" zur künftigen deutschen Sicherheitspolitik zu erarbeiten. "Ziel der Gruppe war es nicht, die Rede von Bundespräsident Gauck in München vorzubereiten", so Bittner.

Klare Übertretung der journalistischen Berufsrolle

Was ist dazu zu sagen? Bittner hat mehrere Monate lang zusammen mit anderen Akteuren Politikplanung betrieben, und zwar im Auftrag von zwei Think Tanks - der eine davon dezidiert transatlantisch, der andere nah dran an der Bundesregierung. Diese Arbeitsgruppe wird nicht ohne Plan und Absicht von den Organisatoren zusammengestellt worden, ich sehe zum Beispiel keine Vertreter der

Friedensbewegung in der Teilnehmerliste (S. 47-48 des Abschlusspapiers).

Man wird Leute zusammengeholt haben, die einen gewissen Grundkonsens teilen, der nicht so weit weg ist von den politischen Zielen des German Marshall Fund. (Zur Erinnerung: Es liegt im Interesse der USA, dass sich Deutschland stärker militärisch an Nato-Missionen beteiligt, um die USA und andere Bündnispartner zu entlasten.) Ich sehe diese Arbeitsgruppe in einem Kontext von Lobbyarbeit, um der überwiegend militärskeptischen Bevölkerung eine militärlastigere deutsche Außenpolitik als sinnvoll zu verkaufen. Und ich sehe bei Jochen Bittner eine klare Übertretung der der journalistischen Berufsrolle, lediglich Beobachter zu sein - zumal er darüber dann auch noch in der Zeit wohlwollend über das Projekt geschrieben hat, ohne seine Mitarbeit zu erwähnen (online ist dies inzwischen aufgrund des öffentlichen Drucks nachgeholt worden).

Bittner wehrt sich gegen die Behauptung, Redenschreiber von Gauck gewesen zu sein (wörtlich hieß es in der Sendung: "Er wird doch wohl den Anstand besessen haben, sein Schreiben für Gauck zu trennen von seinem Schreiben für die Zeit?" - "Das wär' schön.").

Er war zwar nicht der Redenschreiber. Er hat aber im Auftrag des German Marshall Fund und zusammen mit dessen ehemaligem Direktor Thomas Kleine-Brockhoff - der übrigens auch mal Zeit-Redakteur war - an diesem Papier zur neuen deutschen Außenpolitik gearbeitet, während derselbe Thomas Kleine-Brockhoff in demselben Sinn und Geist die Münchner Rede für Gauck geschrieben hat.

"Third-Party-Technique" heißt dieser Lobbyisten-Kniff in der Fachsprache: Wenn mehrere scheinbar voneinander unabhängige Quellen dasselbe sagen, wirkt das überzeugender auf das Publikum. Ich meine: Satire darf diesen Sachverhalt so verkürzen. Sie darf

zuspitzen, ja sie soll es sogar, um die Wirklichkeit zur Kenntlichkeit zu entstellen.

"Herabsetzende Unterstellung"

Nun zu Josef Joffes Argumenten, die er meedia.de zukommen ließ.

> *» Es hieß, ich sei Mitglied oder Kuratoriumsmitglied in einer großen Zahl von Institutionen, die sich zur "Lobby" (…) formiert hätten und "nur eine Antwort" kennten: "mehr Rüstung". Diese Unterstellung war herabsetzend, weil sie mir journalistische Integrität absprach. Sie war auch falsch. Tatsächlich sitze ich im Gremium von nur zweien: der American Academy in Berlin und des American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), das zur Johns Hopkins Universität gehört. Mit den anderen verbindet mich keine Mitgliedschaft. «*
>
> **Josef Joffe**

Er betont auch, die beiden Institutionen förderten "wissenschaftlichen Austausch und Forschung".

Was ist dazu zu sagen? Aus der jüngeren Vergangenheit sind zahlreiche weitere einschlägige Verbindungen von Joffe belegt: mit der Atlantik-Brücke, dem American Council on Germany, dem Aspen Institute und anderen (eine Auflistung aus meiner Studie mit Quellenangaben findet sich hier).

Außerdem weist ihn auch aktuell das Impressum der offiziösen Fachzeitschrift "Internationale Politik", herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, als Beiratsmitglied aus. Und für die Teilnahme an der Münchner Sicherheitskonferenz,

einer im Kern transatlantischen Veranstaltung, hat er mindestens seit 1999 und bis heute praktisch ein Abonnement (Teilnehmerliste von 2014 hier).

Solche Sachverhalte, auch solche die jüngere Vergangenheit betreffend, mit aufzunehmen halte ich für legitim - zumal Joffe in seiner Vita auf der Website der Stanford-University selbst mit vielen früheren Tätigkeiten immer noch hausieren geht.

"Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft"

Und zum Argument, seine beiden Institutionen förderten wissenschaftlichen Austausch und Forschung: Das mag sein, aber um besonders kritische Forschung scheint es sich nicht zu handeln. Auf der Website des AICGS heißt es: "Angegliedert an die Johns Hopkins Universität bietet AICGS ein umfassendes Programm mit öffentlichen Konferenzen, Forschungsberichten, Networking Events und Forschungsstipendien, um die Interessengruppen des Instituts aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern."

Wer eine Idee von diesen Interessengruppen bekommen möchte, schaue sich die anderen Mitglieder des Kuratoriums an, in dem Joffe sitzt: CityGroup, Ernst&Young, Deutsche Bank, IBM, Allianz, Daimler etc. Ähnlich das Kuratorium der American Academy in Berlin: Daimler, Allianz, American Express, Robert Bosch, Tengelmann, JP Morgan.

Inwieweit solche Ämter und Funktionen die "journalistische Integrität" beeinträchtigen, die Joffe sich von den Kabarettisten abgesprochen sieht, darüber müsste gesondert diskutiert werden. Bewegen sich Journalisten mit solchen Verbindungen auch in ihren Artikeln im Rahmen eines transatlantischen Eliten-Diskurses, verfolgen

entsprechende Agenden und blenden unliebsame Informationen und Argumente aus? Oder haben die Leser im Gegenteil sogar einen Nutzen von dieser Nähe zu Entscheidern, erfahren mehr über die Vorgänge im Elitenmilieu, bekommen klarere Analysen des Weltgeschehens?

Meine eigenen Inhaltsanalysen der Artikel gut vernetzter Journalisten zu den Themen "erweiterter Sicherheitsbegriff", "Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr" und "Münchner Sicherheitskonferenz" deuten auf ersteres hin (siehe "Meinungsmacht" Kap. 6 und 7 oder diese Kurzfassung), aber das ist sicher nicht der Weisheit letzter Schluss. Hier sind auch andere Journalismusforscher mit anderen Perspektiven gefragt - eine wissenschaftliche Debatte gibt es zu diesem Thema noch nicht.

"Keine aktive Funktion ausüben"

Inzwischen aber darf und sollte weiter diskutiert werden: Wie viel Nähe zu Geld- und Machteliten, wie viel Involviertheit in Lobbyorganisationen soll Journalisten erlaubt sein?

Dazu hat sich nun dankenswerterweise der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) endlich zu Wort gemeldet. In einer Pressemitteilung heißt es: "Die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit des Journalismus gebieten es, dass Journalisten keine aktive Rolle in Organisationen ausüben, über die sie berichten", sagte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Als Chronisten der Ereignisse müssten sie gut vernetzt sein und zahlreiche Veranstaltungen regelmäßig besuchen, dürften dort aber keine aktive Funktion ausüben.

Diese Äußerung sehe ich als Fortschritt an, denn bisher hatte sich der DJV-Vorsitzende dazu nicht klar positioniert. Als der Telepolis-Autor Marcus Klöckner ihn 2011 nach seiner Meinung fragte, ob Zeit-

Journalisten an der geheimen transatlantischen Bilderberg-Konferenz teilnehmen dürften ("Einen 'Schweigepakt' kann ich mir nur schwer vorstellen"), obwohl sie sich damit auch zum Schweigen darüber verpflichten, sagte er nur unverfänglich:

> *» Journalisten haben die Aufgabe, zu berichten und zu informieren. Einen "Schweigepakt" (…) kann ich mir nur schwer vorstellen. «*
> **Michael Konken**

Ende der Versteckspiele?

Mit Konkens neuer Ansage zur journalistischen Ethik müsste sich nun einiges ändern. Die beiden Kuratoriums-Mandate von Joffe fallen sicherlich unter "aktive Funktionen". Auch eine Vorstandstätigkeit wie die von Bild-Chefredakteur Kai Diekmann in der Atlantik-Brücke sollte bald der Vergangenheit angehören.

Das hätte sogar für Diekmann Vorteile: Er bräuchte sich nicht mehr verstecken. Das musste er nämlich im Februar 2009, als er und andere Granden der Atlantik-Brücke nach Indien flogen und dort die "Erklärung von Mumbai" verabschiedeten: "Einen Aufruf an die Atlantische Gemeinschaft, auch in Zeiten der sich weiter verschlimmernden Finanzkrise (...) gegen Protektionismus und für offene Märkte einzustehen sowie die Fortschritte und Wohlstandsgewinne zu sichern, die der Prozess der Globalisierung (...) gebracht hat."

Es wurde auch ein Gruppenfoto geschossen, von einem Fotografen der Bild-Zeitung. Während das Foto auf der Website der Atlantik-Brücke den Chefredakteur am Rand stehend zeigte, war er auf demselben Foto in der Bild-Zeitung vom 27.2.2009 weggeschnitten (zu sehen auf S. 20 in der Leseprobe von "Meinungsmacht").

Offenbar wollte der Chefredakteur seine Leser nicht allzusehr mit den Zusammenhängen zwischen dem Ereignis und ihrer Zeitung behelligen.

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und Autor des Buches "Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse" (Herbert von Halem Verlag, Köln 2013).

Hinweis zur Transparenz: Der Autor war vor der Anstalt-Sendung vom 29. April von einem Rechercheur des ZDF zum Sachverhalt konsultiert worden, war also zu einem gewissen Grad in der Vorbereitung involviert. Jedoch wurde er weder für die Beratung bezahlt noch hatte er Einfluss auf die Gestaltung der Kabarettnummer.

Erschienen am 02.08.2014

Stefan Korinth

Maidan: Der verklärte Aufstand

Die Euromaidan-Bewegung gilt als zivilgesellschaftlicher, friedlicher Aufstand für eine Annäherung an die EU. Doch dies ist zum großen Teil Legende

Gemeinhin gilt die Euromaidan-Bewegung als zivilgesellschaftlicher friedlicher Aufstand für eine Annäherung an die EU. Doch dies ist zum großen Teil Legende. Die Proteste zielten von Beginn an auf einen politischen Machtwechsel, waren gut organisiert und von grundsätzlicher Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Der Maidan als Spontanaufstand breiter Bevölkerungsschichten ist eine Mär, die den später realisierten Machtwechsel legitimieren soll. Die Legendenbildung durch politische Akteure, Medien und "Experten" wirkt.

Im ZDF-Talk "Maybrit Illner" am 6. März 2014 wollte Marina Weisband für Aufklärung über den Euromaidan sorgen. Die gebürtige Ukrainerin fasste die Entwicklung auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz seit Ende November wie folgt zusammen [38] :

> » *In der Ukraine sind die meisten, die auf den Maidan gegangen sind, vor allem am Anfang, die ersten Monate, da war noch überhaupt von Rechtsradikalität keine Spur. Da waren zuerst Studenten, dann waren das die Eltern dieser Studenten, die verprügelt worden waren. Damals hat noch niemand gefordert, dass Janukowitsch zurücktritt. Die wollten einfach nur, dass die verantwortlichen Polizisten bestraft werden. Und*

dann irgendwann sind Rechtsradikale dazugekommen. «

Weisband ist gebürtige Ukrainerin. Sie spricht ukrainisch und russisch. Sie war vor und nach dem Machtwechsel in Kiew, redete mit den Menschen auf dem Maidan und verfolgte die dortigen Ereignisse auch von Deutschland aus intensiv. Und doch ist das, was sie in dieser Passage der TV-Sendung sagte, falsch. Weisband betreibt hier in allen Punkten Legendenbildung zum Euromaidan.

Die Piraten-Politikerin war im Februar vor dem Machtwechsel auch zu Besuch in der besetzten Kiewer Stadtverwaltung. Darin residierte damals der "Revolutionsstab" der nationalistischen Partei Swoboda. Weisband selbst sah dort Banner und Flaggen rechtsradikaler Organisationen.[39] Darunter etwa auch die Fahne des ukrainischen Wehrmachtsbataillons "Nachtigall" aus dem Zweiten Weltkrieg. Sie müsste wissen, dass Rechtsradikale gerade dieses Gebäude bereits am 1. Dezember stürmten und besetzen. Trotzdem behauptet sie, dass es in den ersten Monaten keine Spur von ihnen gab.

Diese Fehlinformation ist nur einer von vielen Fällen nachträglicher Verfälschung der ukrainischen Ereignisse durch zahlreiche "Experten". Aber der Reihe nach.



Die Stadtverwaltung in Kiew war seit dem 1. Dezember von der Swoboda besetzt. Heute ist das Gebäude Sitz des neuen Bürgermeisters Vitali Klitschko. Die Aufschriften "Revolutionsstab" und "Revolutionstribunal" wurden jedoch nur halbherzig entfernt. Foto: Stefan Korinth, Lizenz: CC-BY-SA (4.0 international)

Wichtige Daten zum ursprünglichen Maidan

Zur Orientierung nochmal die wichtigsten Ereignisse der ersten Tage:

- 18. November 2013: Angela Merkel ist gegen eine Unterschrift. Die Bundeskanzlerin sagt in einer Regierungserklärung im Bundestag, sie sehe die Ukraine nicht bereit für das Assoziierungsabkommen mit der EU. Die Voraussetzungen für eine Vertragsunterzeichnung seien derzeit nicht gegeben. [40] Merkels ablehnende Haltung zum Vertrag wird in den folgenden Wochen und Monaten von deutschen Medien nicht mehr thematisiert.

- 19. November: Oppositionsführer Arsenij Jazenjuk sagt ukrainischen Medien, dass Präsident Janukowitsch das Abkommen nicht unterzeichnen wird. [41]
- 21. November: Die ukrainische Regierung um Premierminister Mykola Asarow gibt bekannt, die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Abkommens gestoppt zu haben. Präsident Janukowitsch erklärte am selben Tag, dass es "vorübergehende Schwierigkeiten" auf dem Weg der europäischen Integration gebe, dieser aber nicht verlassen werden solle.
- 24. November: An diesem Sonntag gibt es in Kiew und Lwiw die ersten großen Demonstrationen mit mehreren zehntausend Teilnehmern - die meisten davon gegen die Regierungsentscheidung.
- 28./29. November: Auf dem EU-Gipfel für östliche Partnerschaft im litauischen Vilnius lehnt Viktor Janukowitsch die Unterschrift unter den Vertrag ab.
- 30. November frühmorgens: Sonderpolizisten der Einheit "Berkut" vertreiben auf dem Maidan campierende Demonstranten mit Gewalt. Dieses Ereignis wird in der Folge als Grund für die nun anschwellenden Proteste angegeben.
- 30. November abends: Auf dem St.-Michaels-Platz demonstrieren 10.000 Personen. Darunter sind Rechtsradikale und Hooligans, die ein Banner für den "Rechten Sektor" aufhängen, sich mit Knüppeln bewaffnen und Widerstand gegen Polizeiangriffe trainieren. [42]

- 1. Dezember: Es kommt zu großen Demonstrationen in der Kiewer Innenstadt. Regierungsgegner besetzen an diesem Sonntag den Maidan, errichten Barrikaden, eine große Bühne und stürmen Gebäude.

Höhepunkte der Proteste sind in der folgenden Zeit immer die Wochenenden. Besonders an Sonntagen versammeln sich viele Menschen im Kiewer Stadtzentrum. Dann wird die Maidan-"Wetsche" (Volksversammlung) abgehalten und es gibt häufig Konzerte.

Spontaneität

Im Rückblick heißt es über die ersten Proteste meist: Spontan versammelten sich "mehrere tausend Menschen", um gegen die Regierungsentscheidung zu protestieren. Doch wer sich die Bilder des "Bürgersenders" Hromadske.tv vom 21. November ansieht, erkennt als einen der ersten Demonstranten Andrij Parubij. Durch die Anwesenheit des Rechtsaußen-Politikers und Ex-Vorsitzenden des nationalen Verteidigungsrates, er ist vor einigen Tagen zurückgetreten, sowie vieler weiterer Abgeordneter entstehen Zweifel daran, dass hier normale Leute aus Empörung auf den Maidan gegangen sind.[43] So spontan wie ein Flashmob eben sein kann, versammeln sich dort am ersten Abend vor allem Oppositionspolitiker und Janukowitsch-kritische Hauptstadtjournalisten.

Mustafa Najem[44] gilt als Initiator des Maidan. Über Facebook hat der Journalist an jenem Tag zu Protesten auf dem Platz aufgerufen. Vitali Klitschko und der frühere Innenminister Juri Luzenko (Vaterland-Partei) waren auch unter diesen ersten Protestlern und hielten politische Reden.

Der Begriff "Euromaidan" machte bereits die Runde und am zweiten Abend versuchten Demonstranten schon dort Zelte aufzubauen.

Auch eine Essensausgabe und ein Rednerpult errichteten sie. Selbst der Nachschub von Aktivisten aus der Westukraine wurde nun in die Wege geleitet.[45] Organisiertes Vorgehen verdrängte die Spontanität sehr schnell. Auch Najem spielte wenig später keine Rolle mehr.

Der erste "Massenprotest" (24. November) entstand ebenfalls nicht zufällig: Die Oppositionsparteien hatten die Großdemo schon lange vorher angemeldet. Trotzdem sprechen etwa renommierte "Ukraine-Analysen"[46] in ihrer Chronik von "Spontankundgebungen". Mehrere zehntausend Menschen waren in Kiew dabei.[47]

Wie auch in den folgenden Wochen versuchten Swoboda-Radikale ein Regierungsgebäude zu stürmen und griffen die Polizei an.[48] Die Oppositionsparteien errichteten im Anschluss ganz spontan ihr Protestlager auf dem Europäischen Platz.

Studentenproteste

Wenn hierzulande überhaupt noch über die Anfänge des Euromaidan gesprochen wird, dann unter der Chiffre "Studentenproteste". Ende November hätten sich tausende Studierende aus Protest gegen Janukowitschs verweigerte Unterschrift auf dem Maidan versammelt, heißt es heute in fast allen Chroniken zum Euromaidan.

"Vor allem Studenten und junge Menschen zeigten sich extrem enttäuscht [von Janukowitschs Entscheidung]", schreibt das Eurasische Magazin. Studenten tragen den Aufstand, glaubt Die Zeit: sie gehören zum harten Kern der Demonstranten, behauptet die Frankfurter Rundschau, und sie sind das Rückgrat der Revolte, meint Spiegel-Online.

Tatsächlich organisierten sich Studierende über soziale Netzwerke gut sichtbar für Journalisten (z.B. unter dem Twitter-Hashtag "#Euromaidan") und hatten einige medienwirksame Aktionen.[49] Den

Euromaidan als "Studentenprotest" zu bezeichnen, wirkt jedoch reichlich übertrieben. Trotz "Uni-Streiks" beteiligte sich nur eine niedrige vierstellige Zahl von Studierenden. Die Janukowitsch-kritische Internetzeitung Ljewi Bereg spricht am 25. November etwa von dreitausend, Spiegel-Online von drei- bis fünftausend Studierenden. Die Millionenmetropole Kiew hat jedoch 99 Universitäten. Allein die vier größten Hochschulen (KPI, NUBIP, KNTEU und Taras-Schewtschenko) haben zusammen schon rund 120.000 Studenten.[50] Bei solchen Zahlen erscheint die reale Gesamtbeteiligung der Studierenden auf dem Maidan eher überschaubar.[51]

Zudem vertrieben Protestler selbst reihenweise Hochschüler mit Gewalt, da ihnen deren Forderungen zu links waren. Angehörige des "Euromaidan-Organisationskomitees" jagten etwa am Abend des 27. November Studenten davon und zerrissen deren Plakate.[52] Bereits am Tag zuvor wurden Feministinnen und Gewerkschafter wegen sozialer Forderungen auf dem Platz beleidigt und mit Pfefferspray attackiert. Das Organisationskomitee begründete die Vertreibungen mit dem "unpolitischen" Charakter des Maidan. Gleichzeitig konnten Nationalisten aber ungehindert ihre schwarz-roten Fahnen schwenken und rechte Parolen brüllen.

"Studenten sind keine treibende Kraft"

Aus den ersten Maidan-Tagen gibt es keine sozialstatistischen Umfragen unter den Protestierenden. Erst am Wochenende 7./8. Dezember befragten zwei private Institute Menschen auf dem Platz. An diesen Tagen waren 13,2 Prozent der Anwesenden Studenten. Bis Anfang Februar schrumpfte der Anteil auf nur sechs Prozent.[53] Bei der friedlichen "Orangen Revolution" hingegen war diese Altersgruppe noch eindeutig die treibende Kraft, schreibt der Kiewer Soziologe Michailo Banakh.[54] Diesmal bildeten die Studenten

bestenfalls in der kurzen Phase zwischen dem 25. und 27. November die größte Fraktion beim Euromaidan. Danach waren sie nur noch eine Randgruppe.

Bis zum Abend des 27. November hatte es noch zwei leidlich voneinander getrennte Protestzentren in der Kiewer Innenstadt gegeben. 300 Meter vom Maidan entfernt residierten ja noch die drei Oppositionsparteien in Zelten auf dem Europäischen Platz.



Der Europäische Platz in Kiew: Hier gab es am 24. November die erste große Demonstration der Oppositionsparteien. Im Anschluss stand hier für drei Tage ihr Protestzentrum. Heute wehen auf dem Platz neben ukrainischen Flaggen auch EU-Fahnen. Foto: Stefan Korinth, Lizenz: CC-BY-SA (4.0 international)

An jenem Tag allerdings vereinigten sich beide. Der politische Protest auf dem Europäischen Platz akzeptierte ein Angebot von eben noch "unpolitischen" Zivil-Aktivisten, die Kundgebungen zu vereinen. Politiker und Anhänger der Oppositionsparteien schlossen sich daraufhin der Kundgebung auf dem Maidan Nesaleschnosti an. [55]

Immerhin sollte laut Abmachung nach der Vereinigung auf politische Symbolik verzichtet werden. Nur die ukrainische und die EU-Flagge sollten erlaubt sein. Diese Absprache erwies sich jedoch schnell als Makulatur.

Fotos der Kiyv Post vom 29. November [56] zeigen etwa, dass der rechte Sektor und andere Nationalisten mit Bannern und schwarz-roten Fahnen auf dem Maidan präsent sind. Auch die Oppositionspolitiker Klitschko, Jazenjuk und Tjagnibok traten schon als wortführende Einheit auf.

Die Proteste zielten auf einen Machtwechsel

Den polit-opportunistischen Charakter der Proteste zeigen auch die frühen Forderungen nach Janukowitschs Abgang. Niemand habe dies zu Beginn verlangt, behauptete Expertin Weisband im ZDF. Alle Berichte über die ersten Tage sprechen jedoch eine völlig andere Sprache: Vom ersten Tag an waren die Demission von Regierung und Präsident sowie zügige Neuwahlen die Hauptforderungen der Protestierenden. Am 25. November verlangten Jazenjuk, Klitschko und Tjagnibok dies auch im Parlament (wegen "Verrats an den nationalen Interessen"). Davon rückten sie bis zum gemeinsamen Papier mit Janukowitsch und den drei europäischen Außenministern vom 20. Februar nicht ab - und selbst da nur für wenige Stunden.

Alle Medienberichte belegen die Maximalforderungen bereits zu Beginn des Maidan. [57]

Jeder sollte sich an dieser Stelle noch einmal klar machen, dass zu diesem Zeitpunkt sowohl die gewalttätige Räumung durch Berkut als auch der Gipfel von Vilnius, die später als Begründung herhielten, noch gar nicht stattgefunden hatten. Von Beginn an ging es um den politischen Machtwechsel.

Dass die Rücktrittsforderungen übrigens nicht nur von Oppositionspolitikern kamen, zeigen die Resolutionen der Bürgeraktivisten [58] und eine kleine Umfrage des "Gorschenin Instituts" in Kiew [59] : 56 Prozent aller Befragten sagten schon ganz zu Beginn, dass sie hier seien, um für den Rücktritt von Regierung und Präsident zu demonstrieren. Obwohl die Befragten mehr als einen Grund nennen durften, nannten nur 28 Prozent die Ablehnung des EU-Abkommens. Auch das Liedgut spricht Bände: Einer der beliebtesten Maidan-Songs hieß in Anspielung auf Viktor (Koseform: Vitja) Janukowitsch "Vitja Ciao".

Keine Mehrheit für EU-Abkommen

Parteiische Akteure wie die Konrad-Adenauer-Stiftung wollen jedoch andere Gründe für die Proteste in den Vordergrund schieben. So schrieb die CDU-nahe Stiftung, die maßgeblich am Aufbau von Vitali Klitschkos Partei UDAR mitgewirkt hat, im Mai rückblickend [60] :

> » *Der spontane Beginn der Maidan-Proteste war eine Reaktion der Enttäuschung und Empörung großer Teile der ukrainischen Bevölkerung auf die plötzliche Abkehr der Regierung Janukowitsch vom Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union im November 2013. Die ukrainischen Bevölkerung unterstützt seit Jahren mehrheitlich den Annäherungskurs an die EU.* «

Auch diese Legende wird durch die Realität widerlegt: Die behauptete Mehrheit gab es nicht. Heiko Pleines von der Forschungsstelle Osteuropa der Uni Bremen stellt klar, dass im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur jeweils 30 bis 40 Prozent der ukrainischen Bevölkerung für eine EU-Integration gewesen seien - genauso viele wie für eine Annäherung an Russland. [61]

Selbst im Februar 2014 auf dem Höhepunkt des Massenhasses auf Janukowitsch lag die Unterstützung für das Assoziierungsabkommen in der ukrainischen Bevölkerung nur bei 48 Prozent.[62] Ebenso wichtig ist, sich ins Bewusstsein zu rufen, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen auf dem Maidan das Abkommen inhaltlich nicht kannte. Ende November wussten nach eigenen Angaben nur 18 Prozent gut darüber Bescheid.[63] Die meisten Ukrainer mussten erstmal glauben, was ihnen die Opposition von dem Vertrag erzählte.

Dass das Abkommen kein Schritt hin zu einer EU-Mitgliedschaft ist, hatte Angela Merkel bereits in ihrer Regierungserklärung ausdrücklich klargestellt. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass viele Ukrainer davon bis heute nichts wissen.

Rechtsradikale immer dabei

EU-Integration einerseits und Unterstützung dessen durch Ultranationalisten - das klingt paradox. Doch die Ablehnung des Assoziierungsabkommens setzten ukrainische Oppositionspolitiker immer wieder mit einem Ausverkauf an Russland gleich. Dies rief die russenfeindliche westukrainisch geprägte Nazi-Szene auf den Plan.

Angriffe auf Polizisten, linke Studenten und Gewerkschafter, dazu zahlreiche nationalistische Symbole, Fahnen und Parolen sowie versuchte und erfolgte Erstürmungen öffentlicher Gebäude: Die Anwesenheit rechtsradikaler Gewalttäter auf dem Euromaidan von den ersten Tagen an ist hinreichend nachgewiesen. Auch bei einem Angriff u.a. mit einem Bulldozer auf Truppen des Innenministeriums vor der Präsidialverwaltung am 1. Dezember wurden rechtsradikale Rädelsführer wie Dmitro Kortschinskij (Gruppe "Bruderschaft") oder Oleg Odnoroschenko (Gruppe "Patriot der Ukraine") identifiziert.

Rechtsradikale immer wichtiger

Versuche so mancher Kommentatoren, das Vorhandensein der Rechten abzustreiten, waren und sind nicht nur realitätsfremd, sondern einfach nur manipulativ. Ohne Zweifel bildeten Hooligans und National-Radikale in den ersten Wochen nur eine Minderheit auf dem Maidan. Doch ihr Einfluss und ihre Zahl wuchsen mit der Zeit. In der bereits erwähnten Umfrage vom 7./8. Dezember auf dem Maidan gaben beispielsweise schon 15 Prozent der Befragten an, sich an der Aufstellung bewaffneter Gruppen beteiligen zu wollen. Und beim Sturz der Lenin-Statue am selben Wochenende machten sie nicht den Eindruck einer unbedeutenden und randständigen Gruppe. [64]

Warnten zu Beginn des Euromaidan noch namhafte Akteure wie Petro Poroschenko oder Vitali Klitschko vor Gewalt und bezeichneten die Rechtsradikalen als "Provokateure", so war später von ihnen diesbezüglich nichts mehr zu hören. Im Gegenteil - sie riefen selbst zur Bildung von "Bürgerwehren" auf. Die Zusammenarbeit mit den Maidan-Kämpfern lief mit der Zeit immer reibungsloser. Auch "gemäßigte Oppositionelle" haben klaglos mit rechtsradikalen Politikern zusammengearbeitet.



Stepan Bandera, Nationalheld nicht nur vieler Rechtsradikaler, wird mit einem großen Plakat auf dem Maidan in Kiew geehrt. 1934 war er an der Ermordung des polnischen Innenministers beteiligt. Von ihm geführte westukrainische Truppen verübten 1941 in Lwiw ein Massaker mit 7000 Toten. Foto: Stefan Korinth, Lizenz: CC-BY-SA (4.0 international)

Das Kiewer Zentrum für Gesellschaftsforschung hat in einer Gesamtauswertung aller Euromaidan-Protestveranstaltungen festgestellt, dass die rechtsradikale Swoboda dabei die aktivste aller Parteien war. Mindestens an jedem vierten Pro-Maidan-Protest hätten ukraineweit Swoboda-Leute oder Mitglieder anderer rechter Parteien teilgenommen. [65] Dies sei laut der Wissenschaftler "ein erheblicher Teil des Maidan, der nicht außer Acht gelassen, verschwiegen oder heruntergestuft werden kann."

Grundsätzliche Gewaltbereitschaft

Andere Wissenschaftler verschweigen jedoch durchaus einige Aspekte. Der öffentlich-rechtliche Dokumentationskanal Phoenix

präsentierte immer wieder den Slawisten und Historiker Gerhard Simon als Experten zum Ukraine-Konflikt. Dieser schrieb in dreister Form der Legendenbildung [66] :

> » *Statt mit den Protestierenden auf dem Euromaidan zu verhandeln und Kompromisse zu suchen, griff die Regierung zu immer neuen Repressalien, zuletzt am 16. Januar mit der Verabschiedung von Gesetzen, die eine Diktatur im Lande ermöglicht hätten. In den nächsten Tagen starben mehrere Aktivisten des Maidan durch Polizeigewalt. Auf den Tod der Demonstranten antwortete der Euromaidan zum ersten Mal auch mit Gewalt.* «

Die tendenziöse Darstellung der Situation in den ersten zwei Sätzen durch diesen Experten sollte nicht mehr überraschen. Sie dienen dazu die Gewalt der Maidan-Kämpfer zu rechtfertigen. Der dritte Satz könnte jedoch nach den gewalttätigen Angriffen im November und Dezember falscher nicht sein - es sei denn Simon zählt die Rechtsradikalen gar nicht zum Euromaidan. Dies wäre zwar ebenfalls widersprüchlich, da auch die Gewalt ab Ende Januar zuallererst auf deren Konto ging. Doch fahren andere PR-Akteure taktisch ebenfalls die Linie, Nazis von restlichen Demonstranten analytisch zu trennen. [67]

Die "gewalttätige Minderheit" ist eine Konstruktion

Neben Historiker Simon oder den Autoren der Adenauer-Stiftung nennt auch der polnische Konfliktforscher Maciej Bartkowski von der Johns Hopkins University (USA) die Gewalttätigen eine Minderheit. [68]

Der radikale Flügel aus wenigen hundert Jugendlichen sei eine "strategisch stumpfe Waffe" gewesen. Vielmehr hätten die gewaltlosen Aktionen der Bürger Janukowitsch bezwungen, glaubt Bartkowski.

Dass der Maidan gegen Wasserwerfer, Räumfahrzeuge und tausende gut ausgerüstete Berkut-Polizisten ohne Gewalt und ohne paramilitärische Organisation hätte gehalten werden können, darf jedoch getrost als Fantasie eines parteiischen Menschen gelten. Auch die Bilder von den nächtlichen Abwehrkämpfen auf dem Maidan vermitteln ein ganz anderes Bild. [69]

Völlig klar ist, ohne die rund 5.000 Maidan-Kämpfer wäre der Platz spätestens am 18. Februar, nach dem zurückgeschlagenen Marsch auf das Parlament, von Berkut erobert und die Bewegung zerstört worden - höchstwahrscheinlich wäre dies ohne gewaltbereite "Selbstverteidiger" schon im Dezember passiert.

Die "gewalttätige Minderheit" ist deshalb eine Konstruktion, da sie zum einen unterstellt, dass die Gewalttäter innerhalb des Maidan ausgegrenzt gewesen wären, und zum anderen, dass die restlichen Maidan-Bewohner keinen Anteil an der Gewalt gehabt hätten. Beides ist nachweislich falsch.

Schläger, Hooligans und andere Maidan-Kämpfer waren bestens integriert. Die Zeltstadt war ein arbeitsteiliger Mikrokosmos. Über 90 Tage lang lebten dort mehrere tausend Menschen. Es gab Logistiker, Köche, Priester, Mediziner, PR-Leute, Anführer, Künstler und eben auch Kämpfer. Die Rechtsradikalen und andere Gewaltbereite waren der Sicherheitsdienst des Platzes. Wer diese künstlich vom Rest der Bewohner trennt und sie nachträglich zu Fremdkörpern abstempelt, will nichts anderes als irreführen.

Auch Unterstützer tragen Verantwortung

Aber auch die Maidan-Bewohner, die nicht selbst gewalttätig geworden sind, tragen eine Mitverantwortung für die Eskalationen mit zahlreichen Toten. Sie haben sich von den Radikalen nicht distanziert, sondern sie sogar noch zuarbeitend unterstützt. Als mahnendes Beispiel kann eine Frau gelten, die FAZ-Korrespondent Konrad Schuller am 25. Januar so beschreibt:

> » *Viktoria ist eine Frau mitten im Leben, Typ arbeitende Mutter, Innenarchitektin, der Lidstrich frisch nachgezogen, ein Lammfelljäckchen mit Kapuze gegen die Kälte. Jede der Frauen hier an den Barrikaden hat ihre Aufgabe. Die älteren halten die Feuer in Gang, die Nacht hindurch, damit den Kämpfern nicht die Füße erfrieren, die Jüngeren hacken die Pflastersteine klein, damit sie besser fliegen, und Viktoria hat die Cocktailküche übernommen. Rechts der Kanister, links die Flaschen, und dazwischen reißt sie gerade sorgfältig ein Unterhemd in schmale Streifen - Material für den Stoffverschluss im Flaschenhals, für die kleine Benzinfahne, welche die Männer gleich anzünden werden.* «

"Dann nehmen sie Anlauf und werfen" - so ist Schullers Text überschrieben. Was mit denen passiert, die von solchen Brandsätzen getroffen werden, sieht Viktoria nicht und das spielt damals und heute nur selten eine Rolle in der Berichterstattung. Auch zahlreiche Fotos belegen die verschiedenen Unterstützungstätigkeiten der Bewohner für militante Kämpfer.[70]



Noch im Juli 2014 fehlten die Pflastersteine auf zahlreichen Fußwegen um den Maidan (linkes Bild). Maidan-Aktivisten, die bis heute als friedlich gelten, hatten die Steine im Winter herausgeschlagen. Sie dienten als Wurfgeschosse gegen die Polizei oder für den Barrikadenbau (rechtes Bild). Fotos: Stefan Korinth, Lizenz: CC-BY-SA (4.0 international)

Der Politikwissenschaftler Wladimir Kulik von der Nationalen Akademie für Wissenschaften der Ukraine schreibt dazu, dass viele Demonstranten den Übergang der Radikalen zur Gewalt positiv annahmen und die toten Kämpfer bedenkenlos zu Helden machten. Die Bereitschaft, Gewalt als einzigen Weg zu rechtfertigen, sei eine große psychologische wie diskursive Veränderung innerhalb des damals oppositionellen Teils der Gesellschaft. [71]

Legendenbildung: Ein Aufstand wird verklärt

Der Ukraine-Konflikt beginnt für viele heutige Wortführer in Deutschland meist erst mit der Krimkrise. Die Phase des Maidan in Kiew und der Westukraine spielt nur noch selten eine Rolle. Wenn dann ist die Rede von einem lange friedlichen Kampf gegen eine gewalttätige Staatsmacht und dem Sieg des Volkes über einen Despoten.

Wer jedoch auf die Tatsachen blickt, sieht, dass hier eine verschobene Unterschrift unter ein Freihandelsabkommen (dass auch Merkel zu diesem Zeitpunkt nicht wollte) von den

Oppositionsparteien zum Riesenskandal aufgeblasen wurde. Sie begannen einen gut organisierten und pathetisch inszenierten Kampf um "Freiheit, Wohlstand und Demokratie". Und das meiste was den späteren Maidan ausmachte, war bereits in den ersten Tagen vor den Schlüsselmomenten der verweigerten Unterschrift und dem gewalttätigen Polizeieinsatz vorhanden: Maximalforderungen, keine Verhandlungsbereitschaft, Gewalteinsatz und die Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung für machtstrategische Ziele.

Die Oppositionsparteien haben die Menschen, die idealistisch an den Maidan glaubten, hierfür getäuscht. Sie machten ihnen weis, dass es um wirtschaftliche Perspektiven, soziale Sicherheit, weniger Korruption und gegen die alten Machtcliquen geht. Klitschko, Jazenjuk und Poroschenko bauten Luftschlösser von einer nahen EU- und Eurozonen-Mitgliedschaft. Von Arbeitslosigkeit, IWF-Reformen und massiv steigenden Lebenshaltungskosten haben sie hingegen nicht gesprochen. Sie und ihre rechtsradikalen Unterstützer putschten die Menschen gegen Janukowitsch auf. Die einfachen Ukrainer starben, Klitschko, Jazenjuk und Poroschenko übernahmen die Macht.

Doch von Frieden und Wohlstand gibt es heute keine Spur, weil die Machthaber eine militärische Offensive gegen politisch Andersdenkende gestartet haben. Den nationalistischen Furor schüren sie weiter - und das gegen Menschen, die im März und April in Donezk und Lugansk nichts anderes taten als ihre westukrainischen Pendants im Januar und Februar in Iwano-Frankiwsk und in Lwiw. Statt Verhandlungslösungen gab es Attacken. Trotz tausender Toter, Verletzter und hunderttausender Flüchtlinge gehen die Angriffe mit Artillerie, Bomben und Raketen weiter.

Deutsche Macht- und Medieneliten haben das Ganze unterstützt und tun dies auch weiter bedingungs- und kritiklos. Irgendwie geht es ja gegen Russland. Spitzenpolitiker und Top-Journalisten hierzulande haben den Euromaidan dazu von Anfang an verklärt. Das militante Potenzial rechter Maidan-Kämpfer konnten die neuen Herrscher mit der Nationalgarde noch in den Osten umlenken. Doch von Frieden, Wohlstand und warmen Wohnungen gibt es keine Spur. Und so drängt sich langsam eine Frage auf: Wann kommt der nächste Maidan?

Erschienen am 09.08.2014

Stefan Korinth

Kriegspropaganda: Eine Kiewer Ente im deutschen Blätterwald

Hiesige Leitmedien bringen eine offensichtliche Falschmeldung von Petro Poroschenko über einen zerstörten russischen Panzerkonvoi

Eine Meldung sorgte zu Beginn des Wochenendes für große Aufregung: Die ukrainische Armee soll laut Präsident Poroschenko auf ukrainischem Staatsgebiet russisches Militär angetroffen und angegriffen haben (Ein russischer Militärkonvoi soll in der Ukraine teilweise vernichtet worden sein). Kaum abzuschätzen, wie viele Menschen nun erschreckt dachten, dies sei der Beginn eines neuen großen Krieges in Europa.

Verantwortungsbewusste Medien sollten Meldungen, die solche Folgen haben können, zumindest minimal auf Plausibilität überprüfen, bevor sie sie bringen. Brandgefährliche Fehlinformationen sind schließlich das letzte, was der Ukraine-Konflikt derzeit braucht. Doch obwohl die Meldung von der Vernichtung eines russischen Panzerkonvois früh als Falschmeldung erkennbar war, veröffentlichten die Medien sie.

Schnelligkeit vor Richtigkeit

Überall egal ob Print, TV oder Online; egal ob Leitmedium oder Lokalzeitung: kaum eine Nachrichtenplattform hielt sich zurück. Stern.de titelte "Ukrainisches Militär greift russische Armee an", "Ukrainische Armee nimmt russische Militärfahrzeuge unter

Beschuss" war sich Zeit-Online sicher und n24 vermeldete "Ukrainische Armee greift russischen Konvoi an". In Österreich sah es übrigens ähnlich aus "Ukraine sprengt Russen-Panzer in die Luft", hieß es etwa beim Online-Portal oe24. Das klang alles schon ganz nach einem realen Ereignis.

Zumindest in der Überschrift noch eher zurückhaltend blieben Welt.de und Spiegel-Online: "Ukraine meldet Angriff auf russischen Militärkonvoi". Bei jedem auch nur halbwegs kritischen Mediennutzer schrillen aber auch bei so einer Überschrift schon alle Alarmglocken: Eine Kriegspartei meldet etwas im Krieg - Vorsicht, das könnte gelogen sein.

Normalerweise sollte das mit den Alarmglocken hierbei erst recht für hauptberufliche Redakteure gelten. Nicht jedoch in Deutschland - eine Zeitungsente Kiews schafft es hier bis zur Top-Meldung in den Abendnachrichten und auf die Titelseiten der meisten Blätter. Seriöse Redakteure hätten von diesem Schritt dringend abgeraten. Denn wer sich nur kurz mit der Meldung auseinandersetzt, muss sofort große Zweifel bekommen, ob das darin berichtete Ereignis überhaupt stattgefunden hat.

Die Vorgeschichte

Am Abend des 14. August berichteten die beiden britischen Reporter Roland Olyphant (Telegraph) und Shaun Walker (Guardian) davon, dass sie den Grenzübertritt einer Kolonne von 23 offiziellen russischen Militärfahrzeugen auf das Staatsgebiet der Ukraine beobachtet hätten.

Eigentlich begleiteten die Korrespondenten an diesem Tag den russischen Hilfskonvoi mit den rund 270 weißen LKW. Doch dieser parkte nun auf einem Feld bei der russischen Stadt Kamensk-Schachtinski. Die zwei Reporter entdeckten dann eine andere

Fahrzeugkolonne, die laut ihren Aussagen aus "gepanzerten Fahrzeugen" und "Militär-Trucks" bestanden hat.

Ein von Walker getwittertes Bild zeigt einen Schützenpanzer von hinten. Die ersten Fahrzeuge der Kolonne sind gerade so davor erkennbar. Die (Nummern-)Schilder der russischen Armee ("official Russian military plates") jedoch nicht. Bei Twitter schrieb er zu dem Bild

> » *Ähm ok, das ist keine humanitäre Hilfe. Eine Kolonne von mehr als 20 APC [deutsche Abkürzung: MTW, gepanzerte Mannschaftstransportwagen] 10 Kilometer vor der ukrainischen Grenze und näherkommend.* «

Russisches Militär bewegt sich innerhalb Russlands. So weit, so normal. Unklar bleibt, warum die beiden Reporter eigentlich hinter dieser Kolonne hergefahren sind. Ein ungewöhnlicher Anblick war sie wohl kaum. Seit Monaten berichten westliche Medien von russischen Truppen in der Grenzregion. Im Nachbarland herrscht Bürgerkrieg, erst vor zwei Wochen sind rund 400 ukrainische Soldaten laut Kiew bei einem "taktischen Manöver" in Russland, laut russischen Medien geflohen eingedrungen - da sind Schützenpanzerverbände als Grenzpatrouille keine abwegige Idee. Ebenso fraglich an Walkers Tweet ist, was ihn dazu brachte, diese ganz andere Kolonne mit "humanitärer Hilfe" in Verbindung zu bringen.

Grenzverletzung?

In einer weiteren Twitter-Nachricht behauptet Walker dann, zusammen mit Olyphant gesehen zu haben, wie eben diese Kolonne just über die Grenze in die Ukraine gefahren sei. Die Fahrzeuge hätten die Dunkelheit abgewartet und seien dann kurz vor 22 Uhr Ortszeit über einen Feldweg zur Grenze nahe der russischen

Kleinstadt Donezk (nicht mit der ukrainischen Großstadt gleichen Namens zu verwechseln) gefahren, wo sie durch ein Loch im Stacheldrahtzaun in die Ukraine eingedrungen seien. In seinem Text vom folgenden Tag konkretisiert Walker die Ortsangabe mit "in der Nähe des Dorfes Severny auf der ukrainischen Seite".

Schon bei diesem Bericht kommen jedoch zahlreiche Fragen auf: Warum zeigen beide keine Fotos von der wartenden Kolonne? Vom Grenzübertritt selbst haben sie keine Bilder - es war ja dunkel. Wie aber haben sie diesen Übertritt dann gesehen? Nachts auf einem Feld ist es in der Regel so finster, dass sie quasi neben dem Loch im Zaun hätten stehen müssen. Oder hatten sie Nachtsichtgeräte?

Und warum haben die russischen Soldaten die beiden Journalisten nicht bemerkt? Dort standen ja bewaffnete Wachen, wie Walker darlegt: "armed men stood guard". Warum haben die beiden Reporter die Lücke im Grenzzaun denn am nächsten Tag nicht fotografiert? Und überhaupt, seit wann sind Panzer auf Löcher in Zäunen angewiesen, um irgendwo hin zu gelangen?

Im ganzen Text findet sich tatsächlich kein Beweis für die Aussage der zwei Journalisten, dass russisches Militär auf das Staatsgebiet der Ukraine gefahren ist. Es bleibt also nichts anderes übrig, als sich auf die Glaubwürdigkeit der Korrespondenten zu verlassen. Diese kann ihnen nicht einfach abgesprochen werden. Wieso sollten sie eine Lügengeschichte erzählen?

Womöglich stimmt der Bericht der britischen Reporter vom Abend des 14. August.[72] Sie schrieben ja auch, dass es für sie unmöglich war, Fahrtrichtung, Zweck oder Aufenthaltsdauer der Kolonne zu verifizieren. Doch was aus dieser Geschichte folgt, ist nicht nur abenteuerlich, sondern nur noch manipulativ.

Poroschenko verwandelt die Vorlage

Was nun geschah, zeigt musterhaft, wie das Zusammenspiel von ukrainischen Machthabern und NATO mit westlichen Nachrichtenagenturen und überregionalen Leitmedien funktioniert. Lokalzeitungen erweisen sich dann zusätzlich noch als linientreue Multiplikations-Plattformen.

Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen [73] und ukrainische Militärs sagten, dass der Bericht der beiden Reporter zutreffe. Auch sie legten keine Beweise vor. Ihre Hauptaussage erschöpfte sich darin, dass diese Geschichte ein erneuter Beleg für Russlands Aktivitäten in der Ostukraine sei. So einfach wird aus einem weiteren Gerücht ein weiterer Beweis.

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko setzte aber noch einen drauf und erklärte sowohl auf seiner offiziellen Website als auch im Gespräch mit dem britischen Premierminister David Cameron, dass ukrainische Artillerie den Großteil des vermeintlichen Konvois zerstört habe.

Wenig später teilte auch Andriy Lysenko, Sprecher des ukrainischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, diese Version mit. Beweise lieferte er genauso wenig wie Poroschenko, obwohl die Zerstörung der russischen Schützenpanzer doch noch in derselben Nacht wie der Grenzübertritt stattgefunden haben soll und diese Zeit für Bildbeweise doch ausreichen sollte. Solche Fotos oder Videos gibt es übrigens bis heute nicht.

Trotzdem hatte es die Meldung natürlich in sich: Russische Panzer in Gefechten mit der ukrainischen Armee - gibt es nun Krieg? Die Politik reagierte. London berief den russischen Botschafter ein. Angela Merkel telefonierte mal wieder mit Wladimir Putin. Bis ins Wochenende hinein forderten westliche Staatslenker Russland auf, alle Feindseligkeiten gegen die Ukraine sofort zu unterlassen. Beweise wollten weder die politischen noch die medialen Macher.

Merkwürdigkeiten aus Kiew

Doch was hatte Poroschenko da eigentlich behauptet? Artillerie zerstört einen sich bewegenden Konvoi im Dunkeln? Artillerie - also großkalibrige Kanonen, Haubitzen, Mörser und Mehrfachraketenwerfer - wäre so ziemlich das letzte Mittel, mit dem Militärs versuchen würden, eine eher kleine fahrende Kolonne zu vernichten. Artillerie dient eigentlich dazu, große gegnerische Truppenverbände oder befestigte Stützpunkte aus kilometerweiter Entfernung großflächig anzugreifen bzw. sturmreif zu schießen.

Die Artillerie sieht ihre Ziele nicht und ist deshalb auf Artilleriebeobachter und/oder technische Feuerleitsysteme angewiesen. Die ukrainische Armee müsste also zusätzlich mobile Aufklärer in der Grenzregion haben, welche die Artillerie im Hinterland über feindliche Truppenbewegungen informieren und die Schussrichtung der Geschütze koordinieren. Nicht nur dass die beiden britischen Reporter schrieben, Kiew habe in der Region keine Kontrolle, die Arbeit von Artilleriebeobachtern muss auch vorbereitet sein und ist zeitaufwendig. Und selbst mit modernsten Waffen sind dann keine punktgenauen Treffer möglich.

Der ukrainischen Armee wurden erst vor kurzem von Human Rights Watch Kriegsverbrechen durch den Einsatz von Artillerie (Mehrfachraketenwerfer "Grad") in bewohnten Gebieten vorgeworfen (Vor einem blutigen Stadtkampf in der Ostukraine?). Die Menschenrechtsorganisation verurteilte den Einsatz dieser Waffe, weil sie eben nicht gezielt gegen feindliches Militär eingesetzt werden kann, sondern ihre verheerende Wirkung ausschließlich breit gestreut erzielt.

Falls Poroschenkos Armee tatsächlich im Dunkeln mit Artillerie in der Ostukraine schießt, wäre die Zerstörung eines fahrenden

Panzerkonvois ein extrem unwahrscheinlicher Zufall. Allein die Wahl der Waffengattung macht Poroschenkos Statement also völlig unglaubwürdig. Genau wie die Tatsache, dass sein Büro dies am späten Freitagnachmittag meldete - der Militärstab mittags aber gar nichts über die angeblich längst erfolgte Zerstörung des Konvois sagte. Und das obwohl er genau bei dieser Pressekonferenz die Grenzverletzung eben jenes Konvois "bestätigte".

Stutzig hätte deutsche Redakteure aber durchaus auch das vollständige Fehlen von Beweisen machen müssen. Sämtliche Bilder eines russischen Panzerkonvois wie etwa auch die der Zeitung New Times, die übrigens in geradezu irreführender Art von Golineh Atai in ihrem Tagesthemen-Bericht (ab 1:00) verwendet wurden, sind innerhalb Russlands entstanden - kilometerweit entfernt von der Grenze zur Ukraine.

Auch vom zerstörten Konvoi gab es nicht nur keine Fotos, sondern auch ansonsten keine Beweise, ja nicht mal das kleinste Indiz. Russische Soldaten wären ja bei dem Angriff getötet, verletzt und gefangen genommen worden. Rauchende Trümmer, erbeutete Angriffspläne, russische Ausrüstung - all das wäre zügig präsentiert worden, hätte dies Ereignis überhaupt stattgefunden.

Nichts gelernt

Schließlich hätten vor der Vermeldung des ganzen Unsinns bei den Medienmachern Erinnerungen an Ereignisse wie die Morde von Kiew (20. Februar), Odessa (2. Mai), Lugansk (2. Juni) oder dem Absturz von MH 17 (17. Juli) für Vorsicht sorgen müssen. In all diesen ganz realen Massentötungen hatten deutsche Journalisten bereits frühzeitig und reflexhaft die Schuldigen ausgemacht. Bis heute sind bei den Vorfällen jedoch weder die Umstände geklärt, noch die Täter

gefasst. Vorsichtiger mit ihren Ukraine-Meldungen sind die Medien offensichtlich trotzdem nicht geworden.

All dies hätte einen mahnenden Lerneffekt auf Redakteursgemüter haben können. Allerdings müsste man den Journalisten hierfür auch grundsätzliche Lernbereitschaft und den Willen zu objektiver Information unterstellen. Wie die mediale Handhabung des Ukraine-Konflikts jedoch seit vielen Monaten zeigt, ist beides mehr als fraglich.

Ein wichtiger Grundsatz für den seriösen Umgang mit Nachrichten aus unübersichtlichen Konfliktregionen lautet, dass Meldungen vor Veröffentlichung von mehreren Quellen unabhängig voneinander bestätigt werden müssen. Dieser Grundsatz scheint jedoch nur in journalistischen Lehrbüchern zu stehen. [74]

Dass Russland die Existenz des Konvois und damit auch seine Zerstörung bestritt, ist nicht überraschend. Es handele sich mal wieder um eine "Fantasie" Kiews, sagte Igor Konaschenkow vom russischen Verteidigungsministerium. Doch auch sonst konnte keiner die Behauptung Kiews bestätigen. Nicht die USA, nicht die UNO, nicht die OECD, nicht mal die NATO. Niemand.

Aus heißer Luft wird ein echter Vorfall

Dass sich dieses Ereignis zugetragen hat, lässt sich also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausschließen. Alle genannten Aspekte hätten die zuständigen Entscheider in den Medien beachten müssen. So eine Meldung darf nie und nimmer zur Hauptmeldung in den Nachrichten werden.

Wer den Journalisten bei ihrer Fehlentscheidung keine bösen Absichten unterstellen will, könnte als Gründe den Mangel an Zeit und Personal bei der Überprüfung der Meldung aber auch die Angst

vor der verpassten Schlagzeile anführen.[75] Doch ganz so einfach ist es nicht, denn viele Redakteure hatten sehr wohl die Zeit, den Inhalt der Falschmeldung mit allen Tricks als belegtes Faktum erscheinen zu lassen.

Und dies ging so: Die Grenzverletzung und die Zerstörung des Konvois wurden leicht abgeschwächt - etwa durch den Begriff "offenbar" - als Tatsachen dargestellt. Das Wort wird dabei gezielt falsch verwendet, denn "offenbar" im Wortsinn (offenkundig, offensichtlich, unverkennbar) war der Vorfall ja eben nicht.

In den folgenden Absätzen kommen dann meist parteiische "Bestätiger" und mahnende westliche Politiker zu Wort. Durch diese Text-Struktur wird eine Kulisse aufgebaut, die den Eindruck vermittelt, dass alle in der "internationalen Gemeinschaft" derselben Meinung und die Vorfälle quasi Fakt sind. Über das angebliche Faktum selbst muss dann gar nicht mehr gesprochen werden, sondern nur noch über die Konsequenzen daraus. So "funktioniert" die Sache mit den Sanktionen ja schon die ganze Zeit.

Russlands Dementi kommt in den Texten oft erst in der Mitte oder sogar gegen Ende.[76] Und auch das wird gern durch redaktionell zugesetzte Formulierungen wie "Die russische Regierung bestritt den Vorfall zunächst" unglaubwürdig gemacht. Unterstellt der Zusatz "zunächst" doch, dass Russland das Ganze schon bald zugeben wird. Weitere Widersprüche oder der Hinweis auf fehlende Belege werden von bearbeitenden Redakteuren auch gern mal komplett weggelassen.

Umstrukturierungen, selektive Meinungs- und Informationsweitergabe und eine irreführende Wortwahl erzeugen beim Leser einen völlig falschen Eindruck. Die meisten Texte versuchten durchgängig davon abzulenken, dass Kern und Anlass der Nachricht nie existierten. Mit Fug und Recht darf so etwas

Desinformation genannt werden. Eigentlich ein katastrophales Urteil für ein seriöses Medium - im Ukraine-Konflikt ist das jedoch seit Ende November 2013 täglich Brot.

Falschmeldung mit kriegerischen Konsequenzen - nur eine Frage der Zeit

Poroschenko und seine Generäle geben also eine Falschmeldung heraus. Das war nicht das erste Mal und es ist auch erklärbar. Die Anführer einer Kriegspartei versuchen hier mit aus der Luft gegriffenen militärischen Erfolgsmeldungen die Unterstützung für den militanten Kurs aufrecht zu erhalten und den Eindruck von fähigen siegreichen Streitkräften zu erzeugen.

"Beobachter in Donezk konnten in den vergangenen Tagen mehrfach die Feststellung machen, dass so manche Mitteilung der Kiewer Militärs nicht stimmt", schreibt Spiegel-Korrespondent Christian Neef, der als einer der wenigen deutschen Journalisten in der Ostukraine ist. Trotzdem vermelden die deutschen Leitmedien quasi anstandslos alle Behauptungen Kiews - mit russischen PR-Meldungen verfahren sie hingegen ganz anders.

Dass deutsche Medien immer wieder Schwierigkeiten haben, eine professionelle Haltung gegenüber der Kiewer PR einzunehmen, ist mit vernunftbetonten Denkansätzen nicht erklärbar. Es scheint häufig nur darum zu gehen, Behauptungen unreflektiert zu vervielfältigen, damit westliche Polit-Eliten permanent Drohungen aussprechen können.

Konsequenzen für die verantwortlichen Journalisten und Redakteure sind nicht auszumachen. Falschmeldungen scheinen schnell vergessen oder werden nicht mal als solche interpretiert. Auf eine Entschuldigung deutscher Medien können kritische Leser deshalb

lange warten. Eher kommt die nächste Ente als eine Richtigstellung. Der Effekt des permanenten Gerüchte-Bombardements ist klar: Irgendwas bleibt immer hängen.

In militärischen Auseinandersetzungen sind Falschmeldungen aber ein Spiel mit dem Feuer. Wer sagt, dass die nächste dieser Art nicht einen großen Krieg auslöst? Seriösen Medienmachern sollte dieser Preis zu hoch sein.

Erschienen am 19.08.2014

Marcus Klöckner

"Die Berichterstattung unterscheidet sich kaum von den Statements der Politik"

Friedensforscher Lutz Schrader über den Journalismus in Zeiten geopolitischer Konflikte

"Man hat als Mediennutzer das Gefühl, sich seit Monaten in einer Art Endlosschleife zu befinden. Dieselben Argumente werden ständig wiederholt. Es scheint immer weniger Journalisten zu geben, die es für notwendig erachten, gründlich zu recherchieren und sich eine eigene und vor allem unabhängige und kritische Meinung zu bilden." Das sagt der Friedens- und Konfliktforscher Lutz Schrader im Interview mit Telepolis und verdeutlicht: Der Journalismus, wie er dieser Tage im Hinblick auf die Krisen in der Ukraine oder in Syrien zu beobachten ist, ist in vielerlei Hinsicht mit Unzulänglichkeiten behaftet.

Schrader, der bereits an anderer Stelle dargelegt hat, wie notwendig ein "konfliktsensitiver Journalismus" ist, kritisiert, dass Journalisten bei der Berichterstattung über Krisen und Konflikte zu selten die eigenen Interessen und Vorurteile reflektieren und über die Problemzonen dieser Welt häufig zu eindimensional berichten. Schrader sagt, man müsse als Journalist nicht gleich zum Friedenskämpfer werden, aber: Alleine schon aus Eigeninteresse sollten "die selbstverständlichen Grundlagen und Standards des journalistischen Handwerks" Anwendung finden, meint Schrader.

"Trotz unseres Anliegens, Bildmaterial sorgfältig zu verwenden, ist uns ein Fehler unterlaufen. Wir bitten, das zu entschuldigen", teilte der Westdeutsche Rundfunk am vergangenen Sonntag per Twitter

mit, wie Matthias Meisner vom Tagesspiegel berichtete. Hintergrund: Als die Nachrichten hochkochten, Russland würde in die Ukraine einmarschieren, veröffentlichte WDR5 ein Foto, das zahlreiche Panzer zeigte, die sich ihren Weg durch eine wüstenartige Landschaft bahnten. Die Überschrift des Artikels lautete: "Russland auf dem Vormarsch?"

Doch wie der Tagesspiegel nun berichtet, haben Blogger schnell herausgefunden: Das Bild, das die verantwortliche Redaktion von WDR5 auf der Internetseite des Senders veröffentlichte, stammte offenbar von einem russischen Manöver aus dem Kaukasus aus dem Jahr 2009. Konfliktsensitiver Journalismus sieht sicherlich anders aus.

▶ Herr Schrader, Sie setzen sich seit vielen Jahren als Friedensforscher mit Konflikten und Kriegen auseinander. Wenn Sie sich die gegenwärtige "Problemzonen" betrachten, also Syrien, Irak, die Krise in der Ukraine, was sind Ihre Gedanken?

> **Lutz Schrader:** Mein erster Gedanke gilt dem Versagen der Politik Deutschlands und des Westens. Wenn wir auf die vielen Krisen und Kriege in der Welt schauen, entsteht der Eindruck, als würden die Probleme und Herausforderungen ständig größer werden, ja Überhand nehmen. Aber ich glaube, wir haben einfach nicht mehr die erforderlichen Konzepte und den fachlichen Sachverstand bei Politikern, Beratern und Wissenschaftlern, um angemessen mit den aktuellen außen- und weltpolitischen Herausforderungen umgehen zu können. Darum bleiben die ersten Anzeichen von Krisen lange unentdeckt. Wegen verspäteter und unangemessener politischer Reaktionen schaukeln sich Krisen und Konflikte dann schnell hoch und eskalieren zu militärischen Auseinandersetzungen.

▶ In einem Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) setzen Sie sich auch mit der Rolle der Medien im Hinblick auf Konflikte, Krisenherde und Kriege auseinander. Wie bewerten Sie die Berichterstattung, wie wir Sie derzeit erleben?

Lutz Schrader: Natürlich gibt es auch eine anspruchsvolle Berichterstattung - vor allem in den überregionalen und Wochenzeitungen und auf den hinteren Seiten, also im Feuilleton und in Hintergrundberichten. Aber insgesamt ist das Niveau der Medienberichterstattung zu den genannten Krisen erschreckend dürftig. Man hat als Mediennutzer das Gefühl, sich seit Monaten in einer Art Endlosschleife zu befinden. Dieselben Argumente werden ständig wiederholt. Es scheint immer weniger Journalisten zu geben, die es für notwendig erachten, gründlich zu recherchieren und sich eine eigene und vor allem unabhängige und kritische Meinung zu bilden.

Die Berichterstattung unterscheidet sich kaum von den Statements der Politik. Beispiel Nahost: Da wurde im Laufe des Sommers schnell "vergessen", was eigentlich der Auslöser der gegenwärtigen Krise um den Gaza-Streifen gewesen ist. Erinnern wir uns: Die israelische Regierung nutzte die Ermordung der drei Talmud-Schüler Mitte Juni als Vorwand, um die Hamas zu schwächen und womöglich zu zerschlagen. Der Hintergrund? Tel Aviv will mit allen Mitteln eine gemeinsame Regierung von Fatah und Hamas verhindern. Schon bei deren Vereidigung Anfang Juni fehlten drei Minister. Die israelische Armee hatte ihnen die Einreise vom Gazastreifen ins Westjordanland verwehrt. Doch anstatt die Ursachen für die Krise klar herauszustellen und auf eine konstruktive Bearbeitung zu drängen, verengt sich die Berichterstattung zu einem nur

wenig variierten Mantra: Die uneinsichtigen Hamas-Extremisten beschießen wehrlose Israelis.

▶ In ihrem Beitrag für die bpb sprechen Sie davon, dass Qualitätsjournalismus gleich Friedensjournalismus ist. Was genau meinen Sie damit?

Lutz Schrader: Ich bin davon überzeugt, dass sich guter Journalismus schon allein aus purem Eigeninteresse für die Erhaltung derjenigen Grundlagen einsetzen sollte, die Qualitätsjournalismus erst möglich machen: Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit. Ein Journalist muss aber deshalb nicht gleich zum "Friedenskämpfer" werden. Es reicht völlig aus, die selbstverständlichen Grundlagen und Standards des journalistischen Handwerks hochzuhalten. Dazu gehört u.a., die eigenen Interessen und Vorurteile zu reflektieren, auf Leerstellen, Verzerrungen und Lügen in politischen Verlautbarungen aufmerksam zu machen, Macht- und Gewinninteressen sowie Verantwortlichkeiten offenzulegen, Minderheitenpositionen und Opfer auf allen Seiten zu Wort kommen zu lassen und nicht zuletzt die wirtschaftlichen und menschlichen Folgen von Gewalt mit aller Deutlichkeit zu benennen.

Lähmende Verquickung von Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft

▶ Können Sie die Schwachstellen in der aktuellen Berichterstattung, die Sie ausmachen, für uns skizzieren?

Lutz Schrader: Vor ein paar Tagen habe ich einen ziemlich entmutigten Timo Vogt im Radio gehört. Er war als freier Fotograf auf eigene Rechnung im Nordwesten

Syriens unterwegs. Er hat dort Fotos von den Menschen gemacht, die nach entbehrungsreicher Flucht wieder in ihre Dörfer zurückkehren und unter schwierigsten Bedingungen versuchen, ihr Überleben zu organisieren.

▶ Und?

Lutz Schrader: Zurück in Deutschland muss er nun feststellen, dass kaum eine Zeitung an den Fotos zu diesem Thema interessiert ist. Gefragt sind Bilder von martialisch aufmarschierenden IS-Milizen und ihren Gräueltaten. Dass die deutschen und westlichen Medien damit den Job der Terrormilizen vollenden, indem sie den Schrecken in Wort und Bild in die Wohnzimmer der Deutschen tragen, scheint dabei keinen zu stören.

Man könnte nun hoffen, dass wenigstens die Recherche und Analyse über die Organisation "Islamischer Staat", ihre Ursprünge, ihre Führungsleute und -strukturen und ihre Geldgeber "auf der Höhe der Zeit" sind. Aber das ist mehr als dürftig. Die Entwicklung wurde nicht nur von der Politik, sondern auch von den Medien gründlich verschlafen. Dabei war - spätestens seit der US-Invasion in Afghanistan und Irak - für jeden einigermaßen aufmerksamen Beobachter der Entwicklungen im Mittleren Osten absehbar, dass die verfehlte Politik des Westens dem radikalen Islamismus massiven Zulauf bescheren würde.

In Afghanistan wandten sich die Menschen - vom brutalen Vorgehen des amerikanischen Militärs, von korrupten Eliten und ineffizienter Entwicklungspolitik frustriert - wieder den Taliban zu. Im Irak hat die US-Besatzungszeit zur Entmachtung der Sunniten und einer massiven Ethnisierung der politischen Auseinandersetzungen

geführt. Viele Sunniten sehen in der IS nun einen willkommenen Verbündeten gegen die schiitisch dominierte Führung in Bagdad.

Auf diese Entwicklung hätten die Medien aufmerksam machen müssen. Nun scheint wieder nur noch eines "zu helfen": Bombardements, Waffenlieferungen und Krieg.

▶ Was meinen Sie, was sind die Gründe für die Schwächen in der derzeitigen Berichterstattung?

Lutz Schrader: Die außen- und sicherheitspolitische Ausbildung von Journalisten entspricht nach meiner Kenntnis nicht den Anforderungen. Während des Studiums erfahren Studierende kaum etwas über Friedens- und Konfliktforschung und Friedensjournalismus. Es gibt allerdings erfreuliche Ausnahmen, wie z.B. am Institut für Journalistik der TU Dortmund.

Ein weiterer Grund ist diese lähmende Verquickung von Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft. Es fehlt offenkundig eine produktive Streitkultur. Kaum jemand wagt noch eine kritische Positionierung. Das Ergebnis ist ein journalistischer Mainstream, aus dem es kaum noch ein Entrinnen zu geben scheint. Woher sollen unter diesen Umständen die wirklich interessanten Fragen und Antworten kommen? Wie soll sich da ein öffentlicher Diskurs über die zentralen Fragen der Innen- und Außenpolitik formieren, auf den ein demokratisches Gemeinwesen existenziell angewiesen ist. Wo sind die markanten, streitbaren Köpfe, die den deutschen Journalismus der vergangenen Jahrzehnte so reich und unverwechselbar gemacht haben?

Es fehlt an analytischem Tiefgang und Selbstreflexion

▶ Um nochmal an die Frage zuvor anzuknüpfen: Wenn man sich die Kommentare in den Foren der großen Medien zu Artikeln anschaut, in denen über die aktuellen Krisen berichtet wird oder in denen die Konflikte kommentiert und analysiert werden, kommt oft zum Ausdruck, dass die Analysen zu eindimensional und die Kommentierungen zu oberflächlich sind. Warum tut sich der Journalismus dieser Tage so schwer, auch die tiefenstrukturellen Machtverhältnisse, die ohne Zweifel hinter jeder Krise auch wirken, freizulegen und den Lesern aufzuzeigen?

Lutz Schrader: Tatsächlich gebricht es an analytischem Tiefgang und Selbstreflexion. Ein Beispiel: Der Westen geht nach wie vor - sehr undifferenziert und selbstgewiss - davon aus, dass alle anderen Länder und Regionen ihm früher oder später auf dem Weg in Richtung liberale Marktwirtschaft und Demokratie folgen werden. Für diese globale Expansion braucht es eigentlich kein Militär. Das erledigen seine wirtschaftliche Leistungskraft und die Attraktivität der glitzernden Warenwelt. Ein Beispiel dafür ist der Zusammenbruch des realen Sozialismus, der in der Osterweiterung der Europäischen Union mündete.

Wenn Mächte, wie Russland, sich nicht der westlichen Übermacht und dem Sog seines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems fügen wollen und irgendwann "Stopp!" rufen, reiben sich die westlichen Politiker und Medienleute erstaunt die Augen und wittern sofort eine antiwestliche Ranküne. Das eigentliche Problem ist indes, dass westliche Medien, aber auch Experten und Geheimdienste, diese Reaktion Moskaus nicht vorhergesehen haben. Doch dafür wäre eine grundsätzlich andere Berichterstattung nötig gewesen. Anstatt unablässig westliche Vorurteile gegenüber Russland zu bestätigen, sollten sich die hiesigen Medien darum

bemühen, das riesige und in sich sehr widersprüchliche Land - auch seine Träume und Ängste - zu verstehen und den Deutschen und Westeuropäern näher zu bringen.

Dann hätten wir möglicherweise erahnen können, dass früher oder später eine Konfrontation zwischen zwei schwer vereinbaren Modi politischer Organisation droht - zwischen globalisiertem Liberalismus und imperialem Staatskapitalismus. Um diese strukturelle Unvereinbarkeit einzuhegen, sind außenpolitische Expertise und Klugheit gefragt. Wie das gehen kann, hat uns das Ende des Ost-West-Konflikts gelehrt: Man muss miteinander sprechen, geeignete Institutionen schaffen, Vertrauensbildung betreiben und nach geeigneten Wegen der gegenseitigen Annäherung und Zusammenarbeit suchen. Ansonsten kommt es früher oder später zur Machtprobe.

▶ Wie bewerten Sie die Rolle, die das Internet und besser: die dort vorhandenen "alternativen Formate", also Blogs etc., einnehmen, wenn es um ein kritische Betrachtungen vorliegender Konflikte geht?

Lutz Schrader: Ich bin bei meinen Recherchen viel im Netz unterwegs, aber selten systematisch. Ab und an treffe ich auf interessante und gute Plattformen. Eine neue Entdeckung ist z.B. www.balkansineurope.org. Der Blog der Uni Graz versammelt die Stimmen junger kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den Risiken und Chancen der EU-Erweiterung gegenüber den Ländern des westlichen Balkan.

Ich würde mir noch mehr osmotische Beziehungen zwischen Qualitätszeitungen und guten Internet-Ressourcen wünschen: Qualitätszeitungen verweisen auf gute Quellen im Netz und erleichtern so den Zugang zu zusätzlichen Informationen. Und sie geben mit ihren

Artikeln und Kommentaren Orientierung, um den Nutzern die Orientierung in den unübersichtlichen Gefilden des Internet zu erleichtern.

Von den russischen Eliten wird die Kontrolle von Territorium deutlich höher bewertet als wirtschaftliche Leistungskraft

▶ Noch ein Wort zu den Krisen in Syrien und der Ukraine. Im Hinblick auf den Begriff "Geostrategie": Wie betrachten Sie die Situation in Syrien?

Lutz Schrader: Ja, im Zusammenhang mit beiden Krisen ist von einer Renaissance der Geopolitik die Rede. In Wahrheit war diese verhängnisvolle Denkrichtung in Russland, China, in den USA und anderswo nie ausgestorben. Man denke an Zbigniew Brzezinski "Die einzige Weltmacht". Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte verständliche Berührungsängste.

Die Gefahr dieser außenpolitischen Theorie, von deren anspruchsvoller Variante zugegebenermaßen manche Faszination ausgeht, besteht darin, dass sie Holzköpfe und Haudrauf-Strategen magisch anzuziehen scheint. Die Welt wird zu einem Sandkasten und das Leben von Soldaten und Zivilisten zu einer quantité negligeable. Was das bedeutet, wird gerade von den politischen Führungen in Moskau und Kiew sowie in Damaskus, Ankara, Rabat und Katar vorgeführt - mit allen grausamen Folgen.

▶ Und die Krise in der Ukraine? Welche geostrategischen Interessen sind dort auszumachen

Lutz Schrader: In der Ukraine-Krise zeigt sich, dass das imperiale Selbstverständnis der russischen Eliten viel älter ist als die Sowjetunion. Die Kontrolle von Territorium wird deutlich höher bewertet als wirtschaftliche Leistungskraft. Die Idee des Imperiums bleibt eine zentrale Referenz für die russische politische Identität.

Den Rückfall in alte Muster hätte durch eine kluge westliche Politik verhindert oder doch zumindest abgeschwächt werden können. Doch das Gegenteil ist passiert. Die ignorante und demütigende Politik des Westens hat nach 1989 die Phantomschmerzen Russlands ob des Verlustes des Imperiums eher noch verschlimmert. Das hat die Neigung der russischen Eliten zusätzlich verstärkt, sich vom Westen abzuwenden und ihr Heil in einem antiwestlichen und antiliberalen Kurs zu suchen. Darin sieht man in Moskau übrigens auch eine Chance, das Land im Innern zusammenzuhalten. Bismarck lässt grüßen. Nur wird hier keine kleinrussische, sondern eine großrussische "Lösung" anvisiert.

Doch ist die russische Politik keine durch Raum und Geschichte determinierte Konstante! Dieses Argument, das heute wieder von sogenannten Sicherheitsexperten und Russlandkennern vertreten wird, ist nicht nur analytisch dürftig, sondern im Hinblick auf seine politischen und strategischen Implikationen kreuzgefährlich! Es führt geradewegs in eine militärische Konfrontation.

Nationalismus ist ein schlechter Ratgeber

▶ Aber das ist nur die eine Seite. Wir wissen, dass Washington 5 Milliarden für eine "demokratische" Ukraine investiert hat, wir wissen,

dass der Direktor der CIA in der Ukraine war, wir wissen, dass die Ukraine auch für den Westen eine geostrategische Bedeutung hat.

Lutz Schrader: Klar haben der Westen und die NATO ein Interesse an einer berechenbaren und stabilen "Ostflanke". Das gilt insbesondere für die mittelosteuropäischen Mitgliedsländer, wie Polen, die Slowakei und Rumänien. Die USA haben dagegen vor allem ein Interesse daran, glaubwürdig gegenüber ihren Verbündeten zu bleiben. Dazu gehört die Einhaltung ihrer Bündnisverpflichtungen. Wichtig ist ebenfalls die Unterstützung von Ländern, die sich den USA und dem Westen zuwenden.

Die westliche liberale Expansion funktioniert nur, wenn die Bevölkerungen und Eliten, die sich auf die Seite des Westens schlagen, dafür auch etwas Mess- und Vorzeigbares bekommen. Nicht zuletzt geht es den USA um die Aufrechterhaltung ihrer Glaubwürdigkeit als weltpolitische Ordnungsmacht - auch und gerade gegenüber aufstrebenden Mächten, wie Russland und China. Diesbezüglich setzt Obama bekanntlich mehr auf weiche Faktoren und verdeckte Aktionen.

Aber all diese Erwägungen lassen sich nicht gegen die langfristigen und substanziellen Interessen aufwiegen, die die westeuropäischen Staaten an einer engen wirtschaftlichen und strategischen Kooperation mit Russland haben. Doch haben sich diese Perspektiven in Folge der der Ukraine-Krise massiv verschlechtert.

▶ Was für einen Ausweg kann es aus der Krise mit Russland geben?

Lutz Schrader: Zeitgemäß wäre die Bekräftigung des Glaubens in die Gestaltungsfähigkeit kluger Politik.

Westliche Medien und westliche Politik können konstruktiv auf die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Moskau (und Kiew) Einfluss nehmen. Nicht die Stärkung der NATO in Osteuropa ist gefragt, sondern die Suche nach einem tragfähigen modus vivendi zwischen Russland und dem Westen, der den langfristigen wirtschaftlichen und (geo-)politischen Interessen der europäischen Staaten - im Westen und im Osten - mehr entspricht als ein sinnloses, gefährliches und ressourcenzehrendes Kräftemessen.

▶ Das klingt vernünftig, aber: Was, wenn genau diese Form der Politik gar nicht gewollt ist, wenn sogar bewusst von politischen Hardlinern auf eine Eskalation hinaus gearbeitet wird? Zumindest könnte man diesen Eindruck bekommen, wenn man die Entwicklungen der vergangenen Monate, aber auch der vergangenen Jahre betrachtet, oder?

Lutz Schrader: Sicherlich gibt es immer Leute, die solche Krisen nutzen, um ihr eigenes Süppchen zu kochen. Sie wollen Wahlen gewinnen, den politischen Gegner eins reinwürgen, an Rüstungsaufträgen verdienen oder vielleicht auch ihr Standing als Vorsitzender einer internationalen Organisation, wie der NATO, verbessern. Aber ich sehe keine ernst zu nehmenden Kräfte im Westen, die es tatsächlich auf eine massive Eskalation und vielleicht sogar auf einen Krieg mit Russland anlegen. Anders sieht es in Russland und der Ukraine aus. Nationalismus ist ein schlechter Ratgeber, und diejenigen, die ihn schüren, riskieren, früher oder später die Kontrolle über die Geister zu verlieren, die sie selbst gerufen haben…

Stefan Korinth

Déjà-Vu nach 13 Jahren

Ein Kommentar zu den Parallelen im öffentlichen Umgang mit 9/11 und dem Ukraine-Konflikt

Ende 1991 verschwand die Sowjetunion von der politischen Landkarte. Bereits in den Monaten zuvor hatte sich der Warschauer Pakt aufgelöst. Der große Feind des Westens war nicht mehr da. Für die westliche Rüstungswirtschaft und ihre politischen Unterstützer war das Ende der Ost-West-Konfrontation ein Problem. Die Rechtfertigung für horrende Militärausgaben fehlte plötzlich. Passenderweise gab es bald einen neuen furchterregenden Feind: Spätestens mit den Anschlägen vom 11. September 2001 übernahm der islamistische Terrorismus ("Al Qaida") diese Universalrolle.

"Dass ein Feind sich einfach auflöst, wird den USA nicht nochmal passieren", prophezeite der politische Kabarettist Volker Pispers bei seinen Auftritten in den Jahren danach. Er behielt Recht. Die US-Amerikaner und ihre Verbündeten kämpfen immer noch gegen Islamisten wie nun ISIS. Die "terroristischen Mörderbanden" (Steinmeier) seien bis heute eine "extreme Bedrohung" (US-Verteidigungsminister Hagel) für die freie Welt geblieben, so der öffentliche Tenor. Die Anschläge von New York und Washington vor 13 Jahren waren der Kulminationspunkt dieser Entwicklung.

Doch durch ein anderes Ereignis erklärt der Nato-Westen nun zusätzlich und erneut Russland zum Feind. Was sich mit den Kriegen in Georgien und Syrien bereits abzeichnete, wurde mit der Krimkrise und den Kämpfen in der Ostukraine zur Gewissheit. Wer nun noch

westliche Politeliten und Rüstungslobbyisten über Polen und das Baltikum reden hört, weiß: Der Russe muss wieder vor die Tür.

Der dies letztlich auslösende Konflikt in der Ukraine weist dabei besonders in seiner politisch-medialen Rezeption beunruhigende Parallelen zum 11. September auf.

Der Bösewicht ist schnell identifiziert

Die vielleicht auffälligste Gemeinsamkeit ist die ultraschnelle Festlegung auf einen Schuldigen. Noch bevor die Zwillingstürme des World Trade Centers am 11. September in sich zusammenstürzten, fiel in westlichen Medien der Name Osama bin Laden als möglicher Drahtzieher der Anschläge. In den folgenden Tagen wurde diese Vermutung dann zur einzig denkbaren Möglichkeit.

Terrorfürst Bin Laden dementierte nach den Anschlägen aber merkwürdigerweise seine Täterschaft. Mit seiner Hinrichtung durch US-Soldaten 2011 in Pakistan starb auch die Möglichkeit einer gerichtlichen Befragung. Bis jetzt hat das FBI tatsächlich keine gerichtsfesten Hinweise für Bin Ladens Beteiligung an den Anschlägen.[77] Diese Information ist heute nicht nur weitgehend unbekannt, sie ist auch erschreckend, da Bin Ladens Schuld hinsichtlich 9/11 trotzdem feststehendes Allgemeinwissen ist.

Im Ukraine-Konflikt legten sich westliche Politiker und Leitmedien ebenfalls von Beginn an auf einen verurteilungswürdigen Strippenzieher und Hauptschuldigen fest: den russischen Präsidenten Wladimir Putin. Sein ukrainischer Kollege Viktor Janukowitsch wurde zwar auch harsch kritisiert, galt den westlichen Medien jedoch mehr oder weniger als Marionette Putins und verschwand nach seiner Flucht Ende Februar völlig von der Bildfläche.

Seitdem stieg das mediale Interesse am Konflikt deutlich. Und auch Putins Schuld und Boshaftigkeit steigerten Politiker und vor allem Journalisten weiter. Es ging u.a. um einen Völkerrechtsbruch ("Annexion" der Krim), die Unterstützung von Separatisten ("Destabilisierung"), dann sogar um Mord (MH 17) und zuletzt um eine militärische Invasion im Nachbarland.

Beim Anschluss der Krim an Russland ist die Lage nicht so eindeutig, wie etwa deutsche Medien sie darstellen. [78] Und in den anderen Punkten konnten die politisch-medialen Ankläger bislang neben tendenziösen Interpretationen und einigen Indizien keine konkreten Beweise für Putins Schuld vorzeigen. Die permanenten Vorwürfe dürften ihre Wirkung trotzdem entfaltet haben, so dass der russische Präsident in großen Teilen westlicher Gesellschaften heute als Scheusal gilt. [79]

Offene Fragen bleiben offen

Eine weitere Parallele im öffentlichen Umgang mit 9/11 und dem Ukraine-Konflikt ist das fehlende Interesse an Aufklärung bei Politik und Medien. Der 11. September mit seinen vielen kleinen und großen Merkwürdigkeiten rief zahlreiche Fragesteller auf den Plan. Antworten sollte es aber erstmal keine geben. Die Klärung offener Sachverhalte würde nur wichtige Kräfte im anstehenden Kampf gegen den Terror binden, sagte etwa der damalige Vizepräsident Dick Cheney.

Erst nach starkem Druck von Opferangehörigen setzte die Bush-Regierung ein Jahr später eine völlig unterfinanzierte Kommission ein, die wegen des kommenden Präsidentschaftswahlkampfes auch noch zeitlich begrenzt wurde. Aufklärung brachte ihr Report jedenfalls nicht und das sollte er von Anfang an auch gar nicht. "Wir wurden eingesetzt, um zu scheitern", sagte nach den

Untersuchungen der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Lee Hamilton. Bis heute sind zentrale Aspekte von 9/11 ungeklärt. [80] Sämtliche Leitmedien haben das klaglos hingenommen.

Im Ukraine-Konflikt ist das gleiche Muster zu beobachten. Es geht gar nicht darum, Vorwürfe zu belegen, sondern nur sie permanent zu streuen (Kriegspropaganda: Eine Kiewer Ente im deutschen Blätterwald). Dies kann für so gut wie jede Aussage westlicher Politiker über Russland bzw. die Regierungsgegner in der Ostukraine gelten. Es geht auch nicht darum, Vorfälle zu untersuchen und aufzuklären, sondern sie für die eigenen Bedürfnisse so schnell wie möglich zu nutzen. Am offensichtlichsten ist dies bei den "ukrainischen 9/11s" - nämlich den Scharfschützenmorden von Kiew (20. Februar) und dem Absturz von MH 17 (17. Juli). [81]

Die westliche Politik könnte in diesen - aber auch im Fall der Toten von Odessa (Wie die Regierung Kiew die Aufklärung der Brand-Tragödie in Odessa sabotiert) - selbst ein ganzes Stück zur Aufklärung beitragen oder Druck auf Kiew ausüben, dies ebenfalls endlich zu tun. Stattdessen beschließen EU und USA mehrere Sanktionsrunden gegen Russland und eskalieren weiter zusammen mit der Nato durch Militärmanöver und öffentliche Verleumdungen Putins.

Auch die deutschen Qualitätsmedien verweigern sich ihrer eigentlichen Aufklärungs- und Wächterfunktion so gut es geht. Tatsächlich lassen sie sich in ihrer großen Mehrheit [82] unkritisch in die PR-Maschinerie Kiews und der Nato einspannen. Sogar schwer bewaffnete SS-Nachahmer wie das ukrainische Bataillon "Asow" werden von ARD und ZDF verharmlosend als "Freiwilligenverbände" oder "Bürgerwehren" bezeichnet - dieser geschichtsvergessene Wahnsinn ist heute öffentlich-rechtliche Realität.

Diffamierung der Kritiker

Wer gegen diesen Leitmedienkonsens angeht, wird von etablierten Journalisten und Politikern pauschal verunglimpft. Unabhängig von Substanz und Art der Kritik werden Gegner der offiziellen Haltung heute wie auch vor dreizehn Jahren in erster Linie persönlich diffamiert.

Kritiker der offiziellen Version des 11. September waren und sind dann pauschal "Verschwörungstheoretiker" - je nach Herkunftsland warfen und werfen ihnen Politiker und Medien zudem unpatriotische oder antiamerikanische Einstellungen vor. Pauschal geht es auch gegen die heutigen "Putinversteher"- ein wahrlich würdiger Kandidat für das Unwort des Jahres und ein ähnlich diskreditierender Sammelbegriff (wie "Verschwörungstheoretiker") für Gegner der aktuellen westlichen Kampagne. Dabei scheint es völlig egal, ob diese Putin selbst ablehnend, zustimmend oder indifferent gegenüberstehen. Wer am konfrontativen Vorgehen von EU, Nato und USA Kritik übt, muss Putin-Fan sein. Eine Zwischenposition wird nicht zugestanden. Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.

Die selbstbetrügerische Erklärungspalette deutscher Top-Journalisten für Kritiker ihrer einseitigen Linie reicht von kreml-finanzierten Online-Foristen über ewiggestrige Diktatur-Fans bis hin zu saturiert-phlegmatischen Wohlstands-Pazifisten. Das Prinzip ist offensichtlich: Kritiker werden nicht argumentativ widerlegt, sondern in ihrer persönlichen Integrität angegangen.

Kollektiv versagende Medien oder gelungene publizistische Kriegsführung?

Das Scheitern vor allem der Leitmedien an journalistischen Idealen wie Objektivität, Neutralität, Unabhängigkeit, kritischer Distanz,

Sorgfalt oder Ergebnisoffenheit ist dabei mehr als nur eine Parallele zwischen 9/11 und dem Ukraine Konflikt. Die bedingungslos unkritische Unterstützung der nationalen Regierungslinie sowie der Einsatz für konkret nie benannte "westliche Werte" ist quasi die verbindende Konstante der Auslandsberichterstattung von damals bis heute und gleichzeitig eine Bankrotterklärung an das eigene Berufsethos.

Immer noch stellt kein Top-Journalist kritische Fragen zur offiziellen Version von 9/11. "Das Thema ist zu groß für einzelne Journalisten", vermutet Sachbuch- und Telepolis-Autor Paul Schreyer. Medienmacher, die so etwas wagten, würden dann selbst als "Verschwörungstheoretiker" verunglimpft. Ihre Karriere wäre vorbei.

Genauso vermint scheint das publizistische Gelände im Ukraine-Konflikt. Abweichungen von der außenpolitischen Linie der Bundesregierung sind in heimischen Leitmedien selten und wenn dort mal kritisiert wird, dann vornehmlich von rechts. Mögliche individuelle Gründe hierfür gibt es einige: tiefste Überzeugung, eigene Verstrickungen in Machtnetzwerke, psychologische Selbstschutzmechanismen, Angst vorm Karriereknick oder einfach nur denkfauler Papageienjournalismus. [83]

Von unabsichtlichem Versagen der Qualitätsjournalisten kann damals wie heute nicht die Rede sein - zu lange hat sich nichts geändert, zu vielstimmig und unüberhörbar ist die Kritik, zu uneinsichtig und rechthaberisch sind die Antworten darauf: "Die Medien sind zum Teil ein Element der Kriegführung", gibt der Schweizer Historiker Daniele Ganser zu bedenken. "Sie bearbeiten die Heimatfront." [84] Dies scheint auch bereits zu gelten, bevor der eigentliche Krieg begonnen hat.

Rechtfertigung für aggressive westliche Geopolitik

Stichwort Krieg: Mit 9/11 legitimierte die Bush-Administration zwei US-amerikanische Angriffskriege. Der damals aktivierte und bis heute geltende Nato-Bündnisfall führte auch die Bundeswehr nach Afghanistan. Ein Gesetzespaket wie der Patriot Act oder Horror-Orte wie Abu Ghuraib und die geheimen CIA-Gefängnisse sind weitere Folgen der Anschläge. Dank der Terrorattacken vom 11. September konnten hohe oder steigende Militär- und Sicherheitsbudgets im Westen wieder gerechtfertigt werden. Unter dem Diktum des "Krieges gegen den Terror" wandelte sich die US-Außenpolitik noch stärker als zuvor zu einem aggressiven Unilateralismus. Die Zahl der weltweiten US-Militärbasen erhöhte sich erneut.

Der zuerst rein politische Ukraine-Konflikt mündete inzwischen ebenso in eine bewaffnete Auseinandersetzung. Der Stellvertreterkrieg zwischen Nato und Russland in der Ostukraine ist zwar anders gelagert als die US-amerikanischen "Strafaktionen" gegen den Irak und Afghanistan. Doch das westliche Bündnis benutzt auch diesen Konflikt als Rechtfertigung für seine weitere geopolitische Ausdehnung.

Zwar ist das Land zwischen Karpaten und Donbass gar kein Mitglied der Nato, doch notwendige Bedrohungslagen konstruiert die Pentagon-Vorfeldorganisation dann eben im Windschatten der Auseinandersetzungen dort. Besonders auffällig ist dies bei der von Politik und Medien penetrant behaupteten Gefahr einer russischen Invasion im Baltikum. [85]

Und schon wurde über die Stationierung von Nato-Kampftruppen und die Einrichtung von Militärbasen in Polen, Litauen, Lettland und Estland beraten. Der ominöse Raketenschirm gegen den Iran könnte sich bald auch offiziell gegen Russland richten. Der politisch-mediale Umgang mit dem Ukraine-Konflikt deutet klar in eine Richtung: Die Bevölkerung soll emotional auf eine lang anhaltende Kampagne

gegen den aktuellen Feind des Westens sowie auf weitere Terroranschläge durch diesen Feind und auf kommende Wirtschafts- und Ressourcenkriege vorbereitet werden. Genau das folgte zumindest nach dem 11. September.

Erschienen am 11.09.2014

Malte Daniljuk

Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik

"Fragmentarisch", "tendenziös", "mangelhaft" und "einseitig": Der Programmbeirat teilt über weite Strecken die Publikumskritik an der Berichterstattung

Der Programmbeirat der ARD kritisierte auf seiner Sitzung im Juni 2014 die Berichterstattung der größten öffentlichen Medienanstalt über den Ukraine-Konflikt. Die ausgestrahlten Inhalte hätten teilweise den "Eindruck der Voreingenommenheit erweckt" und seien "tendenziell gegen Russland und die russischen Positionen" gerichtet, heißt es im Resümee aus dem Protokoll (PDF) des neunköpfigen Gremiums, das Telepolis vorliegt. Wichtige und wesentliche Aspekte des Konflikts seien von den ARD-Redaktionen "nicht oder nur unzureichend beleuchtet" worden, insgesamt zeigte sich die Berichterstattung "nicht ausreichend differenziert", urteilen die Medienkontrolleure.

Der Programmbeirat der ARD soll die Interessen der Zuschauer gegenüber den Programmverantwortlichen vertreten und dafür sorgen, dass der Programmauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks umgesetzt wird. Das Ziel von Deutschlands größter Medienanstalt ist es, allen Zuschauern "hochwertige Information" anzubieten. Die neun Landesrundfunkanstalten der ARD entsenden aus ihren jeweiligen Rundfunkräten jeweils ein Mitglied sowie einen Stellvertreter in den Beirat. Die Entscheidung darüber, welche Person die regionalen Rundfunkräte in den nicht öffentlichen Sitzungen vertritt, fällt per Wahl.

Vor seiner Juni-Sitzung analysierten die Mitglieder des beratenden Gremiums "eine ganze Reihe von Beiträgen" über die Krise in der Ukraine. Anlass für diese Maßnahme, welche der Beirat selbst als "ungewöhnlich" bezeichnet, war die breite Kritik aus den Reihen des Publikums an der Ukraine-Berichterstattung im Ersten. Die Zuschauer beklagten "Einseitigkeit zulasten Russlands, mangelnde Differenziertheit sowie Lückenhaftigkeit", heißt es dazu im Bericht.

Die Ergebnisse dieser internen Medienanalyse sorgten für eine äußerst scharfe Debatte auf dem Treffen des Beirates mit dem stellvertretenden Programmdirektor Thomas Baumann. Einzelne Publikumsvertreter bezeichneten dort die Berichterstattung der ARD als "naiv, einseitig und gefährlich". Ihre schriftliche Kritik verabschiedeten die Delegierten im ARD-Beirat zudem einstimmig.

Wesentliche Aspekte vernachlässigt

Insgesamt musste der Programmbeirat nach einer umfangreichen inhaltlichen Analyse in zehn Punkten eine unzureichende Arbeit der ARD feststellen. Differenzierende Berichte über die Verhandlungen der EU über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine hätten gefehlt. Die "politischen und strategischen Absichten der NATO" bei der Osterweiterung seien kaum thematisiert worden. Die Legitimation des "sogenannten Maidanrats" und die "Rolle der radikal nationalistischen Kräfte, insbesondere Swoboda" hätten ebenso wenig eine Rolle gespielt wie deren Aktivitäten beim Scheitern "der Vereinbarung zur Beilegung der Krise in der Ukraine vom 21. Februar".

Weiterhin moniert der Beirat, dass die "Verfassungs- und Demokratiekonformität" der Absetzung Janukowitschs sowie die Rolle rechtsradikaler Kräfte bei dessen Sturz nicht hinreichend Gegenstand der ARD-Berichterstattung waren. Zudem hätte sich der

Beirat eine kritische Analyse von Politikern wie Julia Timoschenko und Vitali Klitschko gewünscht. Gerade in jüngster Zeit fehlten "belastbare Belege für eine Infiltration durch russische Armeeangehörige".

Chancen für solide Darstellung vertan

Besonders der letzte der zehn aufgeführten Kritikpunkte dürfte der Chefredaktion der ARD persönlich zu schaffen machen: Die Mitglieder des Beirats vermissen "einen längeren Beitrag, um die tieferen Ursachen der Krise" verständlich zu machen. Als die Kritik an der Auslandsberichterstattung der ARD bereits hohe Wellen geschlagen hatte, sendete man am 19. Mai mit "Zwischen Chaos und Krieg - Wer zerstört die Ukraine?" eine solche Dokumentation.

Der Chefredakteur des Hauses, Dr. Kai Gniffke, verteidigte in einem Blog-Eintrag unmittelbar vor der Ausstrahlung dieser Sondersendung seine bisherigen redaktionellen Entscheidungen. "Entscheidend ist für mich, dass die Gesamtleistung stimmt", argumentierte der Chefredakteur der ARD und kam zu dem Ergebnis, dass "wir uns um größtmögliche Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit bemüht haben".

Genau dieses Resultat können die Mitglieder des Beirates nicht bestätigen. "Nach Auffassung des Programmbeirats", heißt es im Resümee aus dem Protokoll seiner Juni-Sitzung, hat diese Dokumentation erneut "die Chance vertan, die Entwicklung der Krise in der Ukraine solide darzustellen". Ausdrücklich monieren die Kontrolleure die Auswahl der darin auftretenden Experten.

"Einige wenige positive Themensetzungen"

Von allen untersuchten Formaten, darunter auch die Brennpunkt-Sendungen und viele Magazin-Beiträge, erwähnen die Beiratsmitglieder nur die Redaktionen ttt, Plusminus, Monitor und Panorama mit "einigen wenigen positiven" Themensetzungen. Alle anderen Beiträge erfahren in dem Bericht eine vernichtende Kritik. Wertungen wie "fragmentarisch", "tendenziös", "mangelhaft" und "einseitig" durchziehen das gesamte Resümee aus dem Protokoll.

Besonders negativ seien die Weltspiegel-Ausgaben des Bayrischen Rundfunks mit einer "einseitigen, fast schon an die Sprache des Kalten Krieges gemahnenden Moderation" sowie der "Bericht aus Berlin" hervorgestochen. Bei den Talkshows der ARD hätten zudem schon die Titel "häufig antirussische Tendenzen" erkennen lassen.

Empfehlungen an die ARD

Die neun Mitglieder des Programmbeirats empfehlen der ARD "eine gründlichere Recherche durch die politischen Redaktionen". Angesichts der Fortdauer der Krise sei es wünschenswert, auch noch "im Rückblick Recherche und Information" zu verstärken. Das Ziel sollte es sein, mehr Dokumentationen und Hintergrundberichte zu produzieren, um die Entwicklungen in der Ukraine "nachvollziehbar zu machen".

Ob diese Empfehlungen umgesetzt werden, ist jedoch fraglich. Laut Informationen aus den Beiräten äußerte der ARD-Chefredakteur und stellvertretende Programmdirektor, Thomas Baumann, zwar sein Verständnis für die vorgebrachte Kritik. Aber der Programmbeirat hat nur eine beratende Funktion. Wichtige Entscheider wie der Intendant Tom Buhrow und der Fernsehdirektor Jörg Schönenborn, beide aus dem WDR, werben intern offensiv für eine redaktionelle Linie, die sich darauf konzentriert, die "westlichen Positionen zu verteidigen", hieß es aus der ARD gegenüber Telepolis. Insbesondere Tom Buhrow soll

in der Konferenz der Gremienvorsitzenden der ARD auf die kritischen Anmerkungen durch den Beirat "extrem aufgebracht und teilweise unsachlich" reagiert haben.

Angst vor dem Publikum

"Teilweise besteht die Tendenz, die Kritik intern als eine 'Kampagne von Ostdeutschen und Linken' darzustellen", vermutet Maren Müller, Vorsitzende der Initiative Ständige Publikumskonferenz. Die NGO erhält inzwischen fast täglich Hinweise aus dem Publikum der öffentlich-rechtlichen Sender. Zur Zeit betreffen sie mehrheitlich Berichte über die Ukraine. "Vorwiegend stammen unsere Mitglieder übrigens aus den alten Bundesländern, ohne besonders politischen Hintergrund", erläutert die Medienaktivistin auf Anfrage von Telepolis. Schon ihre berühmte Petition zur Ablösung von ZDF-Moderator Marcus Lanz hatten überwiegend Zuschauer aus dem Südwesten der Republik unterzeichnet.

Die aktuellste Beschwerde betrifft die Redaktion der Tagesthemen. Aus einem Interview mit dem Kollegen vom Spiegel, Christian Neef, wurde eine nicht ganz unwesentliche Szene herausgeschnitten. Auf die Frage der Moderatorin, ob die Menschen in Donezk durch die Regierungskräfte aus Kiew befreit werden wollen, antwortete Christian Neef von Vorort: "Dass sie von den Ukrainern befreit werden wollen, das glaube ich nun nicht, sie haben nach wie vor eine sehr skeptische Haltung gegenüber Kiew." Im anschließend ausgestrahlten Interview fehlte diese direkte Antwort. Stattdessen sendeten die Tagesthemen ausführlich den Eindruck des Korrespondenten, die lokale Bevölkerung würde die Rebellen weniger unterstützen.

Für Maren Müller handelt es sich um einen typischen Fall. Der Programmbeirat hat ihrer Meinung nach eine zu schwache Position

unter den ARD-Gremien. "Die Position der Zuschauer muss innerhalb der Öffentlich-Rechtlichen strukturell gestärkt werden", fordert Müller. Es könne nicht sein, dass ein Publikumsbeirat der Schweigepflicht unterliegt und seine Einschätzungen bestenfalls "empfehlenden Charakter" haben. Ein Anteil der Beiträge sollte zudem für eine unabhängige Programmanalyse eingesetzt werden, die durch einen Publikumsbeirat verantwortet wird, fordert die Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz der öffentlich-rechtlichen Medien.

Die verlinkte PDF-Datei enthält aus Gründen des Quellenschutzes keine Informationen über den tatsächlichen Ersteller des Textes. Der Autor hat die Authentizität des Protkolls aus verschiedenen Quellen bestätigen lassen.

ARD-Chefredakteur Thomas Baumann hat auf die Kritik reagiert und sich wie folgt geäußert:

> *» Den Vorwurf einer einseitigen und tendenziösen Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt weise ich energisch zurück. Dies habe ich auch gegenüber dem ARD-Programmbeirat deutlich gemacht. Es gab und es gibt zahlreiche Beiträge, Sendungen und Sondersendungen im Ersten Programm, die in der Summe die Lage in der Ukraine und die Ursachen der Krise differenziert und unter verschiedenen Aspekten thematisiert haben und thematisieren. Unsere Korrespondentinnen und Korrespondenten vor Ort tragen unter schwierigsten Bedingungen mit ihrer Arbeit entscheidend dazu bei, unser Publikum*

umfassend und so wahrheitsgetreu wie möglich zu informieren. «

Erschienen am 18.09.2014

Manuel Schumann

"Rudeljournalismus" schadet unserer Demokratie

Ruprecht Polenz über die Macht der Medien, Politiker in sozialen Netzwerken und die Strategie der selektiven Mobilisierung

19 Jahre lang saß Ruprecht Polenz für die CDU im Deutschen Bundestag, von 2005 bis 2013 war er unter anderem Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Im vergangenen Jahr zog sich der gelernte Jurist aus der ativen Politik zurück und ist seitdem Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Im Gespräch mit Telepolis erklärt Polenz, der auch Vorsitzender des ZDF-Fernsehrates ist, warum Politiker keine Angst vor Facebook haben sollten, was ihn an manchen Journalisten stört und weshalb er eine Medienerziehung für dringend nötig hält.

▶ Herr Polenz, hat sich das Rollenverständnis der deutschen Medienschaffenden aus Ihrer Sicht in den vergangenen Jahren geändert?

> **Ruprecht Polenz:** Insgesamt schätze ich die Medienlandschaft in Deutschland sehr. Trotzdem - oder gerade deshalb - halte ich es für problematisch, wie einige Journalisten zuletzt von ihrer Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht haben, Stichwort "Rudeljournalismus". Wenn also ausgehend von Artikeln, die in ein, zwei Leitmedien erschienen sind, alle anderen hastig auf den gleichen Zug aufspringen.

▶ Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo hat kürzlich erneut den Hang zur Skandalisierung kritisiert, er vermisse in der Berichterstattung zunehmend die Verhältnismäßigkeit. Stimmen Sie ihm zu?

Ruprecht Polenz: Man spürt, unter welchem Druck die Verlage stehen, welch große Rolle Wettbewerb und wirtschaftlicher Erfolg spielen. Die Folge ist in der Tat ein Hang zur Dramatisierung. Kleinigkeiten werden hysterisch aufgebauscht, Menschen medial (vor)verurteilt. Zudem kommt es immer häufiger vor, dass die Überschrift nicht zum Inhalt des Textes passt, was wiederum kein Zufall ist, da ebenjener genau deshalb häufiger angeklickt wird. Diese Art der Irreführung hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen.

▶ Und wie wirkt sich der Trend zur Personalisierung und Emotionalisierung auf das politische Geschäft aus?

Ruprecht Polenz: Jeder Politiker weiß, dass er seine Wähler nur über die Medien erreichen kann. Er beobachtet daher, nach welchen Gesetzen der Betrieb funktioniert; nicht selten formuliert er knackiger, als es ihm in der Sache angemessen erscheint. Er stellt fest: Wenn ich differenzierte Aussagen zur Sache mache, komme ich mit meinen Botschaften nur selten in Presseberichten vor. Attackiere ich allerdings meinen politischen Gegner mit einer polemischen Formulierung, schreibt darüber beinahe jeder Journalist.

Die Journalisten sind nicht nur Beobachter, sondern auch Akteure

▶ Setzen viele Medien den Akzent vor Wahlen zu stark auf Politikkonstellationen und Personen - und zu wenig auf Sachthemen?

Ruprecht Polenz: Dass die Frage "Wer wird in den kommenden vier Jahren das Land regieren?" über allem schwebt, ist naheliegend. Jeder kennt sie, die obligatorische Koalitionsfrage. Derlei ist üblich und überdies sinnvoll, schließlich interessiert den Wähler, welche Bündnisse er mit seiner Stimme begünstigt oder ermöglicht. Dass die Parteien zuvor im Wettbewerb offenlegen, was sie voneinander unterscheidet und was sie in der bevorstehenden Legislaturperiode vorhaben, sollte dennoch stets im Vordergrund stehen.

▶ Liegt die Betonung hier auf "sollte"?

Ruprecht Polenz: Mich ärgert es, wenn die Medien den Parteien vorwerfen, sie würden einen inhaltsleeren Wahlkampf führen. Denn wer hindert die Presse eigentlich daran, den Parteivertretern jene Fragen zu stellen, von denen sie selbst annimmt, es seien die wirklich bedeutenden Zukunftsfragen? Die Journalisten sind, wie wir eingangs erwähnt haben, keineswegs nur Beobachter, sondern sie sind auch Akteure - die vierte Gewalt. Wer die Politiker im Wahlkampf zu bestimmten Themen befragt, der bekommt in den allermeisten Fällen auch eine Antwort, letztlich kann es sich eine Partei nämlich nicht leisten, dass Zeitungsartikel erscheinen, in denen steht: Spitzenkandidat X hat uns diese oder jene Frage nicht beantwortet.

▶ Tragen denn hohle Wahlkampfslogans und inszenierte Medienereignisse der Parteien zu einer Wählerbindung bei?

Ruprecht Polenz: Die Wahlkämpfe der letzten acht bis zehn Jahre haben unter einer Strategie gelitten, die entwickelt worden ist nach dem Motto: "Wenn wir durch die Art unseres Wahlkampfes einen Anhänger einer anderen Partei mobilisieren, der sonst zu Hause geblieben wäre, müssen wir bereits zwei Stimmen für uns gewinnen, um das auszugleichen." Daraus ist dann die Strategie der sogenannten selektiven Mobilisierung geworden. Also die Schlussfolgerung: Je weniger pointiert und zugespitzt ein Wahlkampf angelegt ist, desto weniger Ecken und Kanten hat er, an denen sich andere stoßen könnten.

▶ Apropos: Wann ist es Ihnen zuletzt passiert, dass eine Ihrer Aussagen hohe Wellen geschlagen, neudeutsch: einen Shitstorm ausgelöst hat?

Ruprecht Polenz: Ich bin ja seit einem Jahr kein aktiver Politiker mehr, habe allerdings vor Kurzem wieder angefangen, mich auf Facebook zu äußern. Die Themen, zu denen ich meine Meinung schreibe - Integration, Islam, Israel, aktuell auch der Ukraine-Konflikt - sind allesamt Themen, die in Deutschland polarisieren und daher emotional diskutiert werden. Dass auch ich gelegentlich in den sozialen Netzwerken so manches abkriege, ist insofern logisch. Damit kann ich umgehen. Aber wissen Sie, welcher Mechanismus mich als Amtsträger in den vergangenen Jahren oft gestört hat?

▶ Sie meinen im Umgang mit den Medien?

Ruprecht Polenz: Genau. Und zwar, wenn aus einem Interview, das ich zuvor freigegeben hatte, Presseagenturen einzelne Sätze herauspickten, um diesen dann ein anderes Gewicht zu verleihen. Es wurden Aussagen konstruiert, die von jedem, der das Interview

gelesen hat, als abstrus eingestuft worden wären. Kein Wunder also, dass viele Politiker äußerst vorsichtig formulieren und stets aufpassen, keinerlei Angriffsfläche zu bieten. Kurz: Die Kunst des fairen und richtigen Zitierens besteht darin, den Zusammenhang nicht zu verfälschen.

▶ Welche Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?

Ruprecht Polenz: Ich bitte den jeweiligen Journalisten darum, mir das Interview vor Veröffentlichung zu schicken, damit ich es freigeben kann. Mehr kann man nicht tun. Bislang ist es nur wenige Male vorkommen, dass ich anschließend darum bat, eine Überschrift zu korrigieren, weil sie in keiner Weise zum Inhalt des Interviews passte. Fakt ist: Der Kontext gehört zur Kommunikation.

Es besteht die Gefahr, dass die Menschen aus den Medien ein schräges Bild der Wirklichkeit bekommen

▶ Zurück zu den sozialen Netzwerken: Ist es aus Ihrer Sicht ein Vorteil, wenn ein Politiker per Facebook Botschaften vermittelt und Einblicke in seinen Alltag gewährt, vorausgesetzt er postet selbst?

Ruprecht Polenz: Das wird irgendwann die Regel sein. Für den Politiker ist es in der Tat eine Chance, eine Menge potenzielle Wähler zu erreichen. Aber wie Sie schon sagen, all das ist nur der Fall, wenn der Politiker das auch selbst macht. Dass man sich gelegentlich unterstützen lässt, also auch Büromitarbeiter Botschaften über den Account des Politkers verbreiten, ist okay, sollte allerdings stets klar gekennzeichnet sein. Eine Abgeordnetenseite, die nur aus Presseverlautbarungen besteht, finden die

Leute uninteressant. In einem solchen Fall sollte man das gleich ganz lassen.

▶ Kürzlich hat Herr Stegner auf Facebook mit SPD-Kollegen über Waffenlieferungen diskutiert, teils auch gestritten. Trifft hier das Modewort "Transparenz" tatsächlich mal zu?

Ruprecht Polenz: Ja, ich kann ohnehin nur an die Parteien appellieren, nochmals genau hinzuschauen, welche Werkzeuge die Piraten im Netz entwickelt haben. Es ist kein Geheimnis, dass beim Thema "Neue Medien" alle Parteien Nachholbedarf haben. Meine Partei, die CDU, hat einen sehr internetaffinen Generalsekretär (Peter Tauber, d. Red.), der auf dem Gebiet schon einiges ins Werk gesetzt hat und da sicherlich noch mehr tun wird.

▶ Herr Polenz, mit welchem Adjektiv würden Sie eigentlich die derzeitige Mediendemokratie beschreiben?

Ruprecht Polenz: Ich nennen Ihnen lieber ein Beispiel, das mich kürzlich beschäftigt hat: Da kaufen sich fünf junge Männer orangefarbige Warnwesten, kleben auf deren Rückseite einen "Scharia-Polizei"-Aufkleber und laufen durch eine Fußgängerzone. Was passierte daraufhin? Wir sehen die entsprechenden Fotos am Folgetag in nahezu allen deutschen Medien. Das Thema ist plötzlich auf der politischen Tagesordnung.

▶ Sie meinen, es handelte sich dabei lediglich um eine PR-Aktion?

Ruprecht Polenz: Offensichtlich. Die Salafisten nutzen die Pawlowschen Reflexe der Presse perfekt für ihre Propagandazwecke. Ich halte das Verhalten vieler Medien und auch mancher Politiker in diesem Fall für eine Überreaktion. Ohnehin erleben wir beim Thema Islam

derzeit eine Übersensibilität. Wir laufen stets Gefahr, übers Ziel hinauszuschießen. Unter solch verzerrten Debatten leidet das Zusammenleben mit den etwa vier Millionen Muslimen in Deutschland. Das bereitet mir Sorge.

Kurzum: Mit dem Prinzip der Pressefreiheit erhoffen wir uns, dass das Fehlverhalten einiger, weniger Medien durch andere korrigiert wird. In jenem Moment aber, in dem es "Rudeljournalismus" gibt, alle also mehr oder weniger dasselbe schreiben, wird dieser Vorteil der Pressefreiheit außer Kraft gesetzt.

▶ Aber Journalisten bilden doch seit jeher eine eigene soziale Gruppe, deren Mitglieder sich schon immer aneinander orientiert haben...

Ruprecht Polenz: Wenn Spiegel, Bild und Faz ein Thema in der gleichen Schärfe aufgreifen, wie zum Beispiel bei der Debatte um Thilo Sarrazin oder Christian Wulff geschehen, dann ist es für den Journalisten eines anderen Mediums nicht gerade leicht, etwas gänzlich anderes zu schreiben. Dieser Mechanismus schadet unserer Demokratie. Wenn wir die Konflikte in der Ukraine oder im Nahen Osten analysieren, stellen wir doch deutlich fest: Derjenige, der die öffentliche Meinung für sich gewinnt, gewinnt am Ende auch den Konflikt. Man sollte daher stets selbst recherchieren und zumindest versuchen, sich selbst ein Bild von der Lage zu machen, so schwer das auch manchmal sein mag.

▶ Medien wählen ihre Themen bekanntlich nach deren Nachrichtenwert aus. Sehen Sie etwa die Gefahr, dass bei einigen Bürgern im Laufe der Zeit ein systematisch verzerrtes Bild der Welt entsteht?

Ruprecht Polenz: Ja, aber verstehen Sie mich nicht falsch, mir geht es keineswegs um irgendwelche Verschwörungstheorien, sondern schlicht um strukturelle "Naturgesetzlichkeiten". Für die Medien gilt in der Tat seit jeher: Ist die Nachricht neu? Ist sie interessant? Ist sie wichtig?

Die Menschen bilden sich ihr Weltbild heute zu über 90 Prozent aus den Informationen, die sie aus der Presse erfahren. Insofern bekommen sie häufig den Eindruck, das Neue, das Außergewöhnliche, sei eher die Regel. Damit besteht zumindest die Gefahr, dass sie ein schräges Bild der Wirklichkeit bekommen. Deshalb brauchen wir eine Medienerziehung, es geht darum, aufzuzeigen, wie wichtig es ist, sich nicht nur auf eine Quelle zu verlassen. Die Medien haben indes die Verantwortung, in ihren Berichten immer wieder zu erklären: Was ist Regel, was ist Ausnahme.

Erschienen am 27.09.2014

Marcus Klöckner

"Journalisten scheinen sich förmlich im Schützengraben einzubuddeln"

Interview mit den Kabarettisten Max Uthoff und Claus von Wagner

Vertauschte Rollen: Liefern Satiriker Journalismus und Journalisten Satire? Diesen Eindruck haben zumindest die beiden Kabarettisten aus der ZDF-Sendung Die Anstalt. Max Uthoff und Claus von Wagner haben in zwei Sendungen der Anstalt vor einem Millionenpublikum eine Medienkritik artikuliert, die in ihrer eigenwilligen Art kaum hätte pointierter sein können. Auf YouTube wurde auf die beiden Videos der Satire-Sendung über 150.000 Mal zugegriffen.

Im Interview mit Telepolis verdeutlichen die beiden Kabarettisten, woher ihre Kritik am gegenwärtigen Journalismus kommt und wie sie darüber denken, dass zwei Journalisten gegen ihre satirische Auseinandersetzung juristisch vorgehen. Das Interview wurde geführt, bevor im ARD-Blog mit gewundenen Worten Fehler in der Berichterstattung eingeräumt wurden.

Dass Journalisten und Satiriker bisweilen ein etwas "aufgeregtes" Verhältnis" zueinander haben, ist spätestens seit dem unvergessenen Auftritt des US-amerikanischen Moderators Jon Stewart in der politischen Talkshow "Crossfire" bekannt. Es war im Oktober 2004, als Stewart in der Sendung ins "Kreuzfeuer" genommen wurde, weil der Satiriker in seiner legendären "Daily Show" immer wieder den Journalismus der großen Medien in seinem Land kritisierte. Bei einem der Höhepunkte des vielbeachteten Auftritts konfrontierten die beiden Moderatoren Stewart mit einem

Interview, das er mit dem US-Politiker John Kerry geführt hatte. Sie kritisierten Stewart für seine inhaltsleeren Fragen, die er Kerry stellte und wollten ihm so verdeutlichen, dass er eben selbst nicht die journalistischen Glanzleistungen ablieferte, wie er sie immer wieder einforderte. Stewart konterte sinngemäß mit der Aussage, dass etwas gewaltig falsch laufen müsse, wenn professionelle Journalisten sich mit ihm, also einem Satiriker, vergleichen.

Dieser kleine Ausflug in das Jahr 2004 zeigt, dass der Konflikt zwischen Leitmedien und ihren "Beobachtern" nicht neu ist. Er findet länderübergreifend, und das schon seit längerer Zeit statt.

Ein Höhepunkt in diesem Kampf um die Deutungshoheit zwischen großen Medien und einem Teil ihrer Rezipienten ist derzeit in Deutschland im Hinblick auf die Berichterstattung zur Krise in der Ukraine zu beobachten. Max Uthoff und Claus von Wagner haben in ihrer Sendung genau dieses Phänomen aufgegriffen. Durch ihre satirischen Darstellungen ist es ihnen gelungen, den Konflikt zwischen Leitmedien und ihren Rezipienten sichtbar zu machen. Deutlich wird in ihren Beiträgen: Leitmedien und Rezipienten sind nicht nur getrennt durch unterschiedliche politische Ansichten. Teile der großen Medien scheinen geradezu in einer eigenen Sinnwelt zu agieren, die sich zu derjenigen der Rezipienten durch grundverschiedene Wahrnehmungsraster kennzeichnet. Diese Grundkonstellation bietet reichlich Platz für Satire.

▶ In ihrer letzten Sendung vom vergangenen Dienstag haben Sie sich in einen Gefechtsstand begeben und mit einer Generalmobilmachung auseinandergesetzt. Vor ein paar Tagen durften Sie (bzw. der Rechtsbeistand der Anstalt) einen Kampf vor Gericht führen. Kann es sein, dass man als Satiriker gerade ziemlich "turbulente" Zeiten durchlebt?

Max Uthoff: Ich war ja mal Jurist und bin extra auf Kabarett umgestiegen, damit ich nicht mehr vor Gericht muss - und jetzt das!

▶ Wie denken Sie über die Verhandlung?

Max Uthoff: Jeder hat das Recht in einem Rechtsstaat seiner Sicht der Dinge Nachdruck zu verleihen. Und wir freuen uns, dass Josef Joffe und Jochen Bittner das Thema "Journalistische Unabhängigkeit" mit einem solchen Nachdruck in die Öffentlichkeit gebracht haben.

Claus von Wagner: Ansonsten erwarten wir die Entscheidung des Gerichts.

▶ Der Zeit-Autor Jochen Bittner, der eine einstweilige Verfügung gegen einen Ihrer Beiträge erwirkt hat, hat sich im Telepolis-Forum zu Wort gemeldet. Er schreibt, dass er Ihnen bzw. der Anstalt angeboten habe, in einem öffentlichen Rahmen über die Darstellungen in der Sendung sprechen zu wollen. Er schreibt: "Das haben sie, mit Verweis auf mangelnde Zeit, abgelehnt. Daraufhin hatte ich zwei Wochen Zeit, um einen Antrag auf einstweilige Verfügung zu stellen - was ich nur ungern getan habe." Warum sind Sie nicht auf das Gesprächsangebot eingegangen?

Claus von Wagner: Wir haben miteinander gesprochen. Als wir uns überlegt haben, wie man dieses Gespräch weiterführen kann, hat uns die Unterlassungserklärung überrascht.

Max Uthoff: Ich bin immer so verkrampft in Interviews, wenn ich gleichzeitig verklagt werde.

▶ In Ihrer aktuellen Sendung haben Sie eine pointierte Medienkritik geliefert, das Publikum applaudierte laut. Wie erklären Sie sich diese

begeisterte Reaktion des Publikums?

Max Uthoff: Ja. Und im Internet findet der Clip rasante Verbreitung. Die Nummer scheint in den Zuschauern etwas berührt zu haben. Es gibt wohl ein diffuses Unbehagen darüber, dass die Leitmedien dem Bürger in wichtigen politischen Fragen oft eine beschränkte Weltsicht aufzudrängen versuchen.

Claus von Wagner: Die Journalisten spüren, dass ihnen etwas entgleitet: die Deutungshoheit über Themen. Aber das könnte eigentlich auch so was wie eine Befreiung sein. Warum nicht einfach wieder zurück zum kompetenten Informationen-Sammeln und -Aufbereiten, um so den Lesern das Selberdenken zu ermöglichen!? Damit sind nicht die Meinungsseiten gemeint. Die sollen bitte so subjektiv sein, dass es kracht!

Max Uthoff: Die Leser werden es sich nicht auf Dauer gefallen lassen, bei Kritik oder abweichenden Meinungen wahlweise ignoriert oder denunziert zu werden. Man muss sich das einmal vorstellen: Der Programmbeirat der ARD, also ein offizielles Gremium des Senders, in dem ausgewählte Bürger die Berichterstattung beobachten, also diese offiziellen Beobachter müssen sich allen Ernstes als Agenten Putins beschimpfen lassen, weil sie die einseitige Berichterstattung zur Ukraine kritisieren (Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik). Der ARD-Intendant sieht sich sogar in seiner Ehre angegriffen. Womit wir wieder beim Soldat wären. Die Journalisten scheinen sich förmlich in Schützengraben einbuddeln zu wollen. Mit einer ehrlichen Auseinandersetzung bzw. Selbstkritik hat das nichts zu tun.

Claus von Wagner: Noch was wäre mir wichtig, wo wir gerade im russischen Fernsehen zitiert werden. In Zeiten von kriegerischen Auseinandersetzungen zerfällt die Welt auf erschreckende Weise in zwei Lager. Es gibt plötzlich Freunde und Feinde. Nach dem Motto: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns." Da gerät man als Satiriker, zu dessen Berufsbeschreibung es gehört zuzuspitzen, schnell zwischen die Fronten. Deshalb hier noch mal ganz deutlich: Wenn wir uns in der "Anstalt" dafür aussprechen, dass viele deutsche Medien und Journalisten deutlich besser informieren könnten, als sie es momentan tun - heißt das nicht, dass wir damit automatisch sagen, alles, was aus anderen Quellen (z.B. Russland) kommt, verlässlicher ist. Oder dass wir die Zustände in Russland verharmlosen. Kurz: Satire darf Schwarz-Weiß malen, Journalisten haben die ganze Farbpalette. Sie sollten sie auch nutzen.

▶ Können Sie uns erzählen, wie ein Kabarettist auf die politischen Ereignisse dieser Welt blickt? Gibt es da einen "speziellen" Blick?

Claus von Wagner: Ich glaube nicht. Er ist jedenfalls nicht spezieller als der eines interessierten Lesers.

Max Uthoff: Wir sind auf die Medien bzw. Vermittler von Informationen angewiesen. Vielleicht kommt unser Ärger auf die Medienlandschaft daher: weil die Informationsvermittler in vielen Fällen ihren Job nicht machen.

Claus von Wagner: Ja. Eigentlich soll der Satiriker Satire machen und die Journalisten Journalismus. Zur Zeit haben wir aber das Gefühl, es ist umgekehrt: da sollen wir Journalismus machen, und die Nachrichten machen manchmal unfreiwillig Satire.

▶ Ist das nicht etwas zu sehr zugespitzt? Können Sie das mal an einem Beispiel festmachen.

Max Uthoff: So wie in den Tagesthemen, wo über eine angebliche Großdemonstration von Tausenden von Bürgern für die Einheit der Ukraine im Stadion von Donezk berichtet wurde. Ein Amateurvideo auf YouTube zeigt dagegen ein fast menschenleeres Stadion - bis auf sagen wir 300 bestellte Fähnchenschwenker. Halt, ein Großaufgebot von Journalisten war auch da und versuchte offenbar, durch geschickte Bildausschnitte den Eindruck einer Massenveranstaltung zu erwecken. Diese Satire schaffte es unerkannt bis in die deutschen Hauptnachrichten.

▶ Nun sind Sie beide ja nicht nur Kabarettisten, sondern auch Bürger. Wenn Sie aus der Kabarettistenrolle schlüpfen, um dann als "normaler Mensch" auf die Medien, auf die politischen Krisen, auf die Probleme dieser Zeit schauen, was denken Sie dann?

Max Uthoff: Nun privat glauben wir natürlich an mehr Aufrüstung, mehr Austerität und mehr Außenhandel - kurz, es soll alles so bleiben, wie es ist, weil: so schlimm ist es ja nicht. Aber versuchen Sie mal mit diesen Überzeugungen als Kabarettist zu überleben...

▶ Was soll und muss das politische Kabarett leisten?

Claus von Wagner: Erst mal: Kabarett muss gar nichts. Es darf aber anscheinend auch nicht alles... Jemand hat mal gesagt, Kabarett sei "Spiel mit dem erworbenen Wissenszusammenhang des Zuschauers". Demnach müsste man als Satiriker nur mit dem spielen, was schon an Wissen da ist. Anspielungen bringen, die ein informiertes Publikum entschlüsseln kann. Fertig. Aber

was, wenn man etwas entdeckt, was eben nicht oder unserer Meinung nach zu wenig berichtet wird? Was macht man dann? Was wir in der Anstalt versuchen, ist also diesen engen Kabarettbegriff zu dehnen; den Wissenszusammenhang des Zuschauers ein klein wenig zu erweitern. Indem wir Informationen auf unterhaltsame Weise vermitteln. Und dann damit spielen.

Max Uthoff: Das ist natürlich viel anstrengender. Deshalb kämpfen wir für besseren Journalismus. Dann wird unsere Arbeit nämlich wieder leichter. Wir sind nämlich von Natur aus faul.

▶ Wenn Sie über ihre Arbeit als Kabarettisten nachdenken: Wird es eine Weiterentwicklung geben und wie könnte diese aussehen?

Claus von Wagner: Nach der Anstalt soll in Deutschland kein Kabarett mehr möglich sein. Weil es nicht mehr gebraucht wird. Wir arbeiten daran, uns überflüssig zu machen. Hat glaub ich Tucholsky gesagt.

Max Uthoff: Das war doch Hildebrandt?

Claus von Wagner: Sollen wir nachschauen?

Max Uthoff: Ich glaub, ich bin grad zu faul.

Erschienen am 30.09.2014

Malte Daniljuk

Kriegsberichte vs. kriegerische Berichte

ARD-Leak provoziert harte medienpolitische Kontroverse. Redakteure greifen Mitglieder des ARD-Rundfunkbeirats scharf an. Albrecht Müller fordert stärkere Rolle für das Publikum

Die Veröffentlichung einer vertraulichen Analyse des ARD-Programmbeirats durch Telepolis führt zu einer breiten Diskussion in den Medien. Während die Leitung der Tagesschau immerhin mögliche Fehler einräumt, weisen andere Programmverantwortliche den Vorwurf einer tendenziösen Berichterstattung "scharf" zurück. Der Programmbeirat erfährt unterdessen breite Unterstützung durch das Publikum. An eine selbstbewusste Fünfte Macht - das Publikum - appelliert auch Albrecht Müller, der Herausgeber der Nachdenkseiten.

Eine Woche nach der Veröffentlichung eines internen Dokuments des ARD-Programmbeirats verschärft sich der Ton zwischen Kritikern der Ukraine-Berichterstattung und der Leitung von ARD und ZDF. Gegenüber Spiegel-Online wies der Vorsitzende des ARD-Programmbeirats, Paul Siebertz, deutlich den Vorwurf zurück, Mitglieder seines Gremiums hätten die Ergebnisse ihrer Analyse an Telepolis weitergereicht. "Das Protokoll ist nicht von unseren Mitgliedern durchgestochen worden."

Außerdem verteidigte er deutlich die negative Einschätzung der ARD-Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt. "Viele Deutsche teilen die Kritik, das zeigen auch viele kritische Bemerkungen etwa

im Forum von Spiegel-Online", so Siebertz: "Die Kommentierungen waren ja ganz bemerkenswert."

Wenige Tage zuvor hatte das Internet-Portal des bekannten Wochenmagazins den Beirat hart angegriffen. Moskau-Korrespondent Benjamin Bidder bezeichnete das Gremium dort als den "sogenannte ARD-Programmbeirat" und bezweifelte anhand ausgewählter Beispiele aus ARD-Sendungen die Kompetenz des "Laien-Gremiums". Zudem behauptete der Artikel, das von Telepolis veröffentlichte und äußerst kritische Resümee des Beirats sei "aus dem Zusammenhang gerissen". Ein 23-seitiges Sitzungsprotokoll unter dem Titel "Aussprache über die Berichterstattung zur Ukraine-Krise" wäre hingegen "deutlich abwägender formuliert", spekuliert der Russland-Korrespondent. Die Reaktion des Publikums ließ nicht lange auf sich warten. Nach 187 größtenteils extrem unfreundlichen Kommentaren schloss Spiegel-Online das Diskussionsforum bereits am nächsten Tag.

"Kein Grund, sich zu entschuldigen"

Am Montag setzten sich in der ARD etwa 30 Redakteure zusammen, unter anderem aus den Redaktionen Tagesschau und der Tagesthemen, um die Kritik von Nutzern, Zuschauern und Aufsichtsgremien zu diskutieren. Der Chefredakteur von ARD-aktuell, Kai Gniffke, fasst die Diskussion in einem Blog-Beitrag zusammen. Vor ihre selbstkritische Einschätzung setzen die ARD-Journalisten zunächst einen Haftungsausschluss: "Wir haben stets nach bestem Wissen und Gewissen sowie sorgfältiger Recherche berichtet. Es gibt keinen Grund, sich für Fehler zu entschuldigen."

In der Sache räumen die Mitarbeiter von ARD-aktuell jedoch ein, dass sie "dem Nachrichten-Mainstream zu leicht gefolgt" seien. Einige Aspekte, die der Programmbeirat in seiner internen Analyse

monierte, scheinen nun nachträglich auch in den Redaktionen besprochen zu werden. So hätte man möglicherweise "früher rechte Gruppierungen in der Ukraine" thematisieren sollen. Auch hinsichtlich der angeblichen "OSZE-Beobachter" wären andere Formulierungen angebracht gewesen.

In den zahlreichen Kommentaren fragen Leser jedoch sofort nach strukturellen Konsequenzen: "Einfach nur ein Schäufelchen guten Willen draufzupacken, dürfte bei einer solch umfangreichen und angeblich ach-so-qualifizierten Nachrichtenarbeit wohl nicht reichen. Gleiche Struktur und Arbeitsweise wird immer die gleichen Resultate erzielen, sagt der gelernte Organisator."

Mit Kritik konstruktiver umgehen

Aus den Beiräten der öffentlich-rechtlichen Medien, welche die interne Debatte angestoßen hatten, äußerte sich öffentlich bisher nur der Vorsitzende des Programmausschusses des RBB, Dieter Pienkny. Der Vertreter des DGB vertrat den Ausschuss der Landesanstalt bis 2013 über lange Jahre auch im Programmbeirat der ARD. Mit Blick auf die Ukraine-Berichterstattung bestätigt Dieter Pienkny, dass in mehreren Rundfunkräten und auf Seiten der Zuschauer "sehr viel Kritik hochkam". Zwar könne er nachvollziehen, dass der ARD-Programmbeirat seine Ergebnisse nicht öffentlich präsentieren darf. Aber jetzt, wo das Thema auf dem Tisch liegt, ist es für ihn nicht verständlich, dass "die ARD sich in den Schmollwinkel zurückzieht oder das Thema nur mit spitzen Findern anfasst". Und er warnt die Programmverantwortlichen, dass sich die Zeiten geändert haben: "Das Internet treibt uns teilweise vor sich her."

Dieter Pienkny erwartet, dass die ARD-Intendanten mit der geäußerten Kritik "etwas konstruktiver umgehen". Der Programmbeirat habe es sich als ein neunköpfiges Gremium, das

"sehr pluralistisch besetzt" ist, mit seiner Kritik nicht einfach gemacht, weiß Pienkny. "Wenn die ein Votum einstimmig fällen, sollte man das ernster nehmen und es nicht einfach so vom Tisch wischen." So müsste die ARD auch eingestehen können, wenn es Verzerrungen bei den Berichten aus Krisenregionen gibt. "Jeder Journalist ist in gewisser Weise imprägniert, hat einen bestimmten kulturellen und politischen Hintergrund", berichtet das erfahrene Beiratsmitglied.

"Danach beurteilen wir Russland"

Mit seiner Kritik bezieht sich das ehemalige Mitglied des ARD-Programmbeirats auf die bisher vorliegenden Reaktionen von ARD-Chefredakteur Thomas Baumann und WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönenborn. In ersten Kommentaren hatten sie vor allem ihre Solidarität mit den Auslandskorrespondenten zum Ausdruck gebracht und darauf verwiesen, dass die Untersuchung durch den Beirat nicht repräsentativ für das Gesamtprogramm sei.

Der ARD-Chefredakteur Thomas Baumann bezeichnete die kritischen Anmerkungen des Programmbeirates öffentlich als "nicht zutreffend". Nach gewissenhafter Prüfung habe man feststellen müssen, dass "alle Vorwürfe in sich zusammenfallen". Er verwies darauf, dass die neun Mitglieder des Beirates nur ausgewählte Sendungen bewertet hätten. So seien die "Hauptnachrichtenachsen" wie die Tagesschau oder die Tagesthemen gar nicht Gegenstand der Bewertung gewesen, glaubt Baumann. "Da gibt es aus meiner Sicht ein methodisches Problem."

Zudem verweist auch Thomas Baumann auf einzelne Sendungen, in denen die angemahnten Defizite, wie etwa die Interessen der Nato bei der Osterweiterung, thematisiert wurden. Er unterstellt, der Beirat würde erwarten, dass "immer alle Aspekte in einer einzelnen

Sendung" auftauchen würden. "Das geht natürlich nicht", so der Chefredakteur der ARD, denn "wir berichten komplementär".

Jörg Schönenborn, Fernsehdirektor des WDR, setzt in einem Gespräch mit Journalisten seines Hauses einen deutlich selbstbewussteren Akzent: "Wir sind nicht neutral, wir arbeiten wertgebunden", so Schönenborn. Er verweist etwa auf das WDR-Gesetz, dem zufolge insbesondere Werte wie "Menschenrechte, Völkerverständigung, europäische Einigung, Gewaltfreiheit und Frieden" zu beachten seien. "Danach beurteilen wir Russland", argumentiert Jörg Schönenborn.

Insgesamt bewertet er die Ukraine-Berichte der ARD als "vielfältig, differenziert und klug". Natürlich gebe es in der Bevölkerung diejenigen, die "weiter sowjet- oder russlandnah empfinden" und einen Krieg unter allen Umständen verhindern wollten. Unter Verweis auf seine Erfahrungen als Demoskop betrachtet Jörg Schönenborn diese Kritik aus dem Publikum wie auch aus dem Programmbeirat als eine "Minderheitenmeinung von zehn bis zwölf Prozent der Bevölkerung".

Springer markiert verbotene Positionen

Mit dem Gespenst Sowjetunion versuchten auch die Medien des Axel-Springer-Konzerns ihre Leser von der Debatte abzuschrecken. Politikredakteur Ulrich Clauß garnierte seinen Beitrag sogar mit der Karikatur eines Russenmonsters, das der Nazi-Bilderwelt von der jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung entsprungen zu sein scheint. Die Kontrolle eines öffentlich-rechtlichen Senders durch Vertreter der Zivilgesellschaft erinnere ihn "an sowjetische Geheimprozesse", beklagt sich Springer-Redakteur Clauß, der seine Karriere in verschiedenen Sendern des Öffentlich-Rechtlichen

begonnen hatte, etwa beim Sender Freies Berlin (SFB) und im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR).

Heute halluziniert Ulrich Clauß, dass "Putins langer Arm bis in Gremien der ARD" reicht, und wärmt zum wiederholten Mal die unter Journalisten beliebte Mär auf, vom "Kreml finanzierte Heerscharen" würden die deutsche Öffentlichkeit beeinflussen. Etwaige deutsche Abweichler von der kriegerischen Linie seines Verlags summierte er unter dem Begriff "Fünfte Medienkolonne".

Dieser journalistische Komplettausfall ging selbst langjährigen Lesern von Welt-Online zu weit. Leser Ali Mente (817 Beiträge) kommentiert: "Sie sollten Gegenpol zu den von den Parteien beherrschten Fernsehanstalten sein. Folge: Der mündige Bürger liest im Internet quer." Zahlreiche andere empfahlen als alternative Informationsquelle auf die ZDF-Show Die Anstalt, welche die Themen für ihre Sketche unter anderem bei Telepolis findet.

Dieses Bedürfnis nach seriöser Information in schwierigen Zeiten scheint deren Machern durchaus bewusst zu sein. "Da stimmt etwas an der Rollenverteilung nicht", so Max Uthoff, "früher haben die Journalisten Journalismus gemacht und wir Satire. Und jetzt dreht sich das ein bisschen um." Dazu siehe auch das Gespräch mit Max Uthoff und Claus von Wagner: "Journalisten scheinen sich förmlich im Schützengraben einzubuddeln".

Deutliche Kritik bereits im März

Dass die Auslandsberichterstattung über Russland und die Ukraine über weite Strecken zur Karikatur verkommen ist, fiel aber nicht nur dem Publikum auf. In einigen wenigen Beiträgen fragten sich auch deutsche Journalistinnen frühzeitig, wann Berichterstattung über Kriege zu einer kriegerischen Berichterstattung mutiert.

So berichtete etwa die Süddeutschen Zeitung über die Diskussion in angelsächsischen Medien, vermutlich auch mangels kritischer deutscher Experten. Sie verweist darauf, dass der australische Journalist Antony Loewenstein im Guardian die extreme Personalisierung analysierte, mit der Journalisten den Konflikt auf die Person von Wladimir Putin reduzieren. Dass dieser Trend zum selben Zeitpunkt auch in deutschsprachigen Medien ablief, dürfte sich kaum als Zufall herausstellen. Ein Merkmal für das Umkippen von Kriegsberichterstattung in kriegerische Berichterstattung ist es offensichtlich, dass der Gegner auf eine repräsentative Figur reduziert wird, deren Persönlichkeitsmerkmale sich einfach negativ beschreiben lassen (Die wahrhaften Putin-Versteher).

Zum selben Zeitpunkt beschrieb Petra Sorge im Cicero, wie deutsche Redaktionen einerseits selektiv auf PR-Quellen der ukrainischen Opposition zurückgriffen. Andererseits kündigte Die Zeit ihrem freien Mitarbeiter Moritz Gathmann, weil der zeitweilig auch für "Russland Heute" gearbeitet hatte (Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht). Auch das kriegerische Wording der Redaktion, die schon in frühen Phasen des Konflikts von "attackieren", "beschießen" und "Krieg" faselten, ohne dass auch nur ein einziger Schuss gefallen war, thematisierte die Autorin.

Sie zitierte zudem den Osteuropahistoriker Wilfried Jilge, der kritisiert, dass die Situation medial als ein ethnischer Konflikt in einer Ost-West-Trennung beschrieben wurde. Weder sei die östliche Region der Ukraine en bloc pro-russisch, noch identifiziere sich jeder russischsprachige Einwohner mit Moskau. Die Darstellung als ein polarisierter ethnischer Konflikt sei falsch und gefährlich, so Jilge. Derartige Fehlannahmen lassen sich seiner Meinung nach darauf zurückführen, dass es nicht einen einzigen deutschen Korrespondenten in der Ukraine gab. "Die Korrespondenten, die jetzt

nach Kiew einfliegen, kommen allesamt aus Warschau oder Moskau."

Ebenfalls im März schrieb Vera Kern eine Übersicht zu medienkritischen Debatten für die Deutsche Welle. Sämtliche Osteuropa-Experten, die darin zu Wort kommen, rechnen mit scharfen Worten mit der Berichterstattung ab. Hanno Gundert, Geschäftsführer vom Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung n-ost, kritisiert, die gesamte Berichterstattung sei von Schwarz-Weiß-Positionen geprägt. Simon Weiß, Politikwissenschaftler an der Universität Heidelberg, monierte eine beinahe lächerliche Schemenhaftigkeit der Berichte: "Hier der Westen, da der finstere Herrscher und das finstere Russland - Fortschritt gegen Korruption." Die deutschen Medien, so Weiß, hätten eine "sehr ähnliche Sichtweise" auf den Konflikt in der Ukraine wie die Bundesregierung - nämlich einseitig und unausgewogen.

Forderung nach unabhängiger Kontrolle von Medieninhalten

Albrecht Müller, Herausgeber der Nachdenkseiten, weist im Gespräch mit Telepolis darauf hin, dass die konsonante kriegerische Berichterstattung nicht wirklich neu ist. "Wir mussten das auch schon 1999 erleben, dass völlig einheitlich berichtet wurde. Was heute Putin ist, war damals Milosevic."

Müller, der unter den Bundeskanzlern Brandt und Schmidt lange Jahre als Planungschef im Bundeskanzleramt arbeitete, sieht vor allem dramatische Veränderungen beim Leitungspersonal. "Der Typus der unabhängigen Einzelkämpfer, wie etwa Friedrich Nowottny, existiert unter den Redakteuren nicht mehr", befürchtet er. Die redaktionellen Leitungen führen heute ähnlich denkende Menschen, deren wichtigste Arbeitsmethode das Netzwerken ist.

"Das, was Uwe Krüger mit seiner hervorragenden wissenschaftlichen Arbeit noch einmal empirisch nachgewiesen hat, das wussten natürlich alle."

Diese Einbindung in die Elitennetzwerke (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten") hat seiner Meinung nach den Journalismus in den vergangenen 25 Jahren dramatisch verändert. Die Personalpolitik der Parteien, etwa im ZDF, oder von großen meinungsmachenden Unternehmen und ihren PR-Agenturen, Albrecht Müller nennt die Bertelsmann-Stiftung, habe einen neuen Typus von wertorientierten Journalisten in die Führungsetagen befördert. "Dort geht es nicht mehr um wirkliche Analysen und Berichterstattung, sondern darum, bestimmte Werthaltung und politisch-kulturelle Grundsätze zu verteidigen." Albrecht Müller sieht in dieser Entwicklung einen massiven kulturellen Umbruch. "Neuerdings erlebe ich unter Redakteuren eine Haltung, die mich an die 1950er Jahre erinnert. Die Botschaft lautet nur noch: Wir sind die Guten!"

Am dramatischen zeigen sich diese Veränderungen im WDR. "Der WDR stand einmal für hervorragende kritische politische Berichterstattung", erinnert sich Müller. Seitdem wurden viele politische Formate komplett eingestellt. Aufgrund der erfolgreichen Personalentwicklung durch die Atlantik-Brücke und anderer Vereine würde über die Schwerpunkte des Programms heute außerhalb der Sender entschieden. "Das Ergebnis ist ein bekennender Journalismus, der nur noch den Trend umsetzt, der in Davos oder in anderen informellen Runden vorgegeben wurde", kritisiert der Autor von Bestsellern wie "Die Reformlüge" und "Meinungsmache".

Albrecht Müller erlebt, dass selbst dramatische wirtschaftliche Konsequenzen für viele Journalisten keine Rolle mehr spielen. "Die Ausfuhren nach Russland sind im Sommer um 20 Prozent

eingebrochen", illustriert er das Problem, "aber kein Journalist fragt, was das für den deutschen Mittelstand, für den Maschinenbau, die IT-Industrie oder die Landwirte bedeutet." Stattdessen würde es unkommentiert übernommen, dass Udo von Kampen aus Brüssel die nächste Welle der Sanktionen ankündigt. Für jemanden wie Dr. Peter Frey, den Chefredakteur des ZDF, der seine journalistischen Sporen als Auslandskorrespondent in Washington erarbeitete, spielt der ökonomische Schaden für die heimische Wirtschaft überhaupt keine Rolle, befürchtet Müller und verweist darauf, dass die "transatlantischen Netzwerke" inzwischen derartig dominant seien, dass selbst Sigmar Gabriel oder die Ostausschüsse der deutschen Wirtschaft vor ihnen "kuschen". "Die haben einfach weniger PR-Gewicht."

Grundsätzliche Verbesserungen, das ist die Erfahrung von Albrecht Müller, können nur über Mehrheiten in den Gremien der öffentlich-rechtlichen Anstalten erreicht werden. Ein wichtiger Punkt betrifft die Regeln für Programmbeiräte und Ausschüsse, die die gesellschaftlichen Interessen wahren sollen. "Es kann nicht sein, dass die Beiräte einerseits zur Verschwiegenheit verpflichtet sind, aber ihre Meinung andererseits nur empfehlenden Charakter hat", beanstandet Albrecht Müller. Auf diese Weise haben die Vertreter des Publikums keinerlei Instrumente in der Hand, um die Arbeit der Rundfunkanstalten zu korrigieren. Weder sind sie an den Entscheidungen beteiligt, noch können sie die Öffentlichkeit mobilisieren." Ein öffentlich-rechtliches System, das diesen Namen verdient, muss hier stärkeren Einfluss für die Öffentlichkeit schaffen, so Müller.

"Ein besonderes Problem ist auch, dass die Intendanten und die Kritiker einfach entgegengesetzte Wahrnehmungen von der Programmqualität haben können." Es ist absolut notwendig, dass die Inhalte der Öffentlich-Rechtlichen von einer unabhängigen Institution

wissenschaftlich bewertet werden, damit es eine gemeinsame Bewertungsgrundlage gibt. Für die Nachdenkseiten setzt ihr Herausgeber dafür bis auf weiteres auf die Fünfte Macht: das Publikum. "Wir wollen den Lesern helfen, dass aus ihrer Beobachtung des Programms eine systematische Medienanalyse entstehen kann."

Erschienen am 01.10.2014

Florian Rötzer

ARD verheddert sich in den Untiefen der Ukraine-Berichterstattung

Gerade erst hatte man einen Fehler in den Tagesthemen korrigiert, taucht auch schon der nächste auf - und wurden die Tagesthemen vom 20. Mai schnell in der Mediathek unzugänglich gemacht

Heute schrieb Malte Daniljuk unter dem hoffnungsvollen Titel Glasnost bei ARD-Aktuell, dass sich die ARD erneut für ihre Ukraine-Berichterstattung entschuldigen musste. Thomas Roth entschuldigte sich für einen Bericht des Moskau-Korrspondenten Udo Lielischkies vom 20. Mai 2014, nach dem zwei Bürger der Stadt Krasnoarmeysk durch "Kugeln der neuen Machthaber" getötet wurden. Täter waren aber Angehörige einer ukrainischen Miliz.

Der Chefredakteur von ARD-Aktuell, Kai Gniffke, musste wieder wie schon zur Kritik des ARD-Programmbeirats die Feuerwehr spielen und unter dem Titel "Noch einmal Ukraine-Berichterstattung" Stellung im Blog beziehen. Sie fiel etwas weniger gewunden aus, weil man "einmal gravierend daneben gelegen" habe. Der Schwerpunkt sollte wohl auf dem "einmal" liegen. Ein solcher Fehler dürfe auch im "Eifer des Gefechts" nicht passieren, so Gniffke mit einer vielleicht nicht so geeigneten Wortwahl. Weiter heißt es:

> *» Dieser Fehler wird möglicherweise Wasser auf die Mühlen derer sein, die uns vorwerfen, dass wir die russische Seite absichtlich schlecht aussehen lassen. Damit müssen wir leben. Umso wichtiger ist es mir,*

dass wir all den Menschen, die uns jeden Tag ihr Vertrauen schenken, deutlich machen können, dass wir unbewusst einen Fehler gemacht haben. «

Ob der Fehler von Lielischkies "unbewusst" begangen wurde, lässt sich kaum nachprüfen. Offenbar aber ist er der Neigung gefolgt, die Bösen auf jeden Fall auf der Seite der Separatisten zu suchen oder eilfertig etwas zu behaupten, das er nicht nachgeprüft hatte, da offenbar selbst laut Gniffke schon neun Tage zuvor richtig über den Vorfall berichtet worden sei.

Im Forum ging es nicht nur über diese Sendung, die von den Tagesthemen gleich aus der Mediathek gelöscht wurde, anstatt sie dort zu belassen und mit einem Text zu korrigieren, sondern auch um einen anderen Vorfall am 20. Mai, als der Oligarch Rinat Achmetow seine Mitarbeiter für die Regierung in Kiew demonstrieren ließ (Ukraine: Oligarch versucht sich in Konfliktlösung). Malte Daniljuk verwies im Telepolis-Artikel auf einen Forenschreiber, der sagte: "Da saßen kümmerliche 300 Angestellte von Achmetow und schwenkten wie befohlen ihre Fähnchen. Und ihre Korrespondenten ... suggerierten, da sei ein Stadion voller Anhänger einer geeinten Ukraine." Diesen Vorwurf wies Kai Gniffke im Forum zurück:

» *Wir haben nie behauptet, dass im Stadion Zehntausende Menschen waren. Schließlich haben wir dann ein ziemlich leeres Stadion gezeigt (nicht nur bei YouTube). Landesweit waren es tatsächlich Zehntausende - vor allem Mitarbeiter von Achmetow - und genau das haben wir gesagt.* «

Dummerweise verwies im Telepolis-Forum Markus Kompa auf ein YouTube-Video der Tagesthemen vom 20. Mai, das den Vorwurf bestätigt. Auch dieser Beitrag stammt von Lielischkis. Die Bilder

machen glauben, dass auf den Straßen der Widerstand der Massen tobte und das Stadion voll war. Anschließend werden Videoaufnahmen gezeigt, auf denen im leeren Stadion ein kleines Häufchen von ein paar hundert Menschen zu sehen ist.



40: André: **2. Oktober 2014 um 08:05 Uhr**

Wie sagt man doch so schön, wer einmal lügt, dem glaubt man nicht…

Eine Richtigstellung um 22:45 halte ich jedenfalls für eine reine Alibi-Maßnahme.
Warum nicht zur normalen Tagesschau, in welcher die Fehler ja passiert sind? Kriegen das sonst zu viele Leute mit?

Schon vor der Ukraine Berichterstattung war mir durchaus klar dass Medien die so eng mit dem Staat verbunden sind, nicht neutral sein können (sonst gäbe es diese wohl nicht lange..) aber dass es wirklich so schlimm ist, ich staune jeden Tag aufs neue…

41: Dr. Kai Gniffke: **2. Oktober 2014 um 08:10 Uhr**

@SH
@Kritischer Zuschauer
Habe beim Lesen Ihrer Kommentare wahrgenommen, dass mein Begriff Qualitätskontrolle offenbar missverständlich ist und habe ihn deshalb durch den Begriff "unserer Arbeit" ersetzt. Dabei ist mir bewusst, dass das am Kern Ihrer Kritik nichts ändern. Trotzdem danke für Ihre Kommentare.

42: Dr. Kai Gniffke: **2. Oktober 2014 um 08:17 Uhr**

@ Mingus
Wir haben nie behauptet, dass im Stadion "Zehntausende" Menschen waren. Schließlich haben wir dann ein ziemlich leeres Stadion gezeigt (nicht nur bei YouTube). Landesweit waren es tatsächlich Zehntausende – vor allem Mitarbeiter von Achmetow – und genau das haben wir gesagt.

Screenshot vom Forum des tagesschau-Blogs

Caren Miosga erklärte zur Einführung, dass man nicht wie sonst nur "schwer bewaffnete und vermummte" Separatisten sah, es sei "eindrucksvoll deutlich" geworden, "dies muss nicht die Meinung der Mehrheit sein". Weiter sagte sie, im Hintergrund ein Ausschnitt von einer Menschenmenge mit Fahnen, womit sie auch deutlich in der Wortwahl vorführte, dass es sich um einseitige Berichterstattung handelte, die das angeblich Gute und dem Bösen gegenüberstellt:

> *Diese Menschen schwingen ihre Fahnen nicht für ihren Fußballverein, sondern für eine vereinte Ukraine.*

> *Dominierten bislang Bilder der schwarzvermummten Separatisten mit der Kalaschnikow im Anschlag, so waren heute Zehntausende von Menschen zusammengekommen, um gegen diese prorussischen Milizen zu demonstrieren.* «

Der Zuschauer musste zumindest annehmen, dass Miosga von Zehntausenden Menschen im Stadion gesprochen hatte. Lielischkies zeigte dann zwar einmal ein fast leeres Stadion, in dem ein paar Menschen waren, das nächste Bild aber war wieder ein Ausschnitt, das den Eindruck erweckte, es sei voll besetzt.

Ob hier auch wieder das Unbewusste seine Finger im Spiel hatte? Zumindest bei den Online-Nachrichten der Tagesschau vom 20. Mai hat man auch lesen können:

> » *Wie groß der Widerhall auf Achmetows Appell letztlich war, blieb unklar. Während die "Deutsche Presse-Agentur" von "Zehntausenden" Bürgern sprach, die sich an den Protesten beteiligt hätten, schrieb die Nachrichtenagentur "Reuters", die Resonanz sei "gering" geblieben.* «

Aber das könnte Lielischkis, Miosga und der Tagesthemen-Redaktion zu wenig Nachricht gewesen sein. Man ist vielleicht lieber dem "Nachrichten-Mainstream" gefolgt, wie das Lemminge auch machen, was schon einmal als Entschuldigung herhalten musste. In der Tagesschau vom 20. Mai von 20 Uhr hieß es, es seien "Zehntausende" dem Aufruf des Oligarchen gefolgt. Suggestiv wurde aber auch schon ein Bild eingeblendet, das durch seinen Ausschnitt wieder den Eindruck erzeugt, dass hier Menschenmassen zu sehen sind. Ob es sich um eine Aufnahme vor dem Stadion handelt, kann ich nicht sagen.



Fehlermeldung statt Erklärung?

Seltsam ist nun, dass gerade diese Tagesthemen vom 20. Mai vollständig aus der Mediathek verschwunden sind, nicht nur die Stelle mit dem eingeräumten fehler, während die Ausgabe davor oder danach ohne weiteres weiter abrufbar ist. Zu sehen sind wahlweise zwei Hinweise, warum ausgerechnet diese Ausgabe nicht angeschaut werden kann. Das macht keinen guten Eindruck und zeugt nicht von Transparenz, sondern von weiteren Versuchen, Fehler und Einseitigkeiten zu verschleiern.

Nachtrag am 4.10.: In Internetzeiten ist es allerdings schwer, Informationen spurlos zu beseitigen. Ein Leser machte uns darauf aufmerksam, dass sich auf Web.Archive.org eine vollständige Kopie der Tagesthemen findet. Ob sich nun die ARD für das Recht auf Vergessen stark machen will?

Erschienen am 02.10.2014

Paul Schreyer

Zwischen Lesern und Lobbynetzwerken

Wie die Süddeutsche Zeitung um Deutungshoheit kämpft

Die Debatte um eine zu enge Verbindung von Journalisten deutscher Leitmedien mit transatlantischen Lobbynetzwerken reißt nicht ab. Detailliert äußert sich zu den Vorwürfen nun auch der Außenpolitikchef der Süddeutschen Zeitung, Stefan Kornelius. Stimmen aus der Medienwissenschaft kritisieren seine Stellungnahme. Auch die kürzlich erfolgte Umstellung der Leserforen bei der Süddeutschen sorgt für Kritik.

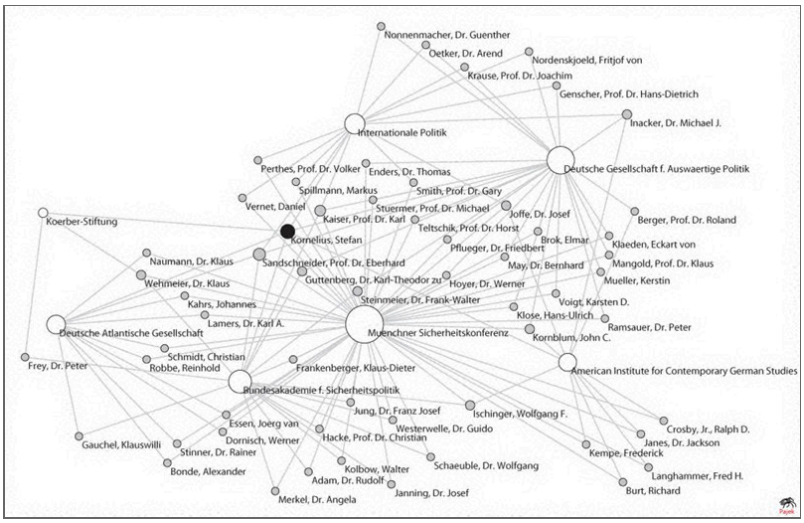
Seit die ZDF-Kabarettisten der "Anstalt" im Frühjahr diesen Jahres die Verstrickungen führender Journalisten mit US-nahen Denkfabriken gegenüber einem Millionenpublikum aufdeckten und seit zwei Autoren der Zeit daraufhin gerichtlich gegen das ZDF vorgingen, (Josef Joffe und Jochen Bittner scheitern gegen Die Anstalt (ZDF)) zieht das Thema immer weitere Kreise. Am vergangenen Wochenende mischte sich nun auch erstmals kritisch eines der betroffenen Leitmedien in die Debatte ein. So veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung eine ganzseitige Analyse des ehemaligen Spiegel-Kolumnisten Stefan Niggemeier, in der es heißt:

> » *Manipulieren die Nachrichten die Nachrichten? Hetzt die Presse gegen Putin? Lassen sich Journalisten kaufen? Das Misstrauen wächst. Die Kritik an den Medien in Blogs und Büchern wird lauter und aggressiver. Aber sie nur als Verschwörungstheorie abzutun: So einfach ist es nicht. (…) Seit einiger Zeit*

> *dringen führende deutsche Medien und Politiker gleichermaßen und teilweise gemeinsam darauf, dass Deutschland eine aktivere Rolle auch in kriegerischen Auseinandersetzungen übernehmen soll. Von vielen Kritikern werden die Journalisten dabei als Verbündete der Politik wahrgenommen, nicht als kritische und distanzierte Kontrolleure, und der Eindruck ist nicht abwegig. (…) Viele der seriösen Medien scheinen noch nicht zu ahnen, wie groß die Erosion des Vertrauens in ihre Arbeit ist und dass dieses Vertrauen die Grundlage für alles ist. «*
>
> **Stefan Niggemeier**

Ein wesentlicher Stein des Anstoßes zur laufenden Debatte ist dabei die Forschungsarbeit "Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse", die vom Medienforscher Uwe Krüger als Dissertation verfasst wurde und auf deren Ergebnisse sich auch das ZDF-Kabarett in seiner satirischen Darstellung berief (Journalismusforschung:"Ganz auf Linie mit den Eliten").

Stefan Kornelius, seit dem Jahr 2000 Außenressortchef der Süddeutschen Zeitung, und eine der Hauptpersonen in Krügers Studie, wirft der Arbeit nun mangelnde Wissenschaftlichkeit vor. Sie sei "einseitig" und "politisch motiviert". Ein Interview für Telepolis lehnte Kornelius zwar ab, will sich aber nach eigener Aussage einer Diskussion nicht generell verweigern. Er äußerte sich vorerst in einer ausführlichen Email zu seiner Sichtweise.



Diese Grafik aus Krügers Netzwerkanalyse zeigt die Verbindungen von SZ-Außenpolitikchef Stefan Kornelius im Untersuchungszeitraum der Studie. Zu sehen sind 57 Personen, mit denen erhöhtes Kontaktpotenzial durch mindestens zwei Organisationen bestand. Quelle: Krüger, "Meinungsmacht", S. 135

Kornelius kritisiert darin zunächst, dass Krüger ihm zwar vor Veröffentlichung der Studie angeboten habe, eine Stellungnahme abzugeben (was Kornelius ablehnte), diesen direkten Kontakt zu ihm aber erst gesucht habe, nachdem die Arbeit bereits abgeschlossen war. Dies sei "die falsche Reihenfolge" und "in der Unverhältnismäßigkeit nicht in Ordnung". Kornelius: "Man kann nicht Vorwürfe konstruieren, in die Welt setzen und dann erwarten, dass man sie nachträglich entkräftet. Diese Methode ist mir vor allem in der Wissenschaft noch nicht untergekommen."

"Mich überrascht es, dass Herr Kornelius dies alles nicht weiß"

Telepolis befragte dazu Prof. Michael Haller, Erstgutachter von Krügers Doktorarbeit und bis 2010 Professor für Journalistik am

Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig. Haller, einer der namhaftesten Medienforscher Deutschlands, der selbst lange Jahre für den Spiegel und die Zeit schrieb, bevor er zum Gründungsherausgeber der Journalismuszeitschrift Message wurde, sagt konkret zu Kornelius' Vorwürfen:

> » *Ich habe den Eindruck, dass Herr Kornelius von wissenschaftlicher Forschung und Empirie nichts versteht. Netzwerkanalysen sind Strukturanalysen, d.h. zu Beginn der Untersuchung gibt es nur Gremien, Mitglieder und Netze. Erst gegen Schluss stellen sich die Verknotungen und Verdichtungen und dann die inhaltlichen Kontexte heraus. Erst dann kann man die Akteure identifizieren und - wenn sie willens sind - befragen. Merkwürdig ist die Äußerung von Herrn Kornelius auch aus einem andern Grund: Auch im Journalismus gehört zum "kleinen Einmaleins" der Rechercheverfahren, bei kontroversen Themen "von außen nach innen" vorzugehen, das heißt, die Hauptbeteiligten erst am Schluss zu befragen (also erst dann, wenn man weiß, was man fragen/herausfinden muss und auch genügend Fakten kennt, um die Antworten der Akteure einschätzen zu können). Mich überrascht es, dass Herr Kornelius dies alles nicht weiß.* «
>
> **Michael Haller**

Auf Nachfrage von Telepolis ergänzt Uwe Krüger:

> » *Als Wissenschaftler bin ich frei, was meine Methodik angeht und auch meine Forschungsfrage. Wenn ich sämtliche leitenden Redakteure aller deutschen*

Leitmedien auf Elitenkontakte untersuche und dann schälen sich im Laufe der Arbeit vier heraus, die besonders auffällige Netzwerke haben, dann sehe ich mich nicht verpflichtet, ab diesem Punkt die Studie in Zusammenarbeit mit den vier Personen zu machen. Dass man vor Veröffentlichung die vier mit der Kritik konfrontiert und ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme gibt, halte ich für ein Gebot der Fairness. Aber es ist übertrieben zu sagen: Teil der Methode müssten jetzt Leitfadeninterviews mit den vieren sein. Meine Forschungsfrage war: Mit wem hat jemand informell Kontakte und stimmt die Argumentation im journalistischen Output in bestimmten Punkten mit diesem sozialen Umfeld überein? Diese Fragen habe ich mit Netzwerkanalyse und Inhaltsanalysen beantwortet. «

Uwe Krüger

Stefan Kornelius zweifelt in seiner aktuellen Stellungnahme gegenüber Telepolis weiterhin an, dass es sich bei den Denkfabriken, mit denen er verbunden ist oder war (Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, American Institute for Contemporary German Studies, Atlantikbrücke u.a.) überhaupt um Lobbygruppen handelt. Dem sei nicht so. Kornelius wörtlich: "Das sind doch keine Lobbyorganisationen."

Dazu Uwe Krüger:

» *Ich kann mich an keine Stelle erinnern, wo ich in dem Buch die Arbeit von Think Tanks explizit generell charakterisiere. Einzig die Deutsche Atlantische Gesellschaft, in der Herr Kornelius Beisitzer im Präsidium war, bezeichne ich im Buch als*

"Lobbyorganisation für die Nato", denn sie sagt auf ihrer Website: "Die Deutsche Atlantische Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, das Verständnis für die Ziele des Atlantischen Bündnisses zu vertiefen und über die Politik der NATO zu informieren." Allerdings sehe ich schon, dass viele außenpolitische Think Tanks Lobbyarbeit für stärkere transatlantische Beziehungen machen. Interessant ist z.B., dass sogar die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP), qua mission statement kein transatlantischer Think Tank, wiederum Mitglied in der europäischen Transatlantiker-Dachorganisation Transatlantic Policy Network ist. «

Uwe Krüger

Kornelius legt in diesem Zusammenhang Wert auf die Feststellung, dass er nicht nur mit Transatlantikern in Verbindung stehe, sondern beispielsweise auch Mitglied im Deutsch-Russischen Forum sei. Er gibt zu bedenken:

» *Wieso soll ein amerikanischer Think Tank Einfluss auf meine Denke haben, das deutsch-russische Forum aber nicht?* «

Stefan Kornelius

Diese Fragestellung geht gleichwohl am Kern des Disputs vorbei. Denn der Fakt, *dass* Kornelius in seinen Artikeln und Kommentaren in der Süddeutschen Zeitung dezidiert US-nah und Kreml-kritisch schreibt, lässt sich kaum ernsthaft in Frage stellen. Wieso die russische Sichtweise ihn also ganz offenkundig weniger beeinflusst als die amerikanische, kann nur er selbst beantworten. Ob ihn bei seiner Berichterstattung diejenigen transatlantischen Denkfabriken, denen er verbunden ist, beeinflusst haben, oder aber ob ihn diese Organisationen vielleicht erst einluden, nachdem er bereits zuvor

ähnliche Anschauungen wie sie geäußert hatte, dies bleibt eine offene - aber letztlich vielleicht auch zweitrangige - Frage.

In diesem Sinne kommentiert auch Prof. Haller kurz und bündig, Kornelius' Einwurf sei "logisch nicht nachvollziehbar", denn: "Die Frage des 'bias' (der inhaltlichen Schlagseite) ergibt sich aus den von Kornelius verfassten Texten in der Zeitung."

"Absoluter Mainstream"

Krügers Arbeit zu den Alpha-Journalisten kommt zum Ergebnis, es gäbe einen außenpolitischen Konsens oder Gleichklang der deutschen Leitmedien in verschiedenen großen Fragen - etwa, dass Sicherheit breit definiert werden müsse, deutsche Interessen weltweit zu verteidigen seien, oder Deutschland sich stärker militärisch engagieren und dabei die Partnerschaft mit den USA pflegen solle. Doch auch an dieser Stelle meldet Kornelius in seiner aktuellen Stellungnahme Zweifel an:

> » *Meines Erachtens sind die von Krüger gewählten Suchbegriffe absoluter Mainstream der außenpolitischen Debatte in aller Welt und keine amerikanischen Erfindungen. Hier nimmt er eine politische Gewichtung vor, der ich widerspreche.* «
> **Stefan Kornelius**

Dazu Krüger:

> » *Genau, das ist absoluter Mainstream, der vermutlich aus den USA zu uns herübergekommen ist. Ich kritisiere genau dieses Schwimmen im Mainstream und im Elitendiskurs und das unkritische Übernehmen von*

interessengeleiteten Begriffsdefinitionen und Begriffsumdeutungen. «

Uwe Krüger

Prof. Haller ergänzt gegenüber Telepolis, es gehe "konkret um den 'erweiterten Sicherheitsbegriff'". Hier müsse Kornelius "die Belege und Argumente von Herrn Krüger (S. 152-163 der Studie) widerlegen", was aber bislang nicht geschehen sei. Haller bemängelt auch, dass Kornelius seine Begriffe nicht klar definiere:

» *Was ist für ihn Mainstream und wie entsteht dieser seiner Meinung nach? Tatsächlich liefern die Sozial- und die Medienwissenschaften zu diesem Komplex (Leitmedien, Mainstream, Eliten usw.) gut überprüfte Modelle und Theorien, die Krüger auch vorstellt und diskutiert (vgl. S. 88-104). Wenn Kornelius nur halbwegs seriös argumentieren würde, müsste er Krügers Ableitungen widerlegen. Tatsächlich benimmt sich Kornelius wie ein Kickboxer, der einen Schachspieler mattsetzen möchte, indem er das Schachbrett umkippt. Würde der Kickboxer die Schachregeln anwenden, würde er haushoch verlieren. «*

Michael Haller

Kornelius' Stellungnahme gegenüber Telepolis schließt mit dem kritischen Hinweis, er habe bisher "keine Anerkennung aus der Fachwelt" für Krügers Studie ausmachen können. Doch dabei hat der Medienprofi offenbar sein eigenes Blatt ignoriert. Denn neben lobenden Besprechungen in Fachmagazinen wie "Medien & Kommunikationswissenschaft" (Ausgabe 1/2014) hat die Süddeutsche Zeitung selbst in ihrer Ausgabe vom 31. Dezember 2013 Krügers Dissertation wohlwollend rezensiert.

Leserforen als Herausforderung

Ein weiteres Spannungsfeld für die Zeitung ergibt sich offenbar aus der wachsenden Kritik vieler Leser. Wie bei vielen anderen deutschen Leitmedien begegnete das Publikum auch der Süddeutschen Zeitung im Verlauf der Berichterstattung zur Ukraine-Krise 2014 mit massivem Widerspruch. Die Leserforen unter den entsprechenden Artikeln - auch denen von Stefan Kornelius - wurden regelmäßig "geflutet" mit Hunderten von kritischen bis ablehnenden Leserkommentaren. Manche Leser gaben dabei an, die eigentlichen Artikel selbst kaum noch vollständig zu lesen, sondern rasch zu ebenjenen Leserkommentaren zu springen, da dort oft die interessanteren Informationen zu finden seien - eine schallende Ohrfeige für eine Redaktion, und natürlich auf längere Sicht auch eine Bedrohung für das Image und die Deutungshoheit einer Zeitung.

Auf dem Höhepunkt der Krise im Sommer diesen Jahres beschloss man dann offenbar bei der SZ eine Umstrukturierung der Leserforen. Zum 1. September wurde diese öffentlich bekannt gegeben. Seitdem gibt es nicht mehr die Möglichkeit, direkt unter den Artikeln zu kommentieren. Stattdessen beschließt eine Abteilung "Leserdialog" der Redaktion nun zwei bis drei Themen pro Tag, zu denen das Publikum losgelöst von konkreten Artikeln diskutieren soll. Begründung: in den Diskussionen zuvor sei "zu viel durcheinander" gegangen.

Telepolis befragte den verantwortlichen SZ-Redakteur für den Leserdialog, Daniel Wüllner, zu dieser Umstellung, die viele Leser kritisch sehen. Auf die Eingangsfrage, ob die Umstellung etwas mit dem Ansturm kritischer Leser zur Ukraine-Berichterstattung zu tun habe, verneinte die SZ zunächst. Die Umstrukturierung der Kommentarfunktion sei "unabhängig" von der Ukraine-Debatte

erfolgt. Auf neuerliche konkrete Nachfrage wurde dann aber doch eingeräumt:

> *» Sie haben nach dem speziellen Fall der Ukraine-Krise und den dazugehörigen Kommentaren gefragt. Die Umstellung hat nichts mit einem einzelnen Thema zu tun. Doch haben wir allgemein die Tendenz beobachtet, dass wir nicht mehr in dem Maße auf Lesermeinungen eingehen wollen, wie wir das möchten. Das hat natürlich auch mit der Massivität der Beiträge zu tun. «*
> **Daniel Wüllner**

Neben dem offenbar unfreiwilligen freudschen Versprecher (man "wolle" nicht mehr auf Lesermeinungen eingehen - heißen sollte es wohl eigentlich, man "könne" das nicht) stellt sich zu dieser Aussage die Frage nach den tiefer liegenden Gründen für die Umstrukturierung. Warum will bzw. kann man nicht mehr "in dem Maße auf Lesermeinungen eingehen"? Ist das Ziel eventuell ein simples Kosten senken in einer immer aufwändiger werdenden Forenmoderation?

Der Leserdialog-Beauftragte Wüllner verneint das. Finanzielle Erwägungen seien verlagsseitig nicht ausschlaggebend gewesen:

> *» Die Umstellung der Kommentarfunktion ist sicherlich keine Sparmaßnahme, da Süddeutsche.de den von mir besetzen Posten des Redakteurs für den Leserdialog geschaffen hat. Des Weiteren haben wir die Dienstzeiten des Leserdialog-Teams erweitert. «*
> **Daniel Wüllner**

Warum also dann die Beschränkung?

» *Um den sinnvollen und argumentativen Leserstimmen das entsprechende Gehör zu verschaffen, braucht es Zeit. Die alte Kommentarform kostete an vielen Stellen unnötig Zeit: Zu viele Diskussionen zu einem Thema fanden zeitgleich unter den unterschiedlichsten Artikeln statt. Diese Tatsache machte eine sinnvolle Diskussion unmöglich. Mit der Umstellung haben wir multiple Diskussionen eingeschränkt. Dafür haben wir eine Plattform geschaffen, auf der eine sachliche, argumentative Auseinandersetzung zwischen Lesern, Moderatoren und Autoren wieder Sinn macht.* «

Daniel Wüllner

Diskussion auf "neuer Stufe"

Auf die Nachfrage, ob damit nicht zugleich unterstellt würde, dass auf vielen anderen großen News-Seiten, wie Spiegel Online, Zeit Online oder Faz.net, wo auch weiterhin direkt unter den Artikeln kommentiert werden kann, nunmehr eine "sinnvolle Diskussion unmöglich" wäre, antwortete die SZ:

» *Da wir sowohl vor als auch nach der Umstellung Vormoderation verwenden, bedarf die Freischaltung der Beiträge Zeit. Dazu gehört es auch, den Lesern mitzuteilen, warum wir ihre Beiträge nicht freischalten. Mit unserem neuen System nehmen wir uns bewusst die Zeit in Kontakt mit den Lesern zu treten, ihnen zu antworten und mit ihnen zu diskutieren. In der deutschen Medienlandschaft gibt es unterschiedliche Methoden mit Lesern in Kontakt zu treten, die ich an keiner Stelle negativ bewertet habe. Wir haben unsere*

Kommentarfunktion umgestellt, um die Diskussion mit dem Leser und die Wertigkeit der Kommentare auf eine neue Stufe zu stellen. «

Doch wie sieht diese "neue Stufe" nun konkret aus? Eine persönliche Stichprobe am Dienstag, dem 28. Oktober gab dazu einen Einblick. Der Versuch begann mit der Lektüre eines der aktuellen SZ-Berichte zur Ukraine: "Russland will umstrittene Wahlen in Ostukraine anerkennen". Ein Leserforum zu diesem Thema wurde von der SZ allerdings nicht angeboten, ein öffentlicher Kommentar war also unmöglich. Beim direkt zuvor erschienenen Ukraine-Artikel ("Putin-Gegner Jazenjuk steigt zum zweiten starken Mann auf") dann das gleiche Bild: kein Leserforum verfügbar. Und auch der dritte auffindbare aktuelle Beitrag zum Thema ("Ja zu Europa, Nein zu Kompromissen gegenüber Putin") enthielt keinen Verweis zu einem thematisch verwandten Diskussionsforum. Nicht einmal ein Hinweis darauf, dass es generell möglich ist, Artikel in irgendeiner Form zu kommentieren, war im Umfeld der drei Ukraine-Berichte sichtbar.

Daraufhin führte der nächste Versuch zurück auf die Startseite von Süddeutsche.de. Dort musste dann zunächst eine Weile heruntergescrollt werden, bevor schließlich das Logo des neuen Leserforums erschien, garniert mit der Aufforderung: "Diskutieren Sie mit uns - Ihre SZ". Hier fand sich nun auch ein zwei Tage zuvor gestartetes Leserforum mit Ukraine-Bezug - wenn auch mit dem etwas anmaßenden Titel "Welches Wahlergebnis wünschen Sie der Ukraine?" 28 Leserkommentare wurden dort angezeigt. Doch leider war das Forum durch die Redaktion schon wieder geschlossen worden. So blieb nur die Lektüre der wenigen Kommentare. Dort hieß es etwa:

» *Ich wünsche der Ukraine eine Mehrheit von Parteien, die nicht mit Russland in Konfrontation gehen wollen,*

sondern eine für beide Seiten annehmbare Lösung finden. «

» *Es steht uns Deutschen nicht wirklich zu, uns ein Wahlergebnis für ein anderes Land zu wünschen.* «

» *Der Unterschied des jetzigen und des vorherigen Präsidenten (Oligarchen) ist doch nur die Ausrichtung nach West oder Ost.* «

Eine weitere Meinung zum Ukraine-Konflikt oder der Wahl dort öffentlich zu äußern, war auf Süddeutsche.de am 28. Oktober 2014, zwei Tage nach ebenjener Wahl leider nicht möglich.

Medienkritik "lässt sich nicht nachvollziehen"

Der aktuell häufig formulierte Vorwurf vieler Leser, den Leitmedien sei nicht mehr zu trauen, sie transportierten fehlerhafte und einseitige Informationen, schrieben an ihren Lesern vorbei und berichteten parteiisch insbesondere im Ukraine-Konflikt, schien zu dieser Stichprobe zu passen. Doch auf die Frage von Telepolis, ob eben dieser massiv und wiederholt vorgebrachte Vorwurf vieler Leser innerhalb der Redaktion der Süddeutschen bislang überhaupt einmal debattiert worden sei und ob man auch Schlussfolgerungen daraus gezogen habe, reagierte der Leserdialog-Beauftragte mit Unverständnis:

» *Eine allgemein formulierte Medienkritik, wir würden Informationen bewusst vorenthalten, lässt sich nicht nachvollziehen und deshalb nicht wirklich diskutieren. Wenn wirklich sachliche Kritik und argumentative*

Nachfragen zu einzelnen Artikeln eintreffen, diskutieren wir diese natürlich. «

Daniel Wüllner

Doch wie es aussieht, haben viele Leser bereits ihre eigenen Konsequenzen gezogen. Zumindest fällt auf, dass die Anzahl der Kommentare im neuen Forum der SZ sehr gering ist. Oft bewegt sie sich nur im unteren zweistelligen Bereich - ganz anders, als noch im Sommer diesen Jahres, wo regelmäßig viele hundert Wortmeldungen pro Artikel eingingen. Ob nun gewollt oder nicht, im Effekt wurde die Zahl der Leserwortmeldungen durch die Umstrukturierung offenbar massiv dezimiert. Dazu trägt vielleicht auch bei, dass nach Auskunft der Zeitung die Leserforen nun turnusmäßig nach 24 Stunden geschlossen werden. Nur in Ausnahmefällen werde diese Zeit verlängert.

Das räumt auch Daniel Wüllner vom SZ-Leserdialog so ein, erklärt dabei aber zugleich optimistisch: "Während die Kommentarzahlen zurückgehen, verzeichnen wir derzeit qualitative Verbesserung eben dieser Beiträge."

Doch woran bemisst sich diese Qualität? Und wie definiert sich ein "sinnvolles" Diskutieren, wie es die SZ nach eigener Aussage erreichen möchte? Erkennbar ist bislang allenfalls eine Art pädagogischer Ansatz. Es scheint, als solle das Publikum gewissermaßen "erzogen" werden, sich "ordentlich" zu benehmen. An dieser Versuchsanordnung aber, so sieht es aus, wollen sich nun nicht mehr allzu viele Leser beteiligen. Doch was nützt der SZ am Ende eine (behauptete) "qualitative Verbesserung", wenn zugleich die Kommunikation quasi einschläft?

"Kein Abladeplatz für Troll-gesteuerte Propaganda-Ware"

Dazu befragt, widerspricht nicht nur Daniel Wüllner, sondern auch Stefan Kornelius. Seiner Meinung nach habe "der Leserdialog an Substanz und Tiefe gewonnen". Wer "wirklich diskutieren will", so der Außenressortchef der Süddeutschen, "der findet sein Forum auch auf der Seite der SZ" - eine Annahme, die allerdings durch die oben geschilderten Stichprobe konterkariert wird. Kornelius ergänzt gegenüber Telepolis, die Süddeutsche sei "außerdem kein Abladeplatz für Troll-gesteuerte Propaganda-Ware".

Diese Aussage irritiert. Denn welcher Blick auf den kritischen Leser offenbart sich in einer solchen Formulierung? Sicher herrscht in Leserforen oft ein rauer und manchmal respektloser Ton. Auch gibt es immer wieder Störer, die Debatten gezielt erschweren. Wohin aber führt eine Gleichsetzung von scharfer, manchmal vielleicht auch nervtötender Kritik mit "gesteuerter Propaganda", wie Kornelius es hier nahelegt? Wer Kritik aus der Leserschaft in dieser Pauschalität diffamiert, macht einen echten Dialog nahezu unmöglich.

Fragwürdig erscheint auch der Umgang mit den Lesern im direkten Zusammenhang mit der Forenumstellung vom 1. September. So weist die Redaktion zwar stolz darauf hin, dass man vor dem Umbau 50 "Intensiv-Beitragsschreiber" um ihre Meinung zur Forenreform gebeten habe - und stellt deren Antworten auch ganz modern und transparent online. Doch wer diese in einer Excel-Tabelle gebündelten Antworten liest, der bemerkt, dass die Mehrzahl der befragten Leser ganz und gar nicht einverstanden war mit dieser Maßnahme. Hier einige Auszüge der Leser-Antworten an die SZ-Redaktion:

> » *was soll ich von DIESER Leserbefragung hier halten, die stattfindet, NACHDEM die Reduzierung auf nur drei Diskussionen täglich schon beschlossen ist? Das ist*

doch kein Dialog, wenn man per ordre mufti handelt und danach erst die Betroffenen fragt! «

» "Auf KEINEN FALL eine Reduzierung auf nur 3 Diskussionen täglich! Das hat mit Interaktivität und Web 2.0 nichts mehr zu tun, ein völliger Rückschritt. Dann kann man's auch gleich ganz sein lassen, da werden die meisten Foristen (und die sind auch Leser!) woandershin abwandern. «

» Ich kann mir sehr schwerlich vorstellen, dass n u r drei themenbezogene Diskussionen ausreichend sind, für mich sicherlich nicht. Gerade die "Debatte unter jedem Text", empfand ich mehr als nützlich, da so auch Themen außerhalb des "Mainstreams" ihr Berechtigung fanden. Die von Ihnen vorgeschlagene neue Form der Diskussion, hat ein "Gschmäckle" von Bevormundung. «

» Dialog mit dem Leser => Das wäre eine gute Idee! Denn bisher kann von einem DIALOG keine Rede sein. (…) Ähnliches gilt für den direkten Kontakt mit SZ-Mitarbeitern per E-Mail: Aus jeder Korrespondenz trieft die Attitüde 'Wir machen nichts falsch. Wenn sich Kritik häuft, kann mit den Lesern etwas nicht stimmen.' Mehr Reflexion der eigenen Arbeit, mehr Bereitschaft zur Selbstkritik wäre dringendst wünschenswert. Nur dann kann der 'Dialog mit dem Leser' gelingen! «

SZ-Mann Wüllner sieht dennoch kein Problem und kontert diese Leseraussagen in gefälligem Marketingdeutsch:

» *Wir hören den kritischen Stimmen unserer Leser sehr genau zu und werden gegebenenfalls Änderungen, wie eine Erhöhung der Anzahl der Themen und dem Wunsch nach mehr Dialogbereitschaft, bestmöglich entgegenkommen.* «
Daniel Wüllner

Löschung "aus technischen Gründen"

Problematisch erscheint auch, dass zeitgleich mit der Forenumstellung sämtliche Leserkommentare unter älteren Artikeln gelöscht wurden. Schaut man sich heute SZ-Artikel etwa vom Sommer diesen Jahres an, so ist die Flut des Leserzorns in den Kommentaren dort nun lautlos abgeräumt, ganz so, als hätte es sie nie gegeben - im Grunde eine unerhörte Respektlosigkeit gegenüber den eigenen Lesern, die hier oft mit viel Zeit und Mühe Argumente formuliert haben.

Auf die Nachfrage von Telepolis, ob diese gigantische Löschaktion auch wieder rückgängig gemacht werden könne, antwortet die SZ nun lapidar: "Dies ist aus technischen Gründen leider nicht möglich" - eine Aussage, die so sicher zu hinterfragen ist. Dass man sämtliche - zum großen Teil kritischen - Kommentare der Vergangenheit kurzerhand "ausradierte", wirft in jedem Fall kein gutes Licht auf den Willen und die Fähigkeit zum "Leserdialog" bei der SZ. Wer dem immer wieder auftauchenden Zensurvorwurf ernsthaft begegnen will, sollte hier sicher nachbessern.

Prof. Michael Haller mahnt nun an die Adresse der Süddeutschen Zeitung:

» *Man fragt sich, warum die Redaktion die Mühe scheut, die Kommentare zu sichten, auszusortieren*

> *und die Beiträge, die den Fairness-Regeln genügen, zu veröffentlichen. Es geht also um die Frage, wie ernst man diese partizipatorische Funktion, die Artikulationsmöglichkeiten der Leser nimmt. «*
>
> **Michael Haller**

Und in der Tat scheint das ein Kern der Debatte zu sein: Wie ernst will man die Leser nehmen? Sind sie bloß Staffage zur Erhöhung der Klickzahl und Steigerung der Werbeumsätze? Sind sie "tumbes Volk" dem man das Diskutieren erst beibringen muss? Oder sind die Leser nicht eigentlich wir, das Volk, der Souverän, der ganz selbstverständlich auch mehr Menschen und Milieus umfasst als das vergleichsweise enge soziale Raster, dem heute die Mehrzahl der Journalisten entstammt?

Wiederum geht es also auch um Eliten und ihre Netzwerke, es geht um Deutungshoheit sowie die Frage, wem das Land eigentlich gehört - und wer es informiert.

Erschienen am 04.11.2014

Paul Schreyer

Leserkommentare abschalten?

Immer mehr führende Journalisten äußern sich zur Vertrauenskrise der Medien in Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt. Einige schlagen nun sogar vor, Leserkommentare ganz abzuschaffen

Was das Medium-Magazin in seiner aktuellen Ausgabe eher nebenbei enthüllt, hat das Zeug, die aktuelle Debatte zum Vertrauensverlust der Leitmedien neu zu befeuern. Spiegel-Autor Christian Neef, der für das Blatt seit langem aus der Ukraine und aus Russland berichtet und dessen Artikel von vielen Lesern in den letzten Monaten heftig kritisiert wurden, sagt dort:

> *» Eine solch massive Kritik wie in diesem Jahr habe ich noch nie erlebt. Vertrauensverlust? Den gibt es sicher. (…) Die Internetforen sind dabei ein Kapitel für sich. (…) Onlinemedien wie Spiegel Online nehmen inzwischen sogar in Kauf, dass die Berichte ihrer Korrespondenten gleich im Anschluss an den Text in den Foren aufs Übelste zerpflückt und als unwahr bezeichnet werden, sie desavouieren damit ihre eigenen Mitarbeiter und liefern sie schutzlos dem Shitstorm aus. Ich habe die Kollegen bei Spiegel Online deswegen gebeten, bei bestimmten Texten, die ich schreibe, die Kommentarfunktion künftig abzuschalten - so wie es andere Webseiten schon länger tun. Eine wildwuchernde Debatte im Netz, auch wenn sie grob gefiltert wird, ist nicht wirklich hilfreich.*

> *Im Gegenteil: Sie führt nicht nur bei den schreibenden Journalisten zu wachsender Verunsicherung, sondern bei leitenden Redakteuren auch zu beginnender Selbstzensur.* «
> **Christian Neef**

Die Argumentation des Spiegel-Mannes ist bemerkenswert. Neef beobachtet, dass die andauernde Leserkritik langsam Wirkung auf einzelne Journalisten zeigt - und möchte genau das verhindern. Doch warum eigentlich? Geht es nicht am Ende um den Leser? Ist dieser nicht der Souverän in einer offenen Mediengesellschaft?

Auch innerhalb des Spiegel regt sich nun Widerstand gegen Neefs Ansichten. Unter vorgehaltener Hand heißt es aus der Redaktion, hinter den Äußerungen des Russlandkorrespondenten stecke "eine Denkweise, die Walter Ulbricht einst auf die Formel brachte, man dürfe 'die Dinge nicht dem Selbstlauf überlassen'". Die Pointe dabei: Neef ist selbst in der DDR aufgewachsen, war in den 1980er Jahren Korrespondent des DDR-Rundfunks in Moskau, ist seit der Wende aber beim Spiegel und profiliert sich dort seit vielen Jahren vor allen Dingen mit massiver Russlandkritik. Er war es auch, der den Begriff "Putinversteher" 2011 erstmals in einer Schlagzeile verwandte.

Mit der Forderung nach Schließung der Kommentarfunktion steht Neef allerdings nicht allein. So sagt Günther Nonnenmacher, einer der Herausgeber der FAZ, im Interview mit dem Medium Magazin nun:

> » *Frank Schirrmacher und ich waren zwischenzeitlich der Meinung, dass man die Kommentarfunktion gänzlich abstellen soll. Bei Themen wie Gaza-Krieg machen wir das auch, denn wüste antisemitische Beschimpfungen möchten wir nicht auf unserer*

> *Webseite haben, für deren Inhalte wir schließlich verantwortlich sind. Wir haben auch überlegt, ob man Kommentare gebührenpflichtig machen sollte und dafür eine eigene Community schafft, so dass zum Beispiel jeder, der etwas zu einem Thema beitragen möchte, für die Veröffentlichung seines Kommentars zahlt - und sei es nur einen Euro. (…) Dass man für die Kommentare eine Community mit Clubcharakter schafft, das ist eine ernsthafte Option. «*
> **Günther Nonnenmacher**

Kommentieren gegen Bares, oder doch zumindest in einem abgeschlossenen "Club"? Schaut man derzeit auf die seit September diesen Jahres umgestellten Leserforen bei der Süddeutschen Zeitung (dort kann nun nicht mehr direkt unter den Artikeln kommentiert werden: Zwischen Lesern und Lobbynetzwerken), dann lassen sich zumindest die direkten Folgen einer solchen Abtrennung der Kommentare schon beobachten. Bei der SZ ist nach der Umstellung der Foren, auch ganz ohne Bezahlschranke, die Anzahl der Leserpostings massiv zurückgegangen. Oft bewegt sie sich nur noch im unteren zweistelligen Bereich. Angesichts dessen könnte mancher sarkastisch fragen, ob die verbliebenen Leser der Leitmedien nun mit Gewalt vertrieben werden sollen.

Alles gesteuert?

Führende Journalisten rechtfertigen ihre Ablehnung der Leserkritik dabei immer wieder mit dem Vorwurf, diese sei "gesteuert". So schreibt etwa Spiegel-Autor Christian Neef:

> » *Es kann nicht sein, dass deutsche Medien unter dem Druck von Hassbloggern oder gesteuerten Propagandakampagnen ihre Korrespondenten dazu*

anhalten, künftig anders über Russland oder die Ukraine zu berichten. «

Christian Neef

Und FAZ-Mitherausgeber Nonnenmacher meint:

» *Es gibt viele ehrlich besorgte Leserzuschriften, darunter viele ältere Leute mit Kriegserinnerungen. Und jüngere kritisieren besonders oft die Politik der USA. Es ist da aber auch ganz offensichtlich eine konzertierte Aktion am Werk, erkennbar an fast wortgleichen Mails, die die Onlineforen überschwemmen. In solchen Kommentaren spiegelt sich keine lebendige Demokratie. «*

Günther Nonnenmacher

Gleichen Sinnes schrieb SZ-Außenressortchef Kornelius dem Autor dieses Textes kürzlich:

» *Die Süddeutsche ist kein Abladeplatz für Troll-gesteuerte Propaganda-Ware. «*

"Gesteuerte Propagandakampagnen", "konzertierte Aktion", "Troll-gesteuert", was ist da los? Sind die Alpha-Journalisten des Landes jetzt allesamt unter die Verschwörungstheoretiker gegangen? Sicher gibt es gesteuerte Kampagnen in Onlineforen, und zwar mutmaßlich lanciert von ganz unterschiedlichen politischen Seiten. Aber glauben die zitierten Medienprofis wohl ernsthaft, dass die Mehrzahl der kritischen Kommentare in den Leserforen ihrer Zeitungen Teil einer Inszenierung sinistrer prorussischer Kräfte ist?

Offenbar ist zumindest, dass die nunmehr häufiger kritischen Leser als Bedrohung wahrgenommen werden. In einem Beitrag zur

Vertrauenskrise der Medien schoss in dieser Woche nun auch Hans Leyendecker, Ressortleiter Investigative Recherche bei der Süddeutschen Zeitung, in der Printausgabe der SZ eine Breitseite gegen die Leser ab:

> *» Guter Journalismus muss, zumindest wenn es um Recherche geht, völlig ergebnisoffen sein. Aber sind Leser ergebnisoffen? Will jeder Leser die Annäherung an die Wahrheit? (…) Es gibt Defizite bei den Medien und es gibt Defizite bei den Lesern. Es ist nicht leicht, Leute zu finden, die etwas Neues zu sagen haben und es gibt nicht so viele Leute, die etwas Neues erfahren wollen. (…) Es gibt Klicker, die glauben, sie verstünden von dem Geschehen da draußen dank der Klicks weit mehr als etwa der Auslandskorrespondent. «*
> **Hans Leyendecker**

In der Tat, manche glauben das - da hat Leyendecker sicher recht. Die Frage ist doch aber vielleicht: Glauben sie es immer zu unrecht?

Dank Kommentarbewertungsfunktion können Leser heute bei vielen Medien kenntlich machen, wenn sie einen Leserkommentar für besonders klug oder bedenkenswert halten. Dass immer mehr Beobachtern nun einzelne Leserpostings oftmals interessanter erscheinen als der Artikel darüber, muss dabei nicht zwingend für die Ahnungslosigkeit der Leser sprechen - es könnte stattdessen auch als Armutszeugnis für die betroffenen Journalisten verstanden werden.

Letztlich geht es um Deutungsmacht und damit über kurz oder lang auch um direkte Macht. Wer erklärt die Welt und welche Erklärungen werden verbreitet? In der Zeit kommentierte in der vergangenen Woche der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen die Debatte so:

> *» Medienverdrossenheit ist in Mode. Medien gelten als Kriegstreiber, Propagandamaschinen und Skandalprofiteure, Journalisten als korrupt. (…) Was ist der Grund? Die Antwort: Es gibt ihn nicht, diesen einen Grund. Medien- und Fälschungsaffären, die Boulevardisierung der Berichterstattung, der Negativismus der Nachrichten, der Einfluss von PR-Agenturen und Lobbyorganisationen - all die angeblichen oder tatsächlichen Grenzüberschreitungen und Verfehlungen munitionieren den großen Verdacht. «*
>
> **Bernhard Pörksen**

Doch bei dieser Analyse, die auch Leyendecker in seinem Kommentar zitiert, fällt einiges unter den Tisch - zuvorderst das aktuell immer wieder formulierte Unbehagen vieler Leser angesichts einer so wahrgenommenen einseitigen und verfälschenden Berichterstattung der Leitmedien zum Ukrainekonflikt. Die politische Debatte rund um dieses Thema kann wohl als der eigentliche Katalysator für eine Stimmung gelten, die nun dazu führt, dass ein Buch mit dem Titel "Gekaufte Journalisten" aktuell auf Platz 5 der Bestsellerliste steht. Sich dabei an dessen Autor Udo Ulfkotte abzuarbeiten (dessen sachliche Fehler und Übertreibungen Stefan Niggemeier hier zusammengefasst hat) führt indessen nicht weiter. Denn das Buch ist ja nicht die Ursache des Unbehagens und Misstrauens vieler Leser, sondern lediglich dessen Ausdruck.

Besser wäre es, nun endlich einmal substanziell und selbstkritisch die Ukraineberichterstattung dieses Jahres in einem großen öffentlichen medialen Forum aufzuarbeiten. Sind das wirklich alles nur "Fehler", "Pannen" und "Versäumnisse" in den Redaktionen? Hat die antirussische Schlagseite in den Kommentaren wirklich so gar nichts mit der Verflechtung von Leitartiklern wie Josef Joffe (Die Zeit),

Stefan Kornelius (SZ), Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ) etc. mit transatlantischen Netzwerken zu tun, wie es der Medienwissenschaftler Uwe Krüger in seiner Dissertation beschreibt?

Wann wird die Debatte nun geführt?

Doch vor dieser Debatte scheuen die Chefredaktionen weiterhin zurück. Zeit-Autor Jochen Bittner etwa, dessen Verflechtung das ZDF-Kabarett "Die Anstalt" im Frühjahr einem Millionenpublikum zur Kenntnis brachte (und daraufhin von Bittner verklagt wurde) räumte zwar mittlerweile selbst in einem Forenbeitrag auf Telepolis ein, "die Vernetzung von Journalisten mit Thinktanks wäre eine ernsthafte Debatte sehr wohl wert". Doch wann wird diese Debatte denn nun eigentlich auf den Seiten der Zeit geführt?

Bittner meldete sich in dieser Woche beim Autor dieses Textes und legte seine Sichtweise ausführlich in privater Korrespondenz dar, im Ton freundlich, mit Komplimenten zum vorangegangenen Artikel (Gleichklang oder Vielstimmigkeit?), den er als "fair und ausgewogen" bezeichnete. Als ihm aber abseits des privaten Austausches im Rahmen der Recherche für diesen Artikel auch offizielle Fragen zugesandt wurden, lehnte er deren Beantwortung ab. Der Ton wurde frostig. Seine Begründung nun: Er gebe Telepolis "aus prinzipiellen Gründen keine Interviews". Das Magazin habe "eine klare Kampagnenausrichtung", unterlaufe "basale journalistische Standards" und "erlaubt, ja ermutigt aus meiner Sicht sogar grob beleidigende Kommentare". Und weiter: "Diese Art von Shitstorm-Journalismus werde ich durch Interviews nicht unterstützen". Mit Fragen solle man sich an die Chefredaktion der Zeit wenden. Daraufhin legte Telepolis dort die gleichen Fragen vor:

1. Nach eigenen Worten ist Herr Bittner bereit zum Gespräch mit der ZDF-Anstalt. Warum aber lässt die

Zeit nicht den Medienwissenschaftler Dr. Uwe Krüger mit seiner Kritik am Einfluss von Elitenetzwerken auf die Leitmedien, die ja Grundlage des ZDF-Kabaretts war, direkt im eigenen Blatt zu Wort kommen?

2. Laut Bittner nimmt die Zeit an der Debatte zur Vertrauenskrise der Medien mit dem Beitrag von Herrn Pörksen bereits teil. Aber dieser Artikel argumentiert doch wiederum im Sinne der Zeit. Was ist das für eine Debatte, wenn de facto immer die gleiche Seite zu Wort kommt?

3. In der Zeit haben Sie seit neuestem eine Rubrik unter dem Titel "Verschwörung der Woche". Diese soll nach den Worten Bittners "die Plausibilität gängiger Verschwörungstheorien widerlegen". Warum ist nicht ein Pro und Contra Teil dieser Rubrik? Weshalb wird - wiederum - nur eine Seite, ein Blickwinkel in der Zeit präsentiert?

Doch auch auf direkte Nachfrage bei einer Unternehmenssprecherin der Zeit, auf die Bittner verwiesen hatte, war das Blatt nicht bereit, diese Fragen zu beantworten. Interesse am Dialog? Fehlanzeige. Das einzige Zugeständnis, das Bittner machte, war die Aussage, dass er aus heutiger Sicht "an dem Artikel über die Gauck-Rede am besten gar nicht mitgeschrieben hätte". Ob aber nicht eigentlich schon die Teilnahme eines Journalisten an einer von Lobbys durchsetzten Arbeitsgruppe zur Beeinflussung der deutschen Außenpolitik ein Fehler sei, mochte er nicht kommentieren (Chaos bei Zeit Online: Mal gilt der Ethik-Kodex, mal gilt er nicht). Dass es Mauscheleien mit Journalisten gebe, sei jedoch falsch.

Wohlgemerkt: Niemand bei Verstand behauptet, alle führenden Journalisten seien "gekauft" oder Teil einer Verschwörung. Doch die

existierenden vielgestaltigen Elitenetzwerke mit klarer politischer Ausrichtung sind zu real, als dass man eine Debatte über ihren Einfluss als belanglos abtun könnte.

Die aktuellen Vorschläge zur Einhegung der Leserforen gehen nun in die entgegengesetzte Richtung - hin zu weniger Offenheit und einer stärkeren Meinungssteuerung bzw. Ausgrenzung abweichender Ansichten. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, werden sich der öffentliche Unmut und die wechselseitigen Vorwürfe wohl eher noch weiter verschärfen.

Erschienen am 14.11.2014

Florian Rötzer

Die ARD will wie die Süddeutsche zur "gelenkten Öffentlichkeit" übergehen

Den Medien werden Leserkommentare lästig, sie wollen aus Angst vor der Öffentlichkeit wieder zurück ins Vor-Internetzeitalter

Es ist sicher ein guter, zumindest ein symbolischer Zeitpunkt, wenn die ARD in der ausgerufenen Woche der Toleranz überlegt, wie sie mit Kommentaren auf der eigenen Website umgehen will. Wie Bettina Less vom NDR schreibt, überlegt man bei tagesschau.de Einschränkungen der Kommentarfunktion. Toleranz, so schon der erste Schritt der Argumentation, müsse auch mit Intoleranz umgehen. Allerdings ist mit dem Titel eigentlich eine "sachliche Diskussion", für die man doch so eintritt, bereits versperrt. Man setzt auf Krawall: " Aggressivität im Netz: Wenn der Leser zum Tier wird." Das muss offenbar sein, um Einschränkungen der Meinungsfreiheit legitimieren zu können.

Vorbild ist die Süddeutsche.de, die Kommentare zu Artikel prinzipiell nicht mehr zulässt, sondern in einem "moderierten" Forum den Lesern "drei besonders relevante Fragen des Tages" anbietet, über die sie diskutieren sollen oder dürfen (Leserkommentare abschalten?). Die Leser erfahren auch gleich einmal: "Wir wählen die besten Antworten aus." Die Relevanz der Themen legt die SZ ebenso aus wie die Güte der Kommentare. Abgeschlossen ist das Forum, wenn der SZ-Verantwortliche dies für richtig empfindet. Man könnte parallel zur gesteuerten Demokratie von einer gesteuerten Öffentlichkeit sprechen.

Hintergrund ist, dass vor allem über den Ukraine-Konflikt oft scharfe Kritik an der Berichterstattung geübt wurde. Bei der ARD hat diese auch der Programmbeirat geäußert, der bei der Ukraine-/Russland-Berichterstattung Einseitigkeit gerügt hat, die Leser auch bei Medien wie der Süddeutschen, dem Spiegel oder der Zeit monierten (Ukraine-Konflikt: ARD-Programmbeirat bestätigt Publikumskritik). Seitdem wurde nicht nur gerne heftig moderiert oder gelöscht, sondern auch die Kommentarfunktion bei bestimmten Themen ganz abgeklemmt.

Natürlich ist es ein Problem für alle Foren, dass sich manche Internetnutzer unter der Bedingung der Anonymität und verborgen unter einem Pseudonym schlecht benehmen und rüpelhafter sind, als sie dies gemeinhin in der realen Öffentlichkeit von Angesicht zu Angesicht wären. Allerdings kommt auch da durchaus Beleidigendes, Anstößiges, Aggressives auf, manchmal endet dies in Handgreiflichkeiten. Nur lässt sich das nicht so leicht präventiv abwürgen wie in den privaten Online-Räumen. Gerne wird ja immer wieder gesagt, dass das, was offline gilt, auch online gelten muss. Weil man aber online besser zensieren kann, nimmt diese Forderung eine andere Färbung an.

Aber sicher, es gibt Kommentare, die jeden Anstand und jeden Ansatz einer einigermaßen gesitteten Diskussion überschreiten und gelöscht werden müssen. Das überfordert die Redaktionen, die nun nicht mehr nur Content erzeugen müssen, sondern auch den von den Lesern erzeugten Content redigieren müssen. Die Medien, die auch gerne mal Krawalljournalismus betreiben, bespielen nicht nur die Stammtische und die Wohnzimmer, diese reichen nun auch in die Medienöffentlichkeit hinein. Man müsse "auch im Interesse der übrigen Leser ein bestimmtes Debattenniveau etablieren", schreibt Less. Wer kommentieren will, muss die Regeln beachten, die jedes Forum auf ähnliche Weise formuliert und die auch rechtliche

Konsequenzen für den Schreiber und das Medium haben können. Ein Kommentar, der die Regeln krass verletzt, muss gelöscht werden, ein Forumsteilnehmer, der wiederholt aufgefallen ist, kann gesperrt werden. Aber die Frage bleibt stets, wo die Schere einsetzen soll, welche Schärfe man zulassen will, also auch wie viel "Straße" oder "Stammtisch" eingelassen wird. Keine einfache Entscheidung sicherlich, zumal nur ein Bruchteil der Rezipienten Kommentare schreiben und einige derjenigen, die ihre Meinung äußern, hyperaktiv zu sein scheinen, Gefallen am Rangeln haben und wenig tolerant oder bemüht um eine sachliche Diskussion sind.

Aber müssen die Medien, die Foren betreiben, sich mit den Äußerungen der Forumsteilnehmer identifizieren? Sollten sie Angst haben, zumal wenn sie sich als Qualitätsmedien verstehen und sich ein selbst gesetztes "Debattenniveau" wünschen, über die Leserkommentare abqualifiziert zu werden - gemäß dem Motto, jedes Medium hat die Leser, die es verdient? Will man also jetzt nur noch die Leser, die es verdienen, Teil der Öffentlichkeit des Mediums zu werden? Unterscheidet man die guten und die schlechten Leser? Klemmt man die Leser lieber ab, um vermeintlich selbst besser dazustehen? Und beschneidet man damit nicht die Öffentlichkeit, die im Internet stattfindet, wo es aber keinen öffentlichen Raum wie offline gibt, auf dem auch die Freiheit der Meinungsäußerung gilt, egal wie qualitätsvoll sie vorgetragen wird, solange sie nicht rechtlich belangt werden kann? Und die Öffentlichkeit, die Meinungsbildung, die Diskurse, die Auseinandersetzungen und Kämpfe finden mehr und mehr online statt.

Herbeigezogen wird zur Unterfütterung der geplanten Beschneidung der Öffentlichkeit ein Psychologe, der erklärt, dass die Menschen halt konform handeln und nachmachen, was alle anderen auch machen (was offenbar bei Redakteuren - "Rudeljournalismus" - auch manchmal der Fall zu sein scheint: Ukraine wäre ein Beispiel, Wulff

ein anderes). Und wenn dann harsche Kritik aufkommt oder gepöbelt wird, "mündet dann alles in einer Abwärtsspirale negativer Rückmeldungen". Verwiesen wird auf die Trolle, die nur provozieren wollen. In der Realität muss man aber auch sagen, dass meist wirklich Diskussionen stattfinden, dass in der Regel extreme Positionen ihren Widerpart finden, dass oft - man könnte fast von dialektisch sprechen - ein Gleichgewicht hergestellt wird, ohne dass sich die Redaktion oder der Forumsverantwortliche einmischen muss.

Redaktionsleiterin Christiane Krogmann wird zitiert: "Wir wollen die Kommentarfunktion natürlich nicht abschaffen. Aber auch wir denken über neue Konzepte nach, wollen etwas genauer schauen: Was sind für uns die Themen, die am Tag eine Diskussion wert sind? Und wir denken durchaus auch darüber nach, Themen einzuschränken." Die Oberhoheit soll also die Redaktion haben, die Leser sollen die Schäfchen sein, die nur zu Themen etwas sagen dürfen, die ihnen vorgesetzt werden. Und wenn es nicht gefällig ist, werden sie gleich mal zensiert. Da geht es in der gelenkten Demokratie Russlands noch liberaler zu, das Modell gleich eher Diktaturen wie der von Nordkorea.

Schön, dass die ARD da auch eine Kommunikationswissenschaftlerin, Wiebke Loosen vom Hans-Bredow-Institut, gefunden hat, die in der Regulierung der Debattenkultur einen Trend sieht: "Sowohl auf Publikumsseite als auch auf Journalistenseite sind wir gerade erst dabei, die Regeln, die dafür gelten sollten, auszuhandeln." Offenbar scheint man nicht gewillt zu sein, die Publikumsseite auch einzubeziehen. Bei der Süddeutschen muss das ja auch nicht sein. Es braucht sie niemand zu kaufen, wobei auch der, der sie finanziert, vielleicht einen gewissen Anspruch im Internetzeitalter erwerben will, sich äußern zu dürfen und nicht wie einst nur anonymer, passiver Empfänger der

Botschaften von Massenmedien zu sein. Irren sich Medien wie Süddeutsche oder die ARD, wenn sie die "Publikumsseite" einschränken wollen, anstatt ein Medium als eine Öffentlichkeit zwischen Redaktion und Publikum zu sehen, die eine eigene, sicherlich neue Dynamik entwickelt?

Bei der ARD sollten die Verantwortlichen noch einmal in sich gehen, bevor sie das "Publikum" selbstherrlich weitgehend ausschließen. Das Publikum ist hier kein freiwilliges, sondern zwangsverpflichtet, die öffentlich-rechtlichen Medien zu finanzieren. Dafür könnten die Bürger nicht nur das Recht auf informationelle Grundversorgung durch Nachrichten, aber auch manchen teuren Unsinn erwerben, sondern auch den, ernst genommen zu werden und sich äußern zu dürfen - im Rahmen des Artikels 5 Grundgesetz, der nicht nur die Pressefreiheit, sondern auch die Meinungsfreiheit garantiert. Eine Möglichkeit wäre neben der Beibehaltung der Foren und damit der nicht präventiv regulierten Meinungsfreiheit auch, den Programmbeirat zu stärken. Bislang werden "Vertreter gesellschaftlich relevanter Gruppen (z. B. Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Parteien, Frauen- oder Jugendverbände)" zu Mitgliedern. Man könnte sich auch eine demokratische Legitimierung durch eine Wahl vorstellen.

Erschienen am 21.11.2014

Fußnoten

[1] Den Artikel habe ich ausführlicher hier kommentiert.

< zurück

[2] Pierre Bourdieu (1997). Fernsehen, Journlismus, Politik. In ders.: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998. S. 77-85. Hier S. 80.

< zurück

[3] Tom Schimmek. Am besten nichts Neues. Medien, Macht und Meinungsmache. Frankfurt/M. 2010. S. 197.

< zurück

[4] Wilhelm Heitmeyer. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand? In: ders.: (Hrsg.) Deutsche Zustände. Folge 5. S. 16

< zurück

[5] zitiert nach: Moses I. Finley, "Das politische Leben in der antiken Welt", München 1991, S. 11

< zurück

[6] zitiert nach: Moses I. Finley, "Das politische Leben in der antiken Welt", München 1991, S. 11

< zurück

[7] Nicht vergessen werden darf, dass sich die progressiven Kräfte, die den Maidan ins Leben riefen, letztlich nicht durchsetzen konnten. Die neuen Herren Kiews sind mit Arsenij Jazenjuk, Alexander Turtschinow oder Petro Poroschenko Angehörige der traditionellen Polit-Elite des Landes. Jazenjuk war zuvor bereits

Parlamentspräsident und Außenminister, Turtschinow war Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU. Beide gelten als Zuarbeiter Julia Timoschenkos. Oligarch Poroschenko war Direktor der Nationalbank sowie Außen- und Wirtschaftsminister - letzteres unter Janukowitsch und Asarow. Diese Männer stehen eher für einen Elitentausch als für eine Revolution. Das wissen auch viel Maidan-Anhänger und stehen der Übergangsregierung skeptisch gegenüber.

< zurück

[8] Genau wie Asarow und Janukowitsch zuvor bezeichnen auch Jazenjuk und Turtschinow die Aufständischen der Gegenseite als "Terroristen" und werfen ihnen vor, vom Ausland bezahlt und gelenkt zu werden. Beide Staatsführungen starteten "Anti-Terror-Operationen" und beriefen sich dabei auf dieselben Strafrechts-Paragraphen.

< zurück

[9] Ausgenommen davon ist die Krim. Hier hieß es tatsächlich Ukraine gegen Russland, welches aber auch Unterstützung durch viele Krimbewohner hatte. Die Halbinsel war jedoch in vielerlei Hinsicht (ethnisch, historisch und geopolitisch) ein Sonderfall. Deswegen ist die Krimkrise als Folie für die restliche Ukraine eher ungeeignet.

< zurück

[10] Presseclub vom 4. Mai (ab 10:07). Hoffmann spricht später von einem "Bürgerkrieg ohne Bürger".

< zurück

[11] Kommentar bei Welt.de (18. April)

< zurück

[12] Phoenix "Vor Ort" vom 28. April (ab 0:47)

< zurück

[13] Dass auch in der Ostukraine eine große Mehrheit der Menschen (70 Prozent) für die Einheit des Landes ist, zeigt eine Umfrage des US-amerikanischen Pew-Instituts in der Ukraine. Für regionale Sezessionen sind im Osten nur 18 Prozent.

< zurück

[14] So schreibt etwa Dana Schülbe auf rp-online (8. Mai): "So richtig traut die internationale Gemeinschaft den Worten Putins nicht". Auch in vielen anderen Berichten ist die Rede davon, dass die internationale Gemeinschaft über Putin "entsetzt" sei oder dass er international isoliert sei. Viele lateinamerikanische, afrikanische und asiatische Staaten werden hier aber in eine Art ideologische Geiselhaft des Westens genommen.

< zurück

[15] Konsequenterweise lassen sie einige Autoren deshalb auch gleich weg: So etwa bei Spiegel-Online oder direkt als Überschrift einer Bilderserie der Braunschweiger Zeitung. In einem Bericht bei Spiegel-TV (11. Mai, ab 21:12) fragt der Reporter einen Donezker Polizisten (auf Englisch), was er davon hält, dass "Russen" im Gebäude sind.

< zurück

[16] Hierbei geht es vor allem um die Ausrüstung einiger Kämpfer mit teuren Gewehren, die es ausschließlich in der russischen Armee geben soll. Dazu gibt es aber nur inhaltlich dünne Artikel wie diesen bei Zeit-Online (15. April) oder diesen bei taz.de (14. April).

< zurück

[17] Spiegel-Online zu den US-Fotos vom bärtigen Mann.

< zurück

[18] Ein Hochstapler hatte sich in einer ostukrainischen Stadt als Offizier der russischen Armee ausgegeben. Viele deutsche Medien haben die Geschichte gern geglaubt. So etwa Ulrich Krökel von Zeit-Online (15. April) oder Armin Körper vom ZDF (Heute-Journal, 14. April), der sagte: "Wenn es noch Zweifel gab, ob russische Militärs hier aktiv sind, dann sind die jetzt wohl ausgeräumt." Claus Kleber entschuldigte sich ehrlicherweise dafür. Die Zeit-Autoren Kai Biermann und Meike Dülffer haben sich journalistisch-vorbildlich um eine Klärung bemüht.

< zurück

[19] Klaus-Dieter Frankenberger: "Reaktion unterschätzt, Interessen gewahrt" (faz.net, 8. Mai): "Die Bilder von Leuten, die plötzlich das Kommando haben, Gerüchte, russische Spezialkräfte operierten in diesem Gebiet, und Vermutungen, der Kreml ziehe die Fäden, sind schon jetzt kein PR-Brüller [für Putin]."

< zurück

[20] Stabilität und staatliches Gewaltmonopol in der Ukraine stellen erst seit dem Sieg der Maidan-Bewegung wieder wichtige Werte für deutsche Journalisten dar. So spricht etwa ein Text auf Tagesschau.de (5.Mai) davon, dass die ukrainische Armee lediglich versuche, "die staatliche Ordnung in Slawjansk wieder herzustellen". Was das konkret bedeutet, zeigt dieses Video aus Krasnoarmeijsk. Sogenannte Nationalgardisten erschießen dabei mindestens einen unbewaffneten, friedlich dastehenden Mann (bei 0:17 zu sehen).

< zurück

[21] Einige von zahlreichen Beispielen: "Solange der Westen nicht das Heft des Handelns in die Hand nimmt - nicht mit Waffen, sondern mit echten, spürbaren Sanktionen -, so lange macht Wladimir Putin, was er will." (Cathrin Kahlweit, süddeutsche.de, 11. Mai), auch Majid Sattar (faz.net, 4. Mai), Carsten Luther (Zeit-Online, 12. Mai) oder

Michal Kokot (Zeit-Online, 13. Mai) kommentieren so.

< zurück

[22] Bilder von Kämpfern in Berkut-Uniformen gibt es etwa in einem Artikel auf fr-online (27. April) oder in der Printausgabe der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (8. Mai, S. 3).

< zurück

[23] Reporter der New York Times sind da weiter. In einem Artikel vom 3. Mai erfahren sie, dass es Ukrainer sind, die im Osten der Ukraine gegen ukrainisches Militär kämpfen. Dass sich unter den Bewaffneten in der Region auch russische Freischärler und Privatsöldner befinden könnten, ist durchaus plausibel. Die Beschäftigung ausländischer Söldner aufseiten der neuen Kiewer Regierung ist jedoch genauso gut annehmbar.

< zurück

[24] Auch dies ist eine beachtliche Parallele zu den Vorkommnissen in der Westukraine von Dezember bis Februar. Damals kamen die Medien ebenfalls trotz der beachtlichen Organisation und Kampfkraft der Maidan-Bewegung nicht auf die Idee, dass es sich dabei um vormals offizielle Sicherheitskräfte handeln könnte.

< zurück

[25] Rund 3000 Berkut-Angehörige sollten zu ihrem Verhalten bei den Protesten befragt werden. (NZZ, 27. Februar)

< zurück

[26] Beispiele: russischsprachiges BBC-Video bei YouTube, YouTube-Video aus Mariupol vom 9. Mai.

< zurück

[27] Spiegel-Online, 16. April schreibt bspw. über zwei Frauen, die Panzer stoppen wollen: "Sie glauben, was die Kreml-treuen Kanäle

ihnen ständig predigen."

< zurück

[28] Siehe etwa Berlinertageszeitung.de, 22. Januar oder taz.de, 2. Februar.

< zurück

[29] Ein Beispiel hierfür sind die Berichte über Geschehnisse in der südukrainischen Stadt Mariupol am 9. Mai. So gut wie alle deutschen Medien, wie hier exemplarisch angeführt das Handelsblatt, übernahmen unkritisch die Sprachregelung der Übergangsregierung: "20 Separatisten wurden getötet." Videos wie dieses und dieses bei YouTube zeigen hingegen, dass Regierungssoldaten unbewaffnete Zivilisten erschossen haben. Die Zusammenarbeit etwa des ZDF mit dem Ukraine Crisis Media Center, einer PR-Agentur der Kiewer Interims-Regierung, ist ein weiterer Beleg für gerngläubige Zusammenarbeit (Der Freitag, vom 7. April).

< zurück

[30] Wenn aber mal kritisiert wird, dann wird auch gleichzeitig konsequent verharmlost. So etwa von Welt-Korrespondentin Julia Smirnova: Die ukrainische Armee gehe "ungeschickt" vor (Welt.de, 11.Mai) oder von SPON-Reporterin Raniah Salloum, die von einem "heiklen Feldzug" spricht (Spiegel-Online, 16. April).

< zurück

[31] Golineh Atai in einer Live-Schalte im ARD-Presseclub am 4.Mai (die entsprechende Stelle findet sich ab 5:00). Ein anderes Beispiel ist Stefan Kornelius von der Süddeutschen Zeitung. Er bezeichnet die derzeitige Kiewer Regierung trotz Militäreinsatz in einem Kommentar (8. Mai) als "durchaus respektabel".

< zurück

[32] Im Presseclub wurde Atais Aussage von keinem der fünf anwesenden Journalisten kritisiert.
< zurück

[33] Beispiele: Welt.de, 11. Mai; Zeit-Online, 5. Mai, Deutsche Welle, 6. Mai (man beachte die rechtsradikalen Symbole an der Mauer vor dem Gewerkschaftshaus auf dem Foto zum Artikel)
< zurück

[34] Zu den Vorkommnissen in Odessa siehe etwa dieses Video bei YouTube.
< zurück

[35] Verurteilt werden hingegen die Trauernden: Korrespondentin Katrin Eigendorf bezeichnet am 3. Mai in einem Bericht für das Heute-Journal (ab 9:00) aus Odessa eine alte Frau, die "Faschisten" für den Tod von mehr als 40 Menschen verantwortlich macht und ihnen den Tod wünscht, als "hasserfüllt und verblendet". Würde die Korrespondentin sich bei solch einem Fall in Deutschland ähnlich äußern? Eine Ausnahme ist Golineh Atai, die im Presseclub vom 4. Mai von "roher Gewalt pro-ukrainischer Demonstranten" spricht; dann jedoch wieder die haltlose Bemerkung macht, dass es solche Gewalt von Maidan-Anhängern bisher noch nicht gegeben habe.
< zurück

[36] Es geht hierbei um den grundsätzlichen Widerspruch zwischen territorialer Integrität und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Eine löbliche Ausnahme gibt es: Reinhard Merkel (faz.net, 7. April).
< zurück

[37] US-amerikanische Rating-Agenturen stufen Russland trotz geringer Schulden in seiner Kreditwürdigkeit auf Ramsch-Niveau herab, US-amerikanische Kreditkartenfirmen stellen ihre

Zusammenarbeit mit russischen Banken ein, westliche Investoren ziehen ihr Kapital in Milliardenhöhe aus Russland ab, vertraglich geregelte Geschäfte werden gestoppt. Diese Sanktionen stehen auf keiner offiziellen Liste. Die russische Wirtschaft soll auf eine Rezession zusteuern. Darunter werden in erster Linie die einfachen Menschen leiden und eben nicht die russischen Eliten.

< zurück

[38] Aus dem YouTube-Video der Sendung vom 6. März. Die zitierte Aussage tätigt sie ab Minute 18:18. Ab 53:30 sagt Weisband, dass Janukowitsch fast 100 Leute erschießen ließ. Mal davon abgesehen, dass die Zahl erschossener Regierungsgegner deutlich niedriger liegt, ist bis heute nicht geklärt, wer die Maidan-Kämpfer und Polizisten auf der Institutska-Straße erschossen hat bzw. den Befehl dazu gab

< zurück

[39] Die Szene findet sich in einem Film der Deutschen Welle in der Serie "Expedition Heimat". Er heißt "Stadt in Aufruhr - mit Marina Weisband in Kiew" Die entsprechende Stelle ist ab 9:20 zu sehen

< zurück

[40] YouTube-Video der Regierungserklärung - zehn Tage vor Vilnius sagt Merkel hier im Bundestag (ab 11:00): "Wir erwarten von der Ukraine glaubhafte Schritte zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Wir erwarten, dass dieser Prozess nachhaltig und unumkehrbar umgesetzt wird." Kurz darauf (ab 12:45) wird sie deutlicher: "Heute muss ich Ihnen hier sagen, es ist noch nicht abzusehen, ob die Ukraine willens ist, die Voraussetzungen für eine mögliche Unterzeichnung zu schaffen." Das Kiewer Parlament sollte also noch bestimmte Gesetze erlassen, u.a. damit Julia Timoschenko aus dem Gefängnis freikommt. Nur dann könne es eine Unterschrift geben.

Besonders wichtig für die Ukrainer ist in der heutigen Situation aber ein Satz Merkels ab 4:30: "Die östliche Partnerschaft ist kein Instrument der EU-Erweiterungspolitik. Es geht nicht um EU-Beitrittsperspektiven." Genau diese Hoffnungen machten den Ukrainern jedoch pro-westliche Politiker in ihrem Land. Und viele glauben daran bis heute.

< zurück

[41] Ukrainska Prawda, 19. November (ukrainisch)

< zurück

[42] Siehe die Chronologie bei EuromaidanPR

< zurück

[43] YouTube-Video: "Price of Democracy" - von 0:40 bis 4:02 gibt es hier Aufnahmen vom 21. November, dem ersten Protesttag. Bei 0:54 grinst Andrij Parubij (damals noch einfacher Abgeordneter der Vaterland-Partei) als einer der ersten Anwesenden auf dem Platz in die Kamera. Neben ihm steht Lesja Orobets ebenfalls Parlamentsabgeordnete der Vaterland-Partei (heute parteilos).

Parubij ist Mitbegründer des Swoboda-Vorläufers "Sozial-Nationale Partei der Ukraine". Während des Maidan kommandierte er die "Selbstverteidigungskräfte" auf dem Platz und arbeitete dabei eng mit einem anderen mittlerweile prominenten Rechtsradikalen - Dmitro Jarosch - zusammen. Dass Parubij Abgeordneter der hierzulande eigentlich als "gemäßigt" geltenden Vaterland-Partei ist, sagt eigentlich schon alles über die politischen Teilnehmer des Maidan. Bei 4:00 ist die Demo des ersten Abends übrigens für wenige Sekunden auch aus einer etwas weiter entfernten Einstellung zu sehen. Diese zeigt, dass die Angabe "mehrere tausend Menschen" wie etwa bei SpiegelOnline hemmungslos übertrieben ist - wenige

hundert trifft es besser.

< zurück

[44] Najem kritisierte Viktor Janukowitsch schon früher deutlich - etwa in der TV-Sendung "Schuster Live" zu Janukowitschs Prachtanwesen Meschigirje. Zu Beginn der Maidan-Proteste trat Najem noch als zivilgesellschaftlicher Wortführer auf ("Ich bin kein Politiker. Ich bin Journalist."). Siehe hierzu sein Interview vom 3. Dezember mit dem US-amerikanischen Sender CNN (englisch). Schon bei der Gründung des Maidan-Rates am 22. Dezember aber spielte Najem keine Rolle mehr. Die Machtübernahme der Oppositionsparteien war spätestens zu diesem Zeitpunkt vollständig.

< zurück

[45] Eine Kiyv-Post-Meldung vom 26. November spricht von 1.500 Demonstranten, die aus Lwiw unterwegs zu den Protesten sind. Laut einer kleinen Umfrage des Gorschenin-Instituts in Kiew am 2. Dezember kam nur die Hälfte der Maidan-Teilnehmer aus Kiew. Allein aus der westukrainischen Region Lwiw kamen an diesem Tag rund 12 Prozent der Anwesenden. Eine Umfrage vom 7./8. Dezember (Grafik 7, Seite 20) kommt ebenfalls auf 50 Prozent zugereiste Teilnehmer. Im Verlauf der Proteste steigt der Anteil gezielt zum Maidan angereister Auswärtiger immer weiter. Anfang Februar liegt er schon bei mehr als 87 Prozent - Seite 20, Grafik 1. Mit einiger Berechtigung darf angenommen werden, dass diese Leute gezielt für gewalttätige Auseinandersetzungen nach Kiew gefahren sind.

< zurück

[46] Die Ukraine-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa (Uni Bremen) und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) herausgegeben. Präsident der DGO ist der langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete Ruprecht Polenz, der sich von seiner Qualifikation her durch nichts für diesen

Posten empfiehlt. Der Steuerrechtler und frühere IHK-Pressesprecher war jedoch zehn Jahre lang Präsident der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft" und sitzt bis heute im Beirat der "Atlantischen Initiative". Die Mitgliedschaft in Nato-Think-Tanks scheint auszureichen, um Osteuropaexperte zu sein. Da verwundert dann auch die "Münsteraner Erklärung" der DGO nicht mehr: Diese sieht etwa die Sicherheitskräfte des "Regimes" von Janukowitsch als Verantwortliche für die "gewaltsame Eskalation" des Konfliktes.

< zurück

[47] Die Angaben schwanken je nach Quelle zwischen 20.000 und 100.000 Teilnehmenden. In Lwiw demonstrierten bis zu 20.000 Menschen. Auch eine Gegendemonstration mit rund 10.000 Teilnehmenden gab es an diesem Tag in Kiew. Übrigens gab es auch bereits am 21. November eine offensichtlich vorbereitete Demonstration gegen eine EU-Annäherung mit mehr als tausend ultrareligiös-konservativen Teilnehmern am Kiewer Höhlenkloster. Hier zu sehen.

< zurück

[48] Dieses Video sollte einen ausreichenden Eindruck vermitteln.

< zurück

[49] So gab es einen Uni-Streik, einen Protestmarsch und eine 500 Meter lange Petition an Janukowitsch. Meist gingen die Aktionen von Studierenden der elitären pro-westlichen Mohyla-Akademie (rund 3.000 Studierende) aus. Sie war auch schon bei der Orangen Revolution die erste Uni, die Juschtschenko unterstützte. Ihr Präsident ist Sergej Kwit. Dass er der ukrainischen Rechten nahesteht ist bekannt: Bei der "Aktion Sühnezeichen" heißt es über ihn, Kwit vertrete offen rechtsnationale Ansinnen (Zeitschrift "Zeichen" 2/2012, "Schlacht der Patrioten", Seiten 14/15), die FAZ schreibt, er soll der rechtsradikalen "Trisub" (Dreizack) von Dmitro

Jarosch nahestehen. Der österreichische Standard berichtet, dass Kwit 2012 eine Kulturausstellung an seiner Uni wegen "Entartung" schließen ließ, Rechtsradikale jubelten darüber. Er ist zudem der einzige Nicht-Politiker im Vorstand des sogenannten "Maidan-Rates" (restliche Mitglieder: Jazenjuk, Klitschko, Tjagnibok, Timoschenko und Luzenko, siehe hier und war zeitweise als neuer Bildungsminister im Gespräch. Von diesem Uni-Leiter gab es wohl kaum Druck auf Studierende, dem Maidan fernzubleiben.

< zurück

[50] Das Kiewer Polytechnische Institut (KPI) hat rund 40.000 Studierende, die Nationale Landwirtschaftliche Universität (NUBIP) besuchen 37.000 Hochschüler, die Kiewer Nationale Universität für Handel und Wirtschaft (KNTEU) 23.000 und die Taras-Schewtschenko-Universität hat rund 20.000 Studierende.

< zurück

[51] Einzig in Lwiw kam es zu größeren Studentendemonstrationen. Es ist durchaus annehmbar, dass eine große Zahl Studierender in Kiew trotz Fernbleibens dem Maidan positiv gegenüberstand. Womöglich wirkte auf sie etwa der Druck durch Uni-Leitungen oder Exmatrikulationsdrohungen der Regierung. Dies ist jedoch keine Rechtfertigung für Medien, Demonstrationen mit relativ geringer Studentenbeteiligung als "Studentenproteste" zu beschreiben.

< zurück

[52] Auf diesen stand etwa "Ehre der Vernunft", "Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit" oder "Organisiert Gewerkschaften und betet nicht für Europa". Siehe diesen Text, nur auf russisch, aber mit Fotos. Zu Vertreibungen linker Gruppen vom Maidan ist auch dieses Interview mit dem ukrainischen Gewerkschafter Denis Lewin lesenswert.

< zurück

[53] Siehe Grafik 4/12

< zurück

[54] Michailo Banakh ist russischer Propaganda unverdächtig: Der Deutschlehrer und promovierte Soziologe (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) war Stipendiat der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ist seit September 2012 für die "Europäische Austausch Gmbh" Projektmanager der deutsch-ukrainischen "Kiewer Gespräche" mit Sitz an der International Renaissance Foundation in Kiew. Diese Stiftung wird von US-Milliardär George Soros finanziert.

< zurück

[55] So steht es in einem Rückblick etwa bei EuromaidanPR

< zurück

[56] Auf den ersten Bildern marschiert Berkut auf. Die Fotos 8 bis 11 belegen, dass auch die Rechten schon vor Ort waren

< zurück

[57] So berichtet etwa Spiegel-Online über die Proteste des ersten Abends, dass Vitali Klitschko rief: "Zusammen können wir diese Regierung austauschen." Und weiter heißt es im Text: "Auch in den westukrainischen Städten Lemberg (Lviv) und Iwano-Frankiwsk gab es Proteste, auf denen ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Wiktor Janukowitsch gefordert wurde." Auch weitere Medienartikel geben die Rücktrittsforderungen der ersten Tage wieder, etwa: Spiegel-Online (24. November) oder der Tagesspiegel (25. November). Bereits am 30. November riefen Oppositionspolitiker zum Generalstreik auf, siehe The Ukrainian Week. Der deutsche evangelische Pastor in Kiew, Ralf Haska, sagte: "Spätestens seit dem 30. November ging es nicht mehr um die EU. Da habe ich das

Wort Revolution hier zum ersten Mal gehört."

< zurück

[58] Das Eurasische Magazin, das mit der pro-westlichen Internetzeitung Ljewi Bereg zusammenarbeitet, berichtet Folgendes vom 24. November: "In Kiew verabschiedeten Politiker, Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft eine Resolution, die den Rücktritt des Ministerpräsidenten Mykola Asarow fordert. Die Resolution sagt auch, dass im Falle der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens auf dem bevorstehenden Gipfel in Vilnius ein Amtsenthebungsverfahren gegen den ukrainischen Präsidenten Janukowitsch wegen Hochverrats angestrebt werden müsse." Am 28. November hat es eine weitere solche Resolution von "Studenten und Zivilgesellschaft" gegeben. Auch Zeit.de berichtet davon, dass die frühere Eurovision-Siegerin Ruslana eine Resolution auf der Bühne vorlas.

< zurück

[59] Hier die kleine Umfrage vom 2. Dezember

< zurück

[60] Konrad-Adenauer-Stiftung: Analysen und Argumente (Ausgabe 149, Mai 2014). "Zehn Mythen der Rechtfertigung russischer Politik in der Ukraine-Krise"

< zurück

[61] Der Text findet sich in den Ukraine-Analysen Nr. 127 (Zitat von Seite 18). Weiter schreibt der Forscher: "Zum Amtsantritt von Janukowytsch im Jahre 2010 lag die Zustimmung zur Integration mit Russland kurzfristig sogar bei über 50%. Weder die Position von Janukowytsch noch die der Opposition ist also diesbezüglich wirklich mehrheitsfähig. Dementsprechend wurden auch die Proteste des Euromaidan im letzten Dezember, also vor der gewalttätigen

Eskalation, nur von ziemlich genau der Hälfte der ukrainischen Bevölkerung unterstützt." Eine Meldung der Kiyv Post bestätigt, dass 50 Prozent der Ukrainer Ende Dezember gegen den Euromaidan sind.

< zurück

[62] Siehe Seite 14 der Ukraine-Analysen Nr. 131, Grafik 3; interessanterweise lag die Unterstützung im April 2014 nur noch bei 42 Prozent. In Grafik 1 ist zwar eine knappe Mehrheit für einen Beitritt zur EU, hier fehlen aber schon die Stimmen der zwei Millionen Krimbewohner.

< zurück

[63] Siehe die repräsentative Umfrage vom 24./25. November (Grafik Nr. 2) in den Ukraine-Analysen 125(Seite 15)

< zurück

[64] Siehe etwa dieses YouTube-Video.

< zurück

[65] Die Studie hat vom 21. November bis 23. Februar knapp 4.000 Protestaktionen in der gesamten Ukraine gezählt. Über 3.200 davon unterstützten den Euromaidan. Dabei zählten die Forscher, welche Parteien, Gruppen, Organisationen, Initiativen etc. von den Medien als Teilnehmer des jeweiligen Protests genannt wurden. Da die Zugehörigkeit von Demonstranten bei vielen Veranstaltungen nicht explizit aufgezählt wurde, sind die festgestellten Ergebnisse als absolutes Minimum anzusehen, schreiben die Forscher. Den Webauftritt des Instituts gibt es in Ukrainisch und Englisch.

< zurück

[66] Simons gesamter Text in den Ukraine-Analysen Nr. 127, S. 19/20 strotzt nur so vor Falschaussagen - übrigens ausschließlich

zugunsten der damaligen Regierungsgegner. Legendenbildend schreibt er etwa: "Um die Proteste zu beenden, räumte die Sonderpolizei-Einheit Berkut in der Nacht vom 29. auf den 30. November brutal und blutig den Maidan Nesaleshnosti in Kiew. Erst diese Gewaltanwendung löste die Massenproteste aus, und am Sonntag, den 1. Dezember standen 100 000 Menschen auf dem Maidan." Dass es bereits am Sonntag zuvor (24. November) eine Massendemo in dieser Größenordnung gab, scheint Simon nicht zu wissen. Und dass die Protestler bereits vor der gewaltsamen Räumung neue Massenproteste für den 1. Dezember angekündigt hatten, ebenfalls nicht (siehe Spiegel-Online). Dass der pensionierte Historiker bei Phoenix permanent als Experte für politikwissenschaftlich-soziologische Fragestellungen herhalten muss, sagt allerdings mehr über die redaktionellen Qualitäten des selbsternannten Dokumentationskanals als über Simons analytische Kompetenzen. Interessant auch, dass Simon laut Wikipedia Fellow des Russian Research Center an der Harvard University ist und zudem ein Fellowship am Kennan Institute in Washington D.C. absolvierte. Immer wieder auffällig, wie viele (west-)deutsche Russlandexperten den ideologiefestigenden Umweg über die USA gehen.

< zurück

[67] So etwa auch die Konrad-Adenauer-Stiftung in ihrem bereits erwähnten, mit Falschinformationen gespickten Pamphlet zur Widerlegung russischer "Mythen": "Die friedlichen Proteste entwickelten sich erst durch wiederholte brutale Übergriffe der Sicherheitskräfte in Massenproteste, die sich zunehmend gegen die Regierung Janukowitsch [Anmerkung: Mehrfach fällt auf, dass die Autoren nicht einmal formell einen Unterschied zwischen Regierung und Präsidenten machen. Dies spricht sowohl gegen ihre Kompetenz als auch gegen ihre Objektivität.] selbst richteten und knapp drei Monate später zum Sturz des Regimes führten. Mit dem Andauern

der Proteste und angesichts des gewaltsamen Vorgehen von Sicherheitskräften und bezahlten Schlägertrupps gegen die Demonstranten mischten sich zunehmend auch radikale Gruppen unterschiedlicher Prägung (Rechte, Linke, Kriegsveteranen, Hooligans etc.) unter die friedlichen Massen. Von ihnen erlangte der sogenannte "Rechte Sektor" schnell Bekanntheit. Verlässliche Quellen vor Ort wiesen jedoch immer wieder daraufhin, dass die radikalen Gruppen insgesamt nie mehr als einige hundert bis maximal tausend Personen umfassten. Der Großteil der Protestierenden (bis zu zwei Mio. gleichzeitig landesweit) bestand hingegen aus friedlichen ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern." Nicht fehlen darf hier natürlich das Gerede von Linken bzw. Linksradikalen auf dem Maidan. Dass solchen Aussagen jeglicher verifizierbarer Grundlage entbehren, sollte im Text schon klar geworden sein. Falls nicht, trägt dieses Interview in der taz ("Linke sind eine Minderheit") zur Aufklärung bei.

< zurück

[68] Bundeszentrale für politische Bildung "gewaltloser Widerstand in gewaltgeladener Situation - Bartkowski, der auf seiner Website seine starken Affinität zur Ukraine wegen familiärer Bindungen hervorhebt, verschweigt in seinem Text ebenfalls die frühen Gewaltaktionen der Radikalen. Erst im Januar sei es zu Gewalt gekommen: "Als klar wurde, dass sich Janukowytsch nicht ergeben wollte und im Gegenteil sehr gewillt war, Gewalt anzuwenden, begannen einige Protestierende die Effektivität der Disziplin zur Gewaltfreiheit und des friedlichen Protests in Frage zu stellen. Damit begann die Formierung eines radikalen Flügels bzw. einer gewalttätigen Minderheit in einer größtenteils friedlichen Bewegung, repräsentiert durch den rechten Sektor und einige Selbstverteidigungseinheiten auf dem Maidan. Ihre Aktionen wurden während der Scharmützel mit der Polizei in der Hauptstadt in der zweiten Januarhälfte sichtbar."

< zurück

[69] Einen Eindruck davon vermittelt dieses kurze Video von einem anrollenden Räumpanzer, der mit vielen Molotow-Cocktails gleichzeitig beworfen wird.

< zurück

[70] Viele Bilder belegen diesen Befund: Diese Fotoserie bei der Frankfurter Rundschau etwa zeigt nicht nur die Gewalttätigkeit der Maidan-Kämpfer, sondern auch die Unterstützung durch selbst nicht Gewalttätige (auf Bild 23 etwa schleppen ältere Männer Säcke für Barrikaden, auf den Bildern 42 und 55 tragen junge Frauen Pflastersteine in Körben heran). Ähnliche Bilder gibt es übrigens auch aus Odessa, bevor Rechtsradikale und Hooligans das dortige Gewerkschaftshaus mit Molotow-Cocktails bewarfen, bauten junge Mädchen diese: siehe hier oder hier. Diese Fotoserie aus der Kiyv Post (8. Februar) zeigt zudem beispielhaft, wie bedenkenlos ältere Protestlerinnen mit vermummten Maidan-Kampftruppen durch die Straßen ziehen.

< zurück

[71] Ukraine-Analysen Nr. 127, S. 11/12

< zurück

[72] Dass bewaffnete Regierungsgegner in der Ostukraine aus Russland unterstützt werden, etwa mit Spenden oder freiwilligen Kämpfern, soll hier nicht abgestritten werden. Ob Kämpfer aus Russland die Mehrheit der Separatisten bilden, ist damit jedoch nicht gesagt. Genauso wird aber auch die Kiewer Regierung aus Ländern des "Westens" finanziell, logistisch und personell unterstützt. Belegt ist dies etwa bei militärischer Ausstattung ganz gut: Splitterschutzwesten, Uniformen oder Kevlar-Gefechtshelme der erst in diesem Jahr gegründeten rechten ukrainischen Freiwilligenbataillone kommen bspw. aus Bundeswehrbeständen. Zu sehen ist dies etwa in den folgenden Videos: hier ab 0:24, hier ab 3:07

oder hier bei 1:09.

< zurück

[73] Rasmussen "bestätigte" den Vorfall zwar, schrieben fast alle Medien wortgleich. Doch Rasmussen war weder selbst in der Ostukraine dabei, noch legte er irgendwas Handfestes an Belegen vor. Wie Redakteure dafür das Verb "bestätigen" wählen können, bleibt ihr Geheimnis.

< zurück

[74] In seinem Buch "Einführung in den praktischen Journalismus" schreibt der frühere Hörfunk-Nachrichtenchef des bayrischen Rundfunks Walther von La Roche zum Punkt Recherche: "Erste Frage: Ist überhaupt etwas dran? (…) Es gilt der Grundsatz: Bestätigung durch mindestens eine zweite Quelle." (19. Auflage, Seite 56/57). Unmittelbar danach schreibt La Roche übrigens auch, dass Journalisten zu jedem Problem auch die andere Seite hören und zu Wort kommen lassen müssen. Dies ist im Ukraine-Konflikt jedoch nochmal eine Sache für sich.

< zurück

[75] Das Schmoren im eigenen permanenten Propagandasaft begünstigt solche redaktionellen Entscheidungen sicherlich ebenfalls. Spiegel-Korrespondent Christian Neef nennt als Grund "Hysterie". Auch bei Welt.de gibt es einen halbherzigen Aufklärungsartikel. Mehr als solche minimal selbstkritischen Texte sollte aber niemand von deutschen Leitmedien erwarten. Einen "Faktencheck" auf Englisch gibt es etwa bei vox.com.

< zurück

[76] Der zuständige Redakteur bei der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) führt dies sogar besonders dreist aus: Auf der HAZ-Titelseite vom 16. August steht natürlich die Kiewer Falschmeldung

ebenfalls im Zentrum. Als Autorin wird die Kiewer Reuters-Journalistin Natalia Zinets angegeben. In ihrem Original-Agenturtext, auf den sich die HAZ bezieht, bildet das russische Dementi noch den zweiten Satz. In der HAZ-Variante verschiebt der bearbeitende Redakteur dies aber sage und schreibe bis in den vierten und damit letzten Absatz. Journalistisch-handwerklich ist dies eine völlig unzulässige Prioritätensetzung des Redakteurs, denn es handelt sich um eine wichtige Information. Und die ukrainische Behauptung, dass es so war, ist genauso viel wert wie die russische Behauptung, dass es nicht so war. Das Ganze hat aber natürlich einen psychologischen Effekt: Der unbedarfte Leser glaubt Russlands Dementi im vierten Absatz nach den ganzen gegenläufigen Vorinformationen nicht mehr ohne weiteres.

< zurück

[77] Das schreiben bspw. die Journalisten Mathias Bröckers und Christian C. Walther in ihrem Buch "11.9. - Zehn Jahre danach. Der Einsturz eines Lügengebäudes" (Kapitel 4, Der Kopf: Osama Bin Laden, Seiten 41 bis 45). Einzig ein vom US-Verteidigungsministerium im Dezember 2001 herausgegebenes Video, das zahlreiche Ungereimtheiten enthielt, sollte seine Täterschaft belegen. In eine andere Richtung als Bin Laden sei im Fall 9/11 nie ernsthaft ermittelt worden. Formell angeklagt wurde Bin Laden vom US-amerikanischen Justizministerium für 9/11 - anders als für die Anschläge auf zwei US-Botschaften in Afrika 1998 - jedenfalls nicht.

< zurück

[78] Die beiden völkerrechtlichen Kernprinzipien territoriale Integrität und Selbstbestimmungsrecht der Völker müssten zuerst gerichtlich gegeneinander abgewogen werden. Welche Institution dies verhandeln sollte, ist aufgrund der von den Vetomächten im Weltsicherheitsrat permanent betriebenen Schwächung von UN-

Einrichtungen völlig unklar. Wo kein Richter, da keine Anklage, könnte man formulieren. Erst bei einem entsprechenden Urteil wäre aber der Vorwurf "völkerrechtswidrige Annexion" substanziell unterlegt. Doch selbst wenn ein unabhängiges internationales Gericht das (Vor-)Urteil deutscher Medien bestätigen würde, könnte dies nicht die vergleichsweise wohlwollenden und rechtfertigenden Medien-Reaktionen hierzulande gegenüber den Völkerrechtsbrüchen der USA erklären.

< zurück

[79] Neben eigenen Unterstellungen zitieren viele Medien geradezu genüsslich alle möglichen Menschen, die Putin beleidigen. So wird er in Überschriften wahlweise zum "Monster", "Gangster" oder einfach nur "Arschloch". Warum Redakteure in solchen Inhalten relevante Nachrichten sehen, bleibt journalistisch betrachtet völlig unverständlich. Von reinen Niveaufragen dabei mal ganz abgesehen, ist es auch in westlichen Ländern völlig unproblematisch, Menschen zu finden, die das jeweilige Staatsoberhaupt unflätig betiteln. Die unvermeidlichen Hitlervergleiche gab es natürlich auch: etwa von Hillary Clinton, Prinz Charles, Dalia Grybauskaite, Garry Kasparow und im Prinzip auch von Wolfgang Schäuble. Telepolis-Autor Mathias Bröckers prägte dafür bereits den Namen "Osama Bin Putin".

< zurück

[80] So konnten etwa Züricher Finanzwissenschaftler Insiderhandel mit den Börsenkursen der beteiligten Fluggesellschaften im Vorfeld der Anschläge nachweisen. Die Profiteure sind wegen der Schweigsamkeit der Börsenaufsicht weiterhin unbekannt. Einen Überblick über nachgewiesene und nachprüfbare Ungereimtheiten zu 9/11 gibt die Website des Sachbuchautors Paul Schreyer.

< zurück

[81] Obwohl selbst der Zwischenbericht des niederländischen Untersuchungsrates (Dutch Safety Board) fast zwei Monate nach dem Absturz nur weiß, dass das Flugzeug von außen von "hochenergetischen Objekten" getroffen wurde und in der Luft auseinanderbrach, wussten deutsche Medien bereits unmittelbar danach, dass alle Indizien für Separatisten als Täter sprechen und der russische Präsident der Verantwortliche dahinter ist.

< zurück

[82] Verwiesen sei hier auf die Ausnahme von der Regel: Der Monitor-Beitrag über die schleppenden Ermittlungen zu den Scharfschützenmorden auf der Institutska-Straße in Kiew ist bis heute eine der wenigen kritischen Stücke über die Massentötungen in der Ukraine.

< zurück

[83] Jens Berger wirft genau dieses unreflektierte Nachplappern dem Spiegel vor ("Bye, bye Spiegel"): "Mit einer Melange aus zackiger Deutschtümelei, denkfaulem Papageienjournalismus, eitler Geckenhaftigkeit und gnadenlosen Opportunismus hechelt das Blatt einem Zeitgeist hinterher, der stilgebend für die Merkel-Ära ist."

< zurück

[84] Passage hier ab 15:20 zu hören. Die zweite Passage ab etwa 35:30. Zu dieser Kriegführung gehöre es laut Ganser die immer gleichen emotionalen und appellierenden Aussagen permanent zu wiederholen. Ein Teil der Einsichten über die Funktionsweise der Psyche werde gezielt genutzt, um Kriege zu verkaufen. Ganser erläutert dies am Beispiel der "Brutkastenlüge" von 1990. Das Prinzip dabei sei: Nicht-kriegsbereite Menschen würden durch eine Art moralisches Dauerfeuer über Tage und Wochen für Hilfseinsätze in anderen Ländern, die aber eigentlich Ressourcen-Kriege sind,

empfänglich gemacht.

< zurück

[85] Selbst ehemalige Geheimdienstler aus den USA warnen Angela Merkel in einem offenem Brief davor, Anders Fogh Rasmussen und angeblichen CIA-Beweisen gegen Russland zu vertrauen. Die Ex-Agenten erinnern etwa an die Lüge von den Massenvernichtungswaffen im Irak 2003 - auch die habe Rasmussen damals noch als dänischer Ministerpräsident wissentlich verbreitet.

< zurück

Impressum

Medien im Krieg
Krise zwischen Leitmedien und ihren Rezipienten

Herausgeber: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-025-3 (V1)

Copyright © 2014 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks



Raúl Rojas

Die Tiefe des Raumes

Ökonomie und Wissenschaft des Fußballspiels

mehr ▶



Ludger Eversmann

Projekt Post-Kapitalismus

Blueprint für die nächste Gesellschaft

mehr ▶



Rainer Sommer

Es werde Geld ...

Zur Theorie und Geschichte des Geldes

mehr ▶

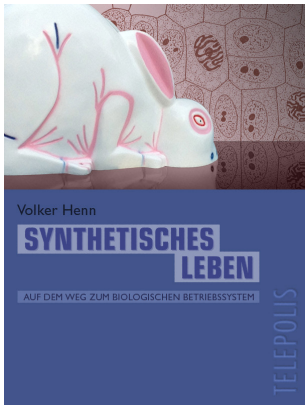


Matthias Becker/Raúl Rojas

MOOCs verändern die Universitäten

Der Unterricht im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit

mehr ▶



Volker Henn

Synthetisches Leben

Auf dem Weg zum biologischen Betriebssystem

mehr ▶
